

DEUTSCHLAND & EUROPA

Heft 57 – 2009



Jugend und Europa

Reihe für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch,
Geographie, Kunst und Wirtschaft

DEUTSCHLAND & EUROPA

HEFT 57-2009

„Deutschland & Europa“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE

Lothar Frick

REDAKTION

Jürgen Kalb, juergen.kalb@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Sylvia Rösch, sylvia.roesch@lpb.bwl.de

BEIRAT

Günter Gerstberger, Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Dr. Markus Hoecker, Oberregierungsrat, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Prof. Dr. emer. Lothar Burchardt, Universität Konstanz

Dietrich Rolbetzki, Oberstudienrat i.R., Filderstadt

Lothar Schaechterle, Studiendirektor, Stetten i.R.

Dr. Walter-Siegfried Kircher, Oberstudienrat i.R., Stuttgart

Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung

Jürgen Kalb, Studiendirektor, Landeszentrale für politische Bildung

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

Telefon: 0711.16 40 99-45 oder -43;

Fax: 0711.16 40 99-77

SATZ

Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG

Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit

Telefon: 0711.44 06-0, Fax: 0711.44 06-179

DRUCK

Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm mbH
89079 Ulm

Deutschland & Europa erscheint zweimal im Jahr.

Preis der Einzelnummer: 3,- EUR

Jahresbezugspreis: 6,- EUR

Auflage 16 000

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesendete Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, der Robert Bosch Stiftung sowie der Heidehof Stiftung.



Titelbild: Juniorteam Europa der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg aus Serbien.
© Wolfgang Berger, LpB BW

THEMA IM FOLGEHEFT 58 (NOVEMBER 2009)

20 Jahre Mauerfall in Europa

Jugend und Europa

| | |
|--|---|
| Vorwort des Herausgebers | 2 |
| Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport | 2 |

I. JUGEND IN EUROPA

| | |
|--|----|
| 1. Jugend und Europa – im kritischen Dialog (Jürgen Kalb) | 3 |
| 2. Jugendkulturen in Europa – Ein Kaleidoskop aus verschiedenen europäischen Ländern: Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Griechenland, Polen, Bulgarien, Tschechien und Türkei (CCLL-Comenius-Projekt-Autoren, u. a.) | 6 |
| 3. Bürgerbeteiligung und Jugendpartizipation in der Europäischen Union (Jürgen Kalb) | 18 |

II. EUROPAPOLITISCHE PLANSPIELE UND PROJEKTE

| | |
|---|----|
| 1. »Europäische Klimapolitik« – ein Planspiel zur Emissionshandelsrichtlinie (Christian H. Roth, Thomas Schinkel) | 24 |
| 2. Europäische Dynamik vermitteln: »Fokus Balkan« – Ein Planspiel zur Südosterweiterung der EU (Holger-Michael Arndt, Wolfgang Berger, Stefan Rappenglück) | 32 |
| 3. Die Entwicklung der EU-Verbraucherschutzpolitik und Bürgerbeteiligung am Beispiel »VoicE« (Levent Günes, Florian Setzen) | 42 |
| 4. Einstellungen Jugendlicher zu Europa: »GrafStat« im Unterricht (Jürgen Kalb, Nicole Reed) | 50 |

III. BEGEGNUNGEN IN EUROPA

| | |
|--|----|
| 1. Europa vor Ort erleben: Studienfahrten nach Brüssel und Krakau (Nils Bunjes) | 54 |
| 2. Europäische Jugendbegegnungen (Karlheinz Dürr) | 58 |
| 3. Europaprojekte via Internet (Susanne Meir) | 62 |
| 4. Jugendparlamentsbewegung an zwei Beispielen (Detlev Hoffmann) | 64 |
| 5. Mit »Bologna« zu einem europäischen Hochschulraum? (Martin Große Hüttmann) | 66 |

AKTUELL IN DER DISKUSSION: DER AMOKLAUF VON WINNENDEN

| | |
|--|----|
| Trauer und Bestürzung über den Amoklauf an der Albertville-Realschule (Jürgen Kalb) | 72 |
|--|----|

»DEUTSCHLAND & EUROPA« INTERN

| | |
|--|----|
| Die Autorinnen und Autoren | 76 |
| Die Landeszentrale trauert um Professor Ernst Jung | 76 |

Vorwort des Herausgebers

Junge Menschen müssen Europa erfahren, hinterfragen und erleben können. Mit dem Weißbuch »Neuer Schwung für die Jugend Europas« wurde deshalb bereits 2001 von der Europäischen Kommission ein europaweiter Prozess initiiert, der nicht nur zur intensiven Befragung junger Europäer führte, sondern insgesamt der Jugendpolitik und der jugendpolitischen Zusammenarbeit mehr Aufmerksamkeit schenkte. Trotzdem lässt sich seit einigen Jahren gerade bei Erst- und Jungwählerinnen und Jungwählern ein verstärktes Desinteresse an europäischen Belangen feststellen, was sich z. B. auch an der niedrigen Wahlbeteiligung bei Wahlen auf europäischer Ebene zeigt. Ist vieles, wie z. B. die Reisefreiheit, einfach schon zur Selbstverständlichkeit geworden? Oder sind die Entscheidungen der Europäischen Union zu komplex und für junge Menschen nur schwer zu durchschauen? Wird inzwischen gar zu viel auf europäischer Ebene entschieden?

Im Mittelpunkt der aktuellen Ausgabe von D&E mit dem Titel »Jugend und Europa« steht daher die Frage, mit welchen Ansätzen Jugendliche an die EU herangeführt werden können und wie sich gar eine nachhaltigere Jugendpartizipation erreichen lässt. Ausgehend von einer Analyse der Einstellungen junger Menschen, auch ihrer Einstellungen zur Europäischen Union und ihren politischen und gesellschaftlichen Interessen sollen exemplarisch Möglichkeiten der intensiven Beschäftigung mit Eurothemen vorgestellt werden. Dabei will D&E vor allem Anregungen zur europaweiten Offenheit und Kommunikation junger Menschen untereinander geben, in der Überzeugung, dass Grenzen jeder Art überwindende Begegnungen das beste Kapital für die Bildung junger Menschen darstellen.

Als am 11. März 2009 dann ein Amoklauf eines Schülers in Winnenden weltweit die Schlagzeilen beherrschte, wurde in den Medien sehr schnell diskutiert, in welchem Zustand sich die Jugend wohl derzeit europa- und weltweit befinde. Vorschnelle oder gar nationale Antworten verbieten sich. Zunächst provozierte diese Tat über alle Grenzen hinweg Entsetzen und Abscheu. »Warum?« schrieben Schülerinnen und Schüler noch am selben Tag auf ein Gedenkplakat für ihre grausam ermordeten neun Mitschülerinnen und Mitschüler, ihre drei Lehrerinnen sowie drei weitere völlig unschuldige Passanten. D&E dokumentiert hierzu aus diesem Anlass einige nachdenkliche Stimmen.



Lothar Frick
Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung
in Baden-Württemberg



Jürgen Kalb, LpB,
Chefredakteur von
»Deutschland & Europa«



Dr. Markus Hoecker
Ministerium für
Kultur, Jugend und Sport

Geleitwort des Ministeriums

Im vergangenen Jahr, am 31. Mai 2008, war Bundespräsident Horst Köhler anlässlich des Festakts zum 60-jährigen Bestehen des Deutsch-Französischen Instituts in seiner Heimatstadt Ludwigsburg zu Gast. In seiner Ansprache erinnerte Köhler an die »Rede an die deutsche Jugend« des französischen Präsidenten Charles de Gaulle im Jahr 1962, die der Bundespräsident damals als Primaner in Ludwigsburg persönlich miterleben durfte. De Gaulle hielt eine bewegende Rede, eine Rede, die die Jugendlichen begeisterte. Der berühmte französische Präsident streckte die Hand zur Versöhnung aus und forderte die Jugendlichen auf, über Staatsgrenzen hinweg Kontakte aufzubauen und Freundschaften zu pflegen. De Gaulle sprach davon, dass es eine »natürliche Solidarität« zwischen beiden Völkern zu entwickeln gelte. Dieser Aufgabe sollten sich besonders die Jugendlichen in Frankreich und Deutschland annehmen. »Während es die Aufgabe unserer beiden Staaten bleibt, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit zu fördern, sollte es Ihnen und der französischen Jugend obliegen, alle Kreise bei Ihnen und bei uns dazu zu bewegen, einander immer näher zu kommen, sich besser kennen zu lernen und engere Bande zu schließen«, rief Charles de Gaulle den in Ludwigsburg versammelten Jugendlichen zu.

Damit ist der europäische Gedanke prägnant umrissen. Verständnis füreinander lebt vom Austausch und vom Miteinander. Das konnten die Jugendlichen spüren, die damals nach Ludwigsburg gekommen waren, um Charles de Gaulle zu sehen und zu hören. Die Worte des französischen Präsidenten gingen ihnen sprichwörtlich unter die Haut. Europa zeigt sich gerade dort vital und kraftvoll, wo sich junge Menschen über Staatsgrenzen hinweg begegnen und austauschen. Gleichzeitig geht es darum, Jugendlichen zu vermitteln, dass sie von Europa profitieren können. In diesem Spannungsbogen bewegen sich die Beiträge dieser neuen Ausgabe von »Deutschland & Europa«.

1. Jugend und Europa im kritischen Dialog

JÜRGEN KALB

Junge Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 30 Jahren verbinden mit der EU zunächst viel Positives: Die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten (90%), Schutz für Bürgerrechte (72%), eine Verbesserung der ökonomischen Situation in der EU (71%). Dies ergab eine Eurobarometerbefragung unter 19.000 jungen Europäern im Alter von 15–30 Jahren im Frühjahr 2007. Und sie sind nach eigenem Bekunden – für viele überraschend – durchaus interessiert an Politik. Aber die Befragung ergab auch, dass sie deutlich mehr gefragt werden wollen (Abb. 4.1). Dabei bereitet die geringe Wahlbeteiligung junger Europäer bei den Europawahlen vielen Beobachtern große Sorgen. Zu vermuten ist, dass es bei den im Juni 2009 anstehenden Wahlen nicht anders werden wird. Kritisch merkten in der Eurobarometerumfrage denn auch immerhin 40% an, die EU sei für sie »eine Menge Bürokratie, eine Verschwendung von Zeit und Geld«. 35% sahen zudem die Gefahr, durch die europäische Einigung ihre »kulturelle Identität bzw. Verschiedenheit zu verlieren«. Gleichzeitig werden hohe Erwartungen und Hoffnungen in die europäische Entwicklung der nächsten 10 Jahre gesetzt: 92% erwarten noch mehr Bewegungsfreiheiten, 73% bessere Möglichkeiten, Arbeit zu finden, 71% mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen, 68% weniger Diskriminierung gegenüber Fremden und Menschen aus anderen ethnischen Gruppen und 67% sehen generell mehr Lebensqualität heraufziehen. Dabei blicken Jugendliche aus den 12 neuen Mitgliedstaaten durchweg positiver in die Zukunft als in den »alten« 15 Ländern, wie die länderspezifischen Ergebnisse zeigen.

Die Erhebung, die von Januar bis Februar 2007 mit 19.000 Jugendlichen durchgeführt wurde, bezog sich auf alle 27 Mitgliedstaaten. Diese Anzahl und die Ausweitung der Altersspanne von 15–30 Jahren unterschieden die Befragung von den vorangegangenen in den Jahren 1982, 1987, 1990, 1997 und 2001. Die Fragen wurden dabei zu sechs Themenbereichen gestellt: (1) Stellenwert und Zukunft der Europäischen Union; (2) Freizeitaktivitäten und die Mitgliedschaft in Organisationen; (3) Bürgerschaft in der Europäischen Union, (3) Politische Partizipation in der Gesellschaft; (4) Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, (5) Autonomie und finanzielle Ressourcen.

Und was erfährt man noch aus dieser europaweiten Studie? Junge Europäer treiben sehr gern Sport, treffen gerne Freunde, Mädchen lesen lieber als Jungs, diese surfen dafür mehr im Internet, wobei auffällt, dass die Jugendlichen in den 12 zuletzt beigetretenen Staaten mehr im Haushalt mithelfen als die aus den anderen 15. Die befragten jungen Europäer zeigten dabei durchaus Interesse an Politik sowie lokalen oder regionalen (73%), nationalen (82%) und europäischen Fragen (66%). Mehr Engagement könnten sie sich vorstellen, wenn sie vor öffentlichen Entscheidungen, die sie betreffen, gefragt würden (81%), wenn es mehr Freiwilligen- und Ehrenamts-Programme (74%) oder es mehr Angebote zur politischen Bildung in der Schule gäbe. Eine Möglichkeit politischer Einflussnahme sehen die Jugendlichen vor allem in Diskussionen mit Politikern (29%), schon weniger (16%) allerdings in der Mitarbeit in einer politischen Partei. Nur 19% sehen in der Herabsetzung des Wahlalters eine Maßnahme, die den gesellschaftlichen Einfluss von jungen Menschen erhöhen würde. Mitgliedschaften in Organisationen sind dabei europaweit nicht gerade beliebt, nur 22% sind es EU-weit, und davon fast die



Abb. 1 »Man müsste es ihnen vielleicht einfach mal vernünftig erklären!«
© Gerhard Mester

Hälfte in einem Sportverein. Auch das Interesse an Freiwilligenaktivitäten ist nicht überwältigend. Ganze 2% betätigen sich ehrenamtlich.

»Jugend und Europa« – Die neue Ausgabe von D&E

D&E versucht mit dieser Ausgabe mehr Informationen über die Jugend in Europa zusammenzutragen. So wurden für den ersten Teil dieser Ausgabe Lehrerinnen und Lehrer aus verschiedenen europäischen Ländern gebeten, über die jeweils typischen Jugendkulturen des jeweiligen Landes journalistisch zugespitzte, provokative und diskussionswürdige Materialien zusammenzustellen. Natürlich gibt es Jugendgewalt und Alkoholmissbrauch, politisches Desinteresse und den Wunsch nach Unterhaltung nicht nur im einzelnen Mitgliedsland. Leicht lassen sich die jeweils nationalen Befunde auf andere Länder übertragen. Im Bereich der Jugendkultur scheint eine Europäisierung längst vollzogen. Dennoch erfährt man so manch Interessantes, was sich gegebenenfalls leicht als Impuls für Diskussionen in den Klassenzimmern, aber auch bei Schulpartnerschaften einsetzen lässt. Georg Weinmann schreibt über Großbritanniens Jugend, Manfred Kaut über die französische. Manfred Mack und Ryszard Kaczmarek betrachten Polen. Daniele Detscheva berichtet aus Bulgarien, Dana Hruskova und Milena Zbrankov aus Tschechien. Levent Günes fasst eine Untersuchung aus der Türkei zusammen. Aus und über Deutschland, aber auch über die spektakulären Jugendunruhen in Griechenland hat der Redakteur von D&E Materialien zusammengetragen.

Jürgen Kalb liefert in der Folge zudem einen Überblick über die Geschichte der Bürgerbeteiligung in der EU mit speziellem Fokus auf die Jugendpartizipation. Der Förderung dieser Jugendpartizipation hat die EU in den letzten Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Aber noch ist der Weg weit, um Jugendliche gezielt auf ihre Unionsbürgerschaft vorzubereiten und diese z. B. als etwas Selbstverständliches in den nationalen Schul- und Bildungsgang zu integrieren. Immerhin gibt es inzwischen ein nahezu unübersehbares Angebot und gleichzeitig eine große Viel-

falt europapolitischer Aktivitäten. D&E wählt für diese Ausgabe aus diesem Angebot Exemplarisches aus.

Europapolitische Planspiele und Projekte

Nicht nur in der außerschulischen politischen Bildung erfreuen sich europapolitische Planspiele einer großen Beliebtheit. Erst jüngst hat das Büro der Europäischen Kommission in Süddeutschland unter der Leitung von Dr. Henning Arp mehrere Planspielrunden für Schulklassen im Rahmen eintägiger Schulveranstaltungen finanziert. Durchgeführt werden diese Planspielrunden in der Regel von externen Teamern, wobei zwei dieser Teams hier im Heft jeweils ein Planspiel aus ihrem umfangreichen Angebot vorstellen. Über die Landeszentrale für politische Bildung und ihre Außenstellen, das Europa-Zentrum Baden-Württemberg oder z. B. auch das Internationale Forum in Bad Liebenzell lassen sich solche Teams buchen. Vielleicht versucht es aber auch der eine oder andere Lehrende in seiner Lerngruppe selbst einmal mit einer für seine Zwecke didaktisch reduzierten Version eines vorgestellten Planspiels. Mit den vorhandenen Materialien, die sich relativ leicht übers Internet aktualisieren und erweitern lassen, müsste dies ohne größere Umstände zu bewältigen sein. Umfangreichere Planspiele bietet dann weiterführend z. B. der Wochenschau-Verlag an mit Arbeitsmappen und CDs, die bereits fertige Kopiervorlagen enthalten. Wenn auch manchem Unterrichtenden solch eine Methode zunächst zu riskant erscheint, so zeigen doch nahezu alle Evaluationen, dass die Lernenden selbst mit solchen Planspielen zumeist große und intensive Lernerfahrungen verbanden.

Christian H. Roth und Thomas Schinkel stellen hier im Heft zunächst ihr Planspiel zur Europäische Klimapolitik anhand der Emissionsrichtlinie der EU vor. Spielerisch werden dadurch nicht nur zentrale Interessenskonflikte unterschiedlicher Akteure an der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Ökologie deutlich, gleichzeitig werden die unterschiedliche Rollen der EU-Institutionen spielerisch internalisiert, was dozierende Institutionenkunde alten Schlags sicher nur recht unzureichend vermag.



Abb. 2 »Misch Dich ein! Europa unsere Zukunft.« Europa – Jugendveranstaltung am 7. Februar 2009 im Landtag von Baden Württemberg. Ein Jugendlicher stellt Fragen an Europapolitiker, im Hintergrund Mitglieder des Europaausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, von links: Gerhard Stratthaus (CDU), Dr. Hans-Ulrich Rülke (FDP), Wolfgang Stehmer (SPD) und Peter Hofelich (SPD)

© Jürgen Kalb



Abb. 3 Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Günther Oettinger auf der Jugendveranstaltung »Misch Dich ein! Europa unsere Zukunft.« im Landtag von Baden-Württemberg am 7.2.09. Auf der »Regierungsbank«: der baden-württembergische Europaminister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (CDU) sowie die Europaabgeordneten Evelyn Gebhardt (SPD) und Heide Rühle (Bündnis 90/Die Grünen)

© Jürgen Kalb

Das Team Holger-Michael Arndt, Wolfgang Berger und Dr. Stefan Rappenglück wählt seit Jahren einen etwas anderen Weg. Hier bilden Experten zunächst Jugendliche zu altersnahen Juniorteams aus: Am Beispiel einer möglichen Südosterweiterung stellen sie ihren Ansatz der Peer-Group-Education vor, den sie selbst in mehreren Spielrunden bereits mit Teams in Südosteuropa erproben konnten. Solche Juniorteams stehen aber auch für Schulklassen in Baden-Württemberg zur Verfügung, was freilich für die beteiligten Schulklassen nicht immer kostenneutral zu gestalten ist. Zwar sponsern die oben genannten Institutionen immer wieder solche Spielrunden, aber qualifizierte Multiplikatoren müssen sich auch refinanzieren. Die Unkostenbeiträge der Schulklassen bleiben jedoch in aller Regel überschaubar. Aufenthalte in Tagungsstätten machen sie zudem zu einer intensiven Erfahrung.

Levent Günes und Florian Setzen vom Europa-Zentrum Baden-Württemberg stellen dann in einem weiteren Projektbericht eine Internetplattform zur Verbraucherpolitik der EU vor, die es Baden-Württembergern ebenso wie Spaniern aus der Region Valencia ermöglicht, auf den aktuellen Gesetzgebungsprozess des Europäischen Parlaments direkt Einfluss zu nehmen. Abgeordnete des EP stellen sich hier unmittelbar zur Diskussion. Zudem werden die Teilnehmer hierbei umfangreich über abgeschlossene und laufende Prozesse der Verbraucherschutzgesetzgebung informiert. Wie sieht die aktuelle Situation aus? Welche Interessen haben sich bereits artikuliert? Welche Parteipositionen im EP lassen sich unterscheiden? Was wird bzw. wurde schließlich beschlossen? Dieses E-Government-Projekt ist ein von der EU-Kommission großzügig gefördertes Modell zur realen Bürgerpartizipation, also nicht nur eine Simulation mit fiktivem Charakter.

Anschließend stellen Nicole Reed und Jürgen Kalb das Grafik- und Statistikprogramm »GrafStat« vor, das seit Jahren von der Universität Münster sowie der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn betreut und mit vielen Unterrichtsmaterialien auch zur europapolitischen Bildung versehen wird. Im Rahmen der Medienoffensive II des Kultusministeriums wurde und wird es auch unter baden-württembergischen Lehrerinnen und Lehrern multipliziert. Der Beitrag will dazu ermuntern, Schülerinnen und Schüler selbst als Sozialforscher einzusetzen, entweder lokal, natio-

nal oder – besser noch – europäisch, etwa in Verbindung mit den bestehenden Schulpartnerklassen im Ausland.

Europäische Begegnungen

Im dritten Teil dieser Ausgabe stellen schließlich unterschiedliche Akteure Teile ihrer europapolitische Aktivitäten vor. Nils Bunjes vom Europa-Zentrum Baden-Württemberg präsentiert exemplarische Studienfahrten nach Brüssel und Südpolen. Die vorliegenden Berichte sollen Lust auf intensive Erfahrungen und Bildung machen. Gleichzeitig sind mit dem Europa-Zentrum und der LpB kompetente Partner für Studienreisen benannt. Der Europareferent der LpB Dr. Karlheinz Dürr hat nicht nur reiche Erfahrungen mit Studienfahrten, sondern auch mit organisierten Begegnungen mit Studiengruppen aus der EU und darüber hinaus. Sein Überblick schafft hier Orientierung über die Angebote. Susanne Meir ist Online-Redakteurin und Fachreferentin an der LpB. Hier stellt sie ein vom Kultusministerium unterstütztes Projekt mit mehr als 40 Schulklassen aus 9 EU-Mitgliedstaaten vor. Außerdem betreut Susanne Meir ein hier vorgestelltes EU-Projekt zur virtuellen Vor- und Nachanalyse der Europawahlen. Namhafte Europapolitiker haben zugesagt, auf die Fragen junger Europäer zu antworten. Detlev Hoffmann berichtet im Anschluss von zwei ausgewählten Jugendparlamentsbewegungen. Gerade am Oberrhein hat die transnationale Jugendpartizipation Tradition. Zum Abschluss dieser Ausgabe dokumentiert schließlich Martin Große Hüttmann den als Bologna-Prozess beschriebenen, häufig auch kritisierten Wandel an den Universitäten. Das Hochschulstudium scheint inzwischen europäisiert. Der Auslandsaufenthalt ist für viele Studierende zur Selbstverständlichkeit geworden. Europapolitische Bildung findet derzeit an vielen Orten und in vielen Fachrichtungen statt.

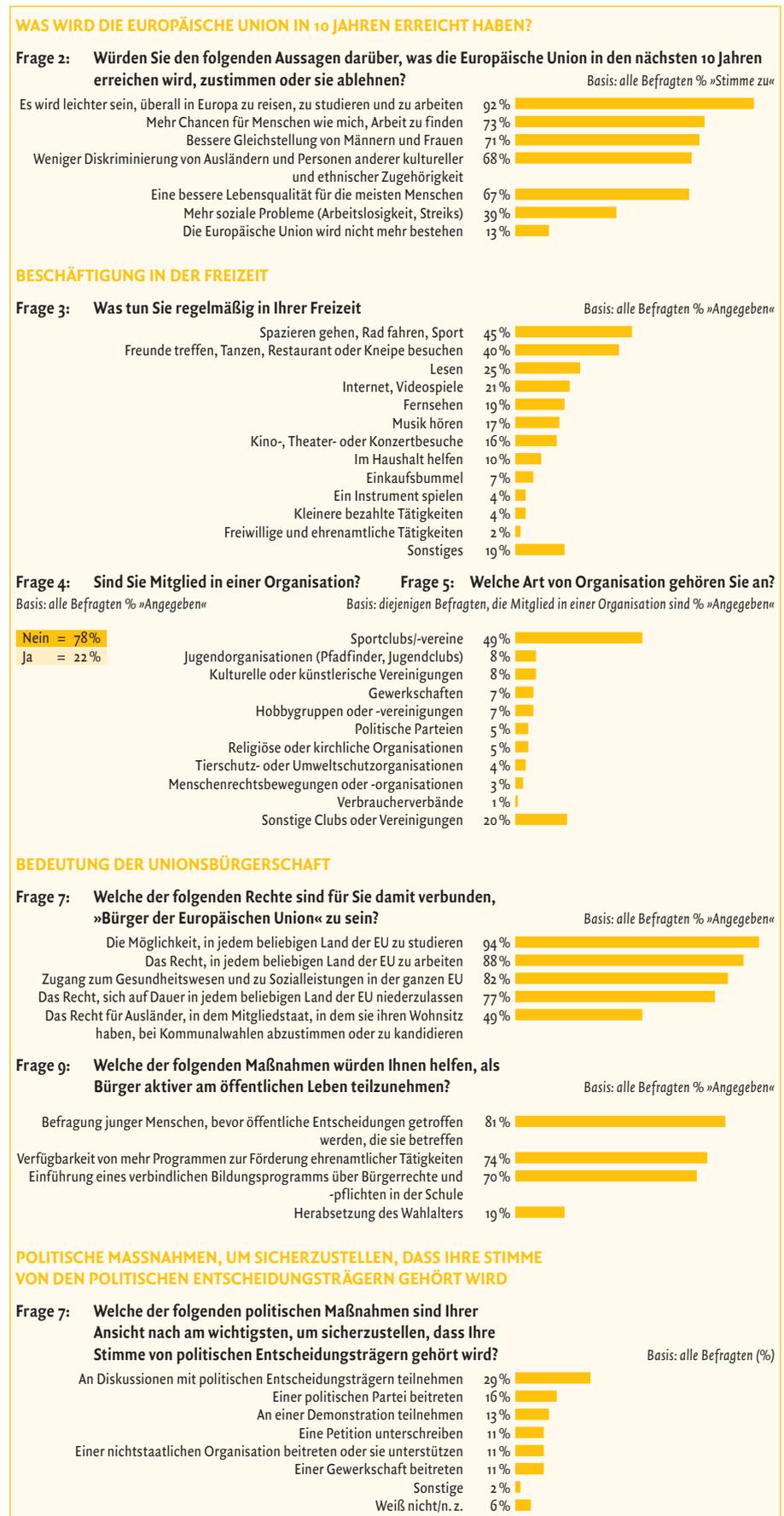
Ein aktueller Literaturhinweis

Böhme, Marianne (2009): Europa verstehen. Europabezogene politische Bildung bei Jugendlichen in Deutschland. VDM-Verlag, Saarbrücken. € 68,-

Aktueller Veranstaltungshinweis

Stuttgarter Schlossgespräche des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa): 9.–10. Juli 2009 in Stuttgart zum Thema »Jugend und Europa«, nähere Informationen: www.ifa.de

Abb. 4 Die wichtigsten Ergebnisse des Eurobarometers 2007 zur Jugend



2. Jugendkulturen in Europa – Ein kleines Kaleidoskop:

2.1. Deutschlands Jugend: »Rette sich, wer kann!«

JÜRGEN KALB

Früher war alles besser, lautet nicht selten das Urteil der Bürgerinnen und Bürger über 50 Lebensjahre – und das seit der griechischen Antike. Trotzdem scheint der Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich z. B. zu vor 50 Jahren oder gar zur Erziehung im Nationalsozialismus besonders gravierend. Längst wird diskutiert, ob die so genannten typisch »deutschen Tugenden« wie Disziplin und Gehorsam, Ordnungsliebe und Fleiß noch etwas mit der Jugend von heute in der Bundesrepublik zu tun haben. Untersuchungen ergaben, dass die Kinder, aber auch die Eltern »Selbstständigkeit und freier Wille« viel eher in den Mittelpunkt stellen. Im Rahmen des zunehmenden internationalen Wettbewerbs scheint sich diese Tendenz bei Teilen der Jugend nun wieder umzukehren (M1). Anpassung und Karriereorientierung werden plötzlich wichtiger als Idealismus. Konsumorientierung wird keineswegs kritisch gesehen, sondern gilt häufig als wichtigste Möglichkeit der Selbstverwirklichung. Allerdings belegen die jährlichen Jugendstudien der Shell-Stiftung auch, dass Ehe und Familie, religiöse Werte und Umweltschutz ihre führende Position längst noch nicht verloren haben. Allerdings beunruhigt viele eine wachsende Politikverdrossenheit, vor allem die Skepsis gegenüber den Parteien. Andererseits ist noch längst keine Demokratieverdrossenheit zu verzeichnen, lediglich die Formen der Teilhabe haben sich deutlich verändert.

6

M 1 »Die traurigen Streber. Wo sind Kritik und Protest der Jugend geblieben?«

Leichtfertigkeit und Bedenkenlosigkeit, hätte man noch vor Jahrhunderten gesagt, sind ein Zug der Jugend, sie werden vergehen. Auch Idealismus galt einmal als Zug der Jugend, das Nein zu Kompromiss, Anpassung und Geschäftemacherei. (...) Und selbst noch in unserer jüngsten Vergangenheit, von 1968 bis weit hinauf in die achtziger Jahre der Hausbesetzer, Atomkraftgegner und Umweltschützer hat die Jugend sich gegen schlechte Verhältnisse empört, nicht das bessere, sondern das richtige Leben gesucht, bizarre Übertreibungen, Kitsch und Sentimentalität gewiss eingeschlossen. Aber heute? (...) Von grimmigen Vorgesetzten, Lehrern und Professoren muss die Jugend nicht mehr an die Kandare genommen werden; sie hat sich selbst schon an die Kandare gelegt. Die Autoritäten haben das autoritäre Gesicht verloren. Der erbarmungslose Leistungs- und Anpassungsdruck, den alle empfinden, hat keine persönlich haftbar zu machende Urheber. Gegen einen Tyrannen könnte sich die Jugend vielleicht empören, nicht aber gegen die Tyrannis der eigenen Selbstdisziplinierung. (...)

Wer oder was, um Himmels willen, hat den jungen Leuten das darwinistische Weltbild aufgeredet? Das Überleben des Stärkeren allein? Hat sich etwas, was als ökonomisches Marktprinzip Sinn ergibt, zu Universalmetapher aufgeschwungen und alles Gnädig-Humane auf den Schritthaufen der Illusionen befördert? Denn die jungen Leute glauben ja nicht, dass die Welt gut ist, wie sie ist. Nichts wäre falscher als ihnen nachzusagen, sie seien unkritisch. Sie glauben aber auch nicht, dass sich die Welt zum Besseren verändern ließe, den privaten Raum vielleicht ausgenommen. (...) Es ist leicht, zu sagen, dass eine Gesellschaft, wenn sie Zukunft haben will, sich eine solche Entmutigung der Jugend nicht leisten kann. Schwerer ist zu sagen, wen man dafür verant-

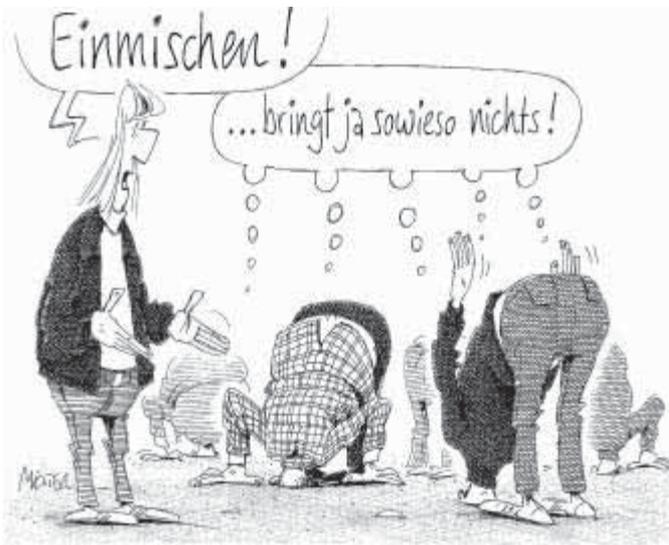
| Interesse an Politik nach signifikanten sozialen und persönlichen Merkmalen | | |
|---|---------------------------------|----------------------------------|
| Jugendliche im Alter zwischen 12 und 25 Jahren | | |
| %-Angaben | Stark interessiert/interessiert | Weniger / gar nicht interessiert |
| gesamt | 35 | 65 |
| Alter | | |
| 12–14 | 16 | 84 |
| 15–17 | 26 | 74 |
| 18–21 | 41 | 59 |
| 22–25 | 48 | 52 |
| Geschlecht | | |
| männlich | 40 | 60 |
| weiblich | 30 | 70 |
| Sozialer Status | | |
| Hauptschüler | 14 | 86 |
| Realschüler | 14 | 86 |
| Gymnasiasten | 39 | 61 |
| Studierende | 68 | 32 |
| Genannte Haupt-Freizeitbeschäftigungen | | |
| Bücher lesen | 48 | 52 |
| Im Internet surfen | 41 | 58 |
| Engagement in Projekten / Initiativen / Vereinen | 53 | 47 |
| Künstlerische Betätigung | 48 | 52 |

M 2 An Politik interessierte Jugendliche

© Deutsche Shell (Hrsg.) (2006): Jugend 2006, S. 107

wortlich machen kann. Einiges deutet sogar darauf hin, dass die Möglichkeiten zu Protest und Auflehnung von der Jugend pessimistischer eingeschätzt werden als nötig. Der Erfolg von Attac, den international tätigen und gut vernetzten Globalisierungskritikern, zeigt ein anderes Bild der Jugend. Aber die Umfragen (...) belegen doch das rapide geschwundene Interesse an Politik und Gesellschaft, überhaupt nur an Informationen, die sich nicht unmittelbar für den eigenen Alltag nutzen lassen. An persönlichem Erfolg, sei es im Beruf oder in der Liebe, sind alle interessiert, an Fragen der sozialen Gerechtigkeit eine schwindende Anzahl. Mit dem Vorwurf von Egoismus und Wegduckerei ist das Phänomen nicht erklärt, denn auch der Rückzug ins Private und das »Ich zuerst« sind nur der Ausdruck einer Depression, die von der Zukunft nichts erwartet. Rette sich, wer kann! Manches spricht dafür dass die Jugend unsere Gesellschaft zerfallen sieht und nur noch das eigene Überleben sichern will.

Jens Jessen, in: Die ZEIT, 28.8.2008



M 3 Einmischen? Bringt ja sowieso nichts!

© Gerhard Mester

M 4 Demokratiezufriedenheit

Wir haben gefragt, wie die Jugendlichen die Demokratie ganz grundsätzlich als Staatsform betrachten. In diesem Fall gibt mit 82 % in den alten und 73 % in den neuen Bundesländern die absolute Mehrheit an, dass sie unser System für eine gute Staatsform erachtet. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist der Anteil bei den Jugendlichen im Vergleich zur letzten Shell-Jugendstudie sogar noch weiter angestiegen. Nur 9 % der Jugendlichen in den alten Ländern und 14 % in den neuen Bundesländern halten hingegen die Demokratie für eine nicht so gute Staatsform. 10 % bzw. 13 % haben hierzu keine Meinung. Bei den demokratiekritischen Jugendlichen haben wir nachgefragt, welche Alternativen von ihnen bevorzugt würden. 42 % von dieser Gruppe, sprich knapp 8 % in den alten Bundesländern und 36 %, also knapp 10 % der Jugendlichen in den neuen Bundesländern, sehen zur Demokratie trotz ihrer kritischen Haltung keine Alternative. Einen »starken Mann« oder eine starke Partei, die alleine regiert, fordern insgesamt 4 % in den neuen Bundesländern und ebenfalls knappe 4 % in den alten Bundesländern. Für ein sozialistisches System sprechen sich hingegen nicht einmal 1 % in den alten Bundesländern und etwas über 6 % aus den neuen Bundesländern aus. Die restlichen Jugendlichen haben hierzu keine Meinung. (...) Politikverdrossenheit prägt (...) auch weiterhin das Bild und paart sich (...) bei einem Teil der Jugendlichen insbesondere aus den neuen Bundesländern mit einer Kritik an den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen. Die Jugendlichen beobachten die Entwicklung, formulieren ihre Ansprüche und artikulieren ihren Unmut in Gestalt einer auch weiterhin hohen Distanz zum politischen System. Dies darf jedoch nicht als Absage an Demokratie und (...) als Absage an gesellschaftliche Aktivitäten verstanden werden.

Ulrich Schneekloth (2006): Demokratiezufriedenheit. in: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006, S. 113

Literaturhinweise

Burdewick, Ingrid (2003): Jugend – Politik – Anerkennung. BpB. Bonn.

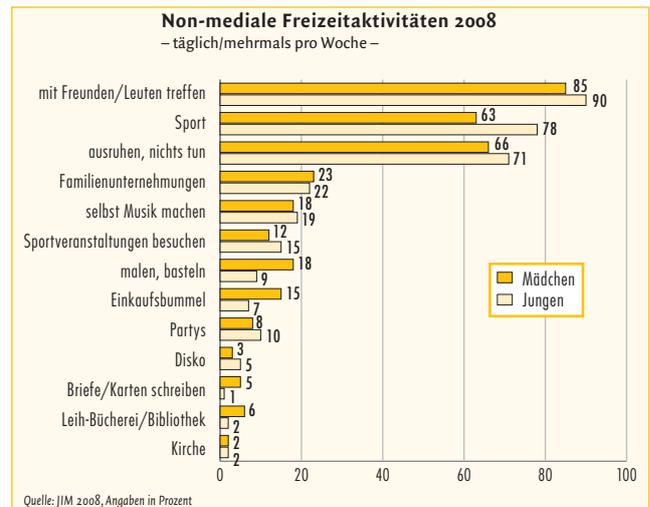
Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.) (2008): JIM-Studie 2008. Stuttgart. www.mpfs.de

Schneekloth, Ulrich (2006): Demokratiezufriedenheit, in: Deutsche Shell (Hrsg.) Jugend 2006. Frankfurt.



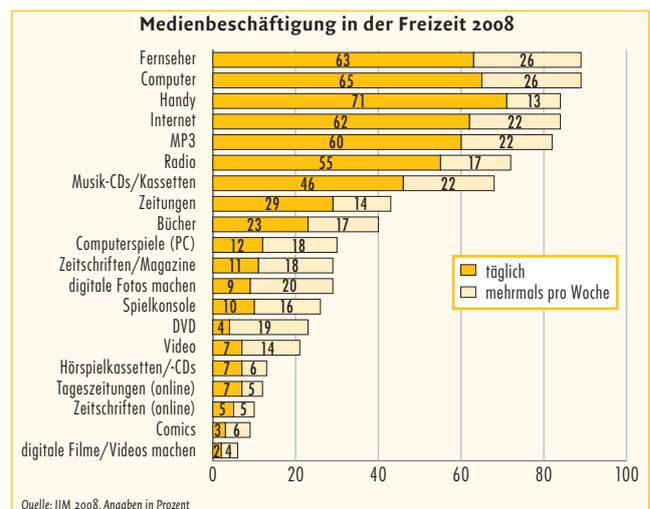
M 5 Früher war alles besser ...

© Gerhard Mester



M 6 JIM-Studie 2008

© mpfs, S. 9



M 7 JIM-Studie, S. 12

© mpfs

Internethinweise

www.bpb.de/methodik/KgFFU8,o,Jugendliche_zwischen_Ausgrenzung_und_Integration.html (empirische Studien durch Schülerinnen und Schüler)

www.shell.de/Jugendstudie (Shell-Jugendstudien)

2.2. Rebellion, Verweigerung oder Engagement? Großbritanniens Jugend heute.

GEORG WEINMANN

In letzter Zeit haben deutsche Medien vor allem im Zusammenhang mit Fällen schwerer Kriminalität oder mysteriösen Todesfällen über Teenager in Großbritannien berichtet. Die öffentliche Wahrnehmung britischer Jugendlicher diesseits des Ärmelkanals ist auch durch das Verhalten gewalttätiger junger Fußballfans von der Insel geprägt. Durch den »Lupeneffekt« der Medien vermitteln diese Momentaufnahmen jedoch vielfach ein Zerrbild von der Lebenswirklichkeit einer ganzen Generation. Sie ist in Denkweisen und Lebensstilen genauso vielfältig wie »die« Jugend in anderen Staaten der EU. Auch in ihrem Verhältnis zur Politik lassen sich neben einigen Besonderheiten eine Vielzahl von Ähnlichkeiten oder gar Übereinstimmungen feststellen.

M 1 Aufwachsen in Großbritannien: Lust oder Frust?

»The Unicef report [on children's well being in 21 developed countries; G. W.] (...) said Britain's young people were the unhappiest in the developed world. While Britain scored in the middle of the table for health and safety, the country was ranked second from bottom just above the United States for child poverty. Britain also rated last in »family and peer relationships«, which measured indicators like single-parent families and time spent with friends and family. In the Unicef study, only 40 percent of British respondents said they found their peers »kind and helpful«, compared to more than 80 percent in Switzerland. British youth scored on top for risky behavior like drinking, drug use and sex. Almost a third of 11- to 15-year-olds reported having been drunk twice or more, the highest level of any country surveyed. The report said that a country's wealth was not a sufficient guarantee of happy children, saying there was »no strong or consistent relationship per capita G[ross]D[omestic]P[roduct] and child well-being. (...) Britain's high divorce rate and a long-hours work culture mean that many children spend less time with parents than their European counterparts. Declining birth rates and an aging society may also be creating less tolerance for boisterous youthful behavior. (...) Barbara Ellen, a newspaper columnist and rare adult voice in support of teenagers, said the rebelliousness of British youths, which has spawned subcultures from punk to Britpop was worth celebrating. »British teenagers are, have always been, by nature, rebellious, stropic and a lot less interested in being fair than they are in being interesting«. (...)«

International Herald Tribune, 20. März 2007

M 2 Briten betrinken sich schon in der Grundschule

Die Trinksitten der Jugend kennt jeder Brite zur Genüge, in fast allen Innenstädten bietet sich einem am Wochenende das gleiche Bild: Junge Leute torkeln betrunken grölend durch die Straßen, übergeben sich, prügeln sich, pöbeln Passanten an, pinkeln oder haben Sex in der Öffentlichkeit. Die Polizei gibt sich alle Mühe, wird diesen Umtrieben aber schon lange nicht mehr Herr. Die Notaufnahmen der Krankenhäuser sind vollgestopft mit blutüberströmten Opfern von Schlägereien und Jugendlichen mit Alkoholvergiftung. Die Ursachen sind vielfältig: Alkohol ist billig und durch 24-Stunden-Shopping immer zu haben. Das Wissen über gesundheitliche Gefahren ist gering. Schlechte Vorbilder

gibt es zuhauf: Kaum ein Wochenende vergeht, an dem nicht irgendein Promi sternhagelvoll von Paparazzi abgelichtet wird. Neue Mixgetränke wie Alcopops haben inzwischen auch den Mädchen das Koma-Saufen im wahrsten Sinne des Wortes schmackhaft gemacht. Wie nicht anders zu erwarten, sind die Schwangerschaftsrate und die Zahl der Geschlechtskrankheiten bei britischen Teenagern in den letzten zehn Jahren drastisch in die Höhe geschneit. (...) Jetzt schlägt die britische Regierung Alarm, denn die Jugend leide an einer »Sauf-Epidemie«. Großbritanniens Premierminister Gordon Brown hat einen verzweifelten »war on booze« angekündigt: Fünfjährige sollen in den Schulen bereits über die Gefahren des Alkohols aufgeklärt werden. Laut der nationalen Gesundheitsbehörde soll »Alkoholerziehung« in den Lehrplan aufgenommen werden. Die Sprösslinge würden dann über die Folgen exzessiven Konsums informiert. Außerdem sollen den Kleinen die Vorzüge des moderaten Trinkens schmackhaft gemacht werden. Gegenstand der »Alkoholstunden« wird auch die Werbung sein. Lehrer sollen künftig ein Auge auf Problemfälle haben, denen Einzelsitzungen bei Therapeuten und in Suchtkliniken angeboten werden können – auf Wunsch auch ohne Wissen der Eltern. Wie die britische Tageszeitung Daily Telegraph berichtet, liegen den Maßnahmen schockierende Zahlen zugrunde: Eine Regierungsumfrage ergab, dass eines von 20 Kindern im Alter von zehn bis elf Jahren im vergangenen Monat zu tief in die Flasche geschaut hat. Bei den 14- bis 15-jährigen waren es sieben von 20. Der britische Premierminister befürchtet, dass die neuen 24-Stunden-Pubs, -Supermärkte, und -Kioske die Misere verschlimmern haben: Deswegen sollen sie laut Brown Bier und Schnaps bald nur noch bis 23 Uhr verkaufen. »Es gibt ernsthafte Bedenken darüber, wann Alkohol verkauft wird, zu welchen Preisen, wie er beworben und an wen er verkauft wird«, sagte ein Sprecher des Premierministers dem Daily Mirror.

© Frank Diebel, in: Die Welt vom 11.12.2007, Vgl. auch: www.welt.de

M 3 Politisches Engagement: britische Jugendliche im Profil

»It is estimated that just 39 % of 18–24 year olds voted in the 2001 election. This fell even further, to 37 % in 2005. Also level of turnout in local, European and some parliamentary by-elections have been a cause of concern since the 1997 general election. In addition, young people are less likely than adults to take their part in traditional political processes. Although, there is plenty of evidence to suggest that young people are concerned about political issues and are active in informal politics such as campaigns, protests and boycotts, young people's involvement in »politics« and formal political processes such as registering to vote and actual voting is much lower than the average. It also appears to be on a downward trend. As attitudes and habits in relation to voting can get set early and continue into later life (and also influence the next generation in turn) it is important for a healthy democracy that we work on the underlying causes and tackle them. (...)»

Youth Citizenship Commission: Old enough to make a mark? Should the voting age be lowered to 16? Consultation Paper, London 2008, S. 14

Age discrimination day of action
Thursday August 28th 2008



Young Equals is a group of charities and children and young people who are campaigning to stop age discrimination.

A new equality law is being planned for Britain (England, Scotland and Wales). This will bring together all of the laws about equality. It will give protection to people who are left out of equality laws at the moment.

The Government wants this new law to stop age discrimination in services and facilities. This could:

- Stop bad treatment when people have contact with the police and health and social services.
- Stop age discrimination when people use public transport, libraries, shops and leisure centres.

But the Government says that only adults should be protected from age discrimination.



M 7 Jugendliche in einer Bar in Newcastle – Britische Regierung plant Maßnahmen gegen zunehmenden Alkoholkonsum Jugendlicher wie z. B. das Verbot von »happy-hour-Aktionen« der Gastwirte

© picture alliance, dpa, Juli 2008

M 4 Action day: Do something

© www.crae.org.uk

M 5 Umfrageergebnis: »How do you feel the Media represents young people?«

| in % | always | often | sometimes | seldom | never |
|--------------------------|--------|-------|-----------|--------|-------|
| Anti-social | 36 | 55 | 8 | 1 | 1 |
| As a group to be feared | 34 | 50 | 14 | 2 | 1 |
| Criminal | 20 | 52 | 24 | 2 | 1 |
| Selfish | 17 | 57 | 21 | 3 | 1 |
| Uncaring | 16 | 52 | 25 | 6 | 1 |
| Apathetic | 9 | 39 | 30 | 16 | 6 |
| Ambitious | 2 | 10 | 33 | 42 | 13 |
| Generous | 2 | 2 | 21 | 54 | 21 |
| Responsible | 2 | 2 | 24 | 51 | 22 |
| Intelligent | 2 | 7 | 41 | 37 | 14 |
| As a group to be trusted | 1 | 2 | 11 | 50 | 36 |
| Good citizens | 1 | 2 | 24 | 48 | 25 |

www.byc.org.uk/asset_store/documents/respect; [Zugriff: 21.12.2008]

M 6 »Give young People a voice«: Jungendliches Engagement in Politik und Gesellschaft

»Citizenship education has been a compulsory part of the school curriculum for all 11–16 year olds since 2002 and has had an impact on those young people who have studied it. It has also been a non-statutory part of the primary curriculum since 2000. Citizenship education ensures young people become informed citizens and develops their skills of participation and responsible action. Since the introduction of citizenship education, real progress has been made.«

The Secretary of State for Justice and Lord Chancellor: The Governance of Britain. London 2007, S. 55



M 8 Deutsche Polizisten beobachten englische Fans am 1.7.2006 während der Fußball-Europameisterschaft in Gelsenkirchen

© picture alliance, dpa

M 9 Das »UK Youth Parliament« (UKYP)

»UKYP aims to give the young people of the UK between the ages of 11 and 18 a voice, which will be heard and listened to by local and national government, providers of services for young people and other agencies who have an interest in the views and needs of young people. It is an independent, national charity, that has a rolling programme of activities across the year. This includes an Annual Sitting, regional meetings, regular dialogue with Ministers, including the Prime Minister and Opposition spokespeople and inputs to policy and programme development. (...) UKYP enables the decision makers of the UK, i.e. the Government, the political parties, pressure groups, non-governmental organisations, etc. to have a nationally recognised body of young people, which has been democratically elected by its peer group to consult with on issues that are of concern to young people in the UK. The fact that the recommendations of the UKYP have been made by democratically elected representatives for young people, places a far greater responsibility on decision makers to listen and act upon these views.«

UK Youth Parliament: Making our mark. London 2007, S. 6

Internethinweise

www.byc.org.uk (British Youth Council)

www.crae.org.uk (Children's Right Alliance for England)

www.ukyouthparliament.org.uk (Jugendparlamentsbewegung im UK)

www.ycc.uk (Youth Citizenship Commission)

2.3. Jugend in Frankreich: »Revolte in den Vorstädten!«

MANFRED KAUT

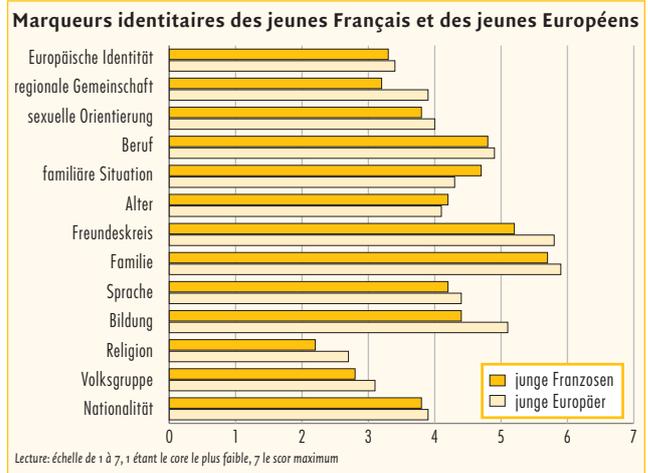
Die Unruhen, die zwischen dem 27. Oktober und dem 17. November 2005 Vorstädte in Frankreich haben brennen lassen und während denen der damalige Innenminister und aktuelle Präsident der Republik Nicolas Sarkozy ganz ungewohnte Wörter in die Sprache der französischen Politik eingeführt hat, »racaille« (Gesindel) und den Namen eines schwäbischen Herstellers von Reinigungsgeräten (Kärcher), haben Frankreich erschreckt, aber zwei Dinge waren sogleich klar. Es ging da nicht um die französische Jugend, weil es die so nicht gibt, es ging um eine soziales Problem und eine ein bestimmtes Alterssegment betreffende Revolte, nicht um eine Rebellion, die ethnisch oder religiös motiviert war. Darauf weist der über Frankreichs Grenzen hinaus bekannte Historiker und Anthropologe Emmanuel Todd in seinem 2008 erschienenen Buch »Après la Démocratie« nachdrücklich hin. Diese jungen Leute, schreibt er, gehören zu dem Teil der Gesellschaft, die die Schulbildung als einen Faktor der Segmentierung und Unterdrückung und nicht als einen Faktor der Emanzipation erleben. Während früher das Schulsystem als ein Instrument des Fortschritts und des sozialen Aufstiegs begriffen wurde, scheint es heute die soziale Segregation zu verschärfen. Zu dieser wachsenden Ungleichheit, die das Bildungssystem produziere, komme der immer enger werdende Zugang zu Tätigkeiten, die geringere Bildungsvoraussetzungen verlangten. Die Konsequenz dieser Faktoren sei die Arbeitslosigkeit und vor allem niedrige Löhne für Berufsanfänger.

M 1 Umfrage der Fondation Wyeth über die französische Jugend

Die Fondation Wyeth hat 2008 eine neue Umfrage unter Heranwachsenden im Alter von 15–18 Jahren, unter Lehrern und Schulkrankenschwestern machen lassen. Die Ergebnisse zeigen ein eher positives Bild. Die große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler sage, es gehe ihnen gut, sie fühlten sich wohl, während die befragten Lehrer und Krankenschwestern zu einem weniger positiven Urteil neigen. Die Schüler seien auch mehr als diese von der Wichtigkeit der Familie, der Freunde, der Lehrer und der schulischen Ergebnisse überzeugt. Die Solidarität sei für sie ein hoher Wert, nicht mit dem abstrakt Fernen, sondern dem Nahen, vor allem den Freunden, und in zweiter Linie der Familie. Die Autorität der Eltern werde von der großen Mehrheit respektiert (70%), wengleich auch nur 30% der Jugendlichen glaubten, dass Eltern und Vorgesetzte in einer gerechten Weise ihre Autorität ausüben, nur 25% meinen das hinsichtlich der Polizei und der Justiz. Das geringe Vertrauen hinsichtlich der Politik sei größer, nur 24% sagen, sie respektierten deren Autorität, nur 19% meinen, sie handelte ihnen gegenüber gerecht.

M 2 Gérard Mermet: Die Jugend Frankreichs

In seinem 2007 erschienenen Buch »Pour comprendre les Français« widmet der Verfasser, Gérard Mermet, der Jugend zwischen 15 und 24 Jahren ein eigenes Kapitel. Er nennt sie die »Kinder der Krise und der Modernisierung«. Drei Viertel lebten noch bei ihren Eltern und vor allem sie erlebten den ständigen Gegensatz zwischen dem Schutz, den sie in der Familie genießen, und der Bedrohung einer Welt draußen, wo Konkurrenz und Instabilität herrsch-



M 3 Marqueurs identitaires © Fondation Pour l'Innovation Politique (2008): Les jeunes face à leur avenir: une enquête internationale, p. 122

ten. Sie seien der Meinung, dass die Kaufkraft sinke und die Ungleichheiten zunehmen. Sie profitierten weniger als ihre Eltern von einem größer werdenden zu verteilenden Kuchen. Die jungen Leute seien weniger idealistisch, sie seien pragmatischer als ihre Eltern, kennzeichnend sei ein verbreiteter Hedonismus. Dieselbe Person könne fantastische Filme ebenso wie komische Filme lieben, Rap und Techno hören, Abende unter Freunden und dann wieder allein vor dem Fernsehgerät oder dem Computer verbringen. Das »Zapping« sei ihre Grundhaltung. Der Konsum sei ein wichtiger Wert, aber sie machten davon keinen exzessiven Gebrauch. Über die Gesellschaft urteilten sie unnachsichtig und zynisch. Die katholische Kirche sei für sie kein Orientierungspunkt mehr, trotz des bei mancher Gelegenheit sichtbaren Bedürfnisses nach Spiritualität, wie bei den Weltjugendtagen 1997. Politisch zeigten sie einen durch die Skandale und Affären ihrer Kindheit geschärften kritischen Geist, das Rechts-Links-Schema bedeute ihnen kaum etwas, sie beklagten, dass die Politiker und die Parteien sich von der Gesellschaft entfernt hätten. Entsprechend hoch sei die Zahl der Nichtwähler und der Wechselwähler. Allerdings hätten sich zahlreiche Jugendliche nach den Unruhen in den Vorstädten in die Wählerlisten eintragen lassen. Wenn sie auch insgesamt wenig von Aktivitäten innerhalb einer Partei angezogen seien, so seien sie doch zum Einsatz für die Verteidigung der Freiheiten, zum Kampf gegen den Rassismus bereit oder dazu, ihre Sorgen hinsichtlich der Globalisierung auszudrücken. Schließlich wollten sie die Welt insgesamt nicht verändern, diese Aufgabe erscheine ihnen zu schwierig, im Gegenteil, sie wollten sich in diese Welt einpassen und zeigten sich so geradezu konformistisch.

Nach: www.fondation-wyeth.org

M 4 Jugend ohne Zukunft

In dem Sammelband »Vingt-sept questions d'économie contemporaine«, 2008 erschienen, überschreiben die Verfasser das 6. Kapitel mit »Eine Jugend, der die Zukunft abhanden gekommen ist« (»Une jeunesse en panne d'avenir«). Gerade die Jugend bezahle den Preis neuer ökonomischer Gegebenheiten und tief-



M 4 Anhaltende Unruhen in Pariser Vororten nach dem Tod zweier Jugendlicher, deren Tod Polizisten angelastet wurde, die die beiden verfolgten (27.10.2005) © picture alliance, dpa



M 6 Schweigemarsch zum Jahrestag des Todes zweier Jugendlicher. Deren Tod hatte heftige Unruhen in Villers-Le-Bel und anderen Pariser Vorstädten ausgelöst. © picture alliance, dpa, 2008

greifender Veränderungen des Arbeitsmarktes: Arbeitslosigkeit, schwierige Lebensumstände, Minijobs, Verdichtung der Arbeit, Flexibilität und das alles vor dem Hintergrund sozialer und beruflicher Unsicherheit. Der Zeitabschnitt zwischen dem Ende der Ausbildung und einem festen Arbeitsplatz werde immer länger, Unsicherheit und Frustration nähmen zu, der Abstand zu den vorangehenden Generationen werde größer, die noch eine lineare Lebensplanung machen konnten. Aber es gebe dabei keinen gleichmachenden Prozess, im Gegenteil, in allen Bereichen nähmen die Ungleichheiten zu. Es gebe nicht die eine Jugend, sondern mehrere, eine echte sozioökonomische Aufspaltung.

M 5 »Les jeunes face à leur avenir – une enquête internationale«, Internationale Studie aus dem Jahre 2008

Für eine im Jahr 2008 erschienene Studie wurden insgesamt 20.000 junge Leute in 17 Ländern befragt. Bemerkenswert ist, dass insgesamt die jungen Franzosen sich von den gleichaltrigen europäischen Jugendlichen nicht grundlegend, aber doch sichtbar unterscheiden, zum Beispiel in der Bewertung der Rolle der Familie oder des Freundeskreises, zum Beispiel aber auch bei der Wertung von Bildung, Erziehung oder Religion (M3). In bestimmten Bereichen unterscheiden sich die jungen Franzosen sogar ganz erheblich von den anderen Europäern: Dies betrifft die Arbeitswelt, die Denkfreiheit und Großherzigkeit (générosité), ihren Pessimismus hinsichtlich der Zukunft und der Institutionen (Regierung, Medien, Multinationale Firmen, Polizei und Justiz, UNO, WHO, EU, und besonders der Religionsgemeinschaften). Die Umfragen ergaben, dass die jungen Franzosen den Faktoren Familie, Freunde und auch Religion weniger Bedeutung als ihre europäischen Gleichaltrigen beimessen, sie sind generell weniger gruppenbezogen, individualistischer und weniger anhänglich. Sie betrachteten die Familie weniger als andere als Basis der Gesellschaft. Hier gibt es allerdings Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen. Die Studie analysiert nun, dass die finanzielle Abhängigkeit der jungen Leute von der Familie und ihre Einschätzung, dass der schulische Erfolg und die berufliche Zukunft erheblich von der finanziellen Lage der Eltern abhängen.

Literaturhinweise

Fondation pour l'Innovation Politique (Hrsg.) (2008): Les Jeunes face à leur avenir: une enquête internationale. Paris.

Fondation Wyeth (2008): 4ème Forum Adolescents.

Mermet, Gérard (2007): Pour comprendre les Français, Francoscopie. Larousse, Paris.

Sous la Direction de Philippe Ashkenazy et Daniel Cohen (2008): Vingt-sept questions d'économie contemporaine, Economiques, Paris, Albin Michel, 2008.

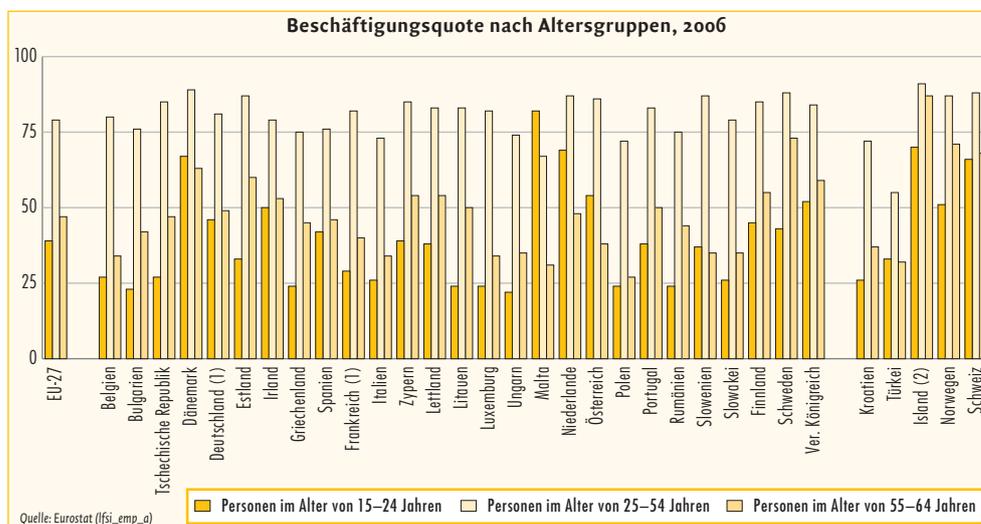
Sous la Direction de Patricia Loncle (2007): Les Jeunes, questions de Société, questions politiques. La documentation française. Paris.

Todd, Emmanuel (2008): Après la Démocratie. Gallimard, Paris.

Internethinweise

www.fondation-wyeth.org/ (empirische Jugendstudien für Frankreich)

www.fondapol.org/fileadmin/uploads/pdf/documents/Etude_Les_Jeunesses_face_a_leur_avenir.pdf (Internationale Jugendstudie)



M 5 Beschäftigungsquote nach Altersgruppen im europäischen Vergleich

© eurostat

2.4. Griechenlands Jugend im Aufruhr

JÜRGEN KALB

Griechenland befindet sich in einer tiefen Krise. Die halbwüchsigen Abenteurer oder »Autonomen«, wie sie sich selbst gerne nennen, auf den Straßen sind nur ein Ausdruck davon, nicht der Grund. Gefährdet wird der Staat durch eine riesige Schuldenlast, eine enorme Behäbigkeit seiner Institutionen und ein Bildungssystem, das laut Pisa-Studien in allen Disziplinen letzte Plätze in Europa belegt. Hinzu kommen Politiker, die aus Rücksicht auf die Wähler in den letzten Jahren stets nicht einzuhaltende Versprechen abgaben. Bemerkenswert an den Ausschreitungen ist jedoch auch, dass sich der griechische Staat von diesen Jugendbanden, die »links« zu sein vorgeben, so schnell beindrucken ließ. Die Ursachen scheinen aber auch in einem Bildungssystem zu liegen, das nach Ansicht vieler Jugendlicher keine Aufstiegschancen mehr verspricht.

M 1 Kein Vertrauen in den Staat – Warum die griechische Jugend randaliert

Eine Welle der Gewalt erschüttert Griechenland: Töchter und Söhne aus gutbürgerlichen Familien ziehen randalierend durch die Straßen. Die seit Tagen anhaltenden Krawalle sind Ausdruck einer tiefen Staatskrise. Als vor drei Jahren Frankreichs Jugend in den Vorstädten rebellierte, entlud sich vor allem die Wut enttäuschter Zuwanderer. Ursache für die seit Tagen anhaltenden gewaltsamen Ausschreitungen in Athen hingegen ist die Frustration des etablierten Mittelstands. Es sind viele Söhne und Töchter aus gutbürgerlichen Familien, die randalierend durch die Straßen ziehen, Universitäten besetzen und Teile der griechischen Hauptstadt ins Chaos stürzten. (...) Die Arbeitslosigkeit der 15- bis 29-Jährigen ist eine der höchsten in der Europäischen Union. Haben die meisten älteren Griechen sichere Posten, müssen sich die Jüngeren oft mit unregelmäßig und schlecht bezahlten Jobs durchschlagen. An den Hochschulen brodeln es, weil Regierungschef Karamanlis auch private Universitäten zulassen will. Zudem plant er eine Reform der staatlichen Hochschulen. Gegner des Vorhabens fürchten starke finanzielle Einbußen für die Unis. (...) Der Vertrauensverlust in der Bevölkerung scheint unaufhaltsam: Umfragen zufolge bekunden mittlerweile weniger als 60 Prozent der Bürger Vertrauen in die beiden großen Parteien: die regierende konservative Neue Demokratie und die oppositionellen Sozialisten. Mehr als die Hälfte der Befragten trauen Ministerpräsident Karamanlis nicht mehr zu, sein Versprechen einzulösen und Korruption und Vetternwirtschaft zu bekämpfen. Auch im Kampf gegen die verheerenden Waldbrände im vergangenen Jahr hat die Regierung aus Sicht der meisten Menschen völlig versagt. Vermutlich war auch hier Korruption im Spiel. Wie tief ist die Korruption im Alltagsleben verwurzelt? Schlagzeilen machen nur noch die spektakulären Fälle, die alltägliche Korruption wird in den griechischen Medien kaum noch thematisiert. Ob in Rathäusern, bei Behörden, in Kliniken oder bei der Bank: Überall werde die Hand aufgehoben, berichtet die Organisation »Transparency International«.

© dpa, 09.12.2008, nach: Financial Times Deutschland



M 2 Griechische Schüler und Studenten demonstrieren mit gewaltsamen Mitteln vor dem griechischen Parlamentsgebäude. Die Unruhen waren am 6. Dezember 2008 ausgebrochen, nachdem die Polizei einen 15-Jährigen erschossen hatte. © picture alliance, dpa

M 3 Schriftsteller Petros Markaris über die Ursachen der Gewalt

Der griechische Schriftsteller Petros Markaris ist in Deutschland vor allem durch die Übersetzungen seiner Kriminalromane bekannt geworden. Darin wirft er stets einen genauen Blick auf die eigene Gesellschaft. Petros Markaris, 71, lebt in Athen.

SZ: Wieso ist die griechische Jugend so zornig?

Markaris: Die Wut hat sich lange angestaut. Was wir sehen, ist nur die Spitze eines Berges. Der Anlass jetzt war der Mord an dem 15-Jährigen, aber die Wut baut sich seit Jahren auf, und die Zerstörung, die nun angerichtet wurde, ist unglaublich. Aber man sieht diese Wut auch sonst bei Besetzungen von Universitäten oder in den Fußballarenen.

SZ: Was ist die Ursache dafür?

Markaris: Es gibt eine kleine, sehr aktive und aggressive autonome Szene in Griechenland. Das ist das eine. Das andere ist die Frustration vieler junger Leute über das Bildungssystem beispielsweise. Keiner ist damit zufrieden. Viele Absolventen mit Universitätsdiplom finden keinen Job. Und dann sehen sie, wie viel Korruption es in diesem Land gibt, und das seit Jahren. Das war unter der linken Pasok-Regierung so, und es ist so bei der konservativen Regierung von Kostas Karamanlis. Korruption und Kuhhandel, vom Kloster Vatopedi auf dem Athos bis zu Siemens in Griechenland. Die jungen Leute sehen, dass eine ganze Schicht von Politikern und Beamten sich bereichert.

SZ: Heißt das, die jungen Leute wollen, dass die Korruption aufhört oder fürchten sie sich davor, selbst zu kurz zu kommen?

Markaris: Die Wut richtet sich gegen die, die immer mehr Geld anhäufen. Man hat den Eindruck, das ist eine Clique, die alles für sich behält. Die Wut richtet sich auch dagegen, dass diese Leute ungeschoren davonkommen. Dann gibt es noch die Frustration, die entsteht, weil man sich selbst außerhalb dieses Systems fühlt, das Gefühl, selbst nicht zu profitieren.

SZ: Deshalb die Zerstörung von Geschäften und Banken?

Markaris: Ja, es ist immer das Stadtzentrum von Athen, von Thessaloniki oder von Patras, das kurz und klein geschlagen wird. Nicht die Vorstädte.



M 4 Schüler und Studenten besetzten in Athen in den Dezembertagen 2008 mehr als 400 Schul- und Universitätsgebäude © picture alliance, dpa

SZ: Und welchen Anteil hat die Polizei an der Eskalation?

Markaris: Eine pauschale Kritik an der Polizei wäre falsch, aber es gibt bei Teilen der Polizei immer noch diese Rambo-Mentalität, nach dem Motto: Wir sind die Ordnungshüter, uns ist alles erlaubt.

SZ: Was müsste die Politik tun, um die Situation zu entschärfen?

Markaris: Das große Problem ist, dass jede Partei glaubt, sie könne von der Situation auch noch profitieren, indem sie mit dem Finger nur auf den politischen Gegner zeigt. Aber so wird nichts gelöst. Alle müssten sich nun zusammensetzen, Regierung und Opposition, alle politischen Parteien. Es geht um lange überfällige politische Reformen, und man müsste sich auch zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Korruption entschließen.

SZ: Den kleinen Kern der so gern zündelnden griechischen Anarchisten wird dies nicht beeindrucken. Warum wird deren Gewalt seit Jahrzehnten toleriert?

Markaris: Ja, da gibt es eine Art Toleranz gegenüber dieser Gewalt. Das hat auch mit dem einstigen Aufstand der Studenten des Polytechnikums gegen die Militärjunta zu tun. Das hat so tiefe Spuren hinterlassen, dass sogar erwachsene Leute mit Verständnis der Brutalität dieser Anarchistengruppchen begegnen. Die Leute, die den Aufstand am Polytechnikum (1973 von der Junta niedergeschlagen, deshalb darf die Polizei bis heute die Universitäten nicht betreten: Anm. der Red.) mitgetragen haben, sind ja heute diejenigen, die wichtige Positionen in Politik und Geschäftsleben innehaben. Da denken eben viele, diese jungen Leute müssen auch mal protestieren.

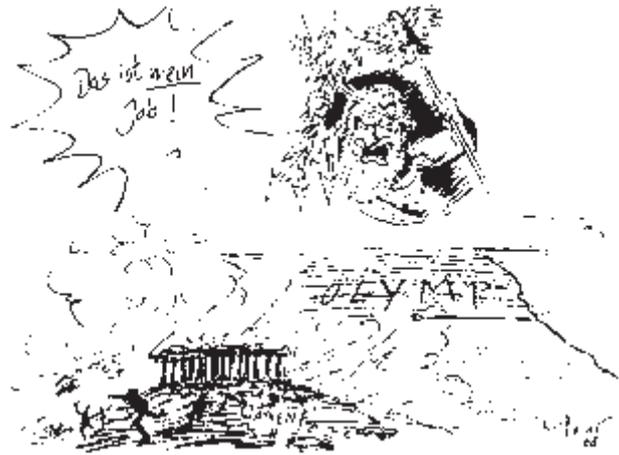
Interview in: Süddeutsche Zeitung vom 9.12.2008, S. 7

M 5 Interview mit Professor Michael Kelpanides, Athen

Die griechische Gesellschaft ist eine Anspruchsgesellschaft mit wenig Realitätssinn, sagt Michael Kelpanides, Professor an der Aristoteles-Universität in Athen.

FAZ: Die Unruhen in Ihrem Land sind von einigen als »Aufstand der Jugend« beschrieben worden, in der sich nicht nur die Zerstörungswut einiger radikaler Spiegel, sondern die Perspektivlosigkeit einer gesamten Generation. Ist das so?

Kelpanides: Nein. Die Situationsdefinition ist falsch, das Phänomen ist ein anderes, seine Ursachen liegen anderswo. Aber es gibt in den Medien immer schablonenhafte Beschreibungen, auf die man behelfsweise zurückgreifen kann, wenn ein Ereignis schnell in Kategorien gefasst werden soll. Dabei entsteht nach außen der oberflächliche Eindruck, dass man es theoretisch begriffen hat. Eine besonders abgedroschene Schablone ist die von der »Perspektivlosigkeit der Jugend«. So etwas haben wir vor nicht allzu langer Zeit auch bei den Krawallen in Frankreich ge-



M 6 Zeus in Rage: »Das ist mein Job!« © Burkhard Mohr, Dezember 2008

hört oder bei den Ausschreitungen in Kopenhagen. Wir hören es, wenn Jugendliche Steine werfen, Feuer legen oder Juweliergeschäfte plündern. »Perspektivlosigkeit« passt immer.

FAZ: Nie in der Geschichte ist eine junge Generation in Griechenland unter besseren materiellen Bedingungen aufgewachsen als die jetzige. Dennoch wird über die materielle Lage allenthalben geklagt. Wie passt das zusammen?

Kelpanides: Tatsächlich ist es den Jugendlichen, ohne existierende Unterschiede zu ignorieren, in der Geschichte noch nie so gut ergangen wie in den heutigen wohlfahrtsstaatlichen Demokratien des Westens. Das eigentliche Problem ist, dass die Griechen, vom einfachen Bürger bis zum Staat, über ihre Verhältnisse leben. Sie verlangen immer wieder die Angleichung ihrer Löhne und Gehälter an die westeuropäischen, obwohl die Produktivität auf allen Sektoren in Griechenland weit unterhalb der westeuropäischen Mittelwerte liegt. Die griechische Gesellschaft ist eine Anspruchsgesellschaft mit sehr wenig Realitätssinn. Der individuelle Hang zum Konsum ist nicht zu übersehen. Nicht zu übersehen ist es auch, dass zu jeder Tageszeit und bis in die frühen Morgenstunden die Cafés rund um die Universitäten und in weiteren konzentrischen Kreisen voll besetzt sind. Die Studenten verbraten täglich enorme Summen durch diesen täglichen stundenlangen Aufenthalt in Cafés. Morgens schlafen sie dann lange, so dass vor zwölf Uhr mittags in manchen Fächern kaum Studenten in den Vorlesungen erscheinen.

FAZ: Es wird hierzulande oft gesagt, das öffentliche Schulsystem stehe vor dem Kollaps oder habe ihn bereits erlitten. Ohne Privatunterricht nach der Schule sei eine gute Schulbildung nicht möglich.

Kelpanides: Private Paukkurse am Nachmittag, in den so genannten »Frontistiria«, gab es in Griechenland immer. Ihre Existenz ist ein Beleg für die enorme Ineffizienz des öffentlichen Schulwesens, doch das hat nichts, aber wirklich gar nichts, mit den jetzigen Ausschreitungen zu tun. (...) Aber es ist tatsächlich einzigartig in Europa: Jeder Schüler sitzt fast ebenso lang nachmittags in einem Paukkurs wie vormittags in der Schule. Das ist absurd und völlig unpädagogisch. Niemand konnte dieses System bisher abschaffen. Die ersten, die dagegen Sturm liefen, wären die Lehrer, weil sie mit privatem Unterricht mindestens ein zweites Gehalt verdienen. Da kommen wir wieder zu den Schablonen: Ein europäischer Leser, der so etwas nicht kennt, kann das nicht in seine Kategorien einordnen. Man muss dazu viel mehr wissen über eine Gesellschaft wie die griechische, die ganz anders funktioniert als die westeuropäischen.

Interview in: FAZ.net, 12.12.2008

2.5. Polens Jugend

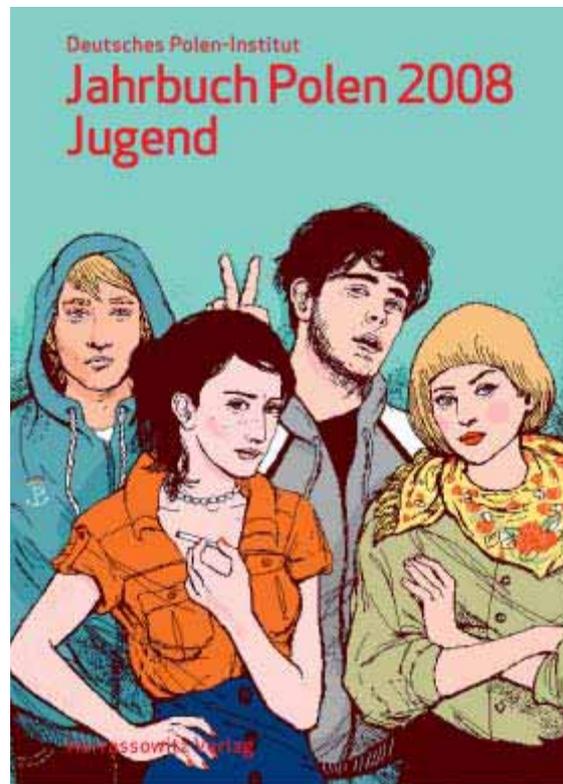
MANFRED MACK

Wenn man von der Jugend in Polen spricht, so sollte man zunächst darauf hinweisen, dass Polen im Vergleich zu Deutschland eine junge Gesellschaft ist. Ende 2005 lebten in Polen über sechs Millionen junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren (16 Prozent der Gesamtbevölkerung). Dies ist die Folge des Babybooms der 80er-Jahre. Die Probleme der heutigen Jugend haben allerdings auch mit der Transformation nach 1989 zu tun, im ersten Jahrzehnt danach gab es nämlich für junge Menschen ungeahnte Aufstiegsmöglichkeiten. Aber 2009 scheinen für viele die besten Arbeitsplätze besetzt. Nach dem Jahr 2000 betrug die Jugendarbeitslosigkeit teilweise bis zu 40 Prozent. Die heutige Jugend bezeichnen deshalb manche auch als die »Generation Nichts« oder »die Generation 1200« (gemeint ist das Einkommen von 1200 Zloty, umgerechnet etwa 350 Euro). Andere nennen sie die Generation JP2 (nach Papst Johannes Paul II.), manche, nicht zuletzt die Jugendlichen selbst, zweifeln, ob man die aktuelle Generation überhaupt auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann, ob es überhaupt etwas Gemeinsames für diese Generation gibt oder ob nicht die Atomisierung als Konsequenz der Modernisierung der gemeinsame Nenner sei.

Traditionelle Werte, die für die vorangehenden Generationen prägend waren, wie z. B. Patriotismus, Katholizismus und Opferbereitschaft, verlieren angesichts ganz neuer Herausforderungen zunehmend an Attraktivität. Die Bereitschaft zu politischem Engagement wie während der »orangenen Revolution« 2004 in der Ukraine oder die Suche nach tieferen Werten wie Freundschaft, Eintracht und Verbrüderung, wie sie sich in den Wochen vor und nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. im April 2005 zeigten, scheinen im Moment eher die Ausnahme als die Regel. Wenn wir den Wertekanon und die Verhaltensweisen der polnischen Jugend mit der Jugend in den Nachbarländern vergleichen, stellen wir fest, dass es mittlerweile mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gibt. Die Unterschiede liegen zum einen bei der deutlich höheren Zustimmung zur Religion, was aber nicht heißt, dass man mit der Sexualmoral der Kirche einverstanden ist. Zum anderen bei der ungleich höheren Mobilität. Seit dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 haben gerade junge Menschen die Chancen, im Ausland zu leben, zu studieren und zu arbeiten, massenhaft genutzt. Und noch ein weiterer, gerade im Zusammenhang mit der Zukunft der EU wichtiger Punkt verdient Aufmerksamkeit: jüngere Menschen haben bei den letzten Wahlen überproportional EU-freundliche und liberale Parteien unterstützt.

M 1 Kultur und Lebensgefühl junger Polen im 21. Jahrhundert

Für sie ist die Marktwirtschaft längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Und doch entkommen auch sie nicht den im Sozialismus und noch früher geprägten Gewohnheiten ihrer Vorfahren, die ihnen stückweise vererbt worden sind. Auch sie sind argwöhnisch gegenüber als korrupt und instabil verschrienen politischen Instanzen und Behörden aller Art, idealisieren den »goldenen Westen« und legen großen Wert auf familiäre und private Beziehungen. [...] Wenn also der überkommene Patriotismus kein geistiges Zuhause mehr bietet, wie könnte dann sein postkommunistischer Nachfolger aussehen? Im Sonderfall Polen bietet sich hier immer noch eine religiös dominierte Identitätsbildung an – auch



M 2 Jahrbuch Polen 2008 – Jugend

© Deutsches Polen-Institut

für Jugendliche. [...] Immerhin 95% der polnischen Jugendlichen bekennen sich zum Glauben, wenn auch nur die Hälfte von ihnen ihn auch wirklich praktiziert. Und hier liegt der Knackpunkt: Bekenntnis und Praxis liegen in dieser konstruierten Gruppe oft weit auseinander. [...] Das Schlagwort »Pole = Kathole« funktioniert also nicht mehr. Wie könnten sich nun polnische Jugendliche anderweitig zu ihrem Heimatland positionieren? Oder anders gefragt: Was bedeutet es heute für sie, Polen zu sein? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, denn mit ihren Eltern verbindet sie etwas, was als »kompleks polski« (polnischer Komplex) immer wieder sichtbar wird – ein gespaltenes Verhältnis zum eigenen Land. Nicht selten hört man bei Beschwerden über mangelhafte Zustände, dass »es so was in Europa nicht gäbe«, obwohl Polen längst geografischer und politischer Teil davon ist. Polen wird zugleich geliebt und gehasst, als Heimat empfunden und als unordentliches und rückständiges Land wahrgenommen, für dessen Einwohner man sich schämt. Gradmesser ist meist der Westen Europas, zu ihm will man gehören. [...] Auf den Jungen lastet der Druck, sich gut und umfassend auszubilden. Praktika sind unverzichtbar und Sprachschulen seit Langem ein florierendes »biznes«. Trotzdem stehen sie nach dem Abschluss von Uni oder Lehre vor dem benannten Nichts. Sie werden auf einen Arbeitsmarkt geworfen, für den sich der Terminus Ellenbogengesellschaft, wörtlich: im Polnischen: »Rattenrennen«, etabliert hat. [...] Untersuchungen haben ergeben, dass es für polnische Jugendliche wichtiger als für ihre deutschen Altersgenossen ist, viel Geld zu verdienen. Dies ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass das Anhäufen von Besitz in einem Land mit geringer Arbeitslosenunterstützung von elementarer Wichtigkeit ist. Dafür sind sie seltener dazu bereit, für andere im Beruf Verantwortung zu übernehmen. Hauptbezugspunkt sind und bleiben, wie schon erwähnt, die Familie und der Freundeskreis. [...] Ein möglicher Weg ist die Flucht aus Polen »na saksy« – wortwörtlich »nach Sachsen«, – aber eigentlich »zum Geldverdienen ins Ausland«. Sie führt aber dank noch geltender EU-Regelungen nicht mehr nach Sachsen, sondern zu den Angelsachsen. [...] Ganze Schulklassen reisen nach dem Abschluss aus, weil ihnen ihre Provinzstadt keine Perspektive mehr bietet.

Mende, Rainer (2008): Kultur und Lebensgefühl junger Polen im 21. Jahrhundert, in: Deutsches Polen-Institut (2008): Jahrbuch Polen 2008, Jugend, S. 25–36

M 3 »Generation Nichts«

Die Freiheit, die unser Land 1989 erlangte, wurde zu einem gewissen Zeitpunkt zu einem jeden Diskurs beendenden Wort. Der Ausdruck »wir sind frei« bedeutete aber auch, dass wir das Recht haben, ideenlos durchs Leben zu gehen, dass wir das Recht haben, von einem Tag auf den anderen zu leben und uns dabei über das zu freuen, was wir uns für das schwer verdiente Geld leisten können. [...] Aber was soll das alles, wenn uns die trostlose Realität doch vor andere, ganz und gar alltägliche Aufgaben stellt? Wir haben weder Zeit noch Kraft noch Geld, ja nicht einmal die Lust, uns um [...] »die geistige Größe unserer Zeit« zu kümmern. Die dunklen Seiten der unter Schwierigkeiten erlangten Freiheit frustrieren, der Zuwachs an Freiheit aber macht faul. Wir dachten, dass die Realität des neuen Polens es uns erlauben würde, eine mehr oder weniger spektakuläre Existenz zu beginnen. Da irrten wir uns sehr. Diejenigen, die sich theoretisch um intellektuelle und seelische Rückenstärkung kümmern sollten, beteiligen sich heute offen daran, den Geschmack der Gesellschaft auf das niedrigste Niveau zu bringen, denn nur auf diese Weise können sie irgendwie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Dabei ist das Geldverdienen in unserer Zeit zu einem unglaublich großen Privileg geworden! Man redet uns ein, dass allein die Tatsache, berufstätig zu sein, als das höchste Ziel im Leben genügen sollte. Und so fühlen wir uns auch. Indem wir irgendeiner stupiden Tätigkeit nachgehen, reden wir uns ein, dass wir gerade an der Erschaffung einer neuen, wunderbaren Welt teilnehmen und jedem dafür, dass uns diese Ehre zuteil wurde, die Füße küssen sollten.

Kuba Wandachowicz (2008): Generation Nichts, in: Jahrbuch Polen 2008, Jugend, S. 21.

M 4 Die Einstellung der polnischen Jugend zur EU

Zum Zeitpunkt des Beitritts Polens zur Europäischen Union dominierte in den Stimmungen der polnischen Jugend ausgesprochener Optimismus. Untersuchungen unter jungen Menschen aus ganz Polen im Jahre 2005, die alle Schulformen der Mittel- und Oberstufe berücksichtigten, ergaben eindeutig, dass die optimistischen Einstellungen überwogen, ja dass die Zuversicht in eine schnelle Verbesserung der Situation, hauptsächlich der wirtschaftlichen, aber auch des gesamten Staates, weit verbreitet war. Nicht weniger als 68 % der befragten jungen Menschen forderten eine rasche Integration in die Europäische Union, und gar nur 3 % meinten, dass Polen wieder aus der EU austreten solle. Im Falle Polens bedeutete dies damals auch die Akzeptanz einer kommenden Währungsunion, ein Hoffen auf den raschen Beitritt zum Schengener Abkommen und eine prinzipielle Zustimmung zur damals diskutierten Europäischen Verfassung. Die jungen Menschen in Polen glaubten stark daran, dass die Europäische Union für sie eine gute Lösung für die weitere Zukunft sei, und dass sie dank der Mitgliedschaft größere Chancen bei der Arbeitssuche (92 %) sowie größere Bildungsmöglichkeiten (89 %) hätten, und dass auch die Kontakte zur Jugend aus anderen Mitgliedsstaaten intensiver werden würden (85 %). Dabei hat die polnische Jugend die EU wohl weniger als eine Wertegemeinschaft betrachtet, sondern als eine Wirtschaftsinstitution, deren Hauptziel die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist (67 %) und aus deren Entwicklung es möglich sei, persönliche Vorteile zu ziehen. Deswegen hat die polnische Jugend im Jahre 2005 auch mit Leichtigkeit ihre Offenheit gegenüber neuen möglichen Mitgliedstaaten, die Türkei und die Ukraine eingeschlossen, akzeptiert. Mit einer klaren Mehrheit wurde zudem die Offenheit gegenüber anderen Religionen außerhalb des Christentums (57 %) erklärt. Allerdings fiel trotzdem, im Gegensatz zu anderen EU-Staaten, ein deutlicher Konservatismus bei ethisch-sittlichen Fragestellungen auf. So waren z. B. nur 32 % der Jugendlichen zur Akzeptanz homosexueller Beziehungen bereit. Rund 65 % betonten ihre Bindung an konservative Werte in der Erziehung, insbesondere dem Patriotismus und der männlich dominierten Hierarchie in der Familie. Die Bin-

Die Identitätsmerkmale der Jugendlichen (zwischen 15 und 24 Jahren) in Polen und in Deutschland

(Wichtigkeitsindex: 0–100 Punkte)

| | Polen 2001–2002 | | Deutschland 2001–2002 | | Unterschied zwischen Polen und Deutschland |
|--|-----------------|-------------|-----------------------|-------------|--|
| | Stellenwert | Wichtigkeit | Stellenwert | Wichtigkeit | |
| Familienmitglied | 1 | 63,14 | 4 | 37,89 | 25,25 |
| Pole [Deutscher] | 2 | 63,12 | 6 | 26,68 | 36,44 |
| Frau/Mann | 3 | 59,00 | 1 | 48,25 | 10,75 |
| poln. Staatsbürger [dt. Staatsbürger] | 4 | 50,31 | 12 | 20,75 | 29,56 |
| gläubige Person | 5 | 45,99 | 17 | 10,66 | 35,33 |
| Schüler/Student | 6 | 42,49 | 5 | 33,34 | 9,15 |
| Person, die sich um andere sorgt | 7 | 33,40 | 7 | 25,16 | 8,24 |
| Person, die einer Jugendgruppe angehört | 8 | 31,94 | 3 | 37,79 | -5,85 |
| Mensch mit Zukunft | 9 | 30,95 | 2 | 45,50 | -14,55 |
| Anhänger von gesellschaftlicher Gleichheit und Gerechtigkeit | 10 | 29,50 | 9 | 24,08 | 5,42 |
| Europäer | 11 | 28,39 | 13 | 19,61 | 8,78 |
| ... | | | | | |
| Demokrat | 24 | 9,53 | 14 | 15,99 | -6,46 |

M 5 Polnische und deutsche Jugendliche im Vergleich

© Institut zur Erforschung der Grundlagen der Demokratie.

dung an die katholische Kirche und den christlichen Glauben, die Wertschätzung von Familie und Ehe waren, dieser Studie zufolge, in der polnischen Jugend ungebrochen.

Aber auch drei Jahre nach der ersten Untersuchung hat sich der Enthusiasmus der polnischen Jugend der EU gegenüber nur wenig verändert. In einer im Jahr 2007 durchgeführten Untersuchung hielten weiterhin zwei Drittel der Polen (65 %) die Mitgliedschaft in der EU für »etwas Gutes«. Unter den jungen Menschen lag die Befürwortung noch deutlich höher, insgesamt bei 71–72 %. Interessant ist auch, dass in der laufenden Diskussion über einen immer wieder diskutierten nahe liegenden Beitritt zur »Euro-Zone«, die Befürworter vor allem bei den jungen Polen mit 52 % (18–24 Jahre) zu finden sind, während er bei den Polen über 55 Jahren nur noch bei 31 % liegt. Die jungen Polen sind in ihrer großen Mehrheit weiterhin von der Notwendigkeit der Ausweitung der EU nach Osten und Süden (über 80 %) überzeugt. In der älteren Generation wird diese Forderung jedoch von Jahr zu Jahr schwächer, wenn sich auch nach wie vor eine große Akzeptanz besitzt. Andererseits meinen inzwischen 56 % der jungen Polen, die Fortschritte der Globalisierung seien ein Faktor, der für die polnische Kultur gefährlich sei, während diese Meinung nur 38 % der Polen insgesamt vertreten. Hier setzt bei manchen Jugendlichen wohl eine Ernüchterung ein, während der andere Teil der Jugend nach wie vor vom Westen fasziniert scheint. Durch die seit dem Beitritt mögliche Arbeitsmigration in andere EU-Länder – bislang mit Ausnahme von Deutschland und Österreich – hat sich die Zustimmung zur EU bei der polnischen Jugend eher noch verstärkt. Abzuwarten bleibt, ob die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise daran etwas Grundlegendes verändern wird.

© Prof. Dr. Ryszard Kaczmarek, Universität Katowice (Originalbeitrag), übersetzt von Dr. Katarzyna Michalak.



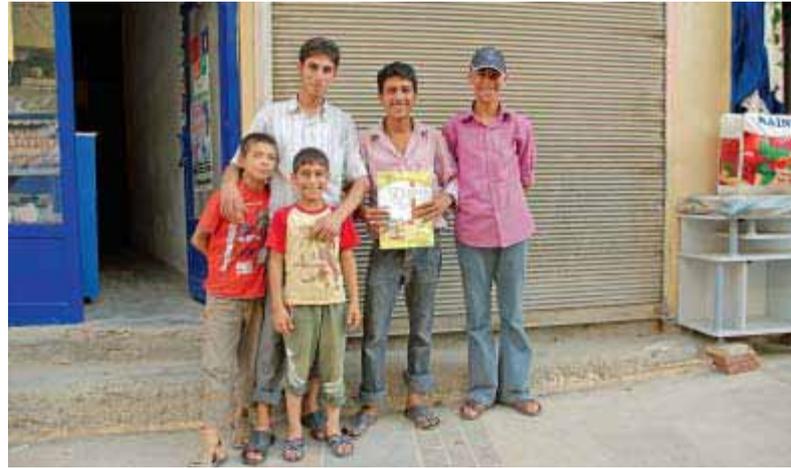
M 4 Jugendliche aus Tschechien, Polen und Deutschland bei Schloss Kreisau (Krzyzowa, Polen) am Fuß des Eulengebirges. Während des Nationalsozialismus entwarf hier der Kreisauer Kreis um Helmuth James von Moltke Pläne zur Neugestaltung Deutschlands nach der Diktatur. Heute ist das Schloss eine internationale Begegnungsstätte für Jugendliche.
© picture alliance, dpa, 1998

M 5 Jugendliche in Tschechien

Eine Umfrage unter 550 Jugendlichen aller Schularten im Jahre 2004 in der tschechischen Republik ergab, dass auch tschechische Jugendliche (www.sds.cz/docs/precetete/eknihy/mnk/mnk_bl.htm) ihr Freizeitverhalten ganz wesentlich an den neuen Medien und aktueller Musik ausrichten. Nur selten werden karitative oder politische Interessen als Schwerpunkte angegeben. Dagegen spielen Internetsurfen, E-Mail- und ICQ-Kommunikation eine dominante Rolle. Große Akzeptanz genießt dabei nach wie vor der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, während das Vertrauen in die tschechischen Politiker vor allem darunter leidet, dass diesen nicht zugetraut wird, sich für die Interessen der Jugendlichen einzusetzen. Mit der EU werden demgegenüber vor allem Hoffnungen auf europaweite Reisen und Ausbildungsmöglichkeiten im Ausland verbunden. Die Brüner Professorin Kucerova hat bereits 1997 in einer Studie darauf hingewiesen (www.friedenskooperative.de/ff97/6-29.htm), dass die tschechischen Jugendlichen der Nachwendezeit ihre Zukunft vor allem als Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer ganz persönlichen Ziele verstünden und es ein weithin zu beobachtendes Wertevakuum gebe. Kucerova spricht gar von einem »oberflächlichen Optimismus«, einer kultischen Verehrung von Unterhaltung, Medien und Konsum bis hin zum Infantilismus bei tschechischen Jugendlichen: »Einige flüchten sich vor der Unsicherheit und vor neuen Existenzproblemen, die auf sie zukommen, in verschiedene Schutzgruppen, wie z. B. Sekten (...). Teile der intellektuell reifen Jugend erleben oft Ängste angesichts der fortschreitenden Degradierungen der Ideale der Menschlichkeit (...), sie erleben Perspektivlosigkeit und apokalyptische Visionen der Zukunft.« Die Studie aus dem Jahre 2004 ergab zudem, dass sich eine große Mehrheit von über 76% für eine Besinnung auf die eigene tschechische Kultur, Tradition und Nationalität aussprach, was aber dennoch den Wunsch, im Ausland zu studieren oder zu arbeiten, nicht tangierte.

Darin unterscheiden sich freilich tschechische Jugendliche nicht wesentlich von ihren europäischen Altersgenossen. Im Gegenteil: Die Faszination und Bereitschaft, neue Erfahrungen im europäischen Ausland machen zu wollen, scheint in allen Untersuchungen ungebrochen.

Dana Hruskova, Milena Zbrankov, Jihlava, Tschechien (Originalbeitrag)



M 6 Kinder und Jugendliche, Urfa (Sanliurfa), Anatolien, Türkei
© picture alliance, dpa, 2008

M 7 Bildung und Jugendliche in der Türkei

Zur Ermittlung der Lebenssituation der Jugend in der Türkei wurden im Jahre 2007 3.322 türkische Jugendliche im Alter zwischen 15–24 Jahren aus 12 unterschiedlichen Regionen der Türkei (Istanbul, Adana, Malatya, Ankara, Izmir, Bursa, Tekirda, Diyarbakr, Samsun, Trabzon, Kayseri und Erzurum) befragt (<http://europeandcis.undp.org/home/show/7153E9AF-F203-1EE9-B3404D3FE67422D4>). Die Anzahl der Jugendlichen in der Türkei im Alter von 15–24 Jahren beträgt dabei etwa 12,4 Millionen. Dies entspricht – gemäß der im Jahr 2007 durchgeführten Volkszählung – einem Anteil von 17,6% an der Gesamtbevölkerung. 30% der türkischen Jugendlichen besuchen eine Schule und 30% sind bereits in einem Beschäftigungsverhältnis. Das bedeutet aber auch, dass etwa fünf Millionen der Jugendlichen – immerhin 40% – ohne regelmäßige Beschäftigung und nicht mehr in der Schulausbildung sind. Mindestens drei Millionen dieser Jugendlichen stehen zudem einer perspektivlosen Zukunft gegenüber. Sie werden in der Türkei auch als die »unsichtbare« Jugend bezeichnet. Insbesondere junge Frauen sehen sich mit solch einer Zukunft konfrontiert, die ihnen kaum eine Entwicklungsmöglichkeit einräumt. Die türkische Wirtschaft hat sich nach der Wirtschaftskrise im Jahr 2001 zwar schnell erholt – zwischen den Jahren 2002 und 2006 lag die jährliche Wachstumsrate bei durchschnittlich 7,5% – dennoch konnten die enormen Wirtschaftsschübe der türkischen Volkswirtschaft nicht dazu beitragen, dass neue Arbeitsplätze in ausreichendem Maße geschaffen wurden. Im Jahr 2006 stellten die 15–24 Jährigen etwa 4,6 Millionen (18,5%) der 24,8 Millionen türkischen Beschäftigten. Demgegenüber war der Anteil der jungen Arbeitslosen gemessen an der Gesamtzahl mit 35% enorm hoch. Dies bedeutet, dass türkische Jugendliche doppelt so hoch von Arbeitslosigkeit betroffen sind als ältere Altersgruppen. So überrascht es nicht, dass ein sicherer Arbeitsplatz an erster Stelle (49,1%) auf der »Wunschliste« der Jugendlichen steht. Zwar hat sich der Etatanteil, der dem türkischen Ministerium für Bildung zugeteilt wurde, in den letzten Jahren stetig erhöht. Während im Jahr 2006 dieser noch 9,5% betrug, stieg er im Jahr 2007 auf 10,4% an. Das entspricht in etwa 3,4% des türkischen Bruttoinlandsprodukts (1991: ca. 2,4%). Jedoch können die Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der türkische Bildungsetat im OECD-Vergleich eher gering ausfällt. Während sich die durchschnittlichen Ausgaben pro Schüler in den OECD-Staaten sich mit 81.485 \$ beziffern lassen, liegen diese in der Türkei bei 40.000 \$.

Levent Günes, Europa Zentrum Baden-Württemberg, Stuttgart, (Originalbeitrag)

3. Bürgerbeteiligung und Jugendpartizipation in der Europäischen Union

JÜRGEN KALB

Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union hat spätestens seit den ablehnenden Referenden zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden im Jahre 2005 sowie der Ablehnung des Lissabonner Vertrags im irischen Referendum im Juni 2008 eine besondere Brisanz erhalten. Wollen die Bürgerinnen und Bürger überhaupt diese Europäische Union? Regelmäßig durchgeführte repräsentative Meinungsumfragen in den 27 Mitgliedstaaten von Eurobarometer belegen dies andererseits eindeutig. Was war also geschehen? Sieht nicht der Reformvertrag von Lissabon, der den gescheiterten EU-Verfassungsvertrag ablösen soll, eine wesentliche Stärkung der Bürgerbeteiligung vor? Trotzdem hatten sich die 27 Staats- und Regierungschefs, also der Europäische Rat, im Einklang mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament dazu entschlossen, den Lissabonner Vertrag parlamentarisch-repräsentativ zu ratifizieren und eben keine Volksabstimmungen durchzuführen, wie dies einige Mitgliedstaaten noch beim Verfassungsvertrag durchgeführt bzw. angekündigt hatten. Nur in Irland musste wegen der Bestimmungen der irischen Verfassung eine Volksabstimmung durchgeführt werden – und schon ging es schief. Jetzt soll im Herbst erneut abgestimmt werden. Der Ausgang ist höchst ungewiss.



Abb. 1 »Jugendpolitik als europäische Aufgabe«, Pressekonferenz zu einer neuen europäischen Aufgabe im Jahre 1997 unter dem Motto »Europe Listens to the Youth« © Europäische Kommission

Plan D: mehr Demokratie, Dialog und Diskussion

Die europäische Einigung stellte bislang weitgehend ein Projekt ohne Bürgerbeteiligung dar. Sie war vornehmlich ein Produkt nationaler Regierungshandeln und folgte in ihrer Entwicklungsdynamik primär friedenssichernden und ökonomischen Einsichten. So verwundert es nicht, dass die Strukturen der europäischen Zivilgesellschaft den Institutionen des politischen Systems Europas hinterherhinken. Den Bürgerinnen und Bürgern Europas unterstellte man dabei zumeist einen »permissive consensus«, d. h. eine stillschweigende Zustimmung zu den Fortschritten der europäischen Einigung. Drängten nicht immer mehr Länder in die Union? War es nicht eine reine Erfolgsgeschichte der erst sechs, dann zwölf und fünfzehn, schließlich fünfundzwanzig und ab 2007 sogar siebenundzwanzig Mitgliedstaaten? Und noch immer stehen Kandidaten Schlange und drängen herein. Akzeptiert schien dabei auch lange Zeit die sogenannte »méthode Monnet«, also eine wachsende Vergemeinschaftung immer weiterer Politikbereiche, ohne eine explizite Debatte über die Finalität dieses supranationalen Gebildes »sui generis« zu führen. An die Herausbildung einer europaweiten Zivilgesellschaft dachten zunächst nur wenige.

Im Jahr 2009 stellt sich die Situation nach dem gescheiterten Referendum in Irland freilich anders dar. Da verwundert es nicht, dass auch die Rufe nach mehr Bürgerbeteiligung in der EU wieder in der öffentlichen Diskussion auftauchen. Bereits nach den negativen Referenden zum EU-Verfassungsvertrag im Jahre 2005, als in Frankreich 55 Prozent und in den Niederlanden 62 Prozent diesen Vertrag ablehnten, sprachen die EU-Institutionen von einer Krise und verordneten sich zunächst eine Denkpause.

Schließlich wurde eine Gegenstrategie entwickelt, eine neue EU-Kommunikationspolitik und ein so genannter Plan »D – für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion«. Diese Kommunikationsstrategie hinderte die Verantwortlichen freilich nicht daran, eine nur leicht veränderte Form des EU-Verfassungsvertrags, im Wesentlichen unter Verzicht staatsähnlicher Symbolik, als Lissabonner Reformvertrag am 13. Dezember 2007 feierlich zu unterzeichnen und diesmal nahezu überall parlamentarisch und nicht mehr wie noch 2005 beim Verfassungsentwurf teilweise plebiszitär ratifizieren zu lassen. Nur in Irland verbot dies die nationale Verfassung – mit dem bekannten Ausgang.

Große Skepsis bei Jugendlichen

Die Nachwahlanalysen ergaben dann insbesondere die Skepsis der Jungwähler, was von vielen als alarmierend gewertet wurde. Schon in Frankreich des Jahres 2005 stimmten 50 Prozent, in den Niederlanden 74 Prozent und in Irland 2008 nun 64 Prozent der Jungwähler gegen den jeweils zur Abstimmung stehenden Vertrag. Die in den Referenden sichtbar gewordene Kluft zwischen der EU und ihrer Bevölkerung zeichnete sich allerdings für den aufmerksamen Beobachter bereits längerfristig in der kontinuierlich abnehmenden Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament sowie in der Zunahme europakritischer Stimmen und Parteien ab. Lag die Wahlbeteiligung bei den ersten Europawahlen 1979 noch bei 63 Prozent, so hatten sich 2004 nur noch 46 Prozent der EU-Bevölkerung und lediglich 33 Prozent der jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren an den Europa-Wahlen beteiligt. Das alarmierte auch viele Europabewegte vor den Europawahlen 2009, die ein ähnliches Ergebnis erwarten lassen. Diese abnehmende Wahlbeteiligung und wachsende Europakritik steht dabei in merkwürdigem Kontrast zur Zunahme der politischen Bedeutung des Europäischen Parlaments und den erweiterten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung nach dem Lissabonner Vertrag. So sieht dieser z. B. ähnlich wie die gescheiterte

EU-Verfassung die Möglichkeit vor, durch eine Initiative von mindestens einer Million Unionsbürgerinnen und -bürger aus einer »erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten« die Kommission aufzufordern, Gesetzentwürfe zu den vorgeschlagenen Themen einzubringen. Anhörungen von repräsentativen Verbänden, Betroffenen und die Verpflichtung zu Transparenz und Öffentlichkeit werden im Reformvertrag explizit in den Kontext einer »Zivilgesellschaft« gestellt.

Unionsbürgerschaft in der EU

Von einer aktiven Europäischen Bürgergesellschaft ist die EU dennoch bislang weit entfernt. In der EU werden zwar immer mehr und immer wichtigere Entscheidungen getroffen, die das Leben jedes einzelnen Bürgers betreffen. Eine »Mitsprache des einzelnen« attestierte der EU in Umfragen allerdings kaum jemand. Trotz zahlreicher Willensbekundungen der EU, die Bevölkerung stärker an der europäischen Politik zu beteiligen, sahen die Bürgerinnen und Bürger in einer Meinungsumfrage im Jahre 2006 auch kaum konkrete Mitsprachemöglichkeiten. So waren sogar 54 Prozent der Gesamtpopulation und 49 Prozent der EU-Jugendlichen der Auffassung, dass ihre Stimme in der EU kein Gewicht habe. Nur ein Drittel beantwortete diese Frage positiv. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass sich 77 Prozent der EU-Jugendlichen mit den EU-Strukturen nicht sonderlich vertraut fühlen und deshalb auch nicht wissen, an wen sie sich gegebenenfalls wenden sollten. Nur knapp ein Drittel der Jugendlichen fühlte sich gut bis sehr gut über die EU informiert.

Geschichte der Bürgerbeteiligung in der EU

Zur Förderung der Bürgergesellschaft wurde im Vertrag von Maastricht 1992 in Artikel 8 die Unionsbürgerschaft eingeführt und die damit verbundenen Rechte wie das Aufenthaltsrecht in anderen Mitgliedstaaten, das aktive und passive Kommunal- und Europawahlrecht und das Petitionsrecht der EU-Bürgerinnen und Bürger beim Europäischen Parlament. Unionsbürger ist demzufolge, wer die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt dabei die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.

Eine weitere Präzisierung erfuhr die Unionsbürgerschaft in der »Charta der Grundrechte der EU«, wie sie im Jahr 2000 vom Europäischen Rat in Nizza angenommen wurde. Das Thema Bürgererschaft wird in der Charta bereits in der Präambel aufgegriffen, in der es heißt, dass die Union die Person in den Mittelpunkt ihres Handelns stelle, »indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet«. In Kapitel V der Charta werden sowohl die bisherigen Regelungen zur Unionsbürgerschaft zusammengefasst als auch weitere Gesichtspunkte in Bezug auf die Bürgerrechte festgehalten. Neue Elemente sind die in Artikel 41 und 42 festgehaltenen Rechte aller Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auf eine gute Verwaltung und auf Zugang zu den Dokumenten der EU-Institutionen.

Zur Weiterentwicklung der Europäischen Bürgergesellschaft trugen dann die Debatten um die Mitgestaltung und die Beteiligung an europäischer Politik im Rahmen des Weißbuches Good Governance von 2001 bei. Das Weißbuch setzte sich explizit für eine Öffnung der staatlichen Institutionen gegenüber der Zivilgesellschaft ein. Es galt als der Versuch zur Erarbeitung moderner Politikverfahren unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit und sollte zur verbesserten Interaktion zwischen EU-Institutionen und Zivilgesellschaft anregen. Nach dem Scheitern der EU-Verfassung im Jahre 2005 entwickelte die EU-Kommission schließlich



Abb. 2 Grundwissen Europa – »Was fällt euch zu Europa ein?«

© Thomas Plaßmann, 2008

in ihrem »Plan D – für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion«, noch weitergehende Kommunikationsstrategien für mehr Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung. Die Einrichtung von vielfältigen Diskussionsforen, europäischen Radio- und sogar TV-Stationen war die mittelbare Folge. Im Lissabonner Reformvertrag fanden schließlich die partizipatorischen Ergänzungen des repräsentativen Systems des EU-Verfassungsentwurfs ihre Fortsetzung, vom direkten Bürgerinitiativrecht, über den Europäischen Bürgerbeauftragten bis hin zu umfassenden Anhörungsrechten repräsentativer Verbände.

Jugendpolitik als europäische Aufgabe

Einen wichtigen Teilbereich bildet dabei die Jugendpolitik, die die EU-Kommission 2001 erstmals in ihrem »EU-Weißbuch Jugend« zur europäischen Aufgabe erklärte. Im November 2006 forderte schließlich der EU-Ministerrat für Bildung, Jugend und Kultur die Kommission auf, mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen kontinuierlichen und strukturierten Dialog zu führen.

Zur Umsetzung dieses strukturierten Dialogs wurden dann schließlich nationale Jugendseminare zu thematischen Schwerpunkten durchgeführt, die die Grundlage für Jugendevents bei informellen Foren bildeten. Hier sollten die Jugendvertreter dann von der EU-Kommission, dem EP und der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft Gehör finden und deren Forderungen sollten Niederschlag bei der Gestaltung künftiger europäischer Politik finden. In der Öffentlichkeit wurden diese Veranstaltungen allerdings kaum beachtet, was verständlicherweise zu einer deutlichen Kritik bei den beteiligten Jugendlichen führte.

Wurde bereits im »Weißbuch Jugend« gefordert, dass junge Menschen in Europa die Fähigkeit haben sollten, sich als solidarische, verantwortungsbewusste, aktive und tolerante Bürgerinnen und Bürger in pluralistischen Gesellschaften behaupten zu können, so spiegeln aktuellere Aktionsprogramme der EU nun genau diesen Ansatz wider. Auch die EU-Kommission musste bald einsehen, dass es für eine Entwicklung eines »strukturierten Dialogs« von der lokalen über die regionale bis hin zur europäischen Ebene noch einiger Anstrengungen bedurfte.



Abb. 3 »Strukturierter Dialog mit der Jugend« – ein neues Instrument der europapolitischen Zusammenarbeit seit Ende 2006 – Plakate zu europaweiten Kongressen. © Europäische Kommission

»Jugend in Aktion«

Die bescheideneren Ziele schlagen sich nunmehr in EU – Programmen in den Bereichen Jugend und Bildung nieder und konkretisieren sich etwa im Austausch, der Begegnung und der Organisation gemeinsamer Lernprozesse von jungen Europäer. Diese sollen damit mittelfristig positive Rahmenbedingungen für eine aktive Bürgerschaft im europäischen Kontext liefern: Personelle Kontakte, interkulturelle Lernprozesse, Kennen lernen anderer Umgebungen, Nachdenken über Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Vielfalt in Europa sowie die Beschäftigung mit europäischer Politik sind hierfür unabdingbare Voraussetzungen. Gegenseitiges Verstehen, Solidarität und das Gefühl der Zugehörigkeit gelten nunmehr als wichtige Bausteine einer zukünftigen Bürgerbeteiligung und könnten alsbald die Grundlage einer Europäischen Bürgergesellschaft bilden.

In diesem Sinne ist die Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft junger Menschen im Allgemeinen und ihrer europäischen Bürgerschaft im Besonderen erstes Ziel des Programms »Jugend in Aktion«. Es soll »bei jungen Menschen das Bewusstsein wecken, dass sie Bürgerinnen und Bürger Europas sind. Junge Menschen sollen dazu ermutigt werden, über europäische Themen einschließlich der europäischen Bürgerschaft nachzudenken und diese Themen in die Diskussion über den Aufbau und die Zukunft der Europäischen Union einzubringen. Auf dieser Grundlage sollen diese Projekte eine ausgeprägte europäische Dimension aufweisen und zum Nachdenken über die entstehende europäische Gesellschaft und ihrer Werte anregen.« Genannt werden hier beispielsweise Projekte zur partizipativen Demokratie und zur Unterstützung europäischer Zusammenarbeit im Jugendbereich mit Jugendseminaren.

Die Deutsche Agentur für das Programm »Jugend in Aktion« mit Namen »Jugend für Europa« stellt dazu umfangreiche Informationen auf einer eigenen Website sowie in ihrem »Handbuch Europa vermitteln« zur Verfügung. Hier finden sich auch die Modalitäten für die Vergabe von Zuschüssen für internationale Jugendbegegnungen, Adressen Europäischer Freiwilligendienste, Initiativen Jugendlicher und umfangreiche Hilfen für sie unterstützende Maßnahmen. Hierin wird schließlich auch eine Übersicht über die zahlreichen staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Europainitiativen mit dem Schwerpunkt auf Jugendpartizipation gegeben. Auf ihrem Portal www.jugendpolitikineuropa.de werden zusätzlich jugendpolitische Diskussionen und Publikationen veröffentlicht, während sich ihr Webforum www.webforum-jugend.de besonders an Jugendliche direkt wendet.

Didaktische Prinzipien europapolitischer Bildung

Traditionelle Formen der Europavermittlung konzentrierten sich zumeist auf die Institutionen und Werte der Europäischen Union. Dabei dominieren Darstellungen abstrakter europäischer Organe, Ausschüsse und Vertragswerke. Überzeugt von der grundsätzlichen Richtigkeit der europäischen Einigung zielt diese europapolitische Erziehung zumeist darauf ab, die Legitimation Europas in der Bevölkerung durch Werbe- und Erziehungsmaßnahmen zu erhöhen, um eine gemeinsame, postulierte europäische Identität zu vermitteln. Nicht selten findet sich eine solche Europavermittlung in Broschüren der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments – wenn auch hier langsam ein Umdenkungsprozess eingeleitet scheint.

Sowohl eine triviale Europa-Euphorie als auch ein künstlich hergestelltes Wir-Gefühl widersprechen den Grundprinzipien der tradierten Politischen Bildung. Die Befähigung zum rationalen und kritischen Urteil muss selbstverständlich auch für den Lerngegenstand Europa gelten. Die europapolitische Erziehung kommt sonst schnell an Akzeptanzgrenzen, wenn sie zur Erzeugung positiver Einstellungen und Werthaltungen über Europa auf die kontroverse Behandlung des Themas verzichtet. Genauso wenig wird aber auch eine europapolitische Europakunde der Erziehung zum Unionsbürger gerecht. Diese Richtung erachtet vor allem das demokratische Institutionensystem Europas als wesentlich. Nicht die Einstellung gegenüber Europa, sondern das Wissen und die Kenntnisse über Europa stellen den Kern dieser europapolitischen Kunde dar. Europa wird hierbei zumeist als ein eigenständiger Lerngegenstand betrachtet, der einer von den Politikfeldern isolierten Behandlung bedarf. Georg Weißeno (2004) meint hierbei zu beobachten, dass diese Perspektive sich auch in den klassischen Schulbuchkapiteln niedergeschlagen habe. Sie gehe dabei auf Kosten einer Politikfeldanalyse, die Europa im politischen Mehrebenensystem unserer Gesellschaft einzuordnen vermag.

Die moderne europapolitische Bildung orientiert sich dagegen an den Maximen der Politischen Bildung, wie sie z. B. im Beutelsbacher Konsens formuliert sind und zielt darauf ab, mündige Europäerinnen und Europäer zu bilden, deren Demokratiekompetenz als Voraussetzung der Europäisierung angesehen werden kann. Demokratische Bürgerschaftlichkeit kann dabei heute nicht mehr nur national gedacht werden. Im Zuge der Auslagerung politischer Steuerungs- und Regulationsinstrumente aus dem Nationalstaat europäisieren sich zwangsläufig auch die tragfähigen Bürgerkonzepte. Die europapolitische Bildung will die Bürgerinnen und Bürger selbst befähigen, ein politisches System Europas zu entwickeln und zu reflektieren, das ihnen als vernünftig erscheint. In dieser Sichtweise ist die europäische Bürgerschaftlichkeit keine Folge der europäischen Institutionenbildung und »Werbeveranstaltung zum Ausgleich von Legitimationsdefiziten«, sondern eine Voraussetzung für dessen demokratische Weiterentwicklung. Die europapolitische Bildung betrachtet ihren Gegenstand deshalb nicht mehr als etwas Isoliertes. Vielmehr wird die europäische Dimension in den aktuellen politischen Problemfeldern entdeckt. Die Zeiten, in denen Europa im Bereich der Außenpolitik, beziehungsweise der Internationalen Politik behandelt werden konnte, dürften endgültig vorbei sein. Nur im problemorientierten Zugriff kann es gelingen, dass nicht nur politische Wissensanhäufung, sondern auch politische Bewusstseinsbildung über Europa betrieben wird.

European Peer-Group Education

Eine noch weitergehende Strategie in der europapolitischen Bildung stellt die »European Peer-Group Education« dar, die sich insbesondere in der außerschulischen politischen Bildung bewährt hat und sich wachsender Beliebtheit erfreut. Angenommen wird dabei, dass in Gleichaltrigengruppen und bei deren Freiwilligkeits-

charakter Lernprozesse und Aktivitäten ablaufen, die nicht stattfinden, wenn Erwachsene oder Gruppenfremde anwesend wären. Doch was wird gelernt? Bisher dominieren so genannten jugendnahe oder jugendrelevante Themen wie z. B. Aids, Sexualität, Drogen und Sucht. Politik, Europa und Demokratie sind bislang hier eher vernachlässigte Themenfelder, spiegeln sie doch vordergründig nicht die aktuelle Interessenslage Jugendlicher wider. Einen besonderen, interessanten Weg haben z. B. Teams gefunden wie: »Juniorteam Europa« der Forschungsgruppe »Jugend und Europa«, »EuroPeers« der deutschen Agentur für »Jugend in Aktion« sowie »Young EU-Professionals« der Bundeszentrale für politische Bildung. Diese Ansätze gehen davon aus, dass zunächst gleichaltrige Teamer aus dem Kreis besonders interessierter Jugendlicher ausgebildet werden sollten, die sich dann ihrerseits wieder an Gleichaltrigengruppen wenden. Häufig wird hier mit Planspielen oder Simulationen gearbeitet, die mit wissenschaftlicher Fundierung entwickelt wurden und somit eine Professionalisierung der Peer-Group Education versprechen lassen.

Europapolitische Jugendbildungsinitiativen in Baden-Württemberg

Für Baden-Württemberg wie für alle anderen Bundesländer gilt, dass die Anzahl unterschiedlichster Jugendbildungsinitiativen erfreulicherweise fast unüberschaubar ist. Einen Großteil dieser Initiativen erfasst das Handbuch der Initiative »Jugend für Europa«.

Die beiden größten Europainitiativen für junge Europäer in Baden-Württemberg sind hierbei die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg sowie das Europa-Zentrum Baden-Württemberg, die beide – häufig auch in Kooperation – etwa europaweite Begegnungen mit Studienfahrten, Vorträgen und Seminaren, aber auch mit europabezogenen Planspielrunden und Simulationen organisieren und selbst durchführen. Ein breites Internetangebot (mehrere Webportale und Angebote im Bereich von E-Learning-Kursen) sowie eine eigene europapolitische und didaktische Zeitschrift bezeugen hier das besondere europapolitische Engagement, wesentlich mitfinanziert durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg. Außerdem finden sich in Baden-Württemberg gleich sechs Europe direct-Büros sowie die Angebote verschiedener Akademien wie z. B. dem Internationalen Forum in Bad Liebenzell.

Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung

Auf Bundesebene profiliert sich bei europapolitischen Fragen besonders die Bundeszentrale für politische Bildung, die nicht nur Publikationen, sondern auch ein umfangreiches Webangebot mit reichlich Material und zum Teil didaktischer Aufarbeitung zur Verfügung stellt. Über internationale Tagungen und sie begleitende Publikationen sucht sie eine internationale Vernetzung und den intensiven Austausch innovativer Ideen in der politischen Bildung, der europaweit oft auf große Hürden stößt.

Politische Bildung in Europa

Karlheinz Dürr hat in dieser Ausgabe von D&E mit Blick auf die Demokratieförderprogramme in Europa zunächst auf die Programme des Europarats zur »Education for Democratic Citizenship (EDC)« und dessen Grenzen hingewiesen. Die »European Union Citizenship Education« der Europäischen Union kann und soll gleichwohl daran anknüpfen: »In und für Europa handeln heißt, sich aktiv einbringen. Von Jugendbewegungen über das Europäische Jugendparlament bis hin zu Parteien, Interessenverbänden und ehrenamtlichen Vereinigungen bestehen zahlreiche



Abb. 4 Beratungen zum »Weißbuch der Europäischen Kommission zur europäischen Jugendpolitik: NEUER SCHWUNG FÜR DIE JUGEND EUROPAS« (2001). Zwischen Mai 2000 and März 2001 wurden mehrere Millionen Jugendliche nach ihren spezifischen Forderungen und neuen Formen des Regierens im Rahmen einer modernen Zivilgesellschaft befragt. © Europäische Kommission

Gelegenheiten, wie auch im Rahmen von Netzwerken (Schulnetze), bei denen Europa durch gemeinsame Projektarbeit handelnd erschlossen wird.« Internationale, schulische und außerschulische Begegnungen und z. B. sogenannte Jugendparlamentssitzungen, in denen über Europa gestritten, verhandelt und debattiert, gespielt und simuliert wird, scheinen hier besondere Möglichkeiten der interkulturellen Begegnung zu bieten. Es ist längst nicht damit getan, die institutionellen Voraussetzungen der Ergänzung der parlamentarische Demokratie durch partizipative Elemente zu schaffen. Eine politische Kultur der Mitwirkung und Zivilgesellschaft in Europa muss langfristig und europaweit gefördert und nachhaltig herausgebildet werden. Die politische Bildung junger Menschen spielt dabei für eine zukünftige europäische Zivilgesellschaft eine ganz besonders prominente Rolle.

Literaturhinweise

Deutschland & Europa, Heft 56, Die EU – auf dem Weg zur Bürgerunion? Stuttgart November 2008.

Dürr, Karlheinz: Die Europäisierung der Demokratiebildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36/2005, S. 16–21

Europäische Kommission (2007): The European Structured Dialogue with young people. Basic concept and activities 2007–2008. Brüssel.

Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (Hrsg.) (2008): Der Strukturierte Dialog mit der Jugend – quo vadis? München.

Gellner, Wienand/Glatzmeier, Armin: Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26/2005, S. 8–15

Georgi, Viola B. (2008): The Making of Citizens in Europe. New perspectives on Citizenship Education. BpB. Bonn.

Jugend für Europa (Hrsg.) (2009): Handbuch – Europa vermitteln. Bonn.

Rappenglück, Stefan: Jugend in der Europäischen Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 47/2006, S. 3–7

Tham, Barbara (2008): Europäische Bürgergesellschaft und Jugendpartizipation in der EU. CAP-Analyse. München 2007. www.cap-lmu.de

Weißeno, Georg (Hrsg.) (2004): Europa verstehen lernen. BpB. Bonn.

MATERIALIEN

M 1 (1) Internethinweise zu Jugend und Europa

<http://forum.agora.europarl.europa.eu> (Agora-Marktplatz des Europäischen Parlaments)

www.bpb.de (Bundeszentrale für politische Bildung)

www.dbjr.de/ (Deutscher Bundesjugendring)

www.fgje.de (Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP)

<http://europa.eu/youth> (Jugendportal der EU)

<http://europa.eu/debateeurope/Index.de.htm> (Debate Europe)

www.europarl.europa.eu (EU-TV-Stationen)

<http://europa-zentrum.de> (Europa Zentrum Baden-Württemberg)

www.go4europe.de/ (Europäischer Freiwilligendienst)

www.youthreporter.eu/ (Europäischer Schreibwettbewerb)

www.youthforum.org/ (Europäisches Jugendforum)

www.jugendfuereuropa.de (Deutsche Nationalagentur für europaweite Aktionsprogramme)

www.jugendpolitikineuropa.de/ (Jugendportal zu jugendpolitischen Fragen der Agentur »Jugend für Europa«)

www.politische-bildung.de/europa_aktuell.html (Das Informationsportal zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentralen)

(2) Internethinweise zur Europawahl 2009

www.europawahl-bw.de/ (Portal der LpB Baden-Württemberg zur Europawahl)

<http://jugendforum-europawahl.de/> (Gib Europa (D)eine Stimme! Jungwählerforum Europawahl 2009, Junge Erwachsene aus Baden-Württemberg und Bayern diskutieren Themen europäischer Politik mit Europa Abgeordneten und begleiten diese nach der Wahl über ein Internet-Forum und ein Weblog. Verantwortlich: Europäische Kommission – Vertretung München, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Junge Europäer Bayern und Baden-Württemberg)

www.juniorwahl.de/ (Juniorwahl 2009 – wähle mit! Organisationen und Institutionen aus den Niederlanden, Polen, Finnland und Deutschland beteiligen sich derzeit an dem Jugendprojekt. In Deutschland können sich alle



M 2 Diskussionsrunde im Tagungszentrum der LpB in Bad Urach zur Jugendbeteiligung in Europa. Von links: Andreas Schwarz, Dachverband der Jugendgemeinderäte und Gemeinderat in Kirchheim/Teck, Susanne Krieg, LpB, Johannes Kimmerle, wirkte vor 10 Jahren als Abiturient am Weißbuch zur europäischen Jugendpolitik mit, Ulrich Theurer (FDP), Kandidat für die Europawahlen 2009, MdL und Oberbürgermeister von Horb.
© Jonathan Fasel



M 3 Europäisches Jugendgemeinderats-Treffen vom 13.5.–18.5.2008 im Haus auf der Alb der LpB: Der finnische »Ratspräsident« Aleksej Fedotov im Einsatz
© Jonathan Fasel

Schulformen der Sekundarstufe I und II ab Klasse 7 bei diesem bundesweiten Schulprojekt zur Teilnahme bewerben)

www.abgeordnetenwatch.de (Abgeordnetenwatch: »Stell den Europaabgeordneten deine Fragen!« 99 Europaabgeordnete beantworten online Fragen der Wählerinnen und Wähler. Die Fragen und Antworten sind für alle einsehbar. Parlamentwatch e. V. in Kooperation mit Mehr Demokratie e. V. und Mehr Bürgerrechte e. V.)

www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Europa/EU-Infotour/eu-infotour.html (Wahl-Tour der Bundesregierung: »Es geht um Ihre Interessen!« Wann die Informationstour in welches Info-Center, in welche Stadt kommt, erfahren Sie über die interaktive Karte. Verantwortlich: Bundesregierung)

www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/de/ (Europäische Bürgerkonferenzen. Diskussionsforen für alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Im Brennpunkt der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 stehen Themen, die im Vorfeld der europäischen Wahlen im Jahr 2009 für die europäischen Bürgerinnen und Bürger wichtig sind.)

www.politische-bildung.nrw.de/heute/00078/index.html?seite=07 (Europa spezial: Portal der Landeszentrale für politische Bildung in NRW zur Europawahl)

(3) Materialien für den Unterricht

www.bpb.de/methodik/4SO5GL,o,o,Projekt:_Europawahl.html (Europawahl – Jugend und Europa – GrafStat-Projekt. Jugendliche führen mit Hilfe der Software GrafStat Befragungen durch zum Verhältnis Jugendlicher zur Idee Europa, europäischer Politik und zur Europawahl. Bundeszentrale für politische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

www.bpb.de/methodik/4SO5GL,o,o,Projekt:_Europawahl.html (Europa für Einsteiger 20 Arbeitsblätter vermitteln Grundsätzliches rund um die Europäische Union und ihre Idee.)

www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/heute-themen/2008/1.pdf (Erlebnisraum Europa. Methoden, Inhalte und Materialien zum Einsatz im Unterricht.)

www.lpb-bw.de/europa/material/Europasindwir.pdf (»Europa sind wir!« Methoden für die europapolitische Jugendbildung. Herausgegeben von der LpB Baden-Württemberg und dem CAP München)

www.deutschlandundeuropa.de (Internetauftritt von D&E mit Hintergrundheften zu Europa sowie einem Heft »D&E aktuell: Europawahlen 2009«. Ab 2005 auch mit methodisch-didaktischen Hinweisen. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.)

<http://youngstars.prokopy.net/HM/Medienpool/tabid/620/Default.aspx> (Jugendliche wählen. Europaideen, Methoden und Anregungen zur Europawahl mit kurzen Informationen zur Europäischen Union, dem Europäischen Parlament und der Geschichte der Europäischen Union. Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. und Centrum für angewandte Politikforschung München)



M 4 »Jugend in Aktion« – Das Förderprogramm der EU für die Jugend

Das Programm »Jugend in Aktion« ist das größte Förderprogramm der EU für die Jugend. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 ist es mit einem Gesamtvolumen von 885 Millionen Euro ausgestattet. Damit sollen Jugendgruppen, gemeinnützige Vereine und sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit bei ihren Aktivitäten unterstützt und die Mobilität der Beteiligten gefördert werden. Hauptziele des Programms sind die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, des Bürgersinns, der Solidarität und des demokratischen Engagements junger Menschen. Das Programm erreicht damit jährlich ungefähr 12.000 Jugendliche. An dem Programm nehmen 31 nationale Agenturen teil. Ihre konkreten Ziele und Projektaktivitäten sind innerhalb des allgemeinen Rahmens der Hauptziele des Förderprogramms unterschiedlich. Die deutsche Agentur »Jugend für Europa« richtet sich auf folgende Ziele: (1) demokratische Partizipation von Jugendlichen anregen, (2) über jugendpolitische Entwicklungen auf europäischer Ebene informieren, (3) Bildungsmaßnahmen anbieten, die den beruflichen Entwicklungsprozess, die Qualität und Kompetenz von Akteuren in der Jugendarbeit unterstützen können (Trainings, Netzwerkbildung, innovative Projekte); Qualifikationsbeleg ist der sogenannte »Youthpass«.

Das Programm umfasst **fünf Aktionsbereiche**, in denen jährlich an fünf Terminen Fördermittel für Einzelmaßnahmen beantragt werden können:

Aktion 1: Jugend für Europa

Hierbei handelt es sich primär um grenzüberschreitende Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen und Projekte zur Förderung der demokratischen Partizipation Jugendlicher.

Aktion 2: Europäischer Freiwilligendienst

Für den EFD können sich Jugendliche bewerben, die im Ausland in sozialen und ökologischen Projekten auf freiwilliger Basis mitarbeiten möchten. Innerhalb des Aktionsbereichs wird dabei zwischen Einsätzen in den europäischen Partnerländern oder in benachbarten Ländern unterschieden.

Aktion 3: Jugend in der Welt

Auch dieser Aktionsbereich unterscheidet zwischen Einsätzen in den Partnerländern und im restlichen Ausland. Gefördert werden dabei Jugendbegegnungen und Trainings- und Vernetzungsmaßnahmen.

M 5 »Misch Dich ein! Europa unsere Zukunft.« Europa – Jugendveranstaltung am 7. Februar 2009 im Landtag von Baden Württemberg. Von links: Ute Bruckner (SWR, ARD-Europamagazin), Michael Teurer (FDP, MdL), Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (CDU, Minister für Europaangelegenheiten in Baden-Württemberg), Evelyne Gebhardt (SPD, MdEP), Heide Rühle (Grüne, MdEP). © Jürgen Kalb

Aktion 4: Unterstützungssysteme für junge Menschen

Ein wesentlicher Aktivitätsbereich des Programms Jugend in Aktion widmet sich den sogenannten Unterstützungssystemen. Damit sind Projekte und Fördermaßnahmen gemeint, die auf die Vernetzung von Akteuren in der Jugendarbeit gerichtet sind, Partnerschaften ermöglichen, den Informationsaustausch intensivieren, innovative und qualitätssichernde Initiativen unterstützen oder nichtstaatliche Einrichtungen im Jugendbereich fördern.

Aktion 5: Unterstützung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich

Dieser Aktionsbereich soll vor allem Begegnungen junger Menschen mit den für die Jugendpolitik Verantwortlichen ermöglichen und zur Entwicklung von Programmen beitragen, die die Verbesserung des Kenntniserwerbs in der Jugendarbeit zum Ziel haben.

vgl.: www.jugendfuereuropa.de, www.webforum-jugend.de

Linkliste und M 4 zusammengestellt mit Hilfe von Susanne Meir und Karlheinz Dürr, beide LpB Baden-Württemberg.

Freiwilliges Ökologisches Jahr in Baden-Württemberg

Die Landeszentrale für politische Bildung bietet seit 1990 jedes Jahr jungen Menschen die Möglichkeit zur Teilnahme an einem **Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)**. Das FÖJ ist ein Bildungsangebot, bei dem sich Jugendliche und junge Erwachsene in den verschiedensten Bereichen für den Umwelt- und Naturschutz einsetzen. Hierbei können sie erste Erfahrungen in der Berufswelt sammeln, ihre Berufswünsche klären, sich der eigenen Stärken bewusst werden und sich persönlich weiterentwickeln.

Engagieren kann man sich

- in der ökologischen Land- und Forstwirtschaft,
- bei Natur- und Umweltschutzgruppen und Verbänden,
- in Umweltaufstellungen von Kommunen und Wirtschaftsunternehmen,
- in Jugendumweltorganisationen und Umweltbildungsstätten.

Die **Einsatzstellen** bieten abwechslungsreiche Tätigkeiten vom praktischen Naturschutz über pädagogische Mitarbeit bis hin zur Organisation im Büro. Fachleute unterstützen dabei.

Teilnehmen können alle zwischen 15 und 27. Schulabschluss und Noten spielen keine Rolle. Auf Neugier und Interesse am Umwelt- und Naturschutz kommt es an! Wer mitmacht, erhält in der Regel Taschengeld, Unterkunft und Verpflegung und ist sozialversichert. Beginn ist immer der 1. September.

Bewerbung und weitere Informationen unter www.foj-bw.de. Landeszentrale für politische Bildung
Freiwilliges Ökologisches Jahr
Telefon 0711.164099-38, Fax -55

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ist Träger des FÖJ. Das FÖJ wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Umweltministerium Baden-Württemberg.

M 6 Anzeige der LpB Baden-Württemberg

© lpb

1. »Europäische Klimapolitik« – ein Planspiel zur Emissionshandelsrichtlinie

CHRISTIAN H. ROTH | THOMAS SCHINKEL

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des von ihr 2008 vorgelegten Klimaschutzpakets eine Revision des EU-Emissionshandelssystems angeregt. Dies erfolgte auf der Grundlage des Mitentscheidungsverfahrens der EU (Artikel 251 EGV), in dem Ministerrat und Europäisches Parlament im Gesetzgebungsverfahren gleichgestellt sind. Mit Hilfe eines Planspiels zu dieser Auseinandersetzung soll hier der Beitrag der EU zur internationalen Klimapolitik beispielhaft untersucht und die wachsende Bedeutung des Europäischen Parlaments als Legislativorgan in der EU herausgestellt werden.

Emissionshandel und internationale Klimapolitik

Das Kyoto-Protokoll – ein rechtsverbindliches Zusatzdokument zur UN-Klimarahmenkonvention – verpflichtet die Industrieländer dazu, im Zeitraum von 2008 bis 2012 ihre Treibhausgasemissionen um 5% im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu verringern. Die EU hat sich zu einer Reduzierung von 8% in dieser ersten Reduzierungsperiode verpflichtet und ist von vielen dafür gelobt worden, dass sie eine globale Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels einnimmt. Auf EU-Ebene wird gegenwärtig intensiv darüber beraten, wie die langfristige Klimaschutzstrategie gestaltet werden soll. Die Verringerung der vom Verkehr verursachten Treibhausgasemissionen und die Fortführung der marktorientierten Instrumente (z. B. Emissionshandel) sollen nach Vorschlägen der Kommission ihre Hauptelemente bilden. Die wichtigste Herausforderung wird jedoch darin bestehen, die größten Emissionsverursacher – darunter die USA und China – dazu zu bewegen, bindenden Vereinbarungen zur Verringerung der Klimabelastungen zuzustimmen.

Der Emissionshandel gehört zusammen mit dem Mechanismus der gemeinsamen Erfüllung (Joint Implementation) und dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism) zu den sogenannten flexiblen Mechanismen, mit deren Hilfe die makroökonomischen Kosten und Auswirkungen der Erfüllung des Kyoto-Protokolls verringert und seine Umsetzung für die Unterzeichnerstaaten vereinfacht werden soll.

Definition der flexiblen Mechanismen zum Klimaschutz

| | |
|------------------------------------|---|
| Joint Implementation (JI) | Projekt zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen eines Industrielandes in einem anderen Industrieland. Die im Rahmen des Projektes erzielten Reduktionen können zwischen den Industrieländern zur Einhaltung der Reduktionsverpflichtung übertragen werden. |
| Clean Development Mechanism (CDM) | Projekt zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen eines Industrielandes in einem Entwicklungsland. Die im Rahmen des Projektes erzielten Reduktionen können dem jeweiligen Industrieland auf dessen Verpflichtung angerechnet werden. |
| Emission Trading (Emissionshandel) | Zwischen den Industrieländern ist ein Handel mit erzielten Reduktionen bzw. Emissionsrechten möglich. |



Abb. 1 Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) auf Besuch in Grönland, um die Folgen des Klimawandels vor Ort zu begutachten. © picture alliance, dpa, 2008

Das Emissionshandelssystem der EU

Der Emissionshandel (eigentlich: Handel mit Zertifikaten, die zum Ausstoß einer bestimmten Menge eines Schadstoffes berechtigen, hier: von einer Tonne Kohlendioxid) ist ein Instrument der Klimapolitik, das staatliche Eingriffe (also die Festlegung einer Gesamtmenge von CO₂, die von allen Teilnehmern des Handelssystems gemeinsam ausgestoßen werden darf) und marktwirtschaftliche Instrumente (die einzelnen Teilnehmer, in der Regel Unternehmen, können die Zertifikate untereinander kaufen und verkaufen) vereinigt. Seit 2005 existiert mit dem Emissionshandel der Europäischen Union für Energie- und Industrieunternehmen das weltweit erste, multinationale derartige System. Der Europäische CO₂-Markt deckt mehr als 9400 Anlagen ab, die jährlich über ihre Emissionen Bericht erstatten müssen. Rechtsgrundlage für den Emissionshandel sind eine EU-Richtlinie sowie die nationalen Gesetzestexte und Verordnungen. Es gibt folglich keine formelle Verbindung zum Kyoto-Protokoll und seinem Inkrafttreten.

Eine Gemeinschaftsregelung erschien aus mehreren Gründen notwendig: Zum einen, um die durch den Emissionshandel angestrebten, gesamt Kostendämpfenden Synergieeffekte, die auf einzelstaatlicher Ebene wesentlich geringer ausfallen würden, umfassend auszuschöpfen. Zum anderen, um einer wirtschaftlichen Zersplitterung des Emissionsmarktes und einer möglichen Aufstellung wettbewerbsverzerrender nationaler Kriterien vorzubeugen.

Das Grundprinzip ist relativ einfach: Wenn ein Unternehmen Kohlendioxid in der Atmosphäre ablagern will, musste es das Recht dazu besitzen. Diese »Emissionsrechte« werden in Form von Zertifikaten verteilt – für jede Tonne erlaubtes Kohlendioxid gibt es ein Zertifikat. Die EU-Kommission, so die Idee, legt fortan Jahr für Jahr fest, wie viel Treibhausgas in die Atmosphäre geleitet werden darf. Und Jahr für Jahr wird die Gesamtmenge der ausgegebenen Zertifikate verringert und damit die Atmosphäre entlastet. Der marktwirtschaftliche Clou am System: Die Unternehmen dürfen ihre Zertifikate untereinander tauschen. Wenn ein Unternehmen mehr Kohlendioxid ausstoßen will, als es Zertifikate bekommen hat, kann es die Emissionsrechte von anderen Firmen abkaufen.

Das System geht zurück auf Ideen des Chicagoer Ökonomen Ronald Coase: Wenn schon externe Kosten (z. B. für die Nutzung der Atmosphäre als Müllkippe für Kohlendioxid) in den Wirtschaftskreislauf internalisiert werden müssen, dann sei das effizienteste Instrument dafür ein eigener Marktplatz. Der Staat solle zwar den Rahmen des Handelssystems vorgeben, den Rest dann aber wieder der Wirtschaft überlassen. In der Praxis heißt das, dass die EU Zertifikate verteilt für das bislang freie Umweltgut. Den Wert dieser Zertifikate bestimmt aber der Markt. Somit legt nicht der Staat fest (wie etwa bei einer Kohlendioxidsteuer), wie viel Geld ein Unternehmen für das Recht auf Verschmutzung der Atmosphäre letztlich zu zahlen hat. Das erledigt das Spiel von Angebot und Nachfrage an den Börsen, wo die Zertifikate gehandelt werden. Erstmals in der Menschheitsgeschichte bekam Kohlendioxid durch den EU-Emissionshandel somit einen Preis.

Konfliktfelder und Umsetzungsprobleme der Emissionshandelsrichtlinie

Die von der Europäischen Union festgelegte Richtlinie, die einem rechtsverbindlichen Gesetz, zu deren Umsetzung die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, entspricht, musste eine Reihe offener Fragen regeln:

- (1) Auf welche Treibhausgase sollte sich der Emissionshandel beziehen? Nur auf CO₂, oder auch auf die andere Treibhausgase? Wie können in diesem Zusammenhang sichtbare Messprobleme gelöst werden?
- (2) Welche Staaten, Sektoren und/oder industrielle Anlagen sollten von der Richtlinie erfasst werden? Wäre ein offenes Emissionshandelssystem sinnvoll, welches nicht nur EU-Staaten, sondern auch anderen Industrieländern, die das Kyoto-Protokoll umsetzen, offen steht? Wie geht man mit besonders energieintensiven Wirtschaftsanlagen um?
- (3) Wie sollte das Verfahren für den Emissionshandel zwischen den Beteiligten konkret aussehen? Kostenlose Zuteilung, Versteigerung von Zertifikaten, Festpreise für Emissionsberechtigungen oder ein Hybridsystem?
- (4) Welche Obergrenze an handelbaren Zertifikaten sollten für die gesamte EU festgelegt werden? Orientiert man sich weitgehend an den Vorgaben des Kyoto-Protokolls oder formuliert man ehrgeizigere Ziele?
- (5) Wie können diese auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt werden und wer genehmigt die nationalen Zuteilungspläne? Für welchen Zeitraum sollen diese gelten?
- (6) Wie kann ein Überwachungsverfahren einschließlich eventueller Sanktionen umgesetzt werden?

Die konkrete Ausgestaltung der Emissionshandelsrichtlinie – vor allem der ersten Phase 2005 bis 2007 – war höchst mangelhaft. Zum Start des Emissionshandels 2005 hatte sich der Staat von den Lobbyisten der Wirtschaft überreden lassen, sehr viele Zertifikate zu verteilen – viel zu viele, die deutsche Wirtschaft zum Beispiel bekam mehr Verschmutzungsrechte, als sie überhaupt Kohlendioxid erzeugte. Deshalb rauschte der Börsenpreis für diese Zertifikate auch bald in den Keller. Sie waren an der Leipziger Strombörse z. B. schon für wenige Cent zu haben. Ganz nebenbei geriet der Emissionshandel so zur größten Gelddruckmaschine für die Wirtschaft in Europas jüngerer Geschichte. Der Staat verschenkte die Zertifikate beim Start des Handelssystems an die Industrie. Experten und Umweltschützer hatten davor gewarnt, aber die Wirtschaftslobbyisten, die wie immer vor neuen finanziellen Belastungen der Unternehmen warnten, waren stärker gewesen. Umgehend preiste die Industrie die Zertifikate in ihre Produkte ein: Strom, Glas, Rohaluminium – alles wurde um den rechnerischen Preis der für die Herstellung notwendigen Kohlendioxidmenge teurer. Ohne auch nur eine Kilowattstunde Strom, eine Tonne Glas, ein Kilogramm Aluminium mehr zu produzieren, konnten die Konzerne so stolze Gewinnsprünge verbuchen. Vieles spricht dafür, dass mit Beginn der zweiten Phase im



Abb. 2 Internationale Finanzkrise – Das Ende des EU-Klimaschutzpakets?
© Jürgen Tomicek, 2008

Januar 2008 der Handel besser funktioniert. Denn die EU hatte die Obergrenzen stärker gesenkt (die teilnehmenden deutschen Unternehmen dürfen künftig jährlich nicht mehr 499 Millionen Tonnen, sondern nur noch 453 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen). Und die Bundesregierung wird künftig knapp zehn Prozent der Zertifikate nicht mehr verschenken, sondern versteigern. Der Erlös von ca. 400 Millionen Euro soll in den Klimaschutz fließen.

Neuere Entwicklungen: Das Klimaschutzpaket der Europäischen Kommission

Die EU-Kommission hat im vergangenen Jahr ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik vorgestellt. Gegenstand ist unter anderem auch die Revision der Emissionshandelsrichtlinie.

Die EU-Kommission will zukünftig eine einheitliche Gesamtmenge (CAP) für den Emissionshandel in alle Mitgliedstaaten festlegen. Auch die Zuteilungsregeln für die Anlagentypen werden harmonisiert:

- Ab 2013 sollen alle Zertifikate für stromerzeugende Anlagen in Auktionen verkauft werden.
- Für die stromverwertende Industrie soll der Anteil der zu versteigernden Zertifikate bei 20 Prozent eingeführt und stufenweise bis 2020 erhöht werden.
- Für energieintensive Unternehmen wie zum Beispiel Stahl-, Aluminium-, Glas- und Chemieunternehmen will die EU-Kommission Ausnahmen schaffen. Denn diese Wirtschaftszweige stehen in der Regel im intensiven internationalen Wettbewerb. Dies geht auf eine deutsche Initiative zurück. Welche Branchen von Ausnahmen wie profitieren sollen, will die Kommission bis Mitte 2010 beziehungsweise 2011 festlegen.
- Der Flugverkehr wird einbezogen.

Die Einnahmen aus dem Emissionshandel gehen zurück an die Mitgliedstaaten. Die Mittel sollen eingesetzt werden, um Innovationen in erneuerbare Energien oder Forschung zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung zu fördern. Ein Teil soll auch in die Entwicklungsländer fließen und diese bei der Anpassung an den Klimawandel fördern.

Die EU-Klimapolitik ist ein Teilbereich der europäischen Umweltpolitik, die ihre Legitimation aus Art. 130r EGV erhält. Nach Art. 130s EGV kommen in der Umwelt- bzw. Klimapolitik drei verschiedene Beschlussverfahren zur Anwendung: das Konsultations-, das Kooperations- und das Mitentscheidungsverfahren. Dabei zeigt sich, dass die EU-Klimapolitik trotz des Mitentscheidungsverfahrens vom Europäischen Ministerrat dominiert wird und damit das bei den jeweiligen Entscheidungen erforderliche Quo-



Abb. 3 Simulierte Fraktionssitzung des Europäischen Parlaments
© Christian H. Roth

rum eine bedeutende Rolle für die Durchsetzbarkeit von klimapolitischen Maßnahmen spielt.

Planspiel: »Europäische Klimapolitik«

Im Rahmen des Planspiels soll neben der inhaltlichen Bearbeitung des Themas insbesondere die Funktionsweise und Bedeutung des Mitentscheidungsverfahrens des Europäischen Parlaments bei der europäischen Klimapolitik untersucht werden. Ziel ist die Verabschiedung eines reformierten EU-Emissionshandelsystems. Spielgrundlage bildet dabei das gegenwärtige EU-Emissionshandelsystem, das am 1. Januar 2005 in Kraft trat.

Das Planspiel verfolgt dabei mehrere Ziele:

- (1) Es vermittelt ein Bewusstsein des Problems des globalen Klimawandels und der konkreten Anforderungen an eine nachhaltige Politikstrategie.
- (2) Es veranschaulicht, dass eine nachhaltige Klimapolitik nicht nur eine ökologische Frage ist, sondern dass hier auch politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte eine zentrale Rolle spielen; insbesondere vor dem Hintergrund des großen sozio-ökonomischen Gefälles innerhalb der EU.
- (3) Das Planspiel dient schließlich der vertiefenden Auseinandersetzung mit den komplexen Entscheidungsstrukturen der EU und veranschaulicht die verschiedenen Interessenlagen, Machtstrukturen und Entscheidungswege innerhalb der Europäischen Union.

Dazu schlüpfen die Teilnehmenden in die Rolle der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und verschiedener Ländergruppen oder Länder der EU im Rahmen des Ministerrats. In der konkreten Rolle erfahren die Teilnehmenden, wer welche Gestaltungs- und Entscheidungsmacht innerhalb des Mitentscheidungsverfahrens innehat und wie man diese durch informelle Strategien und Taktiken ausbauen kann. Ein realer Politikprozess wird auf diese Weise nachgespielt und erfahrbar. Die Reduktion der Akteure dient der Vereinfachung und Realisierung des Planspiels.

Erfahrungsgemäß zeichnen sich im Planspiel zwei zentrale Konfliktlinien ab. Die eine bezieht sich auf den Zielkonflikt ökonomische versus ökologische Interessen. Die zweite auf das Spannungsfeld zwischen Europäisierung und nationalen Souveränitätsvorbehalten.

Zielgruppe, Teilnehmerzahl und Ausstattung

Das Alter und Bildungsniveau der Teilnehmenden spielt keine wesentliche Rolle, da die Rollenprofile als auch die Materialien entsprechend den Fähigkeiten der Lernenden angepasst werden können. Es sollten mindestens 22 Teilnehmende sein. Andererseits sollte die Teilnehmerzahl von 44 Personen nicht überschritten werden. Die Materialien für das Planspiel sind auf den folgenden beiden Doppelseiten auszugsweise dargestellt und können im Internet bezogen werden. Im Einzelnen handelt es sich um:

- die Ausgangslage des Planspiels;
- die Arbeitskarte für die Teilnehmenden
- die einzelnen Rollenkarten
- den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission
- den Protokollbogen für jede Spielrunde
- Infographiken (Stimmenverteilung Ministerrat und Europäisches Parlament)

Ferner werden ein Stehpult und eine Glocke sowie Namensschilder und Fähnchen für die Sitzung, schließlich ein Moderatorenkoffer, Overheadprojektor oder Beamer, vier Stellwände, Plakate und Folien benötigt. Für die einzelnen Akteure müssen eigene Räumlichkeiten vorgesehen werden, um interne Abstimmungsprozesse zu ermöglichen.

Spielablauf

Die Teilnehmenden werden in elf Gruppen mit mindestens 2 Personen eingeteilt: (1) Europäische Kommission; (2) Ministerrat mit folgenden fünf Ländern: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen; (3) Europäisches Parlament mit folgenden fünf Fraktionen: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE/EFA, KVEL/NGL. Durch diese Auswahl werden sowohl im Europäischen Parlament als auch im Ministerrat die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen bzw. nationalen Interessenlagen abgebildet. Je nach Größe der Gruppe insgesamt können noch weitere Akteure, wie z. B. weitere kleinere Fraktionen des Europäischen Parlaments, weitere Staatengruppen bzw. Mitgliedstaaten, wissenschaftliche Experten, Presse, etc. eingeführt werden. Begleitpersonen könnten zudem in die Rolle von Spielbeobachtern schlüpfen.

Jede Gruppe erhält in einem ersten Arbeitsschritt die Ausgangslage des Planspiels, eine detaillierte Rollenkarte, eine Arbeitskarte mit konkreten Kriterien für die Erarbeitung der nachhaltigen Politikstrategie sowie ein Organigramm über das Mitentscheidungsverfahren als organisatorische Hilfestellung für die einzelnen Phasen des Planspiels. Zudem wird der Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission verteilt. Zunächst sollen die einzelnen Akteure ihr Rollenprofil lesen und sich ihrer Position klar werden sowie die notwendigen weiteren Arbeitsschritte besprechen und Aufgaben untereinander verteilen.

Im nächsten Schritt realisieren die einzelnen Akteure mit Hilfe der verteilten Materialien ihre Position und erarbeiten eine Posterpräsentation für die im Plenum stattfindende Pressekonferenz zur Eröffnung des Mitentscheidungsverfahrens bezüglich der Verabschiedung eines europäischen Emissionshandelsystems. Nach Durchführung der Pressekonferenz (moderiert von einem Vertreter der Europäischen Kommission), die es den einzelnen Akteuren ermöglicht die jeweiligen Positionen der anderen Staaten, Parteien und europäischen Institutionen kennenzulernen, ziehen sich die Akteure in ihre zugewiesenen Räume zurück.

In dieser Phase des Planspiels konkretisieren die einzelnen Akteure auf der Grundlage Ihrer Posterpräsentation ihre Position und erarbeiten bezogen auf den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission konkrete Vorschläge und Beschlussvorlagen. Der weitere Spielverlauf ist durch das Mitentscheidungsverfahren nach Artikel 251 EGV vorstrukturiert. Zunächst stellt die Europäische Kommission ihren Richtlinienvorschlag zum Emissionshandelsystem dem Europäischen Parlament vor, das dann im Wech-

senspiel mit dem Ministerrat versucht, einen einvernehmlichen Beschluss über die Emissionshandelsrichtlinie herbeizuführen. Moderiert werden die Sitzungen von einzelnen Fraktionen oder Ländern, die von der Spielleitung festgelegt werden und in den verschiedenen Lesungen wechseln können. Wichtig ist, dass die Europäische Kommission vor jeder neuen Verhandlungsrunde den gegenwärtigen Verhandlungsstand kommentiert, aber nicht aktiv in den Entscheidungsprozess von Parlament und Ministerrat eingreifen darf. Vertreter des Parlaments bzw. Ministerrats fungieren jeweils als Zuschauer bei den Verhandlungsrunden des jeweils anderen Organs. Entscheidungen werden nach den Stimmverhältnissen im Europäischen Parlament und Ministerrat getroffen. Die Ergebnisse jeder Verhandlungsrunde (Änderungen am Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission) werden mit Hilfe eines Protokollbogens dokumentiert und auf Folie übertragen bzw. entsprechend vervielfältigt, da auf dieser Grundlage weiter verhandelt wird.

Jede Lesung hat folgende Tagesordnung:

- (1) Vorstellung der Ergebnisse des Europäischen Parlaments bzw. Ministerrats
- (2) Stellungnahme der Europäischen Kommission
- (3) Debatte und Entscheidungsfindung im Europäischen Parlament bzw. Ministerrat
- (4) Zusammenfassung der beschlossenen Änderungsvorschläge

Je nach Spielsituation kann im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens ein Vermittlungsausschuss einberufen werden. Moderiert wird dieser von der Spielleitung oder von vorher festgelegten Mitgliedern der Europäischen Kommission. Diese werden dann von der Spielleitung entsprechend instruiert. Die Konferenz wird vom Moderator bzw. Moderatorenteam eröffnet. Es sollen zentrale Konfliktlinien aber auch mögliche Kompromisse aufgezeigt werden. EP und Ministerrat haben dann die Möglichkeit, Beschlussvorlagen vorzustellen. Danach erfolgen eine Befragung der einzelnen Akteure und eine öffentliche Debatte im Plenum. Sollte nach längerer Debatte ein bestimmter Vorschlag keine Mehrheit erhalten bzw. sich keine Kompromisslinie abzeichnen, kann die Debatte unterbrochen werden, um weitere Verhandlungen im Ministerrat und im Europäischen Parlament anzustoßen. Sollten sich die Akteure zu schnell auf ein bestimmtes Ergebnis einigen, besteht für die Spielleitung die Möglichkeit, eine Ereigniskarte in das Spiel einzubringen und eine neue Konfliktsituation zu schaffen. Der Zeiteinsatz für jede Verhandlungsrunde in der ersten Lesung beträgt 40 Minuten, in der zweiten Lesung und im Vermittlungsausschuss ungefähr 20 Minuten und für die dritte Lesung ca. 10 Minuten.

Vorbereitungs- und Durchführungsanforderungen

Bewährt hat sich, wenn zur Vorbereitung des Planspiels bereits mit der Lerngruppe Probleme der Globalisierung, der Nachhaltigkeitsdebatte sowie des Klimawandels und des Klimaabkommens von Kyoto diskutiert wurden. Grundkenntnis der Geschichte, Struktur und des Aufgabenspektrums der EU sind gleichfalls hilfreich. Ein bevorstehendes Planspiel motiviert ohnehin zu einer gründlichen Vorbereitung. Der ideale Zeiteinsatz beträgt dabei einen Seminartag (6 Zeitstunden), mindestens aber einen Schulvor- bzw. -nachmittag.

Nachträgliche Reflexion des Planspiels

Das Planspiel schließt stets mit einer Auswertung der Simulation ab. Falls es Spielbeobachter gibt, vermitteln diese zunächst ihre Eindrücke. Bewertet wird das Planspiel inhaltlich vor allem hinsichtlich des Realitätsbezuges des Verhandlungsprozesses und der durchgesetzten Politikstrategie. In methodischer Hinsicht



Abb. 4 Präsentation der Ergebnisse vor dem »Europäischen Ministerrat«

© Christian H. Roth

werden Konzeption und Durchführung des Planspiels sowie das Rollenverhalten der Teilnehmenden diskutiert. Nahezu immer wird die wesentlich intensivere Lernerfahrung beim Planspiel gegenüber dem zur Routine gewordenen Schulunterricht hervorgehoben. Und selbst kritischen Stimmen gelingt die Einsicht: »Jetzt verstehe ich endlich, wie das funktioniert und warum das immer so lange dauert«.

Literaturhinweise

LpB BW (Hrsg.) (2008): Energie und Nachhaltigkeit. Politik&Unterricht, 4/2008, www.politikundunterricht.de

LpB BW (Hrsg.) (2008): Klimawandel und Klimapolitik. Der Bürger im Staat, 1/2008, www.buergerimstaat.de

Lucht, Michael/Spangardt, Gordon (2004): Emissionshandel. Heidelberg.

Seeber, Günther (2007): Klimaschutz in Europa: Emissionshandel im Spannungsfeld von Ökologie, Ökonomie und Politik. in: D&E, Heft 54, S. 54ff www.deutschlandundeuropa.de

Zenke, Ines/Schäfer, Ralf (2005): Energiehandel in Europa.

Zenke, Ines/Fuhr, Thomas (2006): Handel mit CO₂-Zertifikaten. München 2006.

Internetlinks

http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/index_en.htm Emission Trading Scheme (EU ETS) – (Offizielle Informationsseite der Europäischen Kommission mit zahlreichen Berichten und Dokumenten)

www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/064-35431-245-09-36-911-20080825FCS35404-01-09-2008-2008/default_p001c004_de.htm (Dritte Phase des Europäischen Emissionshandelsystems – Dossier des Europaparlaments)

www.bmu.de/emissionshandel/aktuell/aktuell/1201.php (Seite des Bundesumweltministeriums zum Emissionshandel)

www.dehst.de/cln_090/nn_476194/DE/Home/homepage__node.html?__nnn=true (Deutsche Emissionshandelsstelle des Umweltbundesamtes – Implementierungsorgan für den Emissionshandel in Deutschland)

MATERIALIEN

M 1 Szenario: Ausgangslage der Klimaschutzrichtlinie

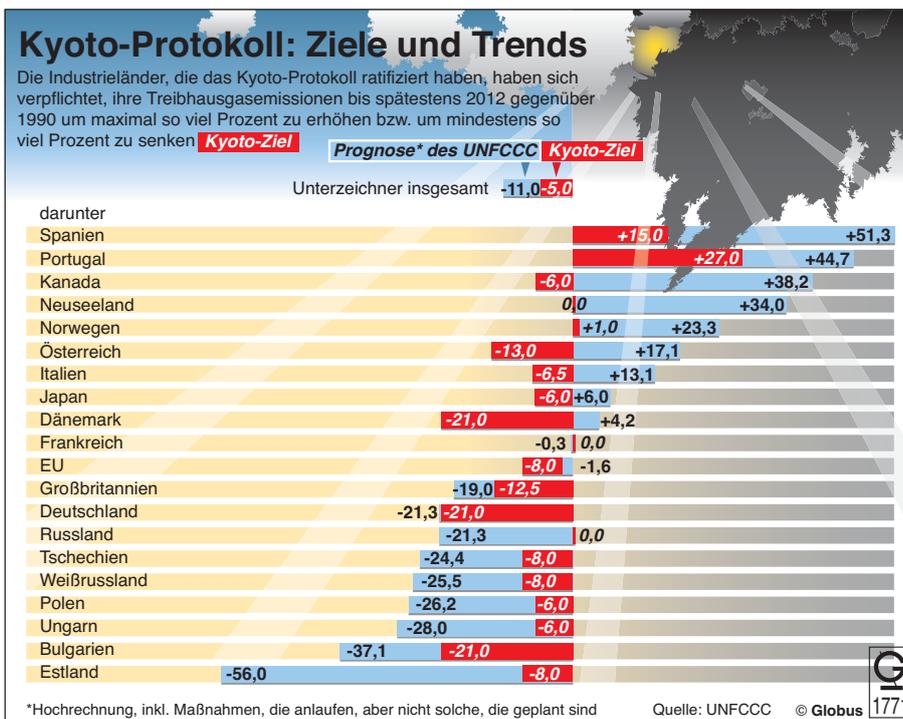
Die von der Europäischen Union festzulegende Richtlinie (entspricht einem rechtsverbindlichen Gesetz, zu deren Umsetzung die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind) muss folgende offene Fragen regeln:

- (1) Auf welche Treibhausgase soll sich der Emissionshandel beziehen?
- (2) Welche Staaten, Sektoren und/oder industrielle Anlagen sollen von der Richtlinie erfasst werden?
- (3) Wie soll das Verfahren für den Emissionshandel zwischen den Beteiligten konkret aussehen?
- (4) Welche Obergrenze an handelbaren Zertifikaten soll für die gesamte EU festgelegt werden?
- (5) Wie werden diese auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt und wer genehmigt die nationalen Zuteilungspläne? Für welchen Zeitraum sollen diese gelten?
- (6) Wie kann ein Überwachungsverfahren einschließlich eventueller Sanktionen umgesetzt werden?

Die von der Europäischen Union zu verabschiedende Emissionshandelsrichtlinie muss dabei im Einklang mit den Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls stehen. Zu prüfen ist ferner, inwieweit die neuen Mitgliedstaaten in das System miteinbezogen werden sollen.

M 2 Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission für ein Emissionshandelssystem in der EU

Die Europäische Union will ihre Treibhausgasemissionen kosteneffektiv verringern und ihren Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und dem Kyoto-Protokoll nachkommen. Der Emissionshandel in der Gemeinschaft beginnt 2005. Die Regelung galt zunächst bis zum 31. Dezember 2007. Nach diesem Datum beginnt ein neuer Mehrjahreszeitraum, der exakt mit dem Verpflichtungszeitraum des Kyoto-Protokolls zusammenfällt (2008–2012). Ab diesem Zeitpunkt funktioniert das System im Fünfjahresrhythmus. Diese Richtlinie schafft ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionsberechtigungen auf Gemeinschaftsebene, mit dem auf kostenwirksame Weise eine Verringerung von Treibhausgasemissionen angestrebt wird. Diese Richtlinie gilt für Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂). Ferner gilt sie für folgende Kategorien von Tätigkeiten: Energiewirtschaft, Eisenmetallerzeugung und -verarbeitung, mineralverarbeitende Industrie, sonstige Industriezweige. Die Mitgliedstaaten stellen für jeden Zeitraum einen nationalen Zuteilungsplan auf, aus dem hervorgeht, wie viele Berechtigungen sie insgesamt für diesen Zeitraum zuzuteilen beabsichtigen und wie sie die Berechtigungen zuzuteilen gedenken. Für den am 1. Januar 2005 beginnenden Dreijahreszeitraum teilen die Mitgliedstaaten die Berechtigungen kostenlos zu. Die Kommission legt in der Folge eine für alle Mitgliedstaaten gültige Zuteilungsmethode für den am 1. Januar 2008 beginnenden Fünfjahreszeitraum fest. Die Sanktion wegen Emissionsüberschreitung beträgt für jede von der Anlage ausgestoßene Tonne Kohlendioxidäquivalent, für die der Betreiber



M 3 Ziele des Kyoto-Protokolls und bisherige Trends

© Globus-Infografik, dpa, 2008

keine Berechtigungen abgegeben hat, 100 EUR. Die Zahlung der Sanktion entbindet den Betreiber nicht von der Verpflichtung, Berechtigungen in Höhe dieser Emissionsüberschreitung abzugeben, wenn er die Berechtigungen für das folgende Kalenderjahr abgibt.

M 4 Arbeitskarte für alle Teilnehmenden

- (1) Lesen Sie Ihre Unterlagen durch: Wie ist das Planspiel aufgebaut? Welche Akteure gibt es?
- (2) Versetzen Sie sich zunächst in Ihre Rolle! Diskutieren Sie Ihre Position (was vertreten wir?), Ziele (wohin wollen wir?) und Interessen (warum wollen wir dorthin?).
- (3) Arbeiten Sie sich dann in den Richtlinienvorschlag der Kommission ein. Was sagt der Vorschlag zu den zentralen Fragen der Ausgangslage?
- (4) Klären Sie in der Gruppe: Wie können die zentralen Fragen (gemäß Ausgangslage) Ihrer Meinung nach gelöst werden? Machen Sie konkrete Vorschläge
- (5) In der ersten Lesung wird über den Richtlinienvorschlag der Kommission beraten. Bereiten Sie diese Lesung vor. Schreiben Sie stichwortartig auf (Stellungnahme, Vorschläge), was Sie sagen wollen. Wer soll Gruppensprecher sein?
- (6) In jeder Lesung stellt jeder Sprecher in einem 3-minütigen Redebeitrag die Stellungnahme und Vorschläge seiner Gruppe vor und erläutert sie. In der folgenden Diskussion ist das Ziel, die unterschiedlichen Meinungen bzw. Vorschläge einander anzunähern und möglicherweise zu einer Problemlösung zu kommen.
- (7) Jede Lesung muss durch eine Person moderiert werden, den/die Vorsitzende/-n. Dieser Moderator steuert den Entscheidungsprozess durch: Vereinbarung und Überwachung der Spielregeln (Redezeit, Redefolge); Sammeln von Meinungen und Positionen; Sorgen für ein systematisches Vorgehen der Gruppe; Fördern von Ergebnissen, Entscheidungen und Absprachen; Überprüfen der Zustimmung bei Entscheidungen und Vereinbarungen; Verdeutlichen unterschiedlicher Auffassungen.

M 5 Rollenkarte Europäische Kommission

Die Europäische Kommission befürwortet das Kyoto-Protokoll. Sie verfolgt mit Ihrer Klimapolitik das Ziel, die weltweite Temperaturerwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu beschränken. Mit einer durchschnittlich achtprozentigen Reduzierung der Treibhausgase bis zum Jahre 2012 leistet die Europäische Union quantitativ gesehen den größten Beitrag zum Klimaschutz in der Welt und die EU sieht sich gerne als "Vorreiterin" in der internationalen Klimapolitik. Mit der Emissionshandelsrichtlinie verfolgt die Kommission folgende Ziele: (1.) Sie ist ein flexibles Instrument des Klimaschutzes, welches mithelfen soll, die Ziele des Kyoto-Protokolls und das achtprozentige Reduktionsziel der EU bis zum Jahre 2012 zu verwirklichen. (2.) Ziel des Richtlinienvorschlags ist die Schaffung eines europäischen Marktes für Berechtigungen. Würde kein Gemeinschaftsinstrument eingeführt, so hätte dies eine Fragmentierung zur Folge, bei der die Mitgliedstaaten schrittweise nationale Systeme aufbauen und dann versuchen, diese zu vernetzen. (3.) Der Emissionshandel soll nicht nur ein Instrument des Umweltschutzes sein, sondern auch den Anforderungen des europäischen Binnenmarktes gerecht werden und mit einer effizienten und liberalisierten Energiepolitik in der EU verknüpft sein.

M 6 Rollenkarte Ministerrat Dänemark

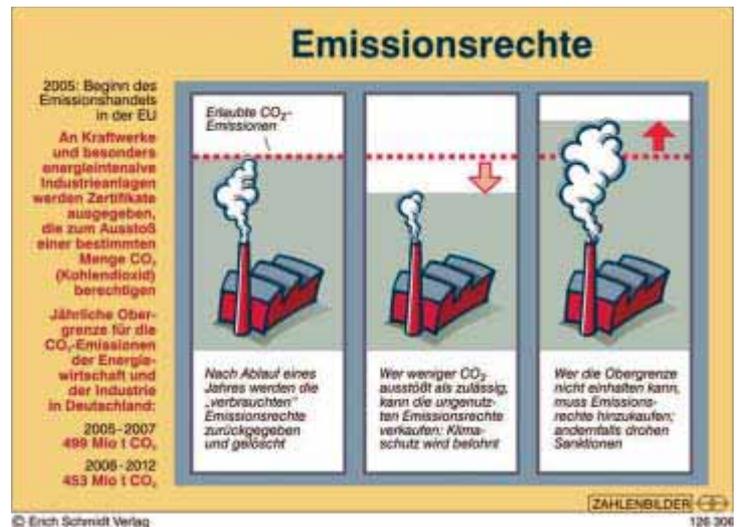
Klimapolitik ist in Dänemark traditionell stark verankert. Dänemark will – entsprechend den Vorgaben des Kyoto-Protokolls – den Kohlendioxid-Ausstoß bis 2012 um 21 Prozent gegenüber den Zahlen von 1990 senken. Zu diesem Zweck hat Dänemark bereits im Jahre 2001 ein nationales Emissionshandelssystem für Elektrizitätsproduzenten etabliert. Dänemark ist offen für eine europäische Richtlinie, wendet sich allerdings gegen die kostenlose Verteilung der Emissionszertifikate und wäre eventuell bereit, sein nationales Emissionshandelssystem aufzugeben. Dänemark unterstützt den Vorschlag der Kommission und möchte die Etablierung eines effektiven Systems für den Handel mit Emissionen so schnell wie möglich umsetzen.

M 7 Rollenkarte Ministerrat Deutschland

Die Bundesregierung setzt sich für die Änderung folgender Punkte der EU-Richtlinie ein: (1) Vorgabe (oder zumindest Ermöglichung) eines so genannten Hybridsystems bei der Erstvergabe, bei dem zwar der größte Teil der Zertifikate kostenlos, ein kleiner Teil hingegen über eine Versteigerung zugeteilt wird; (2) Option für die Mitgliedstaaten, schrittweise weitere Sektoren (auch Verkehr und private Haushalte) und Treibhausgase einzubeziehen, sofern die Voraussetzungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle der Emissionen gegeben sind und geeignete Gestaltungsmodelle für eine derartige Erweiterung entwickelt werden.

M 8 Rollenkarte Ministerrat Frankreich

Frankreich ist kein Befürworter des marktorientierten Emissionshandels. Frankreich setzt eher auf steuerfinanzierte Instrumente, wie z. B. die CO₂-Steuer. Frankreich möchte der Emissionshandelsrichtlinie jedoch nicht im Wege stehen. Zum einen verpflichtet das Kyoto-Protokoll Frankreich lediglich, seine Ausstöße schädlicher Treibhausgase stabil zu halten. Zum anderen setzt Frankreich auf die Kernenergie, welche wenig CO₂ freisetzt. Insofern wird Frankreich seine Redukti-



M 9 Der Emissionsrechtehandel

© Erich Schmidt Verlag 2009

onsziele bis zum Jahre 2012 ohne große Probleme erreichen. Frankreich befürwortet eine kostenlose Verteilung von Emissionszertifikaten an energieintensive Industrieanlagen, möchte diese aber prinzipiell nicht verschenken und setzt sich für eine Versteigerung eines Teils der Zertifikate ein. Außerdem setzt sich Frankreich für die Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Treibhausgase neben dem CO₂ ein. Die Geltung der Richtlinie sollte schließlich auf weitere Sektoren wie z. B. den Flugverkehr ausgedehnt werden.

M 10 Rollenkarte Ministerrat Großbritannien

Im Kampf gegen den Klimawandel ist Großbritannien führend, es wird seine Treibhausgasemissionen bis 2010 voraussichtlich um 23–25% reduzieren – das entspricht einer Minderung um fast das Doppelte des im Kyoto-Protokoll festgelegten Ziels. Als einzige Länder der EU haben Großbritannien und Dänemark bereits unabhängig von EU-Vorgaben ein nationales Pilot-Emissionshandelssystem eingeführt. Die Teilnahme ist bisher freiwillig – als Anreiz lockt ein finanzieller Zuschuss von Seiten der Regierung. Die britische Regierung legt die zentralen Punkte für den Emissionshandel wie folgt dar: (1) Festlegung sicherer, stabiler und bezahlbarer Emissionsgrenzen, damit gewährleistet ist, dass wir auf dem richtigen Kurs sind, die Grenzwerte nicht zu überschreiten und dass die Wirtschaft die nötige Planungssicherheit für emissionsmindernde Investitionen erhält. (2) Aufbau eines globalen Kohlenstoffmarktes mit mehr Tiefgang und Liquidität bzw. einem größeren Geltungsbereich. Dadurch können Emissionsminderungen effektiver und zu geringeren Kosten realisiert werden.

M 11 Rollenkarte Ministerrat Polen

Polen verweist als ehemalig sozialistisches Land auf seine nach wie vor großen Anpassungsprobleme am Weltmarkt. Notwendige Erdöl- und Ergaseinfuhren führen nach wie vor zu großem Devisenmangel. Als heimische Energieträger stehen fast nur Braun- und Steinkohle zur Verfügung, die bislang in veralteten Kraftwerken zu Strom verarbeitet werden. Polen fordert deshalb von der EU Sonderkonditionen und Ausnahmen beim Emissionshandel, um die heimische Industrie nicht noch weiter im internationalen Handel zu benachteiligen. Investitionen in neuere Atomkraftwerke sind nur schwer zu finanzieren, werden aber dennoch befürwortet.

M 12 Rollenkarte Europäisches Parlament EVP-ED

Die EVP-ED-Fraktion betrachtet die Umsetzung der Regelungen bezüglich des Emissionshandels in der EU als die geeignetste Maßnahme, um in diesem neuen Zeitalter der Kohlenstoffwirtschaft Umweltverschmutzung und Klimawandel zu bekämpfen:

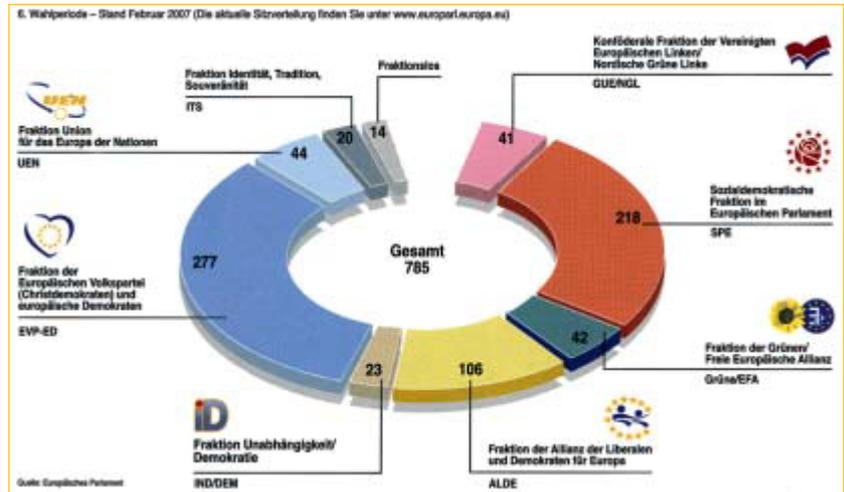
- (1) EU-Aktionen zur Senkung der Emissionen von Treibhausgasen sollten ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Regelungen des Emissionshandels und anderen Politiken und Maßnahmen bewahren;
- (2) Politikstrategische Maßnahmen zur Senkung der Emissionen sollten durchweg alle Wirtschaftsbereiche abdecken. Ein Bereich, der unbedingt eingeschlossen werden sollte, ist der Verkehrssektor;
- (3) Die in gemeinsam koordinierten Politiken zum Klimawandel enthaltenen Umweltschutzziele sollten erreicht werden, ohne den internen Markt zu verzerren.

M 13 Rollenkarte Europäisches Parlament SPE

Die SPE unterstützt prinzipiell den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zum Emissionshandel. Jedoch sollte der – mit dieser Richtlinie mögliche – Beitrag zur Erfüllung der Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen mit der geringst möglichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigung einhergehen. Es ist unerlässlich, sicherzustellen, dass die EU-Industrien wettbewerbsfähig bleiben. Wenn es keine internationale Klimavereinbarung gibt, müssen die Vorschläge zum Emissionshandel Schutzvorkehrungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden energieintensiven Industrien enthalten. Die SPE begrüßt besonders Maßnahmen, um den Emissionshandel im Energieerzeugungsbereich zu straffen. Versteigerungen sind nötig, um einen realistischeren Preis für CO₂ festzulegen. Eine entscheidende Rolle für Klimawandel und Energieverbrauch spielt auch der Verkehrssektor. Daher sollte die Emissionshandelsrichtlinie auch auf diesen Bereich ausgedehnt werden.

M 14 Rollenkarte Europäisches Parlament ALDE

Die Liberalen begrüßen den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zum Emissionshandel, weil durch ihn eine wirksame Entlastung der Erdatmosphäre erreicht und zugleich die Kosten des Klimaschutzes drastisch gesenkt werden können. Gleichzeitig befürchten sie jedoch Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. In der Theorie ist der Emissionshandel ein marktwirtschaftlicher Anreiz zum Einsatz energieeffizienter Innovationen. Da aber Europa isoliert vorseilt, steigt das Risiko der Abwanderung von Industrie in Regionen mit geringeren Auflagen und Kosten. Am Ende wird dort zu weniger umweltfreundlichen Bedingungen produziert als bereits jetzt in Europa. Bei der Weiterentwicklung des Emissionshandels sprechen sich die europäischen Liberalen dafür aus, Emissionsrechte im Versteigerungsverfahren zu vergeben, statt sie frei zuzuteilen. Damit würde sich der Marktmechanismus schon bei der Vergabe der Emissionsberechtigungen positiv auswirken. Die Einnahmen aus der Versteigerung könnten wiederum sinnvoll zur Bekämpfung des Klimawandels



M 15 Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2008

© Europäisches Parlament

bzw. seiner Folgen eingesetzt werden. Schließlich setzt sich die ALDE dafür ein, dass der Luftverkehr sowie darüber hinaus der gesamte Verkehrssektor und die Wärmegewinnung für Gebäude in den Emissionshandel einbezogen werden.

M 16 Rollenkarte Europäisches Parlament Grüne/EFA

Die GRÜNEN/EFA begrüßen die Emissionshandelsrichtlinie der Europäischen Kommission. Grüne Klimapolitik will, dass Kohlendioxid & Co einen Preis erhalten, der starke Anreize zu ihrer Vermeidung gibt, weil sonst die Ziele der ökologischen Gerechtigkeit gar nicht erreichbar sind. Die Emissionsrechte sollen daher nicht vom Staat erteilt, sondern versteigert werden. Grundlage für den Emissionshandel in der EU müssen ferner ambitionierte Zuteilungspläne der Mitgliedsstaaten sein. Das System der Kontrolle und Sanktionierung, das im Richtlinienvorschlag formuliert ist, begrüßen die GRÜNEN/EFA. Jedoch hat dieses Sanktionierungsinstrument nur dann einen Sinn, wenn die Kommission entschlossen Vertragsverletzungsverfahren gegen die Staaten einleitet, die die Richtlinie nicht umsetzen bzw. die Formulierung nationaler Zuteilungspläne verzögern. Insgesamt hätten die GRÜNEN/EFA strengere Sanktionen gewünscht. Ferner plädieren die GRÜNEN/EFA für die Einbeziehung auch der anderen klimaschädlichen Treibhausgase neben dem CO₂. Außerdem fordern sie die Einbeziehung des Flugverkehrs in einen europäischen und internationalen Emissionshandel.

M 17 Rollenkarte Europäisches Parlament KVEL/NGL

Die Europäische Linke kann dem Emissionshandel in der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Insbesondere deshalb, weil die weitgehend kostenlose Vergabe der Emissionsrechte bis 2012 von der EU vorgeschrieben ist. Dies führe in letzter Konsequenz zu Extraprofiten der Stromversorger in Milliardenhöhe. Die KVEL/NGL setzt sich daher für eine verpflichtende Versteigerung aller Emissionsberechtigungen in kommenden Handelsperioden ein. Die aus der Versteigerung stammenden Einnahmen sollen für Energiespar-Förderprogramme sowie zur wirksamen sozialen Abfederung höherer Energiekosten für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen in den Mitgliedstaaten der EU verwendet werden. Ein System, das lediglich auf CO₂ ausgerichtet ist, erziele zudem nicht den maximalen Effekt. Besser wäre es, gleichzeitig alle Treibhausgase für den Emissionshandel in den Blick zu nehmen. Des Weiteren plädieren sie für die Ausdehnung der Richtlinie auf den Flugverkehr.

M 18 Spielverlauf nach dem Mitentscheidungsverfahren (Art. 251 EGV)

| | | |
|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | Europäisches Parlament | Ministerrat |
| Erste Lesung | Stellungnahme | Zustimmung oder Abänderung |
| Zweite Lesung | Zustimmung oder Abänderung | Zustimmung oder Abänderung |
| Vermittlungsausschuss | Einigung oder Scheitern | |
| Dritte Lesung (Abstimmung) | Zustimmung oder Ablehnung | Zustimmung oder Ablehnung |

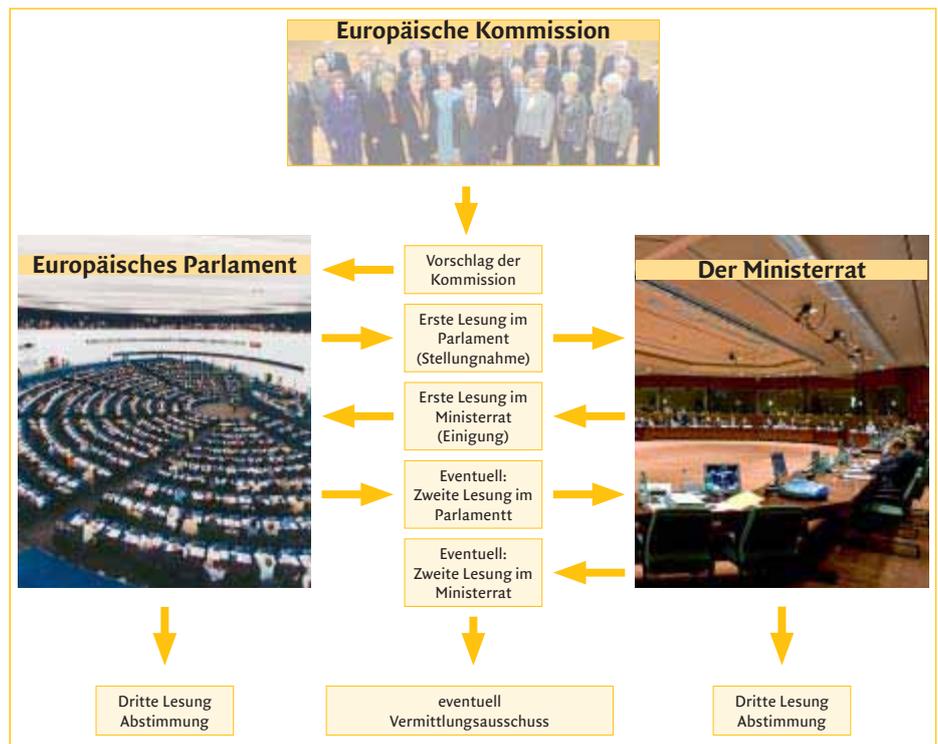


M 21 Versammlung des Europäischen Rats, d. h. der 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sowie des Kommissionspräsidenten, im Jahre 2008.
Der Europäische Rat tagt mindestens zweimal im Jahr, der Ministerrat, d. h. die 27 zuständigen Fachminister, tritt rund 60–70 Mal pro Jahr zusammen. © pa, dpa

M 19 Europäische Kommission im Jahre 2008 – 27 Kommissare und Kommissarinnen aus den 27 Mitgliedstaaten © picture alliance, dpa



M 20 (rechts) Das Mitentscheidungsverfahren des Europäischen Parlaments in der EU © Jürgen Kalb, D&E aktuell, Europawahlen 2009, S. 10



II. EUROPAPOLITISCHE PLANSPIELE UND PROJEKTE

2. Europäische Dynamik vermitteln: Fokus Balkan – ein Planspiel zur Südosterweiterung der EU

HOLGER-MICHAEL ARNDT, WOLFGANG BERGER, STEFAN RAPPENGLÜCK

Der europäische Integrationsprozess ist seit Beginn der Europäischen Gemeinschaft von zwei Entwicklungen geprägt: der Vertiefung und der Erweiterung. Bereits in den Römischen Verträgen ist die prinzipielle Erweiterungsmöglichkeit der damaligen Europäischen Gemeinschaft angelegt. In der nun über fünfzigjährigen Geschichte des europäischen Einigungsprozesses fanden verschiedene Erweiterungsrunden statt. Kaum ist die letzte Erweiterungsrunde mit der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien im Jahre 2007 vollzogen worden, steht die Frage der zukünftigen Einbettung der Balkan-Staaten auf der Agenda der europäischen Politik. Die Europäische Union hat diesen Staaten im Kontext der sogenannten Balkan-Initiative die Aufnahme in die Europäischen Union in Aussicht gestellt, allerdings ohne zeitliche Perspektiven. Alle beitragswilligen Staaten müssen in jedem Fall die sogenannten Kopenhagener Kriterien erfüllen, die die Europäische Union jedem beitragswilligen Land zur Bedingung für die Aufnahme der EU macht. Mit der Beitrittsoption werden prinzipielle Fragen der europäischen Dynamik angesprochen, u. a. auch die Frage der Finalität der Europäischen Union und der Grenzen der Erweiterungsfähigkeit. Der Balkan wird daher zu einer zentralen Herausforderung der Europäischen Union. Zugleich verstehen sich die Bewohner der Region als integraler Bestandteil Europas – dies gilt erst recht für die junge Generation, die mit großen Erwartungen und Wünschen ihre Blicke auf die Europäische Union richten und eine baldige Beitrittsmöglichkeit ihres jeweiligen Landes erwarten. Auch jugendpolitisch gerät der Balkan immer mehr in den Fokus des europäischen Integrationsprozesses. Denn von der Verdichtung des europäischen Einigungsprozesses sind junge Menschen besonders betroffen, denn sie werden das Europa von Morgen mitprägen.

Planspiele in der politischen Bildung

»Ein Planspiel ist eine tolle Sache, um zu lernen, wie der Prozess der Aufnahme neuer Staaten läuft. Ich habe auch gelernt, dass man mit Kompromissen und Dialog viel erreichen kann.« Nebojska aus Pancevo, Serbien.

Planspiele eignen sich als handlungsorientierte Lehr- und Lernmethoden wie kaum eine andere zur Vermittlung auch komplexer politischer Zusammenhänge. Gemeinsam mit der Forschungsgruppe »Jugend und Europa« am Centrum für angewandte Politikforschung in München verantwortet die LpB in Baden-Württemberg deshalb dabei das »Juniorteam Europa«, dessen junge Teamerinnen und Teamer sich dabei nicht nur der Verbreitung der Planspielidee verpflichtet fühlen, sondern gleichzeitig auch den Ansatz der Peer Group Education verfolgen. Altersähnliche Teamerinnen und Teamer des »Juniorteams Europa« führen seit nunmehr mehreren Jahren europapolitische Planspiele im schulischen, aber auch im außerschulischen Bereich erfolgreich durch. Europabezogene Bildung bedeutet hier natürlich keineswegs eine kritiklose Vermittlung des europäischen Einigungsprozesses. Sie soll dazu beitragen, einen eigenen, differenzierten Standpunkt über nationale, europäische und internationale Zusammenhänge, über deren Ursachen und Auswirkungen sowie über Probleme und Chancen Integrationsprozesses herauszubilden. Im Rahmen der Arbeit der Forschungsgruppe »Jugend und Europa« am Centrum für angewandte Politikforschung in München



Abb. 1 Planspiel in Podgorica, 2008

»Ich habe viel gelernt und denke, dass solche Planspiele für junge Menschen nützlich sind, weil sie dadurch vieles über ihr eigenes Land und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern lernen können.« Dina aus Zajecar, Serbien © Ingrid Halbritter

wurden inzwischen mehrere Planspiele zu europäischen Themen konzipiert und im schulischen und außerschulischen Kontext getestet. Die Qualitätssicherung und Evaluation ist dabei der Forschungsgruppe ein besonderes Anliegen.

Szenarien und Abläufe von Planspielen

Die Teilnehmenden europabezogener Planspiele übernehmen vor dem Hintergrund einer fiktiven Ausgangslage für die Dauer des Planspieles realitätsnahe Rollen von Akteuren. Die Spieler treten hierbei als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in die aktive Rolle eines gestaltenden Akteurs wie z. B. Abgeordneter des Europäischen Parlamentes, Minister/-in oder Mitglied der EU-Kommission. Sie verinnerlichen hierbei die Problemlagen einzelner Akteure und entwickeln dadurch ein besseres Verständnis für die Prozesse innerhalb der Europäischen Union. Sie lernen zudem den Entscheidungsablauf und die Politikfelder der EU persönlich kennen. Die EU wird dadurch für die beteiligten Personen greifbar und durchschaubar.

Im Gegensatz zu traditionellen Rollenspielen im Schulunterricht agieren die Teilnehmenden vorrangig in Gruppen. Sie stellen gemeinsam Anträge, vertreten Länder und Parteien, diskutieren, schmieden Koalitionen usw. Solche Lernerfahrungen stärken dabei zentrale soziale Schlüsselkompetenzen. Dieser handlungsorientierte Ansatz soll schließlich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu einem tieferen Verständnis politischer Abläufe und Entscheidungen und letztlich zu größerer Politikkompetenz führen. Dieser Methode gelingt es, sowohl Fragen der traditionellen Außenpolitik als auch Aspekte des europäischen Integrationsgefüges zu erschließen und erfahrbar zu machen.



Abb. 2 Broschüre der LpB zum Planspiel »Europa im Kleinen«
 »Das Jugendparlament in Novi Sad war einer der Höhepunkt in meinem Leben. Zu erfahren, wie ein Parlament funktioniert, ist faszinierend. Und dass man hier (in Serbien) so viele nette Menschen trifft, grenzt schon fast an ein Wunder.«
 (Dominik aus Moosburg) © LpB Baden-Württemberg

Voraussetzung: Reduktion von Komplexität

Die Komplexität des tatsächlichen Verhandlungsprozesses auf europäischer Ebene erfordert allerdings eine Vereinfachung des Spielverlaufs in sowohl zeitlicher wie auch institutioneller Dimension. Durch ein Planspiel sollen zwar die bestehenden Strukturen der Europäischen Union vermittelt und Interesse an der europäischen Politik erweckt werden, eine zeitliche und inhaltliche Fokussierung dient aber nicht nur der Vermeidung von Frustration bei den Beteiligten, sondern auch der Transparenz tatsächlicher Entscheidungsprozesse.

Die Simulation ist dabei durch einen steten Wechsel zwischen Eigenarbeit, Kleingruppenarbeit und Plenarsitzungen gekennzeichnet. So wird z. B. mit einer feierlichen Zeremonie der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten eine Sitzung eröffnet. Anschließend setzen die Teilnehmenden mit ihren jeweiligen Verhandlungen bzw. Arbeiten auf der Basis spezifischer Rollenanweisungen in ihren jeweiligen Gremien (z. B.: Europäischer Rat, Ministerrat, Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Presse) ihre Arbeit fort. Die Teilnehmenden können dabei selbstverständlich ihre Rollen ihren eigenen Interessen und Erfahrungen angleichen, ja sie erweitern, weil Planspiele didaktisch stets als offene Handlungs- und Lernkonzepte zu verstehen sind. Ergänzt werden die Sitzungen dann häufig durch Pressekonferenzen, Briefings, Eilmeldungen und unvorhersehbare Ereignisse. Simulationen und Spielphasen werden schließlich in der Regel mit gemeinsamen Sitzungen bzw. Erklärungen beendet. Von großer Bedeutung ist aber auch, dass in einer sich anschließenden Auswertung sowohl der Spielverlauf als auch die gefundenen Ergebnisse ausgewertet, sie also mit realen Situationen verglichen und diese analysiert werden. Diese Reflektion ist ein ganz wesentlicher Bestandteil von Planspielen, der auf keinen Fall übergangen werden sollte, wenn er auch von manchen Spielenden als lästig empfunden wird.

Planspiele der Forschungsgruppe »Jugend und Europa« liegen in der Regel mit umfangreichen Materialien vor, aus denen sich die Spielenden schließlich ihr Rollenprofil zusammenstellen können. Die didaktische Aufarbeitung besteht aus einer kurzen Einführung in die Grundzüge der zumeist europabezogenen Thematik, einer Präsentation des Spielablaufs und umfangreicher Rollenprofile, die dann den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt werden. Die Praxis hat gezeigt, dass es sinnvoll ist, solche Planspiele mit mindestens 25–30 Personen zu spielen, um die Komplexität des europäischen Mehrebenenprozesses abzubilden. Außerdem sollte mindestens ein ganzer Tag zur Verfügung stehen, besser noch 2–3. Daher ist die Planspielmethode in der Schule am besten im fächerübergreifenden Unterricht oder in Projekttagen bzw. Projektwochen einsetzbar. Zur Durchführung der Planspiele werden ein großer Tagungsraum und weitere kleinere (drei bis vier) Räume für die Gruppenarbeit benötigt, in die sich die einzelnen Vertreterinnen und Vertreter zu strategischen Gesprächen zurückziehen können. Um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das angekündigte Planspiel zu motivieren, sollte der Tagungsraum für die Konferenz »präpariert« werden. Wenn möglich, sollten Wimpel für die beteiligten Länder aufgestellt und die Europaflagge aufgehängt werden, um den Eindruck einer internationalen Konferenz zu vermitteln.

»Europa im Kleinen«: Ein Beispiel

Im Mai 2007 veranstalteten das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), die Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE), die LpB Baden-Württemberg und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) mit einheimischen Partnern ein großes internationales Planspiel »Evropa u malom« (Europa im Kleinen). Für die Schulung einheimischer Teamer wurde der Grundsatz der Peer-Group-Education gewählt, und ein mehrtägiges Seminar wurde im Frühjahr 2007 im Haus auf der Alb in Bad

Urach durchgeführt. Dadurch konnte das Planspiel, bei dem 140 Spielende teilnahmen, in serbischer Sprache stattfinden. Eingesetzt wurde das Planspiel »Europa neu gestalten«, eines der bewährtesten und bekanntesten Planspiele der FGJE am Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) München.

Im Anschluss an die große Planspielveranstaltung in Novi Sad initiierte das ifa ein vom Auswärtigen Amt finanziertes Nachfolgeprojekt mit dem Ziel, die Planspielmethode in sechs Balkanländer einzuführen und nachhaltig zu etablieren. In den Jahren 2008 und 2009 wird dieses Vorhaben vom ifa in Partnerschaft mit der LpB und der FGJE durchgeführt. Im Rahmen dieser Partnerschaft wurde das Planspiel »Europa neu gestalten« zum Planspiel »Fokus Balkan – die Südoesterweiterung der Europäischen Union« von den Autoren dieses Artikels weiterentwickelt. Junge Spielleiter aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Montenegro und Serbien wurden nach dem Ansatz der Peer-Group-Education in Stuttgart auf ihre Rollen als Moderatoren vorbereitet und das Planspiel in die jeweiligen Landessprachen übersetzt. Während des Projektzeitraums konnten auf dem Westbalkan sechs Planspiele mit insgesamt 300 Jugendlichen stattfinden. Um eine nachhaltige Wirkung zu entfalten, werden in jedem Land nun engagierte Leitungsteams aufgebaut, die völlig eigenständig Planspielveranstaltungen organisieren und durchführen können. Weitere Hinweise unter www.ifa.de/foerderprogramme/integration-und-medien/eu-planspiele/.

Breit angelegte Evaluierungen von europabezogenen Planspielen zeigen, dass durch den Einsatz dieser Methode gerade junge Menschen für den europäischen Integrationsprozess sensibilisiert werden und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein besseres Verständnis für den Ablauf und das Zustandekommen von Entscheidungen in der EU entwickeln konnten.

Das Planspiel: Fokus Balkan – Das Szenario

Das Szenario des Planspiels konzentriert sich auf sieben Länder des westlichen Balkans: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und darüber hinaus auch die Türkei. Alle Staaten möchten gerne in naher Zukunft der Europäischen Union beitreten.

Nach einer ersten Phase im Zuge der großen Erweiterung von 2004 und 2007 haben alte und neue Mitgliedstaaten erste Erfahrungen mit den Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit in der großen Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten gesammelt. Zusammen sind sie es nun, die sich erneut mit der Entscheidung über eine Aufnahme weiterer Mitglieder in die Europäische Union konfrontiert sehen. Die Institutionen der Europäischen Union sind im Planspiel gefordert, auf diese historische Situation zu reagieren und in einem äußerst konfliktreichen Umfeld die notwendigen Entscheidungen für die nächste Erweiterungsrunde bzw. nächsten Erweiterungsrunden zu treffen. Die beteiligten Akteure haben grundsätzliche Fragen zu beantworten. Soll die Europäische Union der 27 Mitgliedstaaten überhaupt weitere Mitglieder aufnehmen? Wenn ja, welche Staaten, wann und unter welchen Bedingungen? Wenn nein, welches sind die tragfähigen Argumente, den Staaten vorübergehend oder dauerhaft eine Teilhabe an der Europäischen Union zu verwehren?

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Entscheidungen treffen im Planspiel Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission, die Mitglieder des Rates der Europäischen Union, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und selbstverständlich die Gesandtinnen und Gesandten der beitragswilligen Länder »in Brüssel« zusammen, um die Modalitäten einer möglichen Erweiterungsrunde zu diskutieren. Sie alle müssen gemeinsam zu einer Entscheidung über die Zukunft Europas kommen. Die Europäische Kommission, die schon lange auf eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses drängt, steht einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen grundsätzlich positiv gegenüber. Das Europäische Parlament wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit den Kandidatenländern beschäftigen. Mit einem strengen Blick auf die Erweiterungskriterien von Kopenhagen (M1) befürwortet das Europäische Parlament eine Fortsetzung der Erweiterung der Europäischen Union. Doch zu welchem Ergebnis die 27 Außenministerinnen und Außenminister auf ihrem anstehenden Ratstreffen kommen, ist noch völlig offen. Die Notwendigkeit einer einstimmigen Entscheidung erschwert eine rasche Entscheidung.

Folgende Problemkomplexe beherrschten die politische Landschaft zur Zeit der Beitrittsverhandlungen:

- (1) In einem sehr allgemeinen Sinn verfolgt das Planspiel die Diskussion um die grundsätzliche Frage, wo die endgültigen Grenzen der Europäischen Union liegen und ob es überhaupt als sinnvoll erscheint, die Union der 27 Mitgliedstaaten immer weiter auszuweiten. In diesem Zusammenhang werden auch mögliche Alternativen zur Erweiterung diskutiert. Besonders im Falle der Türkei wird eine noch nicht näher beschriebene Alternativlösung oft vorgebracht, da einige Teilnehmer der Meinung sind, dass die Türkei geografisch nicht zu Europa gehöre und sich kulturell zu sehr von der EU unterscheide, um ein Vollmitglied zu werden. Diesem Argument wird von anderer Seite entgegengehalten, dass die EU kein kultureller oder religiöser Club sei, sondern eine Wertegemeinschaft, die gerade von ihrer Vielfalt lebe.
- (2) Ein anderes Konfliktpotenzial tut sich mit Blick auf die Finanzierung der Erweiterung auf. Bereits jetzt besteht ein großes Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den insbesondere 2007 neu hinzugekommenen Mitgliedern Bulgarien und Rumänien, das die EU durch milliardenschwere Hilfszahlungen zu beheben versucht. Einige der jetzigen Mitgliedstaaten fürchten, dass sie bestimmte finanzielle Privilegien verlieren werden, sollte es zu einer erneuten Erweiterung kommen. Insgesamt wäre wohl sehr viel mehr Geld nötig, um sowohl den alten wie auch den neuen ärmeren Mitgliedstaaten eine angemessene Unterstützung zu garantieren. Das trifft jedoch auf den Widerstand derjenigen Mitgliedstaaten, die besonders viel zum Europäischen Haushalt beitragen.
- (3) Intensive Diskussionen gibt es weiterhin bezüglich der möglichen Konsequenzen der Erweiterung auf die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte in den jetzigen Mitgliedstaaten. Viele dieser betroffenen EU-Länder fürchten, dass Firmen ihre Produktion in die potenziellen neuen Mitgliedstaaten auslagern könnten, weil dort die Löhne und Produktionskosten niedriger sind und umgekehrt im Rahmen der Personenfreizügigkeit billige Arbeitskräfte aus diesen Staaten zum Arbeiten in die alten Mitgliedsländer kommen werden.
- (4) Das politische Ringen um eine Erweiterung der Europäischen Union muss aber auch immer im weiteren internationalen Kontext gesehen werden. Insbesondere zwei internationale Konflikte haben Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen, da sie Mitgliedstaaten und bzw. oder Beitrittsländer betreffen. Zunächst spielt der Zypernkonflikt eine elementare Rolle in den Verhandlungen mit der Türkei. Seit 1974 ist die Insel faktisch in zwei Teile geteilt: in den türkisch-zypriotischen Norden, der nur von der Türkei als Staat anerkannt ist, und in die griechisch-zypriotische Republik Zypern im Süden, die seit 2004 Mitglied der EU ist, von der Türkei jedoch nicht anerkannt wird. Ein UN-Referendum über die Wiedervereinigung der Insel ist im April 2004 an der Ablehnung der griechisch-zypriotischen Bevölkerung im Süden der Insel gescheitert.
- (5) Weitere schwerwiegende Konflikte, die sich auf die Beitrittsverhandlungen auswirken, sind die Bürgerkriege der Neunzigerjahre auf dem Balkan. Diese gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, die auf das Auseinanderbrechen der Republik Jugoslawien folgten, brachten fürchterliche »ethnische Säuberungen« und die Vertreibung hunderttausender Menschen mit sich und haben die Region für lange Zeit destabilisiert. Ein möglicher Beitritt bereits eines der acht Staaten zur EU könnte eine Art Vorbildfunktion für die anderen Staaten ausüben und wird als weiterer wichtiger Schritt zu einer dauerhaften Befriedung des Balkans gesehen. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die Aufklärung der begangenen Kriegsverbrechen noch keineswegs abgeschlossen ist. Die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten könnte weiter verbessert werden. Ein rascher Beitritt vieler Kandidatenstaaten könnte die Region nachhaltig stabilisieren.



Abb. 3 Europapolitisches Planspiel in Prishtina

© Ingrid Halbritter

- (6) Die Anerkennung des Kosovo als unabhängiger Staat durch mehr als fünfzig Staaten weltweit hat viel Unruhe in die Europäische Union gebracht. Fünf Staaten der EU haben bislang aus innenpolitischen Schwierigkeiten und Ängsten – ethnische Minderheiten im eigenen Land könnten auch nach Unabhängigkeit streben – den Kosovo noch nicht anerkannt: Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei. Dagegen haben, sehr zum Entsetzen Serbiens, die ehemaligen jugoslawischen Republiken Mazedonien und Montenegro im Jahre 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt. Die Aufnahme eines Staates, der nicht von allen EU-Staaten anerkannt wird, ist aufgrund des Einstimmigkeitserfordernisses im Rat in dieser Frage nicht denkbar. Die EU muss eine gemeinsame Position zum Kosovo finden.
- (7) Griechenland weigert sich, die Republik Mazedonien mit ihrem Verfassungsnamen »Makedonien« anzuerkennen. Der Streit um die Frage, ob und wenn ja wer in der EU bestimmen darf, welchen Namen sich ein anderes Volk gibt, ist entbrannt. Die Staaten der EU haben in dieser Frage keine einheitliche Meinung. Gegen ein Veto eines Mitgliedstaats wird jedoch kein neuer Staat in die EU aufgenommen werden können. Die Abstimmung über einen Beitritt zur Europäischen Union hat einstimmig zu erfolgen. Könnte ein Kompromiss im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zu einer Lösung dieses Streits zwischen den beiden Nachbarstaaten beitragen?
- (8) Schließlich ist eine Diskussion über die Erweiterung auch immer eine Diskussion über die EU und ihre sogenannte »Aufnahmefähigkeit«. Je mehr Mitglieder an der gemeinsamen Entscheidungsfindung in den Institutionen beteiligt sind, desto komplizierter und schwerfälliger werden diese Prozeduren selbst. Daher gingen bisherige Erweiterungen meistens mit einer Reform der Institutionen und Entscheidungsprozesse der EU einher. Unterschiedliche Ansichten herrschen allerdings hinsichtlich der Frage, wie die EU-Institutionen für eine größere Anzahl von Mitgliedern am besten fit gemacht werden können. Die Diskussionen um die Europäische Verfassung und den Vertrag von Lissabon zeugen von diesen Schwierigkeiten.

Ablauf des Planspiels

Die Institutionen und Entscheidungsmechanismen der Europäischen bieten einen Rahmen, in dem all diese verschiedenen Interessen in diesem Planspiel ausbalanciert und zu einem Kompromiss gebracht werden können. Schließlich geht es darum, zu einer Einigung über die zukünftige geografische und organisatorische Gestalt der Europäischen Union zu kommen, die für alle Seiten von Vorteil ist. Abschließende Beratungen im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament mit demokratischen Abstimmungen und Sperrminoritäten vermittelten einen Eindruck der Komplexität der europäischen Willensbildung und Entscheidungsfindung.

Erfahrungen aus bisherigen Planspielrunden

Die Ergebnisse der bisher in Novi Sad, Tirana, Podgorica, Prishtina und Sarajevo durchgeführten Planspiele sind sehr beeindruckend. Die engagierten und kritisch reflektierenden jungen Menschen, von denen viele in ihrem Leben erstmals Gast in der EU sein durften, wurden von einer großen europäischen Euphorie getragen. Die Planspiele, die alle Teilnehmer herausforderten, zeigten dabei überdeutlich, welch zähes Ringen mit sehr unterschiedlichen Einzelinteressen eine Erweiterung der EU bedeutete. Trotz aller Bedenken ermöglichten bei den bisherigen Spielrunden die Spielenden der Planspiele den Beitrittskandidaten jedoch stets eine Aufnahme in die Europäische Union, wobei sie zumeist



Abb. 4 Juniorteam Europa aus Serbien vor dem Europäischen Parlament.
© Wolfgang Berger

ihrem eigenen Land ganz besonders harte ökonomische Kriterien auferlegten. Es überwogen jedoch der Wille und die Einsicht, dass nur eine Mitgliedschaft der Staaten des westlichen Balkan unter dem Dach der Europäischen Union dauerhaft zu einem Frieden und Ausgleich zwischen den Nachbarvölkern führen könne. Die Begleitung der Veranstaltungen durch die örtliche Presse war sehr beeindruckend, Politiker vor Ort verhielten sich dagegen etwas skeptischer. Sie beobachteten dennoch ganz genau, wie professionell der Nachwuchs bereits Politik betrieb und handlungsorientierte Ansätze abseits aller Parteigrenzen und Einzelinteressen entwickelte und umsetzte.

Literaturhinweise

- Arndt, Holger-Michael/Behne, Markus W.(2008): Erlebnisraum Europa – Methoden, Inhalte und Materialien zum Einsatz im Unterricht – Handreichung, 2. Aufl., Düsseldorf.
- Berger, Wolfgang/Siebel, Claudius (2009): Europa vermitteln – Europas Krise als Chance und Herausforderung für die politische Bildung. In: Jugend für Europa (Hrsg.): Europa vermitteln – Handbuch zur europabezogenen Bildungsarbeit. Bonn, S. 55–61.
- Kratzer, Peter/Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2008): Europa im Kleinen, EU-Jugendparlament, Novi Sad, Serbien.
- Rappenglück, Stefan: Europabezogene Planspiele. In: Jugend für Europa (Hrsg.): Europa vermitteln – Handbuch zur europabezogenen Bildungsarbeit. Bonn 2008 S. 79–83.

Internethinweise

- www.fgje.de (Forschungsgruppe Jugend und Europa des Centrums für angewandte Politikforschung)
- www.vojvodina.com/evropskiparlament/de/index.html (EU-Jugendparlament 2007)
- www.juniorteam-europa.de (Juniorteam Europa)

MATERIALIEN



M 1 EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn (rechts) auf einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten Mazedoniens Branko Crvenkouski im Oktober 2008 in Brüssel. © picture alliance, dpa

M 2 Planspielszenario

Reale Situation

Seit ihren Anfängen ist die europäische Integration ein offener Prozess, der im Laufe der Zeit immer mehr Länder einbezogen hat. Sie hat seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1951 die Europäische Gemeinschaft fünf Erweiterungsrounden durchlaufen. Die letzte Erweiterung der Europäischen Union im Januar 2007 um Bulgarien und Rumänien war von ganz besonderer Bedeutung, da mit ihr die jahrzehntelange Teilung des europäischen Kontinents weitgehend beendet wurde. Bereits mit den historischen Beitritten von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern im Mai 2004 konnte der ehemalige »Eiserne Vorhang«, der Europa in Ost und West getrennt hatte, endgültig überwunden werden. Das Europäische Haus umfasst nunmehr 27 vollwertige Mitglieder. Insgesamt sind es jetzt 480 Millionen Menschen, die in den Grenzen der EU mit 11,1 Billionen Euro ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts der gesamten Welt erwirtschaften.

Szenario

Unser Szenario konzentriert sich auf acht weitere beitriftswillige Länder: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei. In der ersten Phase nach der großen Erweiterung von 2004 und 2007 haben alte und neue Mitgliedstaaten erste Erfahrungen mit den Chancen und Problemen der Zusammenarbeit in der großen EU der 27 gesammelt. Zusammen sind sie nun erneut mit der Entscheidung über die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU konfrontiert, denn alle acht Staaten haben angekündigt, sobald wie möglich einen Antrag auf Mitgliedschaft einzureichen. Die Institutionen der EU sind nun gefordert, auf diese historische Situation zu reagieren und in einem konfliktreichen Umfeld die notwendigen Entscheidungen für die nächste Erweiterungsrunde zu treffen. Soll die EU weitere Mitglieder aufnehmen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Und wann? Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Entscheidungen treffen heute die Europäische Kommission, der Ministerrat, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Vertreterinnen und Vertreter der beitriftswilligen Länder zusammen, um die Modalitäten einer möglichen nächsten Erweiterungsrunde zu diskutieren. Sie alle müssen zu einer Entscheidung über die Zukunft Europas kommen. Die Europäische Kommission, die schon lange auf eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses drängt, steht einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen grundsätzlich positiv gegenüber. Das Euro-

päische Parlament wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit den Kandidatenländern beschäftigen. Doch zu welchem Ergebnis die 27 Außenministerinnen und Außenminister auf ihrem anstehenden Ratstreffen kommen, ist noch völlig offen.

M 3 Kopenhagener Kriterien für die Aufnahme in die EU

Für einen Beitritt zur Europäischen Union haben die Staats- und Regierungschefs der EU 1993 bei ihrem Treffen in Kopenhagen drei Voraussetzungen formuliert. Diese so genannten »Kopenhagener Kriterien« müssen alle Staaten erfüllen, die der EU beitreten wollen:

- Das »politische Kriterium«: Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.
- Das »wirtschaftliche Kriterium«: Eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten.
- Das »Acquis-Kriterium«: Die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zueigen zu machen, das heißt: Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Rechts, des »gemeinschaftlichen Besitzstandes« (Acquis communautaire).

Die Bedingungen für die Beitritte werden grundsätzlich in Abkommen festgelegt. Diese Beitrittsabkommen werden zwischen der Union und den Beitrittskandidaten kapitelweise ausgehandelt. Derzeit sind dies 35 Kapitel, die alle Rechtsbereiche umfassen. Bestandteil der Abkommen sind meist Übergangsregelungen, um den Beitritt eines Landes für beide Seiten vertraglich zu gestalten. Diese Verhandlungen dauern normalerweise mehrere Jahre.

Die EU-Kommission legt jährlich so genannte Fortschrittsberichte vor. Darin werden der Stand der Verhandlungen und die Entwicklung des Beitrittskandidaten in Bezug auf die Anpassung an die EU-Anforderungen beschrieben. Das Europäische Parlament muss zunächst den Beitrittsabkommen mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder zustimmen. Danach muss der Rat einstimmig seine Zustimmung geben. Die Unterzeichnung der Abkommen obliegt dann den Staats- und Regierungschefs der EU und der Beitrittsländer. Jedes Beitrittsabkommen muss als völkerrechtlicher Vertrag von den EU-Mitgliedsstaaten und den Beitrittsländern gemäß der jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften »ratifiziert« werden. Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ist das Beitrittsverfahren abgeschlossen, und die Abkommen treten in Kraft. Das Beitrittsland wird dann zum Mitgliedstaat.

M 4 Beitrittskandidat: Bosnien-Herzegowina

Bosnien und Herzegowina (in lateinischer Schrift *Bosna i Hercegovina*, kurz BiH; zu deutsch auch Bosnien-Herzegowina) ist ein Staat in Südosteuropa. Er grenzt im Osten an Serbien, im Südosten an Montenegro, im Norden, Westen und Südwesten an Kroatien sowie auf wenigen Kilometern bei Neum auch an das Mittelmeer. Die unabhängige Republik Bosnien-Herzegowina ging 1992 aus der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien und Herzegowina hervor und hat wie diese fast identische Grenzen, die das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet Bosnien und Herzegowina auf dem Berliner Kongress im Jahre 1878 erhielt. Bosnien und Herzegowina besteht seit dem internationalen Dayton-Vertrag nach einem langen Bürgerkrieg aus zwei weitgehend autonomen Teilstaaten (Entitäten), der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska, sowie dem Sonderverwaltungsgebiet Brcko-Distrikt.

M 5 Beitrittskandidat: Kroatien

(kroat. Hrvatska), amtliche Bezeichnung: »Republik Kroatien« (Republika Hrvatska) hat gemeinsame Grenzen mit Slowenien und Ungarn im Norden, Serbien und Bosnien und Herzegowina im Osten sowie Montenegro im äußersten Süden. Im Westen und Südwesten bildet das Adriatische Meer die natürliche Staatsgrenze. Kroatien ist bereits Mitglied der Welt Handelsorganisation (WTO) und des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens (CEFTA). Der Staat strebt einen Beitritt zur Europäischen Union an, seit 2004 ist er offizieller Beitrittskandidat für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Auf dem NATO-Gipfel Anfang April 2008 wurde das Land zur Mitgliedschaft in das Militärbündnis eingeladen. Die Mitgliedschaft tritt allerdings erst in Kraft, wenn alle bisherigen NATO-Staaten die Beitrittsurkunde ratifiziert haben. Kroatien nimmt zudem bis Ende 2009 die Funktion eines nichtständigen Mitglieds im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wahr.



M 6 Beitrittskandidat: Mazedonien

Mazedonien, amtlich Republik Makedonien oder auch ehemalige jugoslawische Republik Makedonien (Vorläufige Bezeichnung, unter der die Republik Mazedonien nach Intervention von Seiten Griechenlands in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde.) ist ein Staat in Südosteuropa. Mazedonien war die südlichste Teilrepublik Jugoslawiens und rief 1991 etwas später als Kroatien und Slowenien seine Unabhängigkeit aus. Seit Dezember 2005 hat Mazedonien den offiziellen Status eines EU-Beitrittskandidaten.

Eine Einladung zur Mitgliedschaft in der NATO wurde aufgrund eines Vetos von Seiten Griechenland nicht ausgesprochen. Griechenland verlangt zuvor eine Änderung des Verfassungsnamens des Landes. Auch nach Bemühungen von Seiten eines Mediators der Vereinten Nationen ist eine Einigung nicht abzusehen.

M 7 Beitrittskandidat: Serbien

Serbien ist ein Binnenstaat in Südosteuropa. Die offizielle Bezeichnung lautet Republik Serbien. Serbiens jüngere Geschichte ist geprägt durch seine Rolle als größter Teilstaat Jugoslawiens. Es verblieb nach dem Zerfall Jugoslawiens als alleiniger Rechtsnachfolger der Bundesrepublik Jugoslawien. Die Hauptstadt Serbiens ist Belgrad. Sie stellt zugleich auch das Handels- und Verkehrszentrum des Landes dar. Serbien liegt im Zentrum der Balkanhalbinsel und grenzt im Norden an Ungarn, im Osten an Rumänien und Bulgarien, im Süden an Mazedonien und den Ko-

sovo, im Südwesten an Montenegro und im Westen an Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Die Vojvodina im Norden und der Kosovo im Süden bilden nach der Verfassung aus dem Jahr 2006 eine autonome Provinz Serbiens. Das Parlament des seit 1999 unter UN-Verwaltung stehenden Kosovo hat im Februar 2008 die Unabhängigkeit der Region erklärt, wobei der völkerrechtliche Status der »Republik Kosovo« international noch umstritten ist. Entsprechend der Bemühungen der serbischen Regierung, ihre Territorialansprüche auf dem Gebiet geltend zu machen, wird in offiziellen Dokumenten stets vom Kosovo als einem besetzten Teil Serbiens gesprochen.

M 10 Beitrittskandidat: Türkei

Türkiye Cumhuriyeti, auf deutsch Republik Türkei, ist eine demokratische Republik in Asien und Europa. Der Einheitsstaat ist laizistisch geprägt; er ging nach dem Ersten Weltkrieg aus dem Osmanischen Reich hervor. Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk war bestrebt, die Türkei durch viele gesellschaftliche Reformen nach dem Vorbild verschiedener europäischer Nationalstaaten zu modernisieren. Seit dem 3. Oktober 2005 steht die Türkei in Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Seit vielen Jahren ist die Türkei Mitglied der NATO. Über 90% der Bevölkerung sind muslimischen Glaubens.

M 8 Basisinformationen zur den EU-Beitrittskandidaten

nach: www.weltalmanach.de, 2009

| Land | Fläche in m ² | Einwohnerzahl | BNE in US-\$ je Einwohner | Arbeitslosigkeit in % | Inflation in % | Wirtschaftswachstum in % | Währung |
|---------------------|--------------------------|---------------|---------------------------|-----------------------|----------------|--------------------------|---------------------------------|
| Albanien | 28.748 | 3.172.000 | 2.930 | 13,2 (2007) | 3,1 (2007) | 5,0 (2007) | 1 Lek = 100 Qindarka |
| Bosnien-Herzegowina | 51.129 | 3.926.000 | 3.230 | 31,0 (2006) | 2,5 (2007) | 6,0 (2005) | 1 Konvertible Mark = 100 Fening |
| Kosovo | 10.887 | 2.127.000 | k. A. | 35-50 | 0,5 (2005) | k. A. | 1 Euro = 100 Cent |
| Kroatien | 56.542 | 4.441.000 | 9.310 | 11,6 (2007) | 2,9 (2007) | 4,8 (2005) | 1 Kuna = 100 Lipa |
| Mazedonien | 25.713 | 2.036.000 | 3.070 | 35,0 (2007) | 2,3 (2007) | 3,0 (2006) | 1 Denar = 100 Deni |
| Montenegro | 13.812 | 601.000 | 4.130 | 9,0 (2006) | 3,5 (2006) | 16,1 (2006) | 1 Euro = 100 Cent |
| Serbien | 88.361 | 7.439.000 | 4.130 | 18,8 (2007) | 6,8 (2007) | 5,7 (2006) | 1 Neuer Dinar = 100 Para |
| Türkei | 779.452 | 72.975.000 | 5.400 | 9,9 (2007) | 8,4 (2007) | 6,1 (2006) | 1 Neue Lira = 100 Kurus |

M 9 Europäische Union und Beitrittskandidaten

© Europäische Kommission, 2008



M 11 Spielrunde Ministerrat des Juniorteams Europa in Novi Sad, Vojvodina, Serbien © Wolfgang Berger, 2008

M 12 Ausgewählte Rollenprofile (Auszüge)

(1) Rede des Kommissionspräsidenten der EU

»2004 sind zehn mittel-, und osteuropäische Staaten der Europäischen Union erfolgreich beigetreten. Im Jahre 2007 folgte der Beitritt von Bulgarien und Rumänien. Nun stehen weitere Gespräche mit sieben Staaten des westlichen Balkans und der Türkei an. Jetzt liegt es an Ihnen, meine Damen und Herren, diese Annäherung, die wir so weit gebracht haben, zu vollenden. Dass die Erweiterung kommen muss, wird uns mit der Zeit immer stärker bewusst. Es ist Ihre Aufgabe zu entscheiden, wann dem Europäischen Haus wie viele neue Wohnungen hinzugefügt werden. Sicher wird sich dies in Etappen vollziehen und einige Länder werden früher als andere beitreten.

Vor nunmehr fast 60 Jahren war es die Vision der Gründungsväter, eine Europäische Gemeinschaft des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands zu errichten. Und dieses europäische Ideal ist für unsere Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung – heute wie damals. Wir können uns also nicht auf dem bereits Erreichten ausruhen. Schreckliche Konflikte haben in die letzten Jahren Krieg, Vertreibung und unermessliches Leid über die Menschen im ehemaligen Jugoslawien gebracht. Wir, die Länder der EU, wollen diese schrecklichen Erfahrungen gemeinsam überwinden und uns mit den Ländern des Balkans und der Türkei zu einer immer enger werdenden demokratischen Wertegemeinschaft zusammenschließen.

Ich denke, wir sollten unseren Nachbarn die Chance einer Teilhabe am europäischen Projekt nicht verwehren. Denn noch immer gibt es Unsicherheit, wirtschaftliche Probleme und Armut in Europa. Auch dürfen wir die Augen nicht vor zunehmendem Nationalismus und der mangelnden Respektierung der Rechte nationaler Minderheiten verschließen. In einer vernetzten Welt im Zeitalter der Globalisierung sind die Probleme nicht mehr nur vor der eigenen Haustür zu klären. Sie erfordern Zusammenarbeit – auch eine europäische Zusammenarbeit! Die Europäische Union wird durch eine Erweiterung in Richtung Südosten reicher und vielfältiger an kulturellen und regio-

nalen Identitäten sein. Dieser historische Prozess der Erweiterung birgt die einmalige Chance, eine »neue Architektur« für Gesamteuropa zu schaffen, in der Frieden und Sicherheit zu einer Partnerschaft der Kulturen führen kann und dem »Kampf der Kulturen« eine entschiedene Absage erteilt wird. Wir alle spüren derzeit den Gegenwind. Er ist härter geworden. Überall werden die Skeptiker lauter, die gegen Europa und gegen die Erweiterung sprechen und auf Unwissen, Ängste und Vorurteile setzen. Risiken und Probleme dürfen nicht verschwiegen, sondern müssen thematisiert und gelöst werden. Aber es bleibt dabei: Das größte Risiko für die Zukunft Europas in Frieden und Sicherheit wäre es, wenn wir die historische Chance zur weiteren Einigung unseres Kontinents verstreichen ließen, weil uns auf den letzten Metern der Mut verlassen hat. (...)

(2) Rollenprofil der schwedischen Außenministerin (Ministerrat)

Die schwedische Regierung ist bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei ein Verfechter der sehr strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitragsfähig ist oder nicht. Besonders bedacht ist Schweden in diesem Zusammenhang auf die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten, um einer Gefährdung des schwedischen Sozialmodells durch die Erweiterung entgegenzuwirken. Schweden engagiert sich in den letzten Jahren verstärkt in der Region des westlichen Balkans und sieht sich deutlich als Anwalt der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Für die schwedische Regierung war es selbstverständlich, die Unabhängigkeit des Kosovo bereits wenige Tage nach der Erklärung des Kosovo anzuerkennen. Schweden sah bereits die Aktivitäten der Vereinten Nationen im Kosovo als eine Vorbereitung zu einer späteren Unabhängigkeit. Gleichwohl ist Schweden sehr daran interessiert, dass sich das Verhältnis zwischen dem Kosovo und Serbien schnell normalisiert.

Schweden hat für alle Staaten des westlichen Balkan und der Türkei eine nationale Strategie entwickelt, um diesen Staaten beim Aufbau der Wirtschaft, des Rechtssystems und der Justiz zu helfen. Als großer Beitragszahler der Union fürchtet Schweden allerdings, einen überproportionalen Teil der Erweiterungskosten tragen zu müssen, und pocht daher auf eine klare Begrenzung des Finanzierungsrahmens, bevor neue Beitritte erfolgen können.

(3) Rollenprofil des portugiesischen Außenministers (Ministerrat)

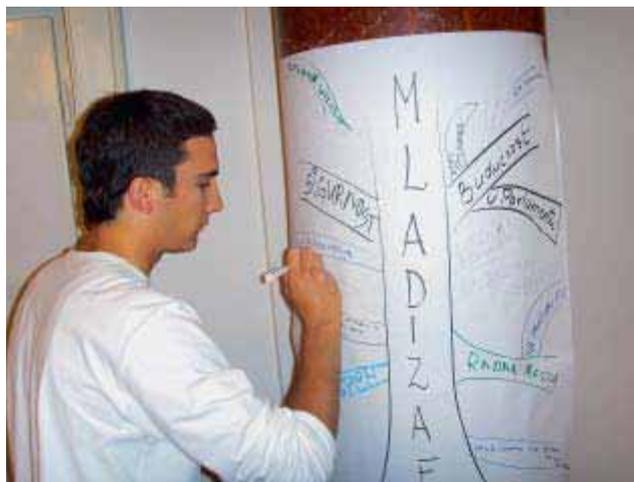
Die portugiesische Regierung befürwortet die letzten Osterweiterungen und ist auch bei den anstehenden Erweiterungen grundsätzlich für eine langfristige Aufnahme der Beitrittskandidaten. Sie möchte zwar die hierfür notwendigen Entscheidungen nicht blockieren, dennoch weist sie darauf hin, dass die EU sich nicht um jeden Preis erweitern dürfe. Portugal will auch weiterhin Unterstützungszahlungen von der EU erhalten, d. h., die Erweiterung müsse durch eine weitere Erhöhung des europäischen Haushalts finanziert werden. Portugal versucht, sich mit anderen südlichen Mitgliedsländern, die ähnliche Interessen haben, zu verbünden und damit sicherzustellen, dass weitere Subventionen aus den Strukturfonds nach Portugal fließen und nicht in den Osten umgelenkt werden. Portugal weist auch deutlich darauf hin, dass es – nach längeren Diskussionen im portugiesischen Parlament – die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt hat. Hier trennt sich die Position deutlich von der Spaniens. Den Beitritt der Türkei zur EU befürwortet und unterstützt Portugal.

(3) MdEP der Fraktion »Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten (EVP-CD)« aus Tschechien

Die EVP-Vertreter aus Tschechien schätzen zwar einerseits die Vorteile der Integration, vor allem die Liberalisierung des Außenhandels und die Beschleunigung des Warenverkehrs auf dem Binnenmarkt, andererseits bemühen sie sich aber kaum um eine weitere Vertiefung der Integration. Tendenzen zur Föderalisierung der EU und zur Verschiebung von weiteren Kompetenzen auf das europäische Niveau lehnen sie wiederholt und eindeutig ab. Sie verweisen dabei auf das in den EU-Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip und auf die nationale Souveränität und Vielfalt der Mitgliedstaaten. Sie unterstützen die nächste Erweiterungsrunde der EU im Allgemeinen, wobei es zunächst um Kroatien geht. Sie bestehen bei diesem Prozess aber vehement auf einer präzisen Vorbereitungsphase, die konsequent von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ausgeht. Die politische und ökonomische Bereitschaft jedes Kandidaten zur Erfüllung der Kriterien ist für sie entscheidend, um den Beitrittsgesuchen zustimmen zu können. Sie argumentieren insbesondere auch damit, dass die Subventionen der Strukturfonds für die Wirtschaftskurbelung der mittlerweile zwölf neuen Mitgliedsländer (einschließlich Tschechiens) schon jetzt nicht ausreichend sind. Deswegen und auch wegen der fehlenden Konkurrenzfähigkeit im Landwirtschaftssektor setzen sie sich stark für eine schnelle und radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und für die Verschiebung eines großen Teils der Finanzmittel in die regionale Strukturhilfe ein.

(4) Rollenprofil einer MdEP der Fraktion »Die Grünen« aus Österreich

Die Grünen aus Österreich fordern eine Gesamtstrategie zur Heranführung Südost-Europas zur EU, die für alle Staaten einen gleichen und klaren Zugang zu EU-Fördermitteln gewährleistet – egal ob sie bereits Kandidatenstatus haben oder noch nicht. Des Weiteren wird Visafreiheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Westbalkans gefordert – bereits in den achtziger Jahren brauchten Menschen aus Jugoslawien keine Einreiseerlaubnis. Da die Osterweiterung von den Grünen befürwortet wurde, stehen sie auch der geplanten Erweiterung um Kroatien positiv gegenüber. Mit diesem Land wie auch mit anderen mittel- und osteuropäischen Ländern pflegt Österreich aufgrund seiner geografischen Lage enge Beziehungen. Die Erweiterung stellt für die Grüne Partei eine historische Chance dar, die Spaltung Europas zu überwinden und die Partei setzt sich deshalb aktiv für einen raschen Beitritt der Bewerberkandidaten zur EU und gegen starre Übergangsfristen ein. Die Grünen stimmten im österreichischen Nationalrat für die Entsendungen von EULEX-Beamten in den Kosovo als Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo. Als EULEX-Kosovo wird eine Mission der Europäischen Union bezeichnet, in deren Rahmen bis zu 1.800, potentiell 2.000 Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte in den Kosovo entsandt werden. Sie sollen dem Land beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung helfen und haben weitreichende, von der Administration des Kosovo unabhängige Befugnisse. Was die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo betrifft, waren sie für weniger Eile. Österreich solle kein Vorreiter sein und hätte noch vor einer endgültigen Entscheidung die Stabilität im Kosovo und den Nachbarregionen, die völkerrechtliche Basis, den Schutz von Minderheiten in Erwägung ziehen sollen. Die Grünen waren die einzige Partei im Nationalrat, die sich vor dem Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2004 klar für Verhandlungen mit der Türkei ausgesprochen hat. An dieser Haltung wird auch festgehalten, jedoch beobachten die Grünen die Lage in der Türkei derzeit ganz genau.



M 13 Diskussion unter »Parlamentariern des Europäischen Parlaments«
© Wolfgang Berger, 2008

Nach Ansicht der Grünen gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Aus diesem Grund sehen die Grünen die volle Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie als unabdingbare Voraussetzungen eines Beitritts zur EU an. (...)

(5) Rollenprofil des türkischen Außenministers (internes Strategiepapier)

Es sollen mögliche Einwände der EU-Staaten entkräftet werden, die eine Zunahme der Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei fürchten und den möglichen türkischen Beitritt als erhöhtes Sicherheitsrisiko für die EU in der Mittelmeerregion einstufen. Die Türkei zeigt sich daher hinsichtlich einer Integration in eine Gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Union aufgeschlossen, wissend, dass zahlreiche Mitgliedstaaten der Union sowie die Vereinigten Staaten von Amerika die Einbindung der Türkei in diesen sicherheitsrelevanten Bereich begrüßen würden.

Da die Einwände gegen eine baldige Mitgliedschaft (Stichworte: mangelnde Demokratie, Situation der Kurden, viele türkische Arbeitnehmer in Europäischen Staaten, besonders in Deutschland) bekannt sind, bietet die Türkei Kompromisse an, um eine Vollmitgliedschaft zu ermöglichen. So könnte im Falle einer Vollmitgliedschaft für eine Übergangsfrist die Freizügigkeit der Türken eingeschränkt werden, damit mögliche Ängste der EU-Partner vor zu vielen türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgebaut würden. Sicher werden einige Mitgliedstaaten die zu großen »kulturellen Unterschiede« zwischen der Türkei und Europa als Argument gegen einen Beitritt der Türkei anführen. Die Position der Türkei ist hier, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist, die auf den Prinzipien der kulturellen Vielfalt und der Toleranz basiert und dass ein Beitritt der Türkei diesen Prinzipien Ausdruck verleihen würde. Die türkische Außenpolitik richtet dabei ihr besonderes Interesse auf die deutsche Position im Rat der Europäischen Union. Denn die Türkei erwartet aufgrund der allgemein engen Beziehungen zwischen beiden Ländern eine besonders aktive deutsche Unterstützung der türkischen Mitgliedschaft in der EU. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei und tätigt die meisten Investitionen in der Türkei. In Deutschland lebt eine große türkische Minderheit und allein zirka 40.000 türkische Unternehmer tragen in unterschiedlicher Weise zur bundesdeutschen Volkswirtschaft bei und fördern z. B. Arbeitsplätze.



M 14 Demonstration der »Sonnenkoalition für Europa«, geführt von den dortigen Sozialdemokraten, zur Parlamentswahl im Mai 2008 in Mazedonien
© picture alliance, dpa, 2008

M 15 Fortschrittsbericht: Kroatien

- (1) Politische Kriterien: Kroatien erfüllt die politischen Kriterien von Kopenhagen. Die Umsetzung der Strategien für die Reform des Justizwesens und die Bekämpfung von Korruption wurde fortgesetzt. Der Rückstand bei den vor Gericht anhängigen Verfahren wurde abgebaut. Bei der Korruptionsbekämpfung zeigen sich erste Ergebnisse. Kroatien hat weitere Schritte unternommen, um die Probleme im Zusammenhang mit Minderheiten und – in geringerem Umfang – der Rückführung von Flüchtlingen anzugehen. Die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wurde fortgesetzt. Kroatien hat das neue Zentral-europäische Freihandelsabkommen (CEFTA) ratifiziert und sich weiter aktiv an der regionalen Zusammenarbeit beteiligt, z. B. an der Errichtung des neuen Regionalen Kooperationsrats. Allerdings sind noch erhebliche Herausforderungen in Schlüsselbereichen zu bewältigen, wie:
- die Reform des ineffizienten Justizsystems
 - die Reform der öffentlichen Verwaltung und die Bekämpfung der immer noch weit verbreiteten Korruption.
 - Verstärktes Augenmerk muss auf die Rechte von Minderheiten, vor allem auf die Rückkehr der Flüchtlinge, gerichtet werden.
 - Die Verfolgung von Kriegsverbrechen bedarf weiterer Aufmerksamkeit.
 - Die Fortsetzung der regionalen Zusammenarbeit ist ebenso von entscheidender Bedeutung wie Bemühungen um die Lösung der bilateralen Probleme mit den Nachbarn, vor allem im Bereich der Grenzdemarkation.
- (2) Wirtschaftliche Kriterien: Was die wirtschaftlichen Kriterien betrifft, so verfügt Kroatien über eine funktionierende Marktwirtschaft. Das Land dürfte mittelfristig in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, sofern es sein umfassendes Reformprogramm entschlossen umsetzt, um die strukturellen Schwachstellen zu beseitigen. Das Wirtschaftswachstum hat sich erhöht und die makroökonomische Stabilität blieb erhalten. Das gesamtstaatliche Defizit wurde erheblich abgebaut. Die Inflation blieb niedrig und die privaten Investitionen stiegen weiter an. Die Beschäftigung hat zugenommen und die Rahmenbedingungen für Unternehmen haben sich verbessert.

Die Stabilität des Finanzsektors wuchs weiter. Die wirtschaftspolitischen Kapazitäten der Regierung wurden weiter gestärkt. Allerdings könnten die zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu einem Risiko werden.

- Die Strukturreformen, einschließlich der Umstrukturierung des Schiffbaus und der Stahlindustrie, schritten nur langsam voran.
 - Der Staat greift nach wie vor massiv in die Wirtschaft ein.
 - Leistungsschwächen in der öffentlichen Verwaltung und im Justizwesen behindern immer noch die Entwicklung des Privatsektors.
 - Die Auslandsverschuldung wurde nicht abgebaut, was zeigt, dass eine rigorosere Finanzpolitik erforderlich ist.
- (3) Rechtsordnung der EU: Kroatien hat seine Fähigkeit zur Übernahme der aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen verbessert. Die Vorbereitungen auf die Erfüllung der Anforderungen der EU schreiten mit gleichmäßiger Geschwindigkeit fort und die Angleichung an die EU-Vorschriften hat in einigen Bereichen einen hohen Stand erreicht. Allerdings bedarf es für die vollständige Angleichung noch erheblicher Bemühungen. In den meisten Bereichen wurden einige Fortschritte verzeichnet, vor allem bei der rechtlichen Angleichung, aber auch beim Kapazitätsaufbau. In einigen Kapiteln wie Verkehr und Umwelt konnte an die in den vergangenen Jahren erzielten guten Fortschritte angeknüpft werden. In anderen Kapiteln wie öffentliches Beschaffungswesen und Steuern blieben die Fortschritte begrenzt. Was den allgemeinen Stand der Rechtsangleichung und der Verwaltungskapazitäten angeht, so besteht noch erheblicher Handlungsbedarf.

M 16 Fortschrittsbericht: Republik Mazedonien

- (1) Politische Kriterien: Die Republik Mazedonien hat weitere Schritte unternommen, um die politischen Kriterien zu erfüllen. Die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid trägt weiter zur Konsolidierung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit bei. Bei der Reform des Justizsystems wurden gewisse Fortschritte erzielt und bei der Korruptionsbekämpfung einige ermutigende Ergebnisse erreicht. Die Achtung der Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten haben sich ebenso wie die interethnischen Beziehungen verbessert. Durch die anhaltenden politischen Spannungen im Land verzögern sich jedoch die Reformen.
- Der Dialog zwischen allen Parteien im Parlament muss in friedlicher und konstruktiver Weise geführt werden.
 - Es muss dafür gesorgt werden, dass sämtliche politischen Akteure ihre in der Verfassung vorgesehene Funktion ausüben und zusammenarbeiten, um einen wirksamen Demokratieprozess zu gewährleisten.
 - Auf diese Weise können weitere Fortschritte verwirklicht werden, beispielsweise in den Bereichen Polizei und Justiz, Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz und Förderung der Rechte von Minderheiten.
 - Die Korruption ist noch weit verbreitet.
 - Das Land hat seine aktive Beteiligung an der regionalen Zusammenarbeit fortgesetzt und Unterstützung für den Südosteuropäischen Kooperationsprozess (SECEP), den Regionalen Kooperationsrat und das geänderte Zentral-europäische Freihandelsabkommen (CEFTA) geleistet.
- (2) Wirtschaftliche Kriterien: Die Republik Mazedonien ist bei der Einführung einer funktionierenden Marktwirtschaft auf einem guten Stand und weiter vorangekommen. Das Land dürfte mittelfristig in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, sofern es sein umfassendes Reformprogramm entschlossen umsetzt, um die erheblichen strukturellen Schwachstellen zu beseitigen.

Der breite Konsens über die Wirtschaftspolitik blieb bestehen. Der Policy mix des Landes hat zur makroökonomischen Stabilität beigetragen. Es wurde ein solides Wachstum bei weiterhin niedriger Inflation verzeichnet. Die Leistungsbilanz war nahezu ausgeglichen. Die Preis- und die Handelsliberalisierung sind weitgehend abgeschlossen und die Privatisierung wurde fortgesetzt. Die Eintragung von Grundeigentum wurde beschleunigt. Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung ergriffen.

- Die Arbeitslosigkeit blieb allerdings ausgesprochen hoch.
- Das Funktionieren der Marktwirtschaft wird noch durch institutionelle Mängel beeinträchtigt. Das Justizwesen stellt weiterhin einen Engpass dar.
- Die Regulierungs- und Aufsichtsstellen sind nicht immer in der Lage, ihre Aufgaben wirksam auszuüben.
- Der Grad der Rechtssicherheit ist weiterhin gering.
- Die Arbeitsmärkte funktionieren nach wie vor nicht zufriedenstellend.

- (3) Rechtsordnung der EU: Die Republik Mazedonien hat weitere Anstrengungen unternommen, um ihre Fähigkeit zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu verbessern. Einige Fortschritte wurden bei der Umsetzung der kurzfristigen Prioritäten der Europäischen Partnerschaft erzielt. Allerdings muss das Land noch erhebliche Schwachstellen bei der Anwendung und wirksamen Durchsetzung der Rechtsvorschriften beseitigen. Es fehlt an angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen für die uneingeschränkte Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Durch einen breit angelegten Austausch von qualifiziertem Personal infolge politischer Veränderungen wurden die Bemühungen um die Stärkung der Verwaltungskapazitäten beeinträchtigt.

M 17 Fortschrittsbericht: Türkei

- (1) Politische Kriterien: Die Türkei erfüllt die politischen Kriterien von Kopenhagen weiter hinreichend. Das Land hat die politische und institutionelle Krise problemlos überwunden. Die vorgezogenen Parlamentswahlen fanden unter uneingeschränkter Einhaltung demokratischer Standards und der Rechtsstaatlichkeit statt. Die Präsidentenwahl durch das Parlament im August erfolgte verfassungsgemäß und es wurde rasch eine neue Regierung eingesetzt. Als es zu einer Krise in den Beziehungen zwischen Regierung und Militär kam, blieben die demokratischen Prinzipien gewahrt. Einige Fortschritte wurden bei der Reform der Rechtsvorschriften über die öffentliche Verwaltung und bei der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Justizwesens verzeichnet. Es wurden weitere Schritte unternommen, um die Rechte der Frauen zu stärken. Die Anzahl der gemeldeten Fälle von Folter und Misshandlung ging weiter zurück. Die Türkei kam bei der Ratifizierung internationaler Menschenrechtsübereinkünfte und bei der Vollstreckung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte voran. Hinsichtlich der politischen Reformen wurden 2007 jedoch nur begrenzte Fortschritte erzielt.
- Bei der freien Meinungsäußerung und den Rechten von nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften bedarf es noch erheblicher Bemühungen.
 - Weitere zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, im Justizsystem, den Rechten für Gewerkschaften, Kinder und Frauen, kulturellen Rechten sowie im Bereich der zivilen Aufsicht über die Sicherheitskräfte.
 - Die neue Regierung sollte in diesen prioritären Bereichen nun unverzüglich handeln:



M 18 Der türkische Premierminister Erdogan (links) zu Gast beim EU-Kommissionspräsidenten Barroso im Dezember 2008 © picture alliance, dpa

- In Bezug auf die dringlichsten Themen, nämlich die freie Meinungsäußerung und die Religionsfreiheit, sollte die Regierung sofortige Schritte einleiten.
 - Die terroristischen Anschläge der PKK, die auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen steht, haben zugenommen. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Türkei und Irak dieses Problem durch eine Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden angehen, wobei das Völkerrecht zu achten ist.
 - Die Türkei muss die ernstlichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Südosten des Landes lösen. Außerdem hat die Türkei ihre Beschränkungen der direkten Verkehrsverbindungen zu Zypern aufrechterhalten.
- (2) Wirtschaftliche Kriterien: Die Türkei kann als funktionsfähige Marktwirtschaft angesehen werden. Sie dürfte mittelfristig in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, wenn sie ihr umfassendes Reformprogramm umsetzt, um Strukturschwächen anzugehen.
- Das Wirtschaftswachstum blieb dank höherer Exporte kräftig und die Unternehmer zeigten hohes Vertrauen. Die öffentliche Verschuldung wurde mit Hilfe einer starken Lira und einer strikten Haushaltsdisziplin abgebaut. Die Zentralbank verfolgte eine umsichtige und verantwortungsvolle Geldpolitik. Die ausländischen Direktinvestitionen, vor allem in Form des Erwerbs türkischer Unternehmen durch ausländische Firmen, stiegen deutlich an und spielten eine verstärkte Rolle bei der Senkung der mit makroökonomischen Ungleichgewichten verbundenen Risiken.
- Allerdings führten Steuererleichterungen und höhere Infrastrukturausgaben 2007 zur finanzpolitischen Lockerung.
- Der Inflationsdruck stieg.
 - Starre Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und die steuerliche Belastung der Arbeit behinderten die Arbeitsplatzschaffung im formellen Sektor, vor allem was die Beschäftigung von Frauen angeht.
- (3) Rechtsordnung der EU
- Die Türkei hat ihre Fähigkeit zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen weiter verbessert. Da die Türkei ihre Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen im Dezember 2006 nicht erfüllt hatte, beschloss die EU, die Verhandlungen über acht Kapitel einzufrieren, mit den übrigen Kapiteln jedoch fortzufahren.

3. Die Entwicklung der EU-Verbraucherschutzpolitik – sowie die Bürgerbeteiligung am Beispiel »VoicE«

LEVENT GÜNES | FLORIAN SETZEN

Verbraucherschutz ist ein Feld, das die EU-Bürgerinnen und -Bürger direkt betrifft. Er gilt bei der Europäischen Kommission deswegen als der Politikbereich, in dem die Europäische Union mit Entscheidungen über Handytarife, Werbung für Flugreisen oder die Sicherheit von Kinderspielzeug – gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – »positive Schlagzeilen« (Europäische Kommission 2008, S. 3) machen kann. VoicE bietet Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg dazu eine direkte Möglichkeit der Mitsprache bei der EU-Gesetzgebung. Namhafte Politiker stellen sich hier kritischen Fragen zu Europa und zum Verbraucherschutz.

Obwohl die Entwicklung der Verbraucherschutzpolitik auf europäischer Ebene bereits in der Gründungszeit der Europäischen Gemeinschaften ihren Anfang nahm, gilt der Bereich des Verbraucherschutzes immer noch als Aufgabe, die sich Mitgliedstaaten und Europäische Union teilen.

Bis 1992 enthielten die Grundlagenverträge der Europäischen Gemeinschaften noch keine einschlägige Rechtsgrundlage für die Zuständigkeit der EG im Bereich des Verbraucherschutzes, doch erkannten Europäisches Parlament und Europäische Kommission früh die enge Verzahnung von Verbraucherschutzbestimmungen mit Binnenmarktregelungen.

Ein erster Schritt in Richtung europäischer Verbraucherschutzpolitik war die Gründung eines Interessenverbands als europäischer Dachverband der nationalen Verbraucherverbände gegenüber den EG- beziehungsweise EU-Institutionen. Dieses 1962 gegründete »Europäische Büro der Verbraucherverbände« (BEUC) stieß viele Initiativen der Kommission an und begleitete die Entwicklung des Binnenmarkts durch das ständige Verknüpfen der Binnenmarktentwicklung mit den Verbraucherinteressen.

Mitte der 1970er-Jahre wurden zwar nur wenige Waren über die nationalen Grenzen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft transportiert, anfänglich bestanden die Produkte vor allem aus landesspezifischen Erzeugnissen. Spätestens seit den 1980er-Jahren veränderte sich dies jedoch rapide mit dem zunehmend funktionierenden Binnenmarkt, der Zollkontrollen entfallen ließ und auch sonst den Warenaustausch vereinfachte. Bereits 1975 stellte die Europäische Kommission das erste Aktionsprogramm zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor. Aus diesem Programm gingen mittlerweile rund 90 verbraucherrelevante Richtlinien und Verordnungen hervor, die sowohl vor gepanschtem Olivenöl als auch vor anderen unsicheren oder ungenießbaren Waren EG-weit schützen sollen (Holz 2008, S. 364).

1987 wurde mit der Einheitlichen Europäischen Akte zum ersten Mal der Begriff »Verbraucher« in die Grundlagenverträge aufgenommen und der Verbraucherschutz zur gemeinsamen Aufgabe der EG-Mitgliedstaaten erklärt. Der Vertrag von Maastricht machte dann einen eigenen Vertragstitel für die Verbraucherpolitik im EG-Vertrag ab 1993 rechtsgültig. In Art. 153 des EG-Vertrags wird der Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe definiert (| M 3 |), als eine Aufgabe, die sich nicht nur auf den Binnenmarkt, sondern eben auch auf Felder wie die Agrarpolitik erstreckt. Seitdem hat sich an der grundsätzlichen Ausrichtung der europäischen Verbraucherschutzpolitik wenig geändert.

Im Wesentlichen werden auch heute noch drei Ziele verfolgt:

- das Erreichen eines gleichmäßig hohen Verbraucherschutzniveaus,



Abb. 1 »Abenteuer (Über-)Leben«

© Heiko Sakurai, 17.7.2008

- die wirksame Durchsetzung der Rechtsvorschriften zum Schutz der Verbraucher sowie
- die angemessene Beteiligung von Verbraucherverbänden an der Gestaltung der Politik der Europäischen Union. (Holz 2008, S. 365)

Die Wichtigkeit, eine Verbraucherschutzpolitik nicht nur auf nationaler, sondern auch vor allem auf europäischer Ebene zu betreiben, wurde in den zurück liegenden Jahren immer wieder – vor allem durch Skandale zu Lasten des Verbraucherschutzes – unterstrichen. So gaben die BSE-Krise in den 1990er-Jahren und weitere Lebensmittelskandale immer wieder Anlass, den Verbraucherschutz verbessern zu müssen.

Beispiele von EU-Verbraucherschutz-Regeln

Einer der wichtigsten Bereiche der EU-Verbraucherschutzvorschriften betrifft die Produktpalette der Lebensmittel. Die EU regelt beispielsweise die Kennzeichnungspflichten, nach denen alle Zutaten sowie Angaben zu Farb-, Konservierungs- und Zusatzstoffen auf dem Etikett ersichtlich sein müssen. Ebenso allergene Stoffe, selbst dann, wenn sie nur in geringen Mengen enthalten sind. Die EU-Lebensmittelkennzeichnungsvorschriften regeln außerdem, unter welchen Bedingungen Produkte als Bio-Produkte verkauft werden können und welche Waren mit geschützten Namen als Qualitätserzeugnisse einer bestimmten Region verkauft werden dürfen. Dank der EU kann bei jedem einzelnen Ei nachvollzogen werden, wie und wo genau es hergestellt wurde (| M 10 |).

Bei der Lebensmittelsicherheit ergänzen sich EU-Recht, nationales Recht und Bestimmungen der deutschen Länder. So dient ein europäisches Schnellwarnsystem für Futter- und Lebensmittel, genannt RASFF, als Informationsquelle für die kontrollierenden Behörden, so dass gefährliche Lebensmittel möglichst schnell aus dem Handel gezogen werden können.

Auch bestimmte Dienstleistungen wie etwa Reiseangebote oder Geldüberweisungen werden von der EU im Sinne des Verbraucherschutzes geregelt. Demnach besitzen EU-Bürgerinnen und -Bürger festgeschriebene Rechte bei der Buchung von Pauschalreisen, zum Beispiel das Recht auf korrekte Information über die einzelnen Leistungen der Pauschalreise durch den Reiseveranstalter. Auch irreführende Werbeangebote von Fluggesellschaften

ten, in denen nicht alle Preisbestandteile aufgeführt werden, sind kraft EU-Vorschriften verboten. Im Geldverkehr sind Verbraucher durch EU-Regelungen vor überhöhten Gebühren bei Überweisungen ins EU-Ausland geschützt. Seit 1. Juli 2003 dürfen Überweisungen ins EU-Ausland nicht teurer sein als Überweisungen innerhalb eines Landes.

Die EU ermöglicht auch den Einkauf von Waren im EU-Ausland, ohne dass Verbraucherinnen und Verbraucher dabei eine doppelte Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Auch wenn der Mehrwertsteuersatz im EU-Ausland geringer ist als im Heimatland, muss der Kunde seine im EU-Ausland erworbene Ware nicht zuhause noch einmal oder ergänzend versteuern.

Ein weiterer Bereich, der dank der EU zunehmend EU-weit einheitliche Bestimmungen vorweisen kann, ist der Bereich der technischen Produktsicherheit. Seit 1993 gibt es beispielsweise das CE-Kennzeichen, mit dem die Produkthersteller dafür bürgen, dass ihr Produkt den von der Europäischen Union festgelegten Sicherheitsnormen entspricht. Das CE-Zeichen darf jedoch nicht mit einem Prüfzeichen eines unabhängigen Instituts verwechselt werden. Anders als das GS-Zeichen in Deutschland ist das CE-Zeichen nämlich kein Prüfsiegel eines unabhängigen Instituts, sondern »lediglich« Ausdruck dafür, dass der Hersteller selbst sein Produkt im Einklang mit den EU-Sicherheitsvorschriften sieht.

Ausnahmen, bei denen das CE-Zeichen nur getragen werden darf, wenn ein Produktmuster auch geprüft wurde, gelten zum Beispiel für diverse Schutzausrüstungen. Diese tragen dann neben dem CE-Zeichen auch Kennzahlen für das Jahr der Prüfung und für die Zertifizierungsstelle. Auch bei Produkten, die nicht den Lebensmitteln zuzuordnen sind, steht ein EU-Schnellwarnsystem, »RAPEX«, zur Warnung vor unsicheren Waren zur Verfügung. Eine Meldung an eine der RAPEX-Kontaktstellen, in Deutschland sind das die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin sowie das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, genügt, um den EU-weiten Datenaustausch zu gewährleisten und das gefährliche Produkt – unsicheres Spielzeug oder gefährliches Elektrogerät – in der gesamten Europäischen Union aus dem Verkehr zu ziehen.

Befürchtungen, gemeinsame EU-Standards würden schärfere nationale Verbraucherschutzbestimmungen außer Kraft setzen, sind unbegründet. Die Europäische Union hat in ihrem EG-Vertrag selber festgelegt: »[Die auf EU-Ebene] beschlossenen Maßnahmen hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen.« (Art. 153, Abs. 5, EG-Vertrag) In Deutschland wurde das Verbraucherschutzniveau durch die EU-Vorgaben sogar dadurch gestärkt, dass einschlägige EU-Richtlinien zum Anlass genommen wurden, nationale Schutzbestimmungen über die Vorgaben der EU hinaus noch zu verstärken (Große Hüttmann 2008, 184).

Zukunft der EU-Verbraucherschutzbestimmungen

Das Feld des Verbraucherschutzes ist eines, das sich auf europäischer Ebene mit großer Geschwindigkeit weiter entwickelt. Dafür sorgt einerseits die Tatsache, dass die Europäische Kommission diesen Bereich als eines der Felder ausgemacht hat, in dem sie sich positiv in Szene setzen kann, zum anderen wird die Notwendigkeit eines EU-weit geregelten Verbraucherschutzes durch immer wieder neu aufgedeckte Produktkandale unterstrichen, jüngst etwa durch Melamin verseuchte Lebensmittelimporte in die EU aus China. Schließlich hilft auch die Tatsache, dass die meisten rechtlich bindenden Maßnahmen zum Verbraucherschutz im Rahmen des sogenannten Mitentscheidungsverfahrens nach Art. 251 EG-Vertrag verabschiedet werden. Dieses beinhaltet die Möglichkeit, dass mit der »qualifizierten Mehrheit« im Rat der EU (= Ministerrat) einige Mitgliedstaaten auch überstimmt werden können. Einem einzelnen EU-Staat ist es also nicht möglich, EU-Richtlinien im Bereich Verbraucherschutz durch sein Veto zu blockieren.



Abb. 2 Europäische Regelung nötig? CE-Zeichen und GS-Zeichen nebeneinander auf einem Elektrogerät © Florian Setzen, 2009

Folgerichtig versucht die für EU-Verbraucherschutzfragen zuständige Kommissarin Meglena Kuneva EU-Verbraucherschutzpolitik weiter zu entwickeln (M16). Eine Maßnahme, die insbesondere darauf abzielt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU besser ihre Rechte gegenüber Produkthanbietern vertreten und durchsetzen können, wurde jüngst gestartet. In einem sogenannten »Grünbuch« der Kommission, einer Darstellung von Ist-Zuständen und Problemen mit Auffassungen der Kommission und von ihr vorgeschlagenen Lösungsoptionen, will Meglena Kuneva bis zum Sommer 2009 eine Diskussion über den bestmöglichen Rechtsschutz von Verbrauchern im EU-Binnenmarkt anstoßen, an dem sich auch einzelne Bürgerinnen und Bürger über nco-consumer-collective-redress@ec.europa.eu beteiligen können. (EU-Nachrichten Nr. 40/2008, S. 5)

Entscheidend für eine erfolgreiche Verbraucherschutzpolitik der Europäischen Union ist die aktive Teilnahme und Mitgestaltung durch die europäischen Bürger. Sie sind es, die unter anderem der Verbraucherschutzpolitik richtungweisende Impulse geben. Eine geeignete Kommunikationsebene für diesen komplexen Kommunikationsaustausch ist das Internet. Elektronische Beteiligungsmöglichkeiten in politischen Prozessen (eParticipation/E-Beteiligung) erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Mit dem Projekt »VoicE« wird nun erstmals versucht, mittels elektronischer Verfahren den Bürgern der beteiligten Regionen Baden-Württemberg und Valencia eine direkte Möglichkeit der Mitsprache bei der Gesetzgebung im Bereich des Verbraucherschutzes zu verschaffen.

Die elektronische Bürgerbeteiligungsplattform

Sowohl die Demokratien Europas als auch ihre demokratischen Prozesse stehen vor großen Herausforderungen, die es zu lösen gilt. Schwindendes Politikinteresse und –vertrauen sind nicht nur in den Einstellungen gegenüber den eigenen Regierungen zu beobachten, sondern kennzeichnen ebenso die Auffassung der Bürger über die Europäische Union. Geringe Transparenz des Gesetzgebungsprozesses, die Komplexität der Entscheidungs- und Rechtsetzungsprozesse sowie die Auffassung, dass die eigene »Stimme« keine Gewichtung hat, sind mitunter für die Unzufriedenheit der EU-Bürger ausschlaggebend. Lediglich 31% der Europäer (EU 27) und 34% der Deutschen geben an, dass sie der Meinung sind, dass ihre »Stimme« in der Europäischen Union zähle (Eurobarometer Standard 69, S. 32).

Die Europäische Kommission hat daher die Notwendigkeit erkannt, dass die EU sich seinen Bürgern nähern und mit neuen Formen der Interaktion ein nachhaltiges Vertrauensverhältnis

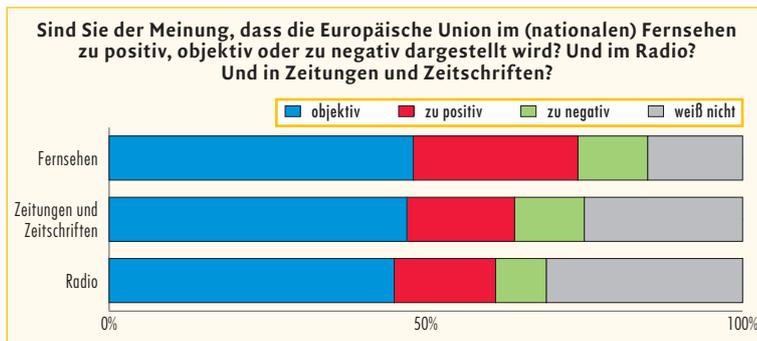


Abb. 3 Mediennutzung

© Eurobarometer 63, S. 86, 2005

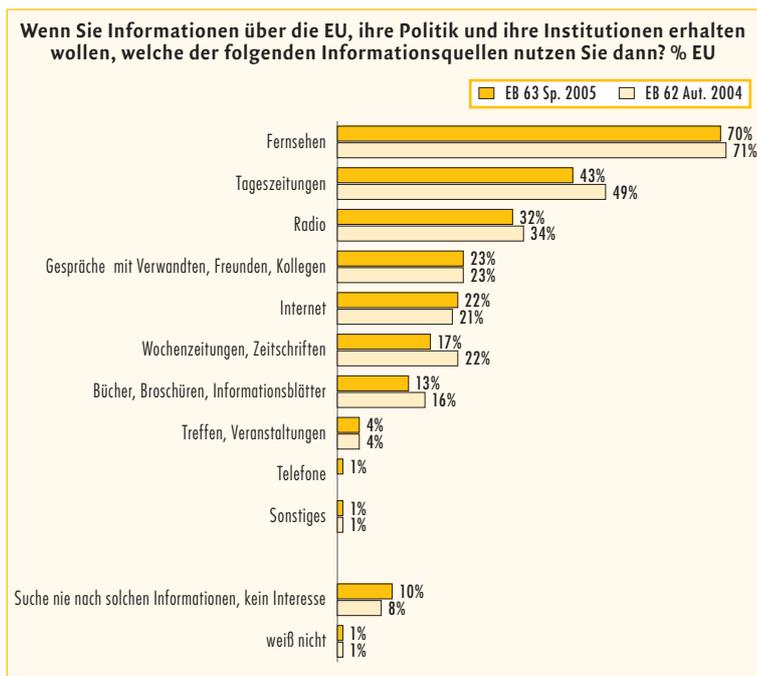


Abb. 4 Mediennutzung

© Eurobarometer 63, S. 81, 2005

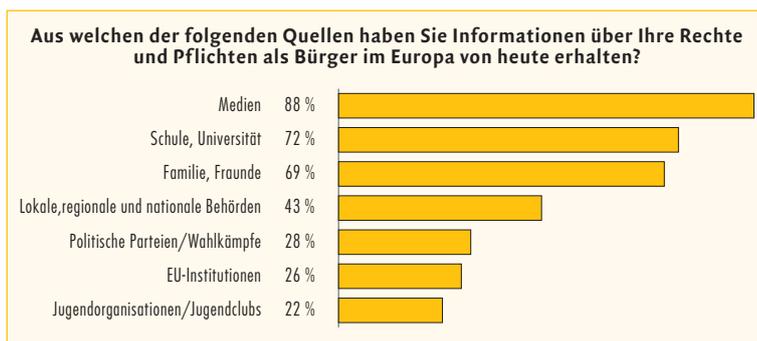


Abb. 5 Europäische Kommission, Jenseits der Zahlen: Die wichtigsten Ergebnisse des Eurobarometers 2007 zur Jugend, S. 7

aufbauen muss. Hierzu initiierte das Europäische Parlament im Jahr 2005 ein Maßnahmenpaket, das unter anderem zum Programm eParticipation führte. Es hat zum einen das Ziel, die Vorteile der Informations- und Kommunikationstechnologien für eine stärkere Einbeziehung der Bürger in Politikprozesse zu gewährleisten. Zum anderen sollen die Bürger aktiv in die Gestaltung der Rechtsetzungs- und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union involviert werden. Hiermit wird nicht zuletzt dem

veränderten Informationsnutzungsverhalten entsprechen.

Es lässt sich feststellen, dass die Medien an erster Stelle genannt werden, wenn es um die Frage geht, woher die 15–30 Jährigen in der EU-27 ihre europäischen Rechte in Erfahrung bringen. Interessant ist hierbei, dass sowohl die Bildungseinrichtungen (Schule, Universität) als auch die politischen Parteien auf die hinteren Plätze verwiesen werden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass innerhalb der Medien das Fernsehen als die am häufigsten genannte Informationsquelle über die Europäische Union genannt wird. Signifikant ist jedoch, dass das Internet bei Jugendlichen einen hohen Stellenwert einnimmt, wenn es darum geht, sich über die Europäische Union zu informieren. Neben dem Fernsehen als Informationsquelle dient das Internet bei 15–24 Jährigen als Informationsbeschaffer für europäische Themen.

Es zeigt sich, dass bei allen Altersgruppen der Rundfunk als Informationsquelle das größte Vertrauen genießt. Während das Fernsehen und die Presse bei Alt und Jung in etwa gleiche Anteile einnehmen, zeigen sich beim jungen Medium »Internet« deutliche Unterschiede zwischen älterer und jüngerer Generation.

eParticipation – ein zeitgemäßes Kommunikationsmittel

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen im Mediennutzungsverhalten – insbesondere bei jüngeren Personen – wurden seit dem Jahr 2005 innerhalb des EU-Programms eParticipation 14 Projekte von unterschiedlichen europäischen Partnerkonsortien ins Leben gerufen. Die betreffenden Politikbereiche, welche die Projekte zum Inhalt haben, sind Klimawandel, Umwelt, Verbraucherfragen, öffentliche Gesundheit und Energie. Innerhalb der Projekte übernimmt VoicE den komplexen Themenbereich »Verbraucherschutz«. Die ersten Projekte dienten hauptsächlich dazu, der Öffentlichkeit einen leichteren Zugang zu den Rechtsetzungsverfahren zu verschaffen und dadurch die Transparenz der EU-Institutionen zu erhöhen. Seit Anfang 2008 haben nun acht Projekte ihre Arbeit aufgenommen, die über das rein Informative hinausgehen und dem Bürger die aktive Mitgestaltung an Entscheidungen ermöglichen. Mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel wie Blogs, Online-Foren und Chatrooms werden konstruktive Diskussionen und Dialoge zwischen Bürgern und Mitgliedern des Europäischen Parlaments ermöglicht. Den Bürgern wird die Gelegenheit gegeben – neben der reinen Informationsbeschaffung über die EU – mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu diskutieren, sich zu artikulieren und an Entscheidungen mitzuwirken.

Mit diesen modernen Kommunikationsmitteln wollen die Projektpartner auf die Bedürfnisse reagieren, die insbesondere junge Europäer im Bereich Information und Partizipation mit sich bringen. Alle Projekte innerhalb des eParticipation-Programms der EU sind als Pilotprojekte angelegt und testen auf unterschiedliche Art und Weise die Wirkung des Einsatzes von IT-basierten Methoden zur Prägung gut informierter und aktiver EU-Bürger.

Voice – Eine Bürgerbeteiligungsplattform zum Verbraucherschutz

Das Projekt Voice ist eines dieser länderübergreifenden Pilotprojekte, das durch das eParticipation-Programm von der EU gefördert wird. Ziel des Projekts ist es, in den Pilotregionen Baden-Württemberg und Valencia/Spain eine Internetplattform für die Bürger bereitzustellen, auf der zunächst der komplexe Themenbereich »Verbraucherschutz« verständlich aufbereitet und mit Hintergrundinformationen zu den europäischen Institutionen, ihrer Funktionsweise und dem EU-Gesetzgebungsprozess angereichert wird. Dafür wurden fünf Themenbereiche des Verbraucherschutzes in den Vordergrund gestellt: Energie, Telekommunikation, Nahrungsmittelsicherheit, Spielzeugsicherheit und europäisches Sicherheitszeichen (M1-M8) sowie Consumer Market Watch, das EU-weite System zur Beobachtung von Verbrauchermärkten. Während die Bereitstellung von Fakten und Daten der reinen Informationsgewinnung dient, wird mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel (Blogs, Online-Foren und Chatrooms) dem neuen Mediennutzungsverhalten entsprochen. Die Bürger können so einen sachbezogenen und konstruktiven Dialog untereinander führen und haben gleichzeitig die Möglichkeit, mit EU-Politikern aktuelle Fragen des Verbraucherschutzes zu diskutieren. Sie können sich direkt an die für die Region zuständigen Abgeordneten in Brüssel wenden, Anregungen geben, ihre Anliegen mitteilen und themenbezogene Fragen stellen. Im Gegenzug können EU-Politiker sofort auf Anfragen und Kommentare reagieren und sich zum Thema Verbraucherschutz positionieren. Hierdurch erfahren sie, was die Menschen im Wahlkreis bewegt und welche Erwartungen sie an die europäische Politik haben. Zusätzlich haben die EU-Parlamentarier die Möglichkeit, mit »der Frage der Woche« ihren Wählern Fragen zu stellen, die zur Abstimmung bereitgestellt und deren Ergebnisse sofort eingesehen werden können. Nicht zuletzt wird die Europäische Union durch die Bereitstellung der Voice-Plattform sowohl dem Wunsch der Bürger (insbesondere Jugendlichen) nach schnellen und verbindlichen Kommunikationskanälen gerecht als auch dem des europäischen Gesetzgebers, die Verbraucherinteressen der europäischen Bürger zu schützen und weiter auszubauen. Am Projekt Voice sind in Baden-Württemberg neben dem Europa Zentrum Baden-Württemberg die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg, EuroSoc sowie das Staatsministerium und das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg beteiligt.

Literaturhinweise

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland (Hrsg.), EU-Nachrichten Themenheft Nr. 25 »Die Verbraucher in Europa«, Europäische Kommission: Berlin 2008.

Große Hüttmann, Martin (2008): Verbraucherpolitik, in: Hubert Heinelt/ Michèle Knodt (Hrsg.): Politikfelder im EU-Mehrebenensystem, Nomos-Verlag. Baden-Baden, S. 173–189.



Abb. 6 Voice-Plattform

© www.bw-voice.eu, 16.1.2009

Holz, Isabella (2007): Verbraucherpolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, BpB: Bonn 2007 (Schriftenreihe Bd. 393), S. 364–365.

Eurobarometer 69 – 4. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER

Eurobarometer 63, Standard

Europäische Kommission, Jenseits der Zahlen: Die wichtigsten Ergebnisse des Eurobarometers 2007 zur Jugend

Internethinweise

www.bw-voice.eu (Baden-württembergische Bürgerinformations- und Beteiligungsplattform zu EU-Verbraucherschutzfragen)

<http://ec.europa.eu/publications/booklets/move/64/de.pdf> (Broschüre der Europäischen Kommission: »Ihre Rechte als Verbraucher – So schützt die Europäische Union Ihre Interessen«)

www.dolcea.eu (Webportal zur Verbraucherbildung mit Unterrichtsmaterialien, unterstützt von Kommission, Europäischen Verbraucherzentren und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (Umfrageergebnisse des Eurobarometers)

http://europa.eu/scadplus/scad_de.htm (Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung)

www.eu-verbraucher.de (Europäisches Verbraucherzentrum Deutschland)

MATERIALIEN

M 1 Die Vorgeschichte einer neuen EU-Spielzeugrichtlinie

Kinderspielzeug sollte Spaß machen – und es sollte sicher sein. Im Zusammenhang mit einigen Spielzeugen hat sich eine Sicherheitslücke gezeigt. Konkrete Beispiele gingen durch die Medien: So musste im August 2007 Spielzeug mit einem bleihaltigen Farbstoff zurückgerufen werden, im November 2007 fielen Kinder nach dem Schlucken von Plastikperlen ins Koma. Auch ökonomisch ist Spielzeug wichtig. Die europäische Spielzeugindustrie ist mit 3,5 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2007 ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die in Europa in der Herstellung tätigen Firmen sind größtenteils kleine und mittelständische Unternehmen. Allerdings wird ein großer Teil des bei uns verwendeten Spielzeugs im Ausland gefertigt. Im Jahr 2006 wurden Spielwaren im Wert von 1350 Milliarden Euro in die EU importiert – fast doppelt so viel, wie noch 1999. Mehr als 80% der in die EU eingeführten Spielwaren stammen aus China. (...)

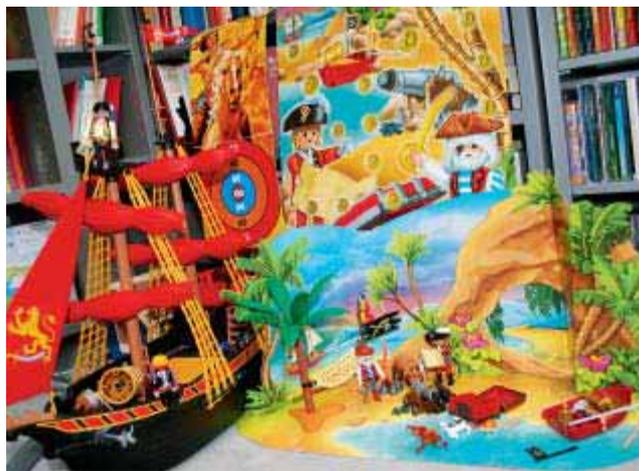
In der EU gibt es eine Richtlinie, die regelt, wie Spielzeug beschaffen sein muss, damit es in der EU verkauft werden darf. Diese Spielzeugrichtlinie ist aber von 1988 und in einigen Bereichen veraltet. Die alte Richtlinie verbietet bereits eine Reihe von Chemikalien für die Spielzeugherstellung oder setzt Grenzwerte fest. Diese alte Richtlinie muss nun vor allem deswegen aktualisiert werden, weil immer mehr giftige Substanzen verwendet werden. Außerdem will man neue Arten der Gefährdung von Kindern durch Spielzeug bekämpfen, an die man beim Erlass der alten Richtlinie noch nicht gedacht hatte. Um zu erfahren, welche Probleme mit der alten Richtlinie bestehen, hat die Europäische Kommission im Jahr 2002 eine Studie in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde 2004 veröffentlicht. Darin wird zunächst die wirtschaftliche Bedeutung des Spielzeugsektors hervorgehoben. Außerdem untersuchte sie, welche Arten von Unfällen mit welchen Spielzeugen am häufigsten sind. Das Ergebnis: Besonders betroffen von Unfällen sind Kleinkinder. Unfallverursacher sind in erster Linie Schaukeln und andere Spielzeuge für draußen. Aber auch das Verschlucken von Kleinteilen ist ein häufiges Problem.

Um noch mehr über mögliche Probleme und Lösungen herauszufinden hat die Kommission eine öffentliche Anhörung veranstaltet, bei der interessierte Gruppen oder Privatpersonen ihre Meinung einbringen konnten. Auf der Basis der Studie und der Anhörung hatte die Kommission einen Vorschlag für eine neue Spielzeugrichtlinie gemacht.

www.bw-voive.eu (Zugriff 16.1.2009)

M 2 Neue EU-Richtlinie: Strengere Sicherheitsauflagen für Kinderspielzeug

Das Europäische Parlament (EP) hat die neue Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug am 18.12.2008 verabschiedet. Parlaments- und Ratsvertreter konnten sich zuvor auf einen Kompromiss einigen. Die Richtlinie muss in zwei Jahren angewendet werden und sieht strengere Sicherheitsauflagen bei der Herstellung von Kinderspielzeug vor. Die Sicherheitsanforderungen betreffen etwa enthaltene chemische Stoffe, physikalische und mechanische Eigenschaften, Entzündbarkeit sowie elektrische Eigenschaften. Die Richtlinie legt fest, welchen Sicherheitsanforderungen Spielzeug entsprechen muss, wenn es in der EU hergestellt und/oder verkauft werden soll. Sie gilt »für Produkte, die offensichtlich dazu bestimmt oder gestaltet sind, von Kindern unter 14 Jahren zum Spielen verwendet zu werden«. Sicherheitsanforderungen betreffen etwa die enthaltenen chemischen Stoffe, die physikalischen und mechanischen Eigenschaften, die Entzündbarkeit oder die elektrischen Eigenschaften. Die Hersteller müssen beim Inverkehrbringen ihrer Spielzeuge dafür sorgen, dass diese den wesentlichen



M 3 Kinderspielzeug im Kinderzimmer: Im Dezember 2008 wurde eine neue EU-Richtlinie zur Sicherheit von Kinderspielzeug vom Europäischen Parlament verabschiedet. © Jürgen Kalb, 2009

Sicherheitsanforderungen entsprechen. Ebenso wird festgeschrieben, dass Importeure nur konformes Spielzeug in der EU in Verkehr bringen dürfen. (...) Unter anderem ist festgelegt, dass Spielzeuge und Teile davon so beschaffen sein müssen, dass die Gefahr der Strangulation oder des Erstickens ausgeschlossen ist, sowie dass Spielzeug in der Umgebung des Kindes keinen gefährlichen entzündbaren Gegenstand darstellen darf. Zugängliche Ecken, vorstehende Teile, Seile, Kabel und Befestigungen eines Spielzeugs müssen so gestaltet und hergestellt werden, dass die Gefahr von Verletzungen bei ihrer Berührung so gering wie möglich ist. (...)

55 allergieauslösende Duftstoffe in Spielzeug werden verboten. Jedoch wird eine begrenzte Zahl von Duftstoffen in Brettspielen für den Geruchssinn, Kosmetikkoffern und Spielen für den Geschmackssinn erlaubt, sofern u. a. ein Warnhinweis angebracht wurde. Die Grenzwerte für bestimmte Metalle, insbesondere Arsen, Cadmium, Chrom (IV), Blei, Quecksilber und organisches Zinn, die besonders toxisch sind und deshalb in Kindern zugänglichen Spielzeugteilen nicht absichtlich verwendet werden dürfen, werden auf die Hälfte der als sicher geltenden Werte festgesetzt. So soll sichergestellt werden, dass nur Spuren davon vorhanden sind, die mit bewährten Herstellungsverfahren vereinbar sind.

Die Vorschriften für kleine Einzelteile, die Kleinkinder verschlucken können, werden verschärft: »Spielzeug und seine Bestandteile sowie die abnehmbaren Teile von offensichtlich für Kinder unter 36 Monaten bestimmtem Spielzeug müssen so groß sein, dass sie nicht verschluckt oder eingeatmet werden können. Dies gilt auch für anderes Spielzeug, das dazu bestimmt ist, in den Mund genommen zu werden, sowie für dessen Bestandteile und ablösbaren Teile«, so die Richtlinie. Spielzeug, das mit einem Lebensmittel so verbunden ist, dass das Lebensmittel erst verzehrt werden muss, damit das Spielzeug zugänglich wird, wird untersagt.

Spielzeug, das für Kinder unter 36 Monaten gefährlich sein könnte, muss einen Gefahrenhinweis tragen, beispielsweise: »Achtung: Nicht für Kinder unter 36 Monaten geeignet.« oder »Achtung: Nicht für Kinder unter 3 Jahren geeignet.« (...)

Diese Bestimmung gilt nicht für Spielzeug, das aufgrund seiner Funktion, seiner Abmessungen, seiner Merkmale und Eigenschaften oder aus anderen zwingenden Gründen ganz offensichtlich nicht für Kinder unter 36 Monaten bestimmt sein kann. (...)

Die Hersteller müssen eine Produktdatei erstellen sowie ein sog. »Konformitätsbewertungsverfahren« durchführen. Wenn mit diesem Verfahren nachgewiesen wurde, dass das Spielzeug den geltenden Anforderungen entspricht, wird die EG-Konformitätserklärung ausgestellt und die CE-Kennzeichnung angebracht.

480 Abgeordnete stimmten für die Richtlinie, 73 dagegen, 40 enthielten sich der Stimme.

Europäisches Parlament, zit. nach.: www.bw-voive.eu (Zugriff 16.1.2009)

M 4 Dr. Andreas Schwab, MdEP, EVP (CDU), Stellungnahme zum Spielzeugrichtlinienentwurf

Der stellvertretende Koordinator im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, Andreas Schwab, hat seine grundsätzliche Unterstützung für die geplante Revision der EU-Spielzeugrichtlinie signalisiert. »Die vom zuständigen Kommissar Günter Verheugen heute Nachmittag vorgestellte Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie geht inhaltlich in die richtige Richtung. Wir müssen jedoch darauf achten, dass Aufwand und Nutzen der geplanten Verschärfungen verhältnismäßig bleiben«, erklärte der CDU-Europaabgeordnete heute in Brüssel. Es stehe außer Frage, dass die Sicherheit von Kinderspielzeug ein besonders hohes und schützenswertes Gut darstelle. »Allerdings haben wir es hier auch mit einem sehr innovativen und komplexen Markt zu tun. So würden bei den zur Diskussion stehenden Maximalbestimmungen allein bei den jedes Jahr auf den deutschen Markt kommenden Neuheiten Mehrkosten von fast 4 Milliarden Euro entstehen. Es wäre jedoch wesentlich effektiver, wenn sich Hersteller und Importeure zukünftig bei der Qualitätskontrolle auf die Produktkonformität mit den Erstmustern konzentrieren würden, anstatt pauschale Kontrolle auf willkürliche Grenzwerte durchzuführen, die in keinem Verhältnis zum Zugewinn an Sicherheit stehen«, so Schwab weiter. Der EVP-Binnenmarktpolitiker sprach sich deshalb erneut dafür aus, die Marktüberwachung und die Kennzeichnungsbestimmungen bei der Produktsicherheit zu verbessern: »Hier erhoffe ich mir noch erhebliche Erkenntnisse von der seitens des Kommissars ins Spiel gebrachten Marktstudie und der ebenfalls angekündigten Überprüfung des EU-Prüfsiegelsystems. Es ist wesentlich aussagekräftiger, wenn die Qualitätskontrollen auch tatsächlich die Produktsicherheit gewährleisten als wenn wir theoretische Kenntnisse über mehr oder weniger willkürliche Stoffgrenzwerte bei hunderttausenden von Spielzeugen haben«. Dies schließe nicht aus, dass tatsächlich gesundheits-schädliche Substanzen, die krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsschädigend sind, komplett verboten werden. »Wenn Holzspielzeug aus Eiche oder Buche als verbotswürdig eingestuft werden, müsste dann aber auch ein Verbot von Eichenmöbeln oder Buchenholzmöbeln im Kinderzimmer ergehen. Hier stellt sich dann erneut die Frage der Verhältnismäßigkeit, die nicht dazu führen darf, dass hochwertige Produkte aus Europa mittelfristig durch Billigspielzeug aus Drittländern verdrängt werden«, warnte Schwab abschließend.

Andreas Schwab, 28.1.2008, www.epp-ed.eu (Zugriff über www.bw-voice.eu)

M 5 Hiltrud Breyer, MdEP, Bündnis 90/Die Grünen: »Spielzeugrichtlinie versagt komplett beim Kinderschutz«

Innerhalb weniger Wochen hat allein der US-Konzern Mattel mehr als 20 Millionen Spielzeuge zurückgerufen (Autos und Zubehör für Barbiepuppen). Hinzu kamen – auch von anderen Marken – Brummkreisel, Adress- und Notizbücher, Schmuck und Eimerchen für Kinder. Allen Spielsachen ist gemein: Sie sind mit Blei belastet und wurden in China hergestellt. Die Gefahr? Gerade Kindern drohen unumkehrbare Nerven- und Gehirnschäden, wenn sie hohen Bleibelastungen ausgesetzt sind. Trotz der Rückrufaktionen ist das Risiko für Kinder, durch Spielzeug vergiftet zu werden, noch lange nicht gebannt. Es ist somit Zeit, dass die Europäische Union endlich wirksam zum Schutz der Kinder handelt. (...) Nach der Bundesregierung brachte nun auch die EU-Kommission eine Art europäischen Spielzeug-TÜV ins Spiel. (...) Die Devise muss lauten: Erst das Gesetz verschärfen, und dann besser kontrollieren! (...) Wir fordern eine grundlegende Änderung der Spielzeugrichtlinie: Stoffe, die Krebs erregen, die Fortpflanzung gefährden oder das Erbgut schädigen, haben in Spielsachen nichts zu suchen! Sie müssen daher endlich verboten werden.

Hiltrud Breyer, www.hiltrud-breyer.de, 26.9.2007 (Zugriff 16.1.2009)



M 6 MdEP Evelyne Gebhardt (SPD) und der Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering (CDU) © Europäisches Parlament

M 7 EU-Parlamentarierin Evelyne Gebhardt fragte auf VoicE

Im November 2008 verabschiedete der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament die Spielzeugrichtlinie. In fast allen Punkten wurde dabei eine kinderfreundliche Lösung gefunden, nur die Tests von Spielzeug werden nach wie vor nicht von unabhängigen Prüfstellen durchgeführt. Die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments, möchte von Ihnen wissen:

»Sollte die Sicherheit von Spielzeugen durch unabhängige Prüfstellen bescheinigt werden?«

Bitte wählen Sie eine entsprechende Antwort aus oder diskutieren Sie dazu auch in unserem Forum »Spielzeugsicherheit«.

Ergebnis der Umfrage der VoicE-Plattform: Nov./Dez 2008:

| 1. Frage: Sollte die Sicherheit von Spielzeugen durch unabhängige Prüfstellen bescheinigt werden? | | | |
|---|-----------------------|--------------|----------------|
| Antwort | Grafische Darstellung | Antwort in % | Antwort gesamt |
| Ja | | 79,63 % | 43 |
| Nein | | 5,56 % | 8 |
| Darüber habe ich mir bisher noch keine Gedanken gemacht | | 14,81 % | 8 |
| Anzahl der Befragten: | | | 54 |

© www.bw-voice.eu (Zugriff: 15.1.2009)

M 8 Interview mit Evelyne Gebhardt, MdEP, SPD

EU-Nachrichten: Frau Gebhardt, es ist Weihnachtszeit, viel Spielzeug wandert über die Ladentische. Können sich Verbraucher auf das CE-Zeichen verlassen?

Gebhardt: Leider nein. Viele Verbraucher sehen im CE-Kennzeichen ein Sicherheitszertifikat, doch das ist es nicht. Das CE-Kennzeichen verleihen sich die Produzenten selbst. Sie erklären das damit, dass ihr Produkt den Anforderungen der in der EU geltenden Gesetze entspricht. (...) Wirklich Verlass ist nur auf Gütesiegel, hinter denen eine Überprüfung durch eine unabhängige Prüfstelle steckt – wie zum Beispiel das deutsche GS-Zeichen.

EU-N: Sie beschäftigen sich aktuell mit der Reform der Spielzeugrichtlinie. Worin liegen die Knackpunkte im Parlament?

Gebhardt: Gerade eben bei dieser Dritt Zertifizierung. Die Konservativen und Liberalen im Europäischen Parlament halten sie für unnötig und blockieren ihre Durchsetzung. Ich werde in diesem Punkt aber bis zum Schluss hart verhandeln.

EU-Nachrichten: Der Verbraucher in Europa, Themenheft 25, 2008, S. 10

M 9 Interview mit dem baden-württembergischen Minister für Landwirtschaft und Verbraucherschutz Peter Hauk (CDU)

EU-Nachrichten: Die Bundesländer reklamieren für sich eine zunehmend aktive Rolle in der europäischen Verbraucherpolitik. Worin konkret sehen Sie Ihre Zuständigkeiten?

Hauk: Die Länder sind in Deutschland nun einmal – anders als in vielen, mehr zentralistisch organisierten Mitgliedstaaten – für die ganz konkrete Umsetzung des EU-Rechtes im Verhältnis zum Bürger zuständig. Viele Probleme werden erst beim Vollzug der Regelungen aus Brüssel offenbar. Es wäre nun sicher etwas überspitzt zu behaupten, die Kommission sitzt in Brüssel im Elfenbeinturm. Mitunter gibt sie den Verbrauchern aber eher Steine als Brot: So würde etwa die von der EU-Kommission vorgesehene Vollharmonisierung der Verbraucherrechte zu einer Absenkung des Verbraucherschutzniveaus in Deutschland führen. Wenn beispielsweise ein Verbraucher einen Vertrag über das Internet abschließt und ihn danach widerruft, so trägt derzeit ab einem 40-Euro-Warenwert der Unternehmer die Kosten für die Rücksendung der Ware. Bei einer Vollharmonisierung des aktuellen Richtlinienentwurfs müsste künftig der Verbraucher solche Kosten teilweise übernehmen

EU-N: Wo liegen für Sie die Grenzen europäischer Zuständigkeiten im Verbraucherbereich?

Hauk: Weite Bereiche des Lebensmittelrechtes sind inzwischen EU-einheitlich auf hohem Schutzniveau vorgegeben. (...) Diese Entwicklung begrüße ich ausdrücklich, bringt sie doch für alle Beteiligten erhebliche Vereinfachungen und Rechtssicherheit. Die Grenzen sind aber da erreicht, wo Entscheidungen direkt vor Ort einfacher und schneller getroffen werden können. Dieser Punkt kommt bei Überlegungen aus Brüssel, in immer mehr Bereichen eine Vollharmonisierung anzustreben, manchmal zu kurz. Zudem gilt es oft, auch Rücksicht auf nationale Besonderheiten zu nehmen. Und schließlich verzichtet die EU – aus meiner Sicht aus gutem Grund – in aller Regel darauf, den Mitgliedstaaten die



M 10 Hühnereier dürfen innerhalb der EU seit dem 1.1.2004 nur vermarktet werden, wenn sie einen entsprechenden Erzeugercode tragen. Er besteht aus einer Buchstaben-Zahlenkombination. Die erste Zahl steht für das Haltungssystem (0 = Ökologische Erzeugung, 1 = Freilandhaltung, 2 = Bodenhaltung, 3 = Käfighaltung). Dann folgen zwei Buchstaben für den Mitgliedstaat, etwa AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland oder NL = Niederlande. Dann folgt die Nummer des Betriebes. Die Kombination 1-DE-0212341 bedeutet zum Beispiel, dass Freilandhaltung vorliegt, das Ei aus Deutschland stammt und der Betrieb in Hamburg liegt (02 = Hamburg). Die dritte bis sechste Stelle identifiziert den Betrieb und die siebte Stelle den jeweiligen Stall.

Mehr dazu: www.was-steht-auf-dem-Ei.de

© Florian Setzen, 2009



M 11 »Bürokratieabbau« Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber wurde 2007 zum EZ-Beauftragten zum Abbau von Bürokratie ernannt. © Klaus Stuttmann

Einzelheiten vorzugeben, wie bestimmte Ziele erreicht werden sollen.

EU-Nachrichten: Der Verbraucher in Europa, Themenheft 25, 2008, S. 18

M 12 Rechtliche Regelung im EG – Vertrag zum Verbraucherschutz

3. Teil – Die Politiken der Gemeinschaft (Art. 23–181a)
Titel XIV – Verbraucherschutz (Art. 153)

- (1) Zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus leistet die Gemeinschaft einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie zur Förderung ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen.
- (2) Den Erfordernissen des Verbraucherschutzes wird bei der Festlegung und Durchführung der anderen Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen Rechnung getragen.
- (3) Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele durch
 - a) Maßnahmen, die sie im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarktes nach Artikel 95 erlässt;
 - b) Maßnahmen zur Unterstützung, Ergänzung und Überwachung der Politik der Mitgliedstaaten.
- (4) Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die Maßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe b.
- (5) Die nach Absatz 4 beschlossenen Maßnahmen hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen. Diese Maßnahmen müssen mit diesem Vertrag vereinbar sein. Sie werden der Kommission mitgeteilt.

M 13 Interview mit Meglena Kuneva, EU-Kommissarin für Verbraucherschutz

EU-Nachrichten: Frau Kuneva, die EU-Kommission hat den Verbraucher ins Zentrum der Politik für den Binnenmarkt gerückt. Wo sehen Sie noch Nachholbedarf im Verbraucherschutz?

Kuneva: Die Europäischen Institutionen wie auch die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten haben eine Menge Arbeit in den Aufbau des Binnenmarktes investiert. Aber immer noch werden die Verbraucher nicht so behandelt, wie sie es eigentlich verdie-

nen. Der Grund liegt darin, dass Konsumenten oft unsicher sind, was ihre Rechte betrifft und dass sie von Online-Händlern, bei denen sie grenzüberschreitend etwas bestellen wollen, oft genug auf die Webseiten in ihrem eigenen Land zurückverwiesen werden.

EU-N: Woran liegt das?

Kuneva: Während die Anbieter die Vorteile des Binnenmarktes genießen, bewegen sich die Verbraucher auf 27 unterschiedlichen Märkten. Bisher lag der Schwerpunkt beim Binnenmarkt auf dem Recht zu verkaufen – jetzt geht es darum, den Fokus auf das gemeinsame Recht zu lenken, überall zu gleichen Bedingungen einkaufen zu können. Mit der Wirtschaftskrise, die wir gerade erleben, versuchen die Verbraucher, Kosten zu verringern, mehr Wahlfreiheit zu haben und das Beste für ihr Geld zu bekommen. Die EU sollte sie dabei unterstützen.

EU-N: Glauben Sie, dass das Internet den Binnenmarkt weiter voranbringt?

Kuneva: Das Internet hat das Potenzial, eines der mächtigsten Werkzeuge zu werden, das die Verbraucher je in der Hand hatten. Alles, was sie dafür brauchen, sind ein paar Mausklicks. Ich habe einige meiner Kollegen gefragt, worin für sie in ihren Politikbereichen die Hauptprobleme bei der Schaffung eines grenzüberschreitenden Online-Marktes in der EU liegen. Die Antworten ergaben ein klares Bild: So schließen zum Beispiel die Webseiten von Fluggesellschaften oder Bahnanbietern Reisende aus anderen Mitgliedstaaten aus, wenn sie von billigeren Preisen oder Sonderangeboten profitieren möchten und verweisen sie stattdessen auf die Webseiten ihrer Herkunftsländer.

EU-N: Was tun Sie dagegen?

Kuneva: Ich habe im Oktober eine neue Richtlinie zu den Verbraucherrechten vorgelegt, die sich unter anderem auf den grenzüberschreitenden Internethandel bezieht. Dieser Entwurf soll die vier bereits existierenden Richtlinien durch eine einzige ersetzen. Die Verbraucher sollen klare Informationen über die möglichen Kosten haben, bevor sie einen Vertrag unterzeichnen. Sie sollen sich vor einer verspäteten Auslieferung oder dem Ausbleiben bestellter Waren schützen können. Es geht um Fristen für Bedenkzeiten, Rückgaben, Garantien und Erstattungsansprüche. Mein Ziel ist es: die beste Qualität zum billigsten Preis – egal, wo auf dem Binnenmarkt diese Waren oder Dienstleistungen angeboten werden.

EU-N: Verbraucherpolitik hat ein gutes Image bei den EU-Bürgern. Wie stark werden die Kommissionsinitiativen von den Regierungen der Mitgliedstaaten unterstützt, zum Beispiel bei den Fluggastrechten?

Kuneva: Ich denke, Gesetze sind nicht besonders hilfreich, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Die Umsetzung obliegt den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten. Die Aufgabe der Kommission ist es, die Durchsetzung anzumahnen und zu koordinieren. Ich bin zum Beispiel sehr stolz auf die EU-weiten gemeinsamen Aktionen zur Durchsetzung des Verbraucherrechts, die so genannten »EU-sweeps«, mit denen wir im Herbst 2007 begonnen haben. Diese »Sweeps« brachten beispielsweise zutage, dass Fluggesellschaften auf ihren Webseiten durchweg Verbraucherrechte missachteten: unklare Bedingungen, versteckte Preise, unredliche Vertragsklauseln und vieles mehr. Jede dritte Webseite wies solche Verstöße auf. Sieben Monate später hatte die Hälfte der Anbieter reagiert und ihre Webseite verändert. Sicherlich gibt es da noch weitere Herausforderungen. Ich habe an die zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten appelliert, mehr Mittel für die Kontroll- und Überwachungsbehörden bereit zu stellen. Im kommenden Jahr werde ich dazu eine Untersuchung vorlegen. (...)

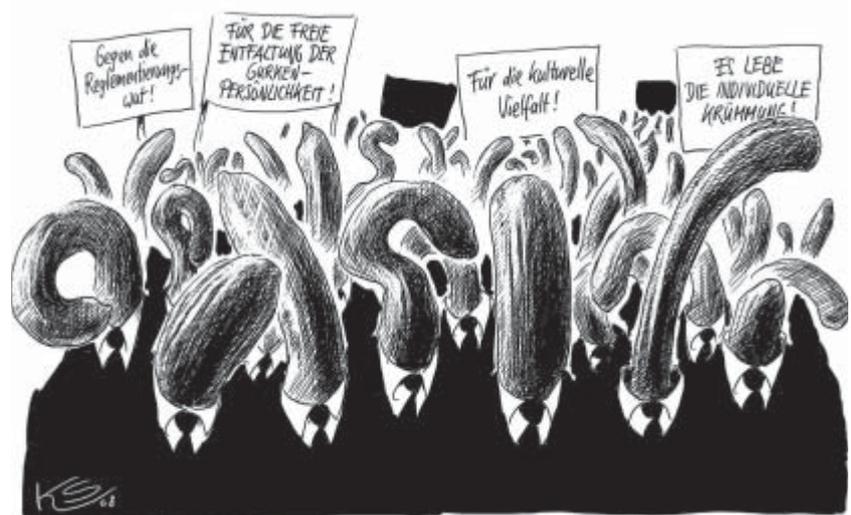


M 14 Meglena Kunewa, EU-Kommissarin für Verbraucherschutz Kunewa ist Mitglied der liberalen Partei »Nationale Bewegung Simeon der Zweite«. Im Juni 2001 wurde sie Abgeordnete der bulgarischen Volksversammlung, im August desselben Jahres zur stellvertretenden Außenministerin ernannt; in dieser Funktion führte sie maßgeblich die Beitrittsverhandlungen Bulgariens mit der Europäischen Union. Im Mai 2002 wurde sie zur Europaministerin, am 26. Oktober 2006 schließlich für das im Zuge des EU-Beitritts Bulgariens geschaffene Amt eines EU-Kommissars für Lebensmittelsicherheit nominiert; am 12. Dezember hat das Europäische Parlament zugestimmt. Infolgedessen hat Meglena Kunewa den Posten mit Wirksamwerden des EU-Beitritts ihres Landes am 1. Januar 2007 übernommen. © picture alliance, dpa, 2008

EU-N: Was haben Sie in der nächsten Zukunft vor?

Kuneva: (...) Ich arbeite eng mit dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat zusammen, um die erste Lesung der neuen Verbraucherrichtlinie so schnell wie möglich auf die Tagesordnung zu setzen. Ich werde umfassend über die Resultate der Untersuchungen bei den Fluggesellschaften berichten und bereite eine weitere ähnliche Aktion vor. (...) Im April 2009 werde ich den ersten Verbraucherkongress abhalten, der speziell den Internethandel (e-commerce) zum Gegenstand hat. Ich hoffe, wir bringen dann alle wichtigen Akteure und Interessenvertreter zusammen, um über die Zukunft des Verbraucherschutzes in der digitalen Ära zu sprechen.

EU-Nachrichten: Der Verbraucher in Europa, Themenheft 25, 2008, S. 6f



M 15 »Wachstumsdebatte in Brüssel« – 2008 wurde die Krümmungsverordnung der EU für Salatgurken wieder abgeschafft, die ursprünglich insbesondere auf Wunsch der deutschen Verpackungsindustrie eingeführt worden war. © Klaus Stuttmann, 2008

4. Einstellungen Jugendlicher in und zu Europa: »GrafStat« im Unterricht

NICOLE REED | JÜRGEN KALB

Seit Jahren untersucht Eurobarometer in speziellen Befragungen die Einstellungen junger Europäer zur Europäischen Union und zu Jugendfragen. Im Februar 2007 fand dies eine Fortsetzung mit 19.000 Teilnehmern in 27 Mitgliedstaaten (Abb. 1). Doch nicht nur Profis können solche Befragungen durchführen. Mit der einfachen und bewährten Software »GrafStat« sind sozialwissenschaftliche Umfragen auch im Schulunterricht möglich. Jugendliche selbst können hier als »Sozialforscher« empirische Untersuchungen durchführen und mit nur wenigen Mausklicks ihre Ergebnisse präsentieren. Seit vielen Jahren bieten zudem die Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Sander und dem Entwickler der Software Uwe Diener ein für den Unterricht geeignetes Komplettpaket der Software mit umfangreichen Materialien zur Planung, Durchführung, Auswertung und Präsentation von empirischen Umfragen in Schule und Bildungsarbeit an.

Der Einsatz von GrafStat im Unterricht

Mit der Software GrafStat werden besonders Lehrende und Jugendliche angesprochen, die Interesse daran haben, Hypothesen zu erstellen und sie empirisch zu überprüfen, also empirische Sachverhalte zu klären, Entscheidungen zu finden und diese auch öffentlich zu vertreten. Themen wie »Jugend und Europa«, »politische Wahlen«, »Fremdenfeindlichkeit«, »Medienkonsum und Freizeitverhalten« oder »Umweltverschmutzung und Klimaschutz« sehen für manche Jugendliche per se nach Belehrung und erhobenem Zeigefinger aus. Wenn sie diese Themen jedoch als eigenständige Sozial- und Meinungsforscher angehen, dann sehen sie sich zumeist als produktiv-tätige Subjekte herausgefordert und entwickeln großen Ehrgeiz bei der Evaluation ihrer eigenen Hypothesen. Hierfür liefert »GrafStat« eine einfache und doch äußerst effektive Plattform. Mit der Neuaufgabe des Projekts »Jugend und Europa« erschien 2007 die Software sogar erstmals in vier Sprachen: auf Deutsch, Englisch, Französisch und Polnisch. Somit können, nunmehr auch länderübergreifend, europäische Jugendprojekte oder Klassen in (Schul-)Partnerschulen (Abb. 2) gemeinsam die Einstellungen Jugendlicher zur Europäischen Union in ihren Ländern erforschen. Zum Wahljahr 2009 erschien nun zudem eine aktualisierte Version mit zahlreichen Detailverbesserungen etwa im Bereich der Netzwerkfähigkeit, Internationalität und Datenzusammenführung (Abb. 3). Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt diese zusammen mit vielen bereits durchgeführten Befragungen

als komplette Datensätze sowie mit wertvollen Unterrichtsmaterialien für einen geringen Unkostenbeitrag zur Verfügung.

Planung einer Befragung

Eine wichtige Aufgabe in der Vorbereitungsphase besteht darin, planerisch und organisatorisch die Voraussetzungen für eine Befragung zu schaffen, daher hier einige wichtige Hinweise zur erfolgreichen Durchführung eines eigenen Befragungsprojektes: (1) Was ist das Ziel der Befragung? (2) Wer soll befragt werden? (3) Welche Art der Befragung ist am sinnvollsten? (4) Was sind die vermutlichen Ergebnisse? (5) Wann soll die Befragung durchgeführt werden? (6) Welche und wieviel Fragen soll der Fragebogen enthalten? Gute Fragebögen zu entwickeln ist oft schwieriger als angenommen. Da aber die Qualität der erhobenen Daten letztlich auch von der Qualität des Fragebogens abhängt, sollte man seiner Konzeption genug Zeit und Aufmerksamkeit widmen. Als Orientierungshilfe empfiehlt es sich auf bewährte Beispielfragebögen zurückzugreifen. Fragen aus professionellen Erhebungen zum ähnlichen Thema können als Anregung dienen und umformuliert, gekürzt oder ergänzt auch an das eigene konkrete Projekt angepasst oder komplett übernommen werden.

Für eine computergestützte Analyse und Auswertung der Daten ist es notwendig, sich hauptsächlich auf geschlossene Fragen zu beschränken. Dies bedeutet, dass zu den Fragen konkrete Antwortmöglichkeiten vorgegeben werden, die von den Befragten ausgewählt werden können. Geschlossene Fragen erleichtern die Eingabe der Daten und die Auswertung derselben durch das Computerprogramm. Freie Fragen, bei denen die Befragten ihre Antworten selbst frei formulieren sollen, können mit GrafStat zwar auch erfasst werden, müssen aber nachträglich »per Hand« kategorisiert und ausgezählt werden.

Hypothesenbildung für die eigene Befragung

Schon bei der Erstellung des Fragebogens für eine Befragung sollte man an die Auswertung denken und sich Gedanken über mögliche Ergebnisse machen. Solche Annahmen, die einem logisch erscheinen und die man nach Durchführung der Befragung mit den Daten untersuchen möchte, führen Jugendliche an eine eigene wissenschaftliche Hypothesenbildung heran. So zum Beispiel die Hypothese: »Ältere Jugendliche interessieren sich stärker für Politik als jüngere.« Um diese Annahme später überprüfen zu können, muss man bei der Erstellung des Fragebogens darauf achten, dass die Merkmale (= d. h. die Fragen und die Antwortmöglichkeiten), die man für die Auswertung braucht, auch im Fragebogen abgefragt werden. In diesem Fall heißt das: Das Alter der Teilnehmenden muss erfragt werden, um später zwischen den Älteren und den Jüngeren unterscheiden zu können. Es muss nach dem Interesse für Politik gefragt werden. Aus diesen beiden Merkmalen wird dann später in der Auswertung eine Kreuztabelle erstellt, d. h. die Daten werden miteinander in Beziehung gesetzt. Insgesamt empfiehlt es sich hier,

50

DIE BEDEUTUNG DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE BÜRGER



Abb. 1 Ergebnis der Flash-Eurobarometer-Befragungen von jungen Europäern zwischen 15–30 Jahren mit 19.000 Teilnehmern © Flash Eurobarometer 202, Februar 2007

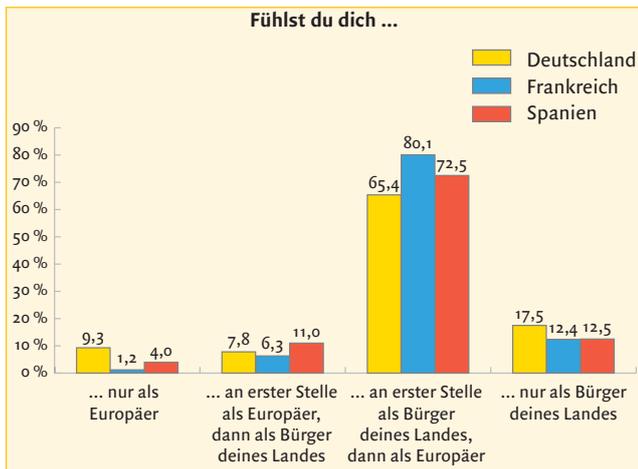


Abb. 2 Schülerbefragung im Rahmen eines Comeniusprojekts in D, F und E
© Ulrich Storz, Paracelsus-Gymnasium Stuttgart, 2004

bevor ein eigener Fragebogen erstellt wird, eine bereits vorhandene Befragung plus Datensatz selbst auf mögliche Hypothesen hin einmal zu untersuchen. Dazu könnte die Lerngruppe anhand des ausgedruckten Fragebogens – noch ohne Kenntnis der Ergebnisse – eigene Hypothesen entwickeln und diese dann anhand der erfassten Ergebnisse überprüfen.

Arten der Befragung

Die Befragung kann auf verschiedene Arten durchgeführt werden. Stichprobengröße und Art der Stichprobe sind von besonderer Bedeutung, wenn es um Repräsentativität geht, worauf aber in der Regel bei Schulumfragen verzichtet werden muss. GrafStat kann das Fragebogenformular für den Druck aufbereiten und erspart damit das mühsame Formatieren in einem Textverarbeitungsprogramm. Die schriftliche Fragebogenaktion (Abb. 4) mit Rücklauf ist gut geeignet für Befragungen mit großen Stichproben, da viele Personen in vergleichsweise kurzer Zeit und kostengünstig befragt werden können. Da die Befragten den zugeschickten Fragebogen in der Regel selbstständig und ohne weitere Hilfestellung ausfüllen, bedeutet dies, dass der Fragebogen alle erforderlichen Hinweise und Informationen enthalten muss, wie z. B. Hinweise zur Beantwortung der Fragen sowie eine kurze Einführung über die Ziele und den Zweck der Befragung. Ein Nachteil der schriftlichen Befragung ist die oftmals sehr geringe Rücklaufquote. Die Straßenbefragung ist gut geeignet für die Erfassung von Stimmungsbildern der Bevölkerung bzw. von Jugendlichen zu bestimmten Themen. Die Vorteile der Straßenbefragung liegen zweifellos in der »Öffnung von Schulk«, indem die Lerngruppe in direkten Kontakt z. B. mit den Wählerinnen und Wählern der regionalen Umgebung tritt. Eine Straßenbefragung erfordert einen relativ großen Aufwand bei der Vorbereitung der Stichprobenauswahl, wobei auch die Exaktheit der Quotenauswahl häufig nicht zu realisieren ist. Diese Durchführungsvariante ist personalintensiv. Diese Eigenschaft kann aber auch von Vorteil sein, denn auf diese Weise können viele Jugendliche als Interviewer tätig werden und bei der Aktion interessante persönliche Erfahrungen sammeln. Nur mit sehr vielen Interviewern und bei guter Planung der Erhebung können größere Befragungen realisiert werden. Die Interviewer sollten aber mit Hilfe eines Rollenspiels gezielt auf ihre Aufgabe und etwaige Probleme vorbereitet werden. Das Telefoninterview eignet sich besonders für repräsentative Erhebungen, z. B. Befragung der Wählerschaft für eine Wahlprognose. Eine Telefonbefragung verspricht aufgrund der mit relativ wenig Aufwand zu erreichenden größeren Zufälligkeit bei der Stichprobenauswahl eine höhere Genauigkeit, die insbesondere bei der Erstellung einer Wahlprognose von Bedeutung ist. Die Te-



Abb. 3 GrafStat, Version 2009, Benutzeroberfläche: Die Software steht zum kostenlosen Download für Bildungseinrichtungen zur Verfügung.
© Uwe Diener, 2009

lefonbefragung lässt andererseits keinen direkten Kontakt der Jugendlichen zu den Befragten zu und wird daher gegenüber einer Straßenbefragung häufig zunächst abgelehnt. Es entstehen Zusatzkosten durch die Telefongebühren. Außerdem ist eine sehr sorgfältige Formulierung des Anredeteils im Fragebogen notwendig. Erfahrungsgemäß entscheiden die ersten Sätze, ob der/ die Angerufene sich interviewen lässt oder nicht.

Musterfragebogen zu Jugend und Europa

Im Rahmen eines Unterrichtsprojektes möchten wir eine Befragung zum Thema »Jugend und Europa« durchführen. Wir wollen damit die Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Europa und zur Politik der EU ermitteln. Die Befragung ist anonym, d.h. die Daten werden vertraulich behandelt. Vielen Dank für deine Mitarbeit!

1. Mit dem Begriff »Europa« verbinde ich in erster Linie ...

- einen Kontinent
- die Europäische Union
- eine gemeinsame Geschichte
- den EURO
- bestimmte Werte und Traditionen
- Sonstiges:

Wie stark verbunden fühlst du dich... (EUROBAROMETER 67, QA33, 68: QA10)

2. mit deiner Heimatstadt / deinem Heimatort

2. mit deiner Heimatstadt / deinem Heimatort

3. mit deiner Region

3. mit deiner Region

4. mit Deutschland

4. mit Deutschland

5. mit Europa

5. mit Europa

Ich würde dir jetzt ein paar Aussagen darüber vorlesen, was die Europäische Union für Menschen bedeutet. Bitte sage mir zu jeder dieser Aussagen, ob die Europäische Union dies für dich persönlich bedeutet oder nicht. (Y, EB: QT)

6. Eine europäische Regierung

ja, bedeutet es nein, bedeutet es nicht

7. Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten

ja, bedeutet es nein, bedeutet es nicht

8. Ein Mittel, um die wirtschaftliche Lage in der EU zu verbessern

ja, bedeutet es nein, bedeutet es nicht

9. Eine Möglichkeit, die Rechte der Bürger zu schützen

ja, bedeutet es nein, bedeutet es nicht

10. Eine Menge Bürokratie, Zeit- und Geldverschwendung

ja, bedeutet es nein, bedeutet es nicht

11. Das Risiko, unsere kulturelle Identität / Vielfalt zu verlieren

ja, bedeutet es nein, bedeutet es nicht

12. Dauerhafter Frieden

ja, bedeutet es nein, bedeutet es nicht

Abb. 4 Musterfragebogen zum Thema »Jugend und Europa«, aus: Forschen mit GrafStat: Software und Materialien mit Befragungen, CD-Rom © BpB 2007

Auswertung der Befragung ALL02F

| Alter | Lebensstil anpassen | | | | | | Summe |
|--------------------|---------------------|-----|-----|---------------|-----|-----|-------|
| | Stimme über! | | | Stimme voll u | | | |
| 18 - 29 Jahre | 12 | 21 | 41 | 58 | 81 | 69 | 375 |
| 30 - 44 Jahre | 32 | 48 | 64 | 100 | 126 | 108 | 676 |
| 45 - 59 Jahre | 11 | 20 | 34 | 77 | 92 | 87 | 626 |
| 60 - 74 Jahre | 5 | 12 | 19 | 48 | 59 | 90 | 484 |
| 75 - 89 Jahre | 1 | 1 | 4 | 11 | 15 | 26 | 128 |
| 90 Jahre und älter | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 3 | 6 |
| Summe | 61 | 103 | 182 | 294 | 383 | 383 | 2194 |

auszählen sofort in % 100% Spalten Zeilen tauschen

Merkmal Gruppen/Klassen Kreuztabelle Filter Kopplung Grafik Doku

Abb. 5 Datenbasis: Allbus-Umfrage zur Fremdenfeindlichkeit in Deutschland 2002 – Daten in GrafStat – Kreuztabelle in absoluten Zahlen – wenige Mausklicks von verschiedenen grafischen Darstellungsformen entfernt. © Screenshot: Jürgen Kalb

Eine Internetbefragung ist besonders geeignet für die Befragung von kleineren oder konkreten Gruppen mit ausreichender Internetkompetenz. Mit GrafStat kann man ohne viel Aufwand eine Internetbefragung durchführen. Dazu benötigt man lediglich einen Platz im Internet, an dem man den Fragebogen veröffentlichen kann wie beispielsweise die Homepage der Schule. Die Internetbefragung bietet den Vorteil, dass der Fragebogen übers Internet rund um die Uhr zur Beantwortung bereit steht. Da die Daten von den Befragten selbst eingetragen und auf einem Datensammel-punkt automatisch erfasst werden, spart man sich dabei sogar den Arbeitsschritt der Dateneingabe. Weitere Vorteile der Internetbefragung sind die rasche Durchführbarkeit und geringere Durchführungskosten sowie vielfältige Darstellungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Für die Erstellung einer auch nur annähernd repräsentativen Umfrage ist das Internet nach wie vor nicht geeignet: zu hoch ist die Zahl der Menschen ohne Zugang oder entsprechende Medienkompetenz und zu groß sind die Möglichkeiten eines Missbrauchs (z. B. durch mehrmalige Abstimmung).

Auswertung der Daten

Unter der Zielsetzung einer quantitativen Auswertung der Daten mit Schwerpunkt auf der grafischen Gestaltung entstehen in GrafStat mit wenigen Mausklicks Diagramme (Abb. 5), (Abb. 6), (Abb. 8) in unterschiedlichen Formen, die die ermittelten Häu-

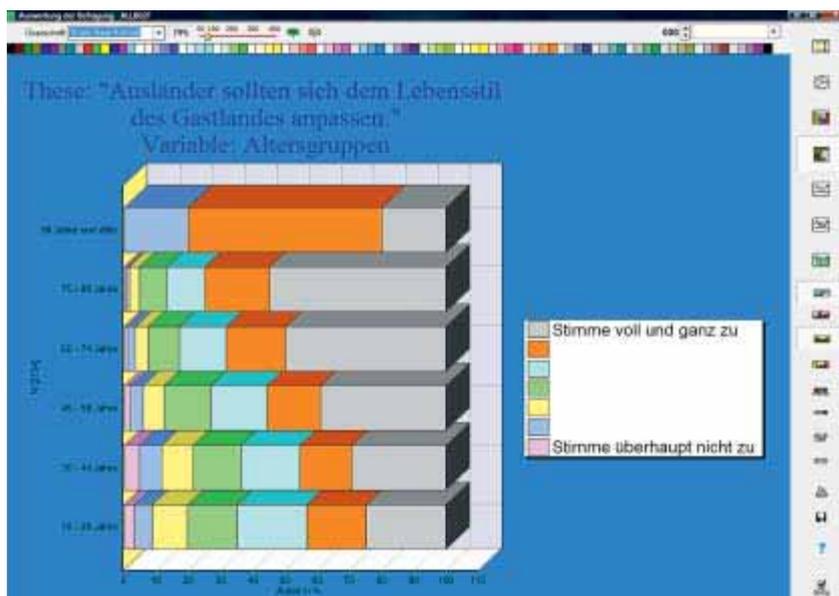


Abb. 6 Korrelation zweier Variablen: Von der Kreuztabelle zum Säulendiagramm – Datensatz und Grafik in GrafStat – Angaben in % – Datensatz Allbus-Umfrage 2002 in Deutschland © Jürgen Kalb

figkeiten als absolute oder relative Werte darstellen. Die Grafiken können farbig ausgedruckt werden. Zur Steigerung der Aussagekraft können zudem Kommentare formuliert und eingefügt werden. Bei der hypothesenorientierten Datenauswertung wird versucht, Zusammenhänge aufzudecken. Eine unabhängige Voraussetzung hierzu sind Hypothesen, die im Idealfall schon bei der Konzeption des Fragebogens aufgestellt wurden, um die entsprechenden Fragen im Fragebogen zu positionieren.

Manipulationsmöglichkeiten mit Statistik

Durch geschickte Wahl grafischer Eigenschaften wird eine gewünschte Aussage erzielt oder zumindest hervorgehoben. Schlanke Säulendiagramme wirken z. B. höher als breite. Ein hoch gelegter Skalenanfang hebt Unterschiede hervor (Achsenschnitt). Auf der anderen Seite trägt eine schlechte Wahl der grafischen Eigenschaften zur Verwischung von Aussagen bei oder macht eine Grafik trotz bestechender Optik fast unlesbar.

Auswertungsfunktionen in GrafStat – wenige Mausklicks entfernt

GrafStat bietet eine automatische Grundausswertung aller Fragen. Auf Mausklick wird das komplette Datenmaterial ausgezählt und ein Text erzeugt, der die Werte für alle Merkmale zeigt. Neben absoluten und prozentualen Werten werden hier auch die Summen und die Anzahl der Datensätze ohne Antwort aufgeführt. Bei verschiedenen Fragetypen werden zusätzlich noch statistische Kennwerte berechnet (Skalenfragen: Mittelwert und Median; Maßzahlfragen: Minimum, Maximum und Mittelwert). Die Grundausswertung wird als RTF-Datei erzeugt und kann anschließend mit einer Textverarbeitung geöffnet, weiter bearbeitet und/oder ausgedruckt werden. Über die Grundausswertung erhält man schnell einen guten Überblick über das Datenmaterial und kann so eventuell auch schon auffällige Punkte entdecken, die anschließend im Auswertungsmodus »komplett« detaillierter untersucht werden können. Der Auswertungsmodus »komplett« ermöglicht eine unkomplizierte Auswahl des gewünschten Items mit nur ein paar Mausklicks. Die Auswertungen können dabei durch zusätzliche Funktionen wie z. B. Filter noch präzisiert und per Mausklick in unterschiedlichen Grafikformen dargestellt werden. Über Setzen oder Aufheben eines Häkchens vor »in %« (am unteren Bildschirmrand) kann man sich die Werte einmal in absoluten (Abb. 5) oder aber in Prozentzahlen (Abb. 7) anzeigen lassen. GrafStat bietet mit der Auszählung in Kreuztabellen ein mächtiges Instrument zur Auswertung in zwei Dimensionen. So lassen sich beispielsweise geschlechtsspezifische Auswertungen einfach und schnell erstellen. Die so erstellten Grafiken kann man, auch in farblichen Variationen, leicht als Bilder exportieren, um sie in wie auch immer geartete Präsentationen, ob nun als Zeitungsartikel, für Websites oder Ausstellungen einer breiteren und interessierten Öffentlichkeit vorzustellen. Zudem ließe sich nunmehr auf gesicherter Datenbasis argumentieren. Was erwarten



Abb. 7 Eurobarometer-Umfrage zum Klimaschutz – Datensatz in GrafStat – Tabellendarstellung, Angaben in %: Skalierung – »Halten sie die Gefährdung der Umwelt durch den Treibhauseffekt für ... äußerst, (...), überhaupt nicht gefährlich.« © Nicole Reed

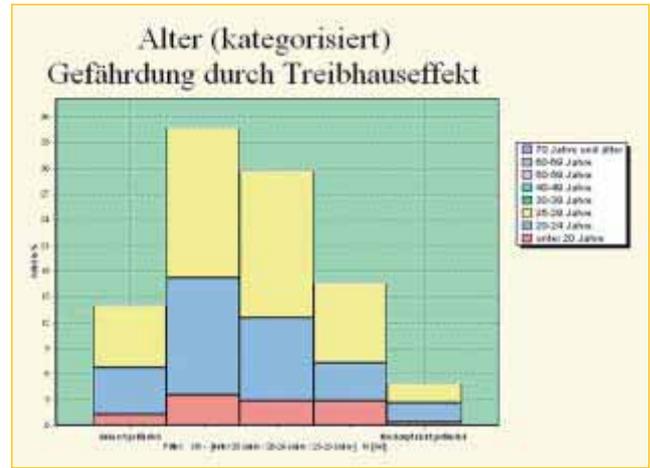


Abb. 8 Säulendiagramm zur selben Umfrage © Nicole Reed

die Jugendlichen von Europa? Welche Hoffnungen und Befürchtungen haben sie? Ist es möglich, dass sich neben der lokalen und nationalen Identität eine europäische herausbildet? Oder sind gar schon Schritte in diese Richtung vollzogen?

Anwendungsfeld: Klimaschutz

Die Verantwortlichen in europäischen Institutionen betonen häufig die Vorreiterrolle Europas in Sachen Umwelt- und Klimaschutz. Ob die Bevölkerung in Deutschland das genauso sieht, lässt sich durch die Analyse von Befragungen herausfinden, über Schulpartnerschaften sogar grenzüberschreitend. Von der Erstellung eines Fragebogenformulars, dessen Druck bzw. Umwandlung in ein HTML-Formular, über die Datenerfassung bis hin zu Auswertungs- und Präsentationsmöglichkeiten bietet dieses Programm alles, was jugendliche Sozialforscher an Werkzeug benötigen. Beim Thema Datenerhebung mit GrafStat im Bereich »Umweltschutz und Klimapolitik« kann dabei auf bereits vorhandene Fragebögen und Daten zurückgegriffen werden. Die zeitaufwändige eigene Befragung könnte daher auf Grundlage des vorhandenen Fragebogens auch stichprobenartig durchgeführt werden und so die vorhandenen Daten ergänzen bzw. als Kontrollerhebung dienen. Bei der mehrsprachigen Anwendung im Bereich der Schulpartnerschaften könnte die gemeinsame Arbeit jugendlicher Sozialforscher sogar einen Beitrag zur europäischen Integration und zum Klimaschutz leisten. Für eine gemeinsame inhaltliche Einführung in das Thema EU-Klimapolitik bietet sich hier zudem das dreisprachige Dossier »Energie und Klimawandel – auf dem Weg zu einer umfassenden EU-Politik« in seiner aktuellen Version vom 6. Januar 2009 (auch auf der CD) an. Mit dem von der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellten Beispieldatensatz »Umweltbewusstsein 2006 in Deutschland« lassen sich noch zahlreiche weitere Analysen durchführen.

Konsequenzen: Klimaschutz im Alltag

Nachdem die Befragung zum Umweltschutz und Klimawandel ausgewertet und analysiert worden ist, lassen sich eventuell sogar Rückschlüsse ziehen, ob nun die von der EU angestrebte Klimapolitik auf Unterstützung bei der Bevölkerung stößt. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, sich mit Energieeinsparungen im privaten Umfeld auseinanderzusetzen – wie z. B. in den Bereichen: Mobilität, Ernährung, Stromverbrauch und Heizung. Mit der Kampagne des Bundesumweltministeriums ([\[sucht-schutz.de\]\(http://www.sucht-schutz.de\)\) werden Bürgerinnen und Bürgern hierbei unterstützt. Dabei wird vor allem der persönliche Vorteil des Energie-sparens, nämlich geringere Kosten für den Verbraucher, in den Vordergrund gestellt. Insbesondere Jugendliche, deren Bewusstsein für den Klimaschutz den Umfragen zufolge noch niedriger ist, können hierfür sensibilisiert werden.](http://www.klima-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Literaturhinweise

- BpB (Hrsg.) (2009): Wahlen in der Demokratie. Analysen und Prognosen mit der Software für empirische Umfragen GrafStat. Reihe: Themen und Materialien. Bonn.
- Schnell, Rainer u. a. (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München.
- Weingart, Peter u. a. (2002): Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien. Leske + Budrich, Opladen.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2008): Bekämpfung des Klimawandels. Europa in der Vorreiterrolle. Aus der Reihe »Europa in Bewegung.« Broschüre der Europäischen Kommission.
- Europäische Kommission (2007): Fakten und Zahlen über Europa und die Europäer. Luxemburg (online unter: ec.europa.eu/publications)

Internethinweise

- www.GrafStat.de (hier kann man die aktuelle Version – 2009 – des Programms herunterladen. Schüler und Lehrkräfte erhalten auf Anfrage per Email ein Passwort, das ihnen den kostenlosen Download ermöglicht)
- www.bpb.de/methodik/0QKFFG,0,0,Baustein_3%3A_Vorbereitung_und_Durchfuehrung_der_Befragung.html (hier findet sich z. B. der erwähnte Beispieldatensatz »Umweltbewusstsein in Deutschland« als GrafStat-Datei)
- www.forschen-mit-grafstat.de (umfangreiches Unterrichtsmaterial zu unterschiedlichen Themen)
- www.bpb.de/methodik/S631H,0,0,Forschen_mit_GrafStat.html (ausführliche Einführung in das Arbeiten mit GrafStat von der Bundeszentrale für politische Bildung.
- http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (Eurobarometer)
- <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Statistikbehörde der EU, Eurostat stellt hier im Auftrag der Europäischen Kommission Statistiken zu zahlreichen Themen zur Verfügung)
- www.bpb.de Über die BpB lässt sich außerdem eine CD-ROM »Jugend und Europa« bestellen, auf der Software und Materialien in vier Sprachen (deutsch, englisch, französisch und polnisch) zu finden sind.

1. Europa vor Ort erleben: Studienfahrten z. B. nach Brüssel und Krakau

NILS BUNJES

Die Musik spielt in Berlin – aber die Partitur kommt aus Brüssel. Aber wer sind dort die Komponisten? Die Presse spricht vom »Brüsseler Wahnsinn« oder Politiker geben Brüssel die Schuld für schwer verdauliche EU-Regelungen, die sie selber mit verabschiedet haben. Kein Wunder also, wenn auch Jugendliche und Erwachsene in theoretischen Kursen nur mühsam für eine intensivere Auseinandersetzung mit europäischen Themen zu motivieren sind. Dabei ist es wichtiger denn je, die EU zu verstehen. Denn bereits heute lassen sich nach einer Untersuchung des ehemaligen Bundespräsidenten und Verfassungsgerichtspräsidenten, Roman Herzog, bereits über 84 Prozent des nationalen Rechts auf EU-Recht zurück führen. Die politische Musik spielt zwar hörbar in Berlin – aber die Noten dafür werden längst in Brüssel komponiert. Aber auch das südliche Polen bietet für Studienfahrten intensive Europaerfahrungen. Zwei Beispiele – zwei lohnende Europaerfahrungen.

Europas Hauptstadt: Brüssel – Sehen was passiert

Die EU-Institutionen versuchen zwar selbst über alle Arten von Medien das Brüsseler Geschehen sichtbarer zu machen, wie zum Beispiel durch die Programmbeteiligung beim Sender Euronews oder das gerade neu eingerichtete Parlamentsfernsehen Euro-parlTV. Die attraktivste und intensivste Form des Kennenlernens erfolgt jedoch in Brüssel selbst. Die EU-Institutionen präsentieren sich offen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Dies gilt selbstverständlich auch für Schulklassen.

Obwohl die 15- bis 25-Jährigen zur Mitgliedschaft in der EU positiv eingestellt sind (62 % Zustimmung laut Eurobarometer Nr. 70), ist das Vertrauen in die EU-Kommission (43 %) und das Europäische Parlament (47 %) deutlich niedriger. Wie Untersuchungen zeigen, nimmt der Zustimmungsgrad zur europäischen Integration dabei mit dem Informationsstand deutlich zu. Ein besseres Kennenlernen der Zusammenhänge des EU-Systems steigert das Verständnis für die Ergebnisse der Europäischen Politik und Gesetzgebung und damit auch in die Institutionen. Grund genug, die Angebote der EU-Institutionen – und zahlreicher anderer Organisationen und Vertretungen in Brüssel anzunehmen und sich einmal selbst vor Ort ein Bild von der EU zu machen.

Beim Besuch des Europaviertels in Brüssel, wo sich die meisten Büros der EU-Institutionen befinden, wirft die Architektur ein erstes Licht auf das Selbstverständnis der EU. Hier drängeln sich geradezu die nationalen Vertretungen der Mitgliedstaaten, eine Vielzahl von Lobbyistenbüros aus den Regionen der EU, von Verbänden und Unternehmen, Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien oder Nichtregierungsorganisationen. Sie alle folgen den drei Brüsseler Gesetzen der Einflussnahme auf die Politikgestaltung: 1. früher, 2. früher, 3. früher. Trotz moderner Kommunikationsmittel bedarf es offensichtlich auch räumlicher Nähe im politischen Prozess.

Im Ministerratsgebäude erleben Besuchergruppen mit etwas Glück ihr Gespräch in einem echten Ratssitzungssaal, wo sich sonst die 27 Fachminister für ihre Beratungen treffen. Hinter dem Namensschild eines Landes fühlt sich der Besucher schnell als dessen Vertreter. Schon aus der Reihenfolge der Sitzordnung ist zu erkennen, welches Land gerade den Ratsvorsitz inne hat und wer folgt. Die Mitarbeiter des Ratssekretariats erklären, wie schwer es ist, die 27 Mitgliedstaaten unter einen Hut zu bringen.



Abb. 1 Atomium in Brüssel

© Europa Zentrum Baden-Württemberg, 2008

Wenn 27 Staaten eine gemeinsame Regelung für nötig halten, muss der Bürger lernen, dass in den 26 anderen Mitgliedstaaten nicht automatisch die deutsche Lösung als die richtige angesehen wird. Unterschiedliche Traditionen, wirtschaftliche Gegebenheiten oder einfach andere Ansichten werden gleichberechtigt bei der Entscheidungsfindung eingebracht.

Direkt gegenüber dem Ratsgebäude liegt die EU-Kommission. Ihre Aufgabe ist es, das EU-Interesse zu vertreten. Sie muss den europäischen Mehrwert eines gemeinsamen Vorgehens feststellen und erklären. Dafür muss sie auch die Situationen in den Mitgliedstaaten genau kennen, durch ihre vielsprachigen Beamten, die anderen Institutionen aber eben auch durch Lobbyisten und Berater. Zur Erleichterung von Besuchen hat die EU-Kommission ihr Besucherzentrum aus den eigentlichen Verwaltungsgebäuden der Generaldirektionen ausgelagert. Der Besucher lernt diesen Vorteil schnell zu schätzen, da er hier nicht so aufwändige Sicherheitskontrollen wie an der Flughafenschleuse durchlaufen muss. Die Kommission bietet ausgezeichnete Grundlagenvorträge zum EU-System und auf Wunsch Referenten zu jedem Politikbereich, wenn es irgend geht.

Nur zehn Gehminuten entfernt können Besucher das Europäische Parlament live erleben. Mindestens zwei Wochen im Monat treffen sich hier die Europaabgeordneten zu Fraktions- und Ausschusssitzungen – und um Besuchergruppen zu empfangen. Die Gespräche finden in separaten Räumen statt. Das erklärt auch, warum der Plenarsaal nicht immer voll besetzt ist. Nur bei Abstimmungen ist »volles Haus«. Gerne führen die Abgeordneten in ihre Arbeit ein und stehen den Gästen Rede und Antwort. Die Zugehörigkeit zu einer Partei erscheint dabei meist nebensächlich. Mehrheiten müssen hier unter 785 Abgeordneten aus 27 Ländern gefunden werden.

Wie von der Besuchertribüne aus an den Dolmetscherkabinen gut zu erkennen ist, hat die EU derzeit 23 Amtssprachen. Die Abgeordneten haben das Recht, die Debatte in einer dieser Sprachen zu verfolgen. Gesprochen wird deshalb nur vom Platz aus und immer über die Mikrofonanlage. Denn was die Dolmetscher nicht hören, kann auch nicht gedolmetscht werden. Auch die Besucher hören über Kopfhörer das babylonische Sprachgewimmel und können von Sprache zu Sprache schalten. War das eben slowenisch oder slowakisch? Das nun klingt ungarisch. Der Besucher



Abb. 2 Studienfahrt nach Brüssel: Besuch beim Europäischen Rat, 2008
© Europa Zentrum Baden-Württemberg

fragt sich, wie das Dolmetschen in der Praxis funktioniert, wo jeder Simultandolmetscher doch nur in seine Muttersprache übersetzen sollte. Aus den 23 Sprachen ergeben sich 506 mögliche Kombinationen. Die Lösung heißt Relaisdolmetschen. Die Rede des finnischen Abgeordneten wird in die größeren Relais-sprachen (beispielsweise Englisch) simultan gedolmetscht. Die slowenischen oder griechischen Dolmetscher übersetzen dann vom Englischen aus in ihre Muttersprachen. Wenn eine Sprache ausfällt, stockt die Arbeit im Parlament. Für alle drei Einrichtungen gilt gleichermaßen, dass kompetente und Besucher orientierte EU-Mitarbeiter, Abgeordnete und deren Mitarbeiter sich bemühen, die EU und ihre Arbeit zu erklären und für Fragen offen sind. Dabei ist oft die Begeisterung zu spüren, am europäischen Einigungswerk mitzuwirken.

Neben weiteren EU-Institutionen wie dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss empfangen auch zahlreiche andere Einrichtungen Besuchergruppen, meist mit dem Ziel, das Lobbying in Brüssel zu erklären. Die Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU ist eine davon. Nur fünf Minuten vom Parlament entfernt, ist sie Ohr, Stimme und Schaufenster Baden-Württembergs in Brüssel. Sie übt eine Frühwarnfunktion für Baden-Württemberg aus. Kein Bundesland kann es sich heute mehr leisten, nicht in Brüssel vertreten zu sein. Und Baden-Württemberg weist immerhin eine Bevölkerungszahl auf wie Belgien oder Portugal. Da die Interessen von Bundesländern, Regionen oder Kommunen nicht identisch sind, haben auch letztere eigene Büros in Brüssel – oft in Kooperation mit anderen. Besuchergruppen bleibt deshalb die Wahl, ihren Brüsselaufenthalt ganz nach ihren Interessenschwerpunkten zu gestalten und bei den für sie wichtigsten Gesprächspartnern anzufragen. Ob EU-Institutionen, Regionen, Kirchen, Umweltverbände oder Wirtschaftslobbyisten, sie alle helfen bereitwillig im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten mit Bürgerinnen und Bürgern oder Schulklassen das Funktionieren des EU-Systems und den Sinn europäischer Gesetzgebung zu erklären.

Die Stadt Brüssel als multikulturelles Zentrum

Wie hoch der politische Anteil an einer Brüsselfahrt sein sollte, ist von Gruppe zu Gruppe verschieden. Unabhängig davon ist auch Brüssel selbst eine Reise wert, ein multikulturelles Zentrum mit Menschen aus aller Welt. Neben Rathausplatz und Atomium gilt es vor allem, die Belgier in ihrer Lebensart, ihren Kulturen, ihrer Küche und Biere und nicht zuletzt exzellenten Confisereien zu entdecken. Besuche in Brüssel bleiben nicht folgenlos. Abgesehen von den kulturellen und touristischen Möglichkeiten der Stadt Brüssel, springt nicht selten der Begeisterungsfunke für die europäische Einigung auf Besucher über. Sprachenliebhaber und Studierende erkennen viele Arbeitsmöglichkeiten in Brüssel oder EU-bezogene Tätigkeiten in der Heimat. Aus den Gesprächen mit den Machern von EU-Gesetzen ergeben sich mindestens drei Erkennt-



Abb. 3 Studienfahrt nach Brüssel: Besuch beim Europäischen Rat, 2008
© Europa Zentrum

nisse: So manche EU-Regelung erfüllt sich erst aus der Perspektive anderer Mitgliedstaaten oder eines gemeinsamen europäischen Interesses mit Sinn. Oder um das Ausgangsbild wieder aufzunehmen: Die Mitgliedstaaten haben als Dirigenten durchaus die Möglichkeit, die europäische Partitur unterschiedlich zu interpretieren. Nur das falsche Abspielen führt zu besonderen Disharmonien.

Abb. 4 Studienfahrt – Brüssel (ein Beispiel)

- | | |
|----------------|---|
| 1. Tag: | Europa wächst zusammen |
| 8.00 | Abfahrt an der Schule |
| 12.30 | Ankunft in Schengen (Luxemburg) |
| 12.45 | Weiterfahrt nach Luxemburg Stadt |
| 13.30 | Stadtführung mit Besuch des Europaviertels |
| 16.00 | Weiterfahrt nach Brüssel |
| 19.00 | Ankunft im Brüssel, Bezug der Jugendherberge |
| 2. Tag: | Von Napoleon zur EU der 27 |
| 9.00 | Fahrt nach Braine l'Alleud, bei Waterloo |
| 10.00 | Besuch der Schlachtengedenkstätte |
| 12.00 | Rückfahrt nach Brüssel zum Europäischen Parlament |
| 13.00 | Belgischer Imbiss (oder Besucherkantine des EP) |
| 14.00 | Besuch im EP, Abgeordnetengespräch, Europe Direct Infocenter |
| 16.00 | Besuch im Ministerrat |
| 3. Tag: | Brüssel – Hauptstadt der EU |
| 9.00 | Stadtführung mit dem Bus und zu Fuß, inkl. Atomium |
| 12.00 | Mittagspause |
| 14.00 | Besuch in der EU-Kommission |
| 16.00 | Besuch in der Vertretung Baden-Württembergs |
| 4. Tag: | Ein Tag Freiheit |
| | Mögliche Besuche in Brüssel: Ministerrat, Lobby-Büros, NATO-Hauptquartier (Mons), Ausflüge in die Städte Gent, Brügge (mit Fahrt ans Meer), Antwerpen |
| 5. Tag: | Ein Abstecher bei Karl bei dem Großen |
| | Rückfahrt über Aachen oder Trier, jeweils mit bis zu 3 Stunden Aufenthalt |

Unterkünfte für Schüler finden sich in Brüssel z. B. in Jugendherbergen (Jacques Brel, Bruegel, Génération Europe, Vincent van Gogh) oder auch in günstigen Hotels.



Abb. 5 Historisches Stadtzentrum von Krakau

© Nils Bunjes



Abb. 6 Jugendliche in der Gedenkstätte des ehemaligen nationalsozialistischen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau

© picture alliance, 8.5.2008

Begegnungen in und mit Polen

Polen gehört seit 2004 zur Europäischen Union. Fünfzehn Jahre lang hat es sich auf die EU-Mitgliedschaft vorbereitet. Dennoch ist es vielen Menschen im Westen weitgehend unbekannt geblieben. Dabei gibt es so viel zu entdecken und wieder zu entdecken. Denn Polen gehört zum alten Kern Europas. Die EU ist als Gemeinschaft auf den Osten zugegangen und hat Polen Ende 2007 in die Schengen-Familie aufgenommen. Nun ist es an der Zeit, dass mehr Menschen diesen Schritt wagen, entweder durch Studienreisen oder durch Schülerbegegnungen. Europa wächst im Herzen zusammen. Da Polen der fünftgrößte Staat der EU ist, lassen sich immer nur einzelne Regionen des Landes besuchen. Aus Baden-Württemberg ist mit dem Bus der Südwesten Polens am besten zu erreichen. Von Stuttgart aus bietet sich am ersten Tag eine Fahrt durch Tschechien bis nach Brünn, der Hauptstadt Mährens, an. Von hier aus geht es über die historische Stadt und architektonische Perle Olmütz direkt nach Krakau. Wer das erste Mal nach Polen kommt, merkt erst jetzt, dass auf polnischen Bundesstraßen für fünfzig Kilometer gut eine Stunde einzuplanen ist. Beim Gespräch im Goethe Institut in Krakau lernen wir dann später, dass polnische Berufspendler deshalb viel kürzere Distanzen als in Deutschland für zumutbar halten. Und dies verteuert den Wohnraum in den Ballungsgebieten.

Krakau – Schönste Stadt Polens

Krakau gilt für Besucher als die schönste Stadt Polens. Die alte polnische Königstadt an der Weichsel blieb im letzten Krieg weitgehend unbeschadet. 1978 wurde ihre Altstadt sowie der Wawel mit Schloss, Kathedrale und den Grablegenden der polnischen Könige zum UNESCO Weltkulturerbe erklärt. Ebenso eindrucksvoll ist der Kazimierz, ein Stadtteil der seit Ende des 15. Jahrhunderts unverwechselbar vom jüdischen Leben geprägt war. Hier wurden auch Teile des Films »Schindlers Liste« gedreht. Die heimliche Hauptstadt Polens gehört zweifellos zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten des Landes und Europas. Um das moderne Polen, seine Eigenarten und Herausforderung in der EU kennen zu lernen, bieten sich in der Hauptstadt der Woiwodschaft Kleinpolen interessante Gesprächsmöglichkeiten: Mit Sejm- oder Europaabgeordneten, am deutschen Generalkonsulat, der Stadt- oder Regionalverwaltung oder mit Wissenschaftlern der Jagiellonen-Universität, der zweitältesten Hochschule Mitteleuropas. Es sind vor allem die Begegnungen im Rahmen dieser Gespräche, die dem Reisenden ein lebensnäheres Bild des heutigen Polens und des Lebens seiner Menschen ermöglichen. Der Dialog mit einheimischen Politikern hilft, die Rolle Polens auf der europäischen Ebene besser zu verstehen.

Gedenkstätte: Ehemaliges KZ »Auschwitz«

Die Fahrt von Krakau nach Breslau ist eine intensive Begegnung und Konfrontation mit der deutschen Geschichte in dieser Region. Nur 50 Kilometer entfernt von Krakau liegt Auschwitz. Auch gut vorbereitet, sollte für einen Besuch der Gedenkstätte mindestens ein halber Tag vorgesehen werden. Durch Oberschlesien geht es vorbei an Kattowitz, Gleiwitz und Oppeln nach Breslau, der Hauptstadt Niederschlesiens. Durch verschiedenen Flussarme umschlungen wirkt das Venedig Polens abwechslungsreich. Obwohl im Zweiten Weltkrieg zu zwei Dritteln zerstört, wurde der Stadtkern liebevoll restauriert. Das berühmte gotische Rathaus mit seinem Schweidnitzer Bierkeller, die Dominsel oder die Aula Leopoldina der 300 Jahre alten Universität liegen in einer heute pulsierenden Stadt. Die Heimfahrt von Breslau aus sollte auf jeden Fall über die Europastadt Görlitz führen. Unzerstört weist dieses städtebauliche Gesamtkunstwerk an der Neisse nicht nur eine 1000-jährige Geschichte auf, sie ist auch lebendige Brücke zwischen Deutschland und Polen.

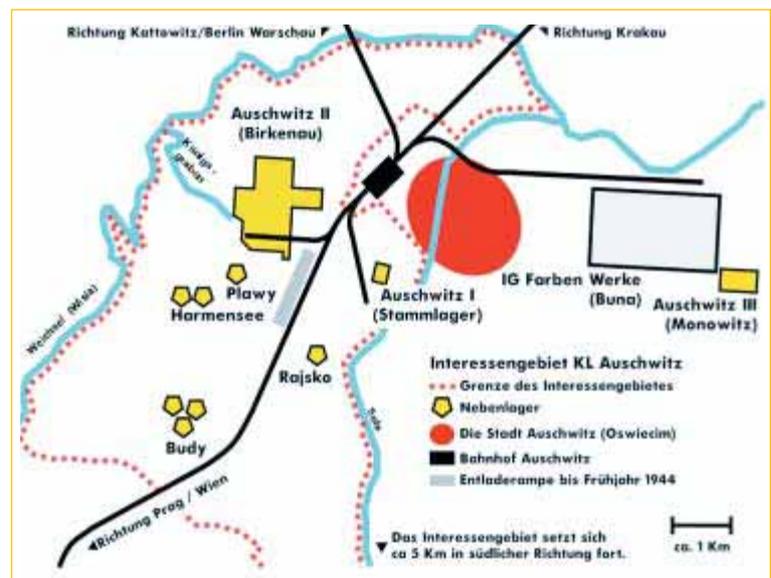


Abb. 7 Gedenkstätte des ehemaligen NS-Vernichtungslagers »Auschwitz«

© wikipedia

Abb. 8 »Polen und die EU – Wie geht es weiter?«

Studienfahrt durch Mähren, Klempolen, Schlesien

- 1. Tag:** Auf in die historische Hauptstadt Mährens Brunn, abends: Empfang im Rathaus
- 2. Tag:** Von Mähren in die Stadt der polnischen Könige – Krakau, unterwegs: die architektonische Perle und historische Stadt Olmütz, Gespräch im Goethe Institut (»Die deutsche Minderheit«)
- 3. Tag:** Die Hauptstadt Klempolens – Krakau
Stadtführung in der Altstadt (z. B. Tuchhallen, Marienkirche), Nachmittag: Rathaus der Stadt: Gespräch mit Stadtverwaltung ggf. mit EU- oder Sejm-Abgeordneten »Krakau und die EU«, »Polens Rolle in der EU«, Besuch des Wawels (Schlossberg mit Königsgräbern), Abendessen auf dem Boot während einer Weichselfahrt
- 4. Tag:** Der Geschichte begegnen
Jagiellonen-Universität: Gespräch mit Wissenschaftlern, Abgeordneten oder am Deutschen Generalkonsulat bzw. in der Woiwodschaft Klempolens (»5 Jahre EU-Mitgliedschaft Polens: Eine Bilanz«, »Die Regierung Tuska«, Nachmittag: Geführter Besuch im Kazimierz (Jüdisches Viertel)
- 5. Tag:** Begegnung mit der deutschen Vergangenheit
Fahrt ins siebzig Kilometer entfernte Auschwitz Weiterfahrt nach Breslau, abends z. B. Gespräch mit einem Vertreter des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland und Europastudien der Universität Breslau (»Das moderne Polen«)
- 6. Tag:** In der Hauptstadt Niederschlesiens – Breslau
Stadtführung in Breslau und anschließend Mittagimbiss, Weiterfahrt in die Europastadt Görlitz, Stadtrundgang und Weiterfahrt nach Dresden
- 7. Tag:** Zu Gast bei August dem Starken
Besichtigungsmöglichkeit Dresden oder direkte Rückfahrt

Organisation: www.europa-zentrum.de

Schüleraustausch mit Polen

Schüler und Jugendliche haben die Chance, sich dem modernen Polen auf viel direktere Weise persönlich zu nähern. Abgesehen von Klassenfahrten öffnet vor allem der Schüleraustausch den jungen Menschen eine Tür, die direkt in die polnischen Familien und in das Leben ihrer polnischen Altersgenossen führt. Statt eines traditionellen Austausches in längst bekannte Regionen wagen sich zunehmend Schulklassen nach Osten, um unbekannte Reiseziele zu erkunden und um neue Bande zu knüpfen. Dieser Mut wird belohnt. Denn hier gibt es tatsächlich noch Neues in Europa zu entdecken. Und es gibt einige Vorurteile zu überwinden. Ein Schulaustausch kann so zu den eindrucksvollsten/nachhaltigsten Erinnerungen des Schullebens werden – nicht nur für die Schüler.

Polen vereinigt natürlich noch weitere Ziel eines Schüleraustausches auf sich. Es liegt relativ nah, und es ist nebenbei auch noch kostengünstig. Die Polen sind außerordentlich gastfreundlich und offen für Fremde – und wer zudem noch einige Sätze Polnisch im Gepäck hat, stößt überall auf offene Türen und Herzen. Doch Begegnung braucht Zeit. Die Reiseleitung tut deshalb gut daran,



Abb. 9 »Europa konkret«: Studienfahrt des Europa Zentrums nach Breslau.

© Sabine Blistle, 2008

den Begegnungen und dem gegenseitigen Entdecken auch Spielraum und Zeit zu geben. Und einige Sätze polnisch lassen sich leicht im Rahmen eines kleinen Sprachkurses durch polnischsprachige Schüler lernen – auch wenn die Aussprache schwer fällt. Aber keine Sorge: Kommunikationssprachen sind in der Praxis Englisch und Deutsch. Und in den Grenzgebieten sind auch Deutschkenntnisse noch stark verbreitet.

Am Ende ihres Aufenthaltes sind Schüler in der Regel begeistert: da ist von einem »fantastischen, unsere Erwartungen weit übertreffenden Polen-Austausch« die Rede. Man sei in den Gastfamilien und »Schulen sehr herzlich willkommen geheißen und gastfreundlich empfangen« worden. Schüler zeigen sich erstaunt über die freundliche Art, wie sich die polnischen Austauschschüler gegenüber den deutschen Austauschschülern verhalten hätten. Durch die Reise hätten sich »die meisten unserer Vorurteile in sehr positive Erfahrungen verwandelt«. Oder im O-Ton einer Schülerin: »Polen ist eine Reise wert!«

Internethinweise (Brüssel)

<http://europaarl.de> (Baden-württembergische Europaabgeordnete)

<http://europa.eu> (Europäisches Parlament)

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/visits/visits_de.html (Besucherdienst EU-Kommission)

<http://ue.eu.int/> (Ministerrat)

www.waterloo1815.be (Waterloo-Gedenkstätte)

www.bruxelles-tourisme.be (Touristikbüro Brüssel)

www.woydt.be (Alternative Stadtführungen in Brüssel, z. B. Malte Woydt)

www.europa-zentrum.de (Europa-Zentrum Baden-Württemberg)

Internethinweise (Klempolen)

www.dpjw.org (Das Deutsch-Polnische Jugendwerk)

www.krzyzowa.org.pl/ (Die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung)

www.europa-zentrum.de (Europa Zentrum Baden-Württemberg)
Dort auch zum Download: »Oder-Neuland für Europa – Ein Simulationsspiel für Deutsch-Polnische Städtepartnerschaften«, (Hrsg. von Europe Direct Stuttgart/Europa Zentrum Baden-Württemberg)

2. Europäische Jugendbegegnungen: Europa ist die Zukunft der Jugend

KARLHEINZ DÜRR

Europa ist aus dem Alltag Jugendlicher nicht mehr wegzudenken. In Bildung, Ausbildung, Beruf und Freizeit bieten sich ihnen durch die fortschreitende europäische Integration für frühere Generationen ungeahnte Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, Horzontenerweiterung und Zukunftsgestaltung und versetzen sie in die Lage, Auslandserfahrungen zu sammeln, Fremdsprachen im Ausland zu erwerben oder auszubauen, berufsvorbereitende Praktika zu absolvieren, sich in Freiwilligendiensten im Ausland sozial oder ökologisch zu engagieren, Lebens- und Alltagsbedingungen in anderen Ländern kennenzulernen, im Ausland zu jobben oder nach einem Arbeitsplatz zu suchen, im Ausland einen Schulaufenthalt oder ein Studium zu absolvieren.

Die grenzüberschreitende Mobilität Jugendlicher ist ein integraler Bestandteil der Freiheit des Personenverkehrs. Schier unüberschaubar sind die Freiwilligendienste, Programme, Projekte und Initiativen, die sich den diversen Formen von Auslandsmobilität und europäischer Jugendbegegnungen widmen. Systematisch erfasst hat sie niemand; ihre Unübersichtlichkeit ist teilweise auch darin begründet, dass Jugendarbeit in vielen Ländern auf lokaler Ebene angesiedelt ist und es keine nationalen Erfassungssysteme gibt.

Schüler- und Studentenaustausche, Au-pair-Programme und Praktika, Freiwilligendienste, Jobvermittlungen, Jugendreisen, Schulaufenthalte und Auslandsstudium werden zumeist über eine Vielzahl von staatlichen oder zivilgesellschaftlichen, kommerziellen, nichtkommerziellen oder gemeinnützigen Agenturen organisiert. Bilaterale Jugendwerke, die sich dem Schüler- und nichtschulischen Jugendaustausch zwischen den beiden Partnerländern widmen, hat Deutschland mit Frankreich und mit Polen gegründet. Weiterhin gibt es zahlreiche Förderprogramme der nationalen Jugendarbeit und der Europäischen Union. Die Nachfrage beispielsweise nach Freiwilligendiensten im europäischen Ausland, die von den großen Agenturen wie rausvonzuhaus, Europäischer Freiwilligendienst, go4europe und weltwärts organisiert werden, ist enorm.

Nicht nur die organisatorischen Strukturen von internationalen Jugendbegegnungen, sondern auch ihre Themen sind vielfältig, von der Beschäftigung mit Jugendkulturen über Menschenrechte, Europa oder Umwelt bis hin zu Medien, künstlerischen Projekten oder Sport. Die Begegnungen sind meistens verbunden mit Exkursionen, Freizeitaktivitäten und kulturellen Programmpunkten.

Das Europäische Jugendparlament EYP/EJP

Eines der ehrgeizigsten Jugendprojekte auf Freiwilligenbasis in Europa ist das Europäische Jugendparlament/European Youth Parliament (EYP). Es ging aus einem 1987 in einer französischen Schule durchgeführten Projekt hervor und bietet ein in dieser Form einzigartiges Forum zur Aktivierung des Engagements junger Menschen für die europäische Idee.

Das EYP will junge Menschen zur Beteiligung an der Debatte über europäische Politiken ermutigen, zu kritischem und verantwortungsbewusstem Denken befähigen und die Beschäftigung mit der Vision und der Zukunft Europas anstoßen. Durch seine Aktivitäten fördert das EYP insbesondere das Lernen über europäische Entscheidungsprozesse, leistet einen Beitrag zur Entwicklung



Abb. 1 Europäisches Jugendparlament, Bad Urach © Karlheinz Dürr, 2007

sozialer und professioneller Fähigkeiten und fördert interkulturelles Lernen. Besonders wichtig ist es dabei auch, durch die verschiedenen Veranstaltungsformate jungen Menschen Gelegenheiten zu eröffnen, ihr eigenes Potential im Bereich des politischen Entscheidungsprozesses zu entdecken und durch die internationale Dimension Möglichkeiten zur praxisorientierten Anwendung und Erweiterung von Fremdsprachenkenntnissen zu bieten.

Das EYP besteht aus einem europäischen Dachverband und derzeit 30 nationalen Verbänden, Komitees oder Vereinen. In Deutschland besteht das Europäische Jugendparlament Deutschland e. V. (EJP) seit 1990 in der Form eines gemeinnützigen, überparteilichen und unabhängigen Vereins. Die Arbeit im und für das EJP ist ehrenamtlich.

Die einzelnen nationalen Komitees sind weitgehend selbständige Gliederungen, die ihre Ziele, Aufgaben und Verfahrensweisen im Rahmen der Gesamtstruktur des EYP eigenständig festlegen. Die Arbeit der deutschen Sektion beruht auf drei Säulen: nationales Auswahlverfahren, internationale Sitzungswoche und Europäische Foren. Das Nationale Auswahlverfahren des EJP erfolgt jährlich und umfasst zwei Phasen. An der Vorauswahl beteiligen sich bundesweit etwa 600 SchülerInnen aus über 70 Schulen der gymnasialen Oberstufe. Dabei werden auf der Grundlage eingereichter Resolutionsentwürfe zu einer Reihe von europäischen Politikthemen die zwölf besten Eingaben ausgewählt. Diese zwölf »Sieger« der ersten Runde werden zur zweiten Runde, der eigentlichen Nationalen Auswahlsitzung, eingeladen.

Für die zweite Runde versammeln sich die zwölf ausgewählten Schulen mit jeweils achtköpfigen Delegationen zur Nationalen Auswahlsitzung. Hier präsentieren und verteidigen sie ihre Resolutionen nach den parlamentarischen Verfahrensvorschriften. Eine Jury wählt die drei besten Schuldelegationen aus, welche Deutschland bei den Internationalen Sitzungen des European Youth Parliaments vertreten.

Die Internationalen Sitzungen des EYP finden dreimal jährlich in verschiedenen europäischen Städten statt, häufig in den Plenarsälen der nationalen Parlamentsgebäude der jeweiligen Länder, so zum Beispiel im Reichstag, im Schweizer Bundestag oder im Italienischen Parlament. Die Sitzungen führen jeweils bis zu 350 Jugendliche aus den 33 Teilnehmerländern für insgesamt zehn Tage zusammen. Ziel ist es, das auf der nationalen Auswahlebene Erlernte nunmehr auf der internationalen Ebene zu erproben.

Europäische Foren führt das deutsche EJP mehrmals jährlich durch. Bei den Foren kommen bis zu 200 Schülerinnen und Schüler aus ganz Europa zusammen, um über europäische Themen zu debattieren. In international gemischten Gruppen erarbeiten sie Resolutionen zu unterschiedlichen Politikbereichen und debattieren darüber in parlamentsähnlichen Sitzungen. Die Foren bie-

ten nicht nur die Möglichkeit einer regionalen Schwerpunktsetzung (etwa als deutsch-polnisches Forum), sondern eröffnen auch neu gegründeten oder weniger stabil etablierten Partnerkomitees aus anderen Ländern die Möglichkeit, sich über Verfahrensweisen und Formen der jugendbezogenen politischen Bildungsarbeit zu informieren. Ein solches Europäisches Forum wird seit 2004 jährlich in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Haus auf der Alb, Bad Urach, durchgeführt.

Alle drei Veranstaltungsformen weisen einige strukturelle Gemeinsamkeiten auf. So beginnt jede Sitzung mit dem Teambuilding (der gruppenspezifischen Vorbereitung); spezielle Trainer schweißen die Jugendlichen durch Spiele und Übungen zu internationalen Komitees zusammen. Im anschließenden Committee Work (Ausschussarbeit) haben die Jugendlichen drei Tage lang Zeit, eine Resolution zu einem vorgegebenen Thema auf Englisch oder Französisch zu verfassen. Bei der abschließenden General Assembly (Parlamentarische Vollversammlung) werden die von den Ausschüssen erarbeiteten Resolutionen im Plenum nach parlamentarischen Regeln debattiert. Für die meisten Delegierten ist die General Assembly eine einmalige Erfahrung, gerade auch im Hinblick auf eigene Wortmeldungen vor einem großen Publikum und auf Englisch. Die bei den internationalen Sitzungen verabschiedeten Resolutionen werden dem Europäischen Parlament in Straßburg als Stellungnahmen des EYP zu den jeweiligen Themenbereichen zugeleitet.

Die Reichweite des EYP geht mit 30 nationalen Komitees über die Europäische Union hinaus. Insbesondere durch die bestehenden Kontakte in Osteuropa (z. B. Ukraine, Georgien, Belarus) und die Unterstützung beim Aufbau neuer Partnerorganisationen in diesen Ländern trägt das EYP auch zur Verbesserung der Austauschbeziehungen mit osteuropäischen Ländern bei, die nicht Mitglied der EU sind.

Die European School Clubs – Bewegung in Osteuropa

Eines der wichtigsten Argumente für die Gründung einer Europäischen Schulclub-Bewegung war die häufig geäußerte Kritik, dass die Europäische Union und der gesamte Integrationsprozess zu weit von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt ablaufe. Besonders in Polen bemüht sich die 1991 gegründete Polnische Robert-Schumann-Stiftung mit einer Vielzahl von Programmen Aktivitäten, einen Beitrag zur Vertiefung der europäischen Einigung zu leisten. Für die Stiftung stellt dabei die Arbeit mit Blick auf die zukünftigen Bürger Europas einen der Kernpunkte ihres Programms dar; sie gilt als eine der Triebkräfte bei der Etablierung sogenannter Europe Clubs an den polnischen Schulen, eine Idee, die inzwischen auch in anderen Ländern (Ukraine, Slowakei, baltische Staaten, Skandinavien) Fuß gefasst hat.

Die Grundidee der European School Clubs ist es, die an europäischen Fragen interessierten Schüler und Lehrer in freiwilligen, ehrenamtlichen Clubs zusammenzubringen, um gemeinsam Aktivitäten zu entwickeln, die der Verbreitung des europäischen Einigungsgedankens dienen. Inzwischen bestehen tausende solcher Clubs an Schulen in Polen und vielen anderen Ländern. Ihre jeweiligen Aktivitäten sind höchst unterschiedlich – von Schulpartnerschaften bis hin zu europabezogenen lokalen »Events«. Wesentliche Kriterien der Clubarbeit sind Freiwilligkeit und die Beteiligung von Schülern und Lehrern.

Mit der Ausbreitung der Bewegung nahm auch der Bedarf nach grenzüberschreitendem Austausch zu. So fördert die Bewegung auch das Zusammenfinden von Partnern für Schulaustausche



Abb. 2 European Youth Parliament, nationale Auswahlsitzung 2008 in Frankfurt/Main. Die nationale Auswahlsitzung findet vom 12.–16. Mai 2009 in Stuttgart statt – Die Ausschreibung beginnt jeweils Ende September des Vorjahrs [© www.ejp.de](http://www.ejp.de)

und Klassenbegegnungen. Sie organisiert auch direkte Begegnungen, wie die »Meetings of the European School Clubs«. Ferner entstand aus der Bewegung heraus die Idee für die Schaffung einer Online-Plattform der Zusammenarbeit der European School Clubs auf internationaler Ebene, die es Schülern und Lehrern der beteiligten Länder ermöglichen soll, sich über ihre Aktivitäten und Erfahrungen auszutauschen, Informationen weiterzugeben und die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Clubs in verschiedenen Ländern anzustoßen. Die Webseite umfasst daher nicht nur aktuelle Informationen über Projekte, Initiativen und Aktivitäten, sondern auch eine Datenbank über laufende Projekte der Mitgliedsclubs und eine Mailliste, die allen interessierten Nutzern den Austausch über ihre Programme und Aktivitäten ermöglicht.

Während die European School Clubs an tausenden polnischer Schulen gegründet wurden, gibt es in Deutschland bislang nur sehr wenige Schulen, die sich an dieser Bewegung beteiligen.

AEGEE

Die AEGEE ist eine europäische Studierendenorganisation (Association des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe), die im Unterschied zu anderen europäischen Organisationen eine Besonderheit aufweist: Ihre Struktur basiert auf lokalen Gruppierungen (in der Regel an Universitäten angesiedelt) und auf einer europäischen Dachorganisation, dem AEGEE-Europe; es gibt also keine nationale AEGEE-Organisation. In dieser Struktur spiegelt sich der Grundgedanke wieder, dass im Europa der Zukunft nationale Grenzen an Bedeutung verlieren werden.

Der Veranstaltungskalender der AEGEE Europe ist eindrucksvoll: von Baki (Aserbaidschan) bis Zaragoza, von Tübingen bis Novi Sad findet eine große Bandbreite von lokal organisierten, aber für AEGEE-Mitglieder aus ganz Europa offenen Events mit Begegnungscharakter statt.

Deutsche Jugend in Europa (DJO)

Auch die Organisation Deutsche Jugend in Europa setzt sich zum Ziel, Jugendliche zu kritikfähigen, verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürger zu erziehen, ihnen demokratische Werteorientierung zu vermitteln und ihre persönliche Entwicklung sowie eigene Standortbestimmung zu fördern. In seinen internationalen



Abb. 3 Schülerbegegnungsseminar der LpB: Gymnasium 315 Kiev und Wieland-Gymnasium Biberach © Karlheinz Dürr, Oktober 2008

Programmen führt die DJO Austausch- und Begegnungsmaßnahmen vor allem mit ost- und südosteuropäischen Ländern durch, setzt sich aber auch für die Rechte von Migranten, Vertriebenen und Flüchtlingen ein. Ein wesentliches Ziel der DJO sind überparteiliche und unabhängige Aktivitäten, die sich als identitätsstiftende, integrationsfördernde Maßnahmen an junge Zuwanderer richten.

Junge Europäische Föderalisten (JEF)

JEF-Gruppen bestehen in über 30 Ländern Europas. Die Mitgliedschaft beläuft sich auf rund 25000 Jugendliche. Die Zielsetzung der Organisation ist die Schaffung eines Europa, in dem Jugendliche mitreden und mitgestalten können, um ein solidarisches, demokratisches Europa zu schaffen. Zu den programmatischen Schwerpunkten der JEF gehören Bildungsseminare, Informationskampagnen und Straßenaktionen.

Jugendbegegnungsseminare der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Die LpB führt europäische Jugendbegegnungen in unterschiedlichen Formaten durch: als Schülerbegegnungen, als Online-Angebote, als Trainingsmaßnahmen im Rahmen des Juniorteam Europa. Seit mehreren Jahren führt die LpB jährlich ein Drei-Länder-Seminar durch, an dem Schülern und Schülerinnen aus Deutschland, Frankreich und Polen teilnehmen. Themenschwerpunkte dieser Seminare sind geschichtliche Themen mit Europabezug, Menschenrechte, Osterweiterung. Die Seminare umfassen auch eine eintägige Exkursion zum Europäischen Parlament in Straßburg und eine Stadtbesichtigung der Altstadt (UNESCO-Welterbestätte), die von den Schülern selbst vorbereitet und durchgeführt wird.

Weitere Begegnungsseminare fanden statt mit Schüler- und Studentengruppen aus vielen anderen Ländern, darunter Kroatien, Ungarn, Serbien, Polen und Russland. So wurde beispielsweise ein zweiwöchiges Seminar für deutsche und russische Journalistikstudenten der PH Weingarten und der Lomonossow-Universität Moskau durchgeführt. In gemischten Zweiertams erarbeiteten die Studenten Rundfunkbeiträge zu insgesamt 15 politischen und gesellschaftlichen Themen, die teilweise von Radio Moskau ausgestrahlt wurden. Seit Jahren führt die Landeszentrale auch einwöchige Begegnungsseminare für Schüler und Studenten aus der Ukraine durch, einem der größten europäischen Länder, das aber wie kaum ein anderes Land im Windschatten europäischer Austauschbeziehungen steht. Durch Begegnungen mit deutschen Schulklassen sollen erste Kontakte eingeleitet werden, aus

denen sich dann nachhaltige Austauschbeziehungen entwickeln können.

Jugendbegegnungen als Chance für europäisches Demokratielernen

Europa kennen und europäisch denken und handeln zu lernen, sind zentrale Herausforderungen für die zukünftigen Bürgerinnen und Bürger. Gerade in der politischen Bildung werden diese Aufgabenfelder zunehmend konkret: Mit dem größer werdenden Europa wird transnational ausgerichtete politische Bildungsarbeit immer wichtiger, um die demokratischen Partizipationsprozesse und neuen zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume in der EU und im größeren Europa für Jugendliche sichtbar und ihren zukünftigen Status als »Unionsbürger« erfahrbar zu machen. Denn diese 1992 mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene und heute in jedem Reisepass deutlich sichtbare »Unionsbürgerschaft« ist den meisten EU-Bürgern unbekannt geblieben; daran hat auch ihre Verankerung im Entwurf zum Verfassungsvertrag und im Vertrag von Lissabon nichts geändert. Wenn als akzeptiert gelten kann, dass für eine freiheitliche, demokratische und pluralistische Gesellschaft politische Bildungsarbeit unverzichtbar ist, um den Staatsbürgern die freiheitlich-demokratische Grundordnung ständig und nachhaltig zu vermitteln (»Demokratie ist kein Selbstläufer ...«), dann ist angesichts des Zusammenwachsens Europas in der EU zu einer Wertegemeinschaft die Folgerung unvermeidlich, dass diese Vermittlungsleistung auch mit Blick auf die Unionsbürgerschaft eine Kernaufgabe darstellt.

In inhaltlicher Hinsicht ist die Aufgabe keineswegs leicht. Denn der europäische Einigungsprozess ist nicht nur hochgradig kompliziert und unübersichtlich, sondern auch mit Blick auf die institutionellen Benennungen, Zuständigkeiten und Kompetenzabgrenzungen zwischen regionalen, nationalen und europäischen Entscheidungsebenen außerordentlich verwirrend. Hinzu kommen Entwicklungen wie der außerordentlich rapide Erweiterungsprozess der letzten Jahre, der dazu geführt hat, dass der Grad der Vertrautheit der EU-Mitgliedstaaten miteinander aus historischen, kulturellen und politischen Gründen und der jahrzehntelangen Trennung durch den Eisernen Vorhang sehr gering ist. So wissen die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel in Deutschland oder in Malta wenig über Politik und Wirtschaft etwa der Slowakei oder Sloweniens (und können diese Länder vielleicht nicht einmal auseinanderhalten), und sie wissen nahezu gar nichts über die Lebens- und Alltagsbedingungen der Menschen in diesen Ländern. In Ergänzung zum Vermittlungsprozess über Europa im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildung kommt daher den direkten Jugendbegegnungen größte Bedeutung zu.

Von Schulaustauschprogrammen und den von nationalen und internationalen Organisationen geförderten Freiwilligendiensten und Begegnungen abgesehen, beruht ein wesentlicher Teil der europäischen Jugendbegegnungen auf ehrenamtlichen Initiativen und freiwilligem Engagement – und widerlegt angesichts der auch ohne statistische Nachweise offenkundigen quantitativen Dimension solcher Begegnungen die oft geäußerte Klage, die Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit bei Jugendlichen sei im Schwinden begriffen. Freiwilligendienste im Ausland erfreuen sich heute großer Nachfrage und die Zahl der Bewerber übersteigt in vielen Fällen das Angebot bei Weitem.

So ermutigend sich die Entwicklung im Bereich der schulischen wie auch der außerschulischen Jugendbegegnungen in Europa in quantitativer Hinsicht auch darstellt, so lassen sich doch auf der Grundlage der oben kurz vorgestellten Initiativen wie auch praktischer Erfahrungen einige Beobachtungen festhalten:

- In geografischer Hinsicht sind Jugendbegegnungen in Europa noch immer ungleichmäßig verteilt. In vielen Ländern Europas gibt es eine lange Tradition von grenzüberschreitenden Jugendaustauschen, in vielen anderen Ländern jedoch (vor



Abb. 4 Ukrainische Schülerinnen und Schüler zu Besuch im Europäischen Parlament. © Karlheinz Dürr 2008

- allem in Osteuropa) bieten sich bis heute aus einer Reihe von Gründen nur relativ geringe Möglichkeiten für Jugendliche, an einer internationalen Begegnung teilzunehmen.
- Das geografische Ungleichgewicht Ost-West ist nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, dass Fremdsprachenkenntnisse, vor allem des Englischen, bei vielen Begegnungs- und Austauschprogrammen unverzichtbar sind. Gerade in Osteuropa wirken die mangelnden Fremdsprachenkenntnisse älterer Lehrer und Schulleiter häufig als Hindernis.
 - Eine weitere Ursache des geografischen Ungleichgewichts ist in sozialen Aspekten zu sehen. So sind nicht nur manche Programme mit relativ hohen Kosten und Gebühren verbunden, sondern auch schulische und außerschulische europäische Jugendbegegnungen stellen für osteuropäische Eltern mit ihrem generell niedrigeren Einkommen starke finanzielle Belastungen dar.
 - Die Organisationsformen von europäischen Jugendbegegnungen sind sehr unterschiedlich: sie reichen von professionell organisierter Freiwilligenarbeit («Gap-Year», «Freiwilliges Soziales Jahr») bzw. Praktikumsprogrammen in sozialen, kulturellen oder Bildungseinrichtungen über formalisierte Schulaustausche und Schulpartnerschaften bis hin zu von nicht-staatlichen Organisationen, lokalen Gruppen oder Einzelinitiativen realisierten Begegnungen mit ad-hoc-Charakter. Entsprechend aufwändig ist die Informationsbeschaffung für interessierte Jugendliche, vor allem mit Blick auf die mit der Aktivität verbundenen Kosten.

Vor diesem Hintergrund kann die »Wertschätzung« von europäischen Jugendbegegnungen aus zwei Blickwinkeln erfolgen: aus einem (jugend-)politischen Blickwinkel (»top-down«) und aus dem Blickwinkel der Betroffenen selbst (»bottom-up«). Aus jugendpolitischer Sicht wird grenzüberschreitenden Jugendbegegnungen eine positive Wirkung für die teilnehmenden Jugendlichen selbst, aber auch im Blick auf ihr Verständnis von Demokratie, Grund- und Menschenrechten, Zivilgesellschaft, kultureller Toleranz und Solidarität, beim Erwerb wichtiger persönlicher Schlüsselqualifikationen wie auch bei der Förderung ihrer Mobilität, Eigeninitiative und Kreativität zugeschrieben. So betrachtet, können die Begegnungen in der Tat einen großen Beitrag zur Festigung des (unions-)bürgerschaftlichen Bewusstseins und zur Perspektiverweiterung im europäischen Kontext beitragen.

Die Jugendlichen selbst sehen den »Lern- oder Erfahrungseffekt« einer internationalen Begegnung eher auf der subjektiven Ebene: Gleichaltrige aus anderen Ländern persönlich kennen zu lernen, unterschiedliche Sichtweisen, Gewohnheiten, Ausdrucksformen und Lebenseinstellungen zu erfahren, Kontakte aufzubauen, die



Abb. 5 Nationaler Ausscheidungswettbewerb zum Europäischen Jugendparlament im Juni 2008 in Frankfurt: Das Europäische Jugendparlament organisiert jedes Jahr in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ein Forum in Bad Urach, bei dem etwa 50 Jugendliche aus ganz Europa zusammenkommen und auf persönlicher Ebene Diskussionen führen. Auf dem diesjährigen Forum wird das Thema »Jugend in Europa« sein. Die Jugendlichen werden sich auf unterschiedliche Weisen mit der Situation der Jugendlichen in Europa beschäftigen und Ideen, Vorschläge und Visionen für das Europa von morgen zusammentragen und vertreten. © www.ejp.de

eigene sprachliche Kompetenz zu erproben und mehr über ihre Lebens- und Alltagsbedingungen zu erfahren. Beide Sichtweisen sind wichtig und machen deutlich, dass Jugendbegegnungen weit mehr sind als Jugendtourismus: sie sind ein wirksames Werkzeug beim weiteren Auf- und Ausbau des europäischen Hauses. Die Herausforderung liegt somit darin zu verhindern, dass sich die ohnehin bestehenden Divergenzen und Ungleichgewichte innerhalb Europas auch im Blick auf die Jugendbegegnungen verfestigen – zwischen Ost- und Westeuropa, zwischen armen und reichen Gesellschaften, zwischen Jugendlichen, die an grenzüberschreitenden Begegnungen teilnehmen können und solchen, denen diese Erfahrung versagt bleibt.

Literaturhinweise

Dürr, Karlheinz: Die Europäisierung der Demokratiebildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36/2005, S. 16–21

Europäische Kommission (Hrsg.) (2001): Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas. Brüssel.

Internethinweise

www.jugendfuereuropa.de (Deutsche Agentur für »Jugend in Aktion«)

www.ejp.de (Europäische Jugendparlamentsbewegung)

3. Zwei Europa-Projekte via Internet – virtuelle Lernumgebungen für Jugendliche

SUSANNE MEIR

Die Begegnung und der innereuropäische Austausch von Schulklassen gewinnen eine immer stärkere Bedeutung in der politischen Bildung. Über den Kontakt mit Schülern anderer Länder im Unterricht kann das Thema Europa mit Leben gefüllt werden. Europa und vor allen Dingen die Zusammensetzung und Vielfalt Europas wird durch die Kommunikation mit Schülern anderer Länder besser fassbar und begreifbar. Virtuelle Lernumgebungen bieten dazu vielfältige Angebote. So hält beispielsweise die populäre Plattform »Moodle« neben Foren auch Chat-Räume bereit, um auf interessanten Wege den europäischen Austausch und Dialog direkt in die Klassenzimmer umzusetzen.

(1) »Europa begegnen – Europa wählen« – ein Internetprojekt mit 43 Schulklassen aus Europa

Bereits seit 2002 organisiert die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Europa Zentrum Baden-Württemberg länderübergreifende Projekte für Schulklassen. Im Vordergrund der innereuropäischen Begegnung der Schulklassen steht dabei der Austausch der Schülerinnen und Schüler zu europäischen Themen, wie zum Beispiel der Erweiterung, gemeinsamen Werten, Chancengleichheit sowie einem mögliche Wahlrecht ab 16. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 wird in diesem Zusammenhang unter dem Titel »Europa begegnen – Europa wählen« aktuell ein länderübergreifendes Projekt mit 43 Schulklassen aus Baden-Württemberg, Bulgarien, Frankreich, Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn durchgeführt (Abb. 1). Der Schwerpunkt



Abb. 2 Besuch der Lehrerinnen- und Lehrergruppe »Europa begegnen – Europa wählen« aus acht EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament und Empfang bei MdEP Rainer Wieland (CDU) © Susanne Meir, 2008

liegt dabei auf der Begegnung baden-württembergischer Schulklassen mit solchen aus Süd- und Osteuropa. Bei diesem Projekt arbeiten jeweils zwei Lehrkräfte mit ihren Schulklassen binational über einen Zeitraum von vier Wochen – unterstützt von Tutorinnen und Tutoren – über die Lernumgebung »Moodle« im Internet zusammen. Die Schulklassen führen mit Hilfe der Software »GrafStat« Befragungen durch und anschließend präsentieren ihre Ergebnisse im Internet. Zur Einführung in das Projekt und zur Besprechung der Umsetzung des Projekts im Unterricht traf sich die Lehrkräfte aus den 8 beteiligten Staaten Ende November 2008 erstmals in Bad Urach, in der Tagungsstätte der LpB. Zum Programm gehörte auch ein Besuch im Europäischen Parlament in Straßburg.

Festlegung der Themen, Ziele sowie der Organisation der Zusammenarbeit

Zur Organisation der Zusammenarbeit wurden zunächst die zentralen Themen und vor allen Dingen die Ziele der Begegnungen festgelegt. Dabei galt es auch zu bestimmen, welche Themen lokal im Klassenzimmer und welche gemeinsam, also schul- und länderübergreifend im Internet, bearbeitet werden sollen.

Die Lernumgebung »Moodle«

Erste themenorientierten Informationen und Materialien wurden den Schulklassen zunächst auf der Lernplattform »Moodle« durch die LpB zur Verfügung gestellt. Diese wurden aber sogleich durch Kommunikation- und Kooperationsangebote ergänzt. Die so erstellten Informationen sollten nämlich als Ergebnis die gemeinsame Recherche und ein gemeinsames Produkt der Kooperation widerspiegeln. Foren und Chat-Räume haben sich hierbei als besonders beliebte Kommunikationsoptionen bewährt. Während die Foren eine stabile nichtzeitgleiche Begegnung und Zusammenarbeit ermöglichen,



Abb. 1 Lernumgebung Moodle für das Projekt: »Europa begegnen – Europa wählen«



Abb. 3 »Europa begegnen – Europa wählen« – Lehrerinnen und Lehrer aus acht EU-Mitgliedstaaten zum Auftakttreffen des Internetprojekts in Bad Urach.
© Susanne Meir



Abb. 5 Einführung in das Projekts »Europa begegnen – Europa wählen« durch die Fachreferentin der LpB Susanne Meir, links daneben der stellvertretende Leiter des Europareferats des Ministeriums für Jugend, Kultus und Sport in Baden-Württemberg Ministerialrat Johannes Nuding und seine Mitarbeiterin Marion Neugebauer.
© Susanne Meir

geben die Chats Raum für den spontanen Austausch der Schüler und für die Befragung von Experten. Das Verfassen der Beiträge gehört mit zu den zentralen Aufgaben aller Schülerinnen und Schüler. Antworten sollten hierbei in einem vorher festgelegten Zeitrahmen stattfinden und begleitet werden.

Neben diesem strukturierten Austausch in den Foren geben die Chats den Schüler Raum für spontane Begegnungen. Chats gehören inzwischen zum Alltag vieler Schüler. Soll ein Chat gezielt als Medium für den Austausch mit einem Experten genutzt werden, so ist es allerdings sinnvoll, eine Moderation festzulegen und diese in die Hände der Schüler zu legen und damit klare Rollen und Aufgaben zu verteilen. Unsicherheiten oder Missstimmungen der Teilnehmenden können außerdem in einem persönlichen Meta-Kommunikations-Chat rechtzeitig erkannt und eventuell moderiert werden. Diese Projekte der LpB dauern in der Regel 4 Wochen und sind bei der Durchführung ganz eng an die vereinbarte Ablaufstruktur gebunden. Nur so können die Lehrenden gezielt den Unterricht in der Klasse mit der Kommunikation und Kooperation mit der Partnerklasse im Internet verbinden. Erfahrungsgemäß steht nämlich den Schulklassen im Fachunterricht nicht viel Zeit zur Verfügung, es sei denn, es besteht die Möglichkeit die Zusammenarbeit fächerübergreifend umzusetzen.

Bei der Zusammenarbeit der Schulklassen sowie der Diskussion politischer Themen muss in der Regel auf die große Heterogenität der Schulklassen sowie der Vorinformationen besondere Rücksicht genommen werden. Befragungen übers Internet können hier die Kommunikation enorm erleichtern, während die tiefer gehende Analyse erst danach im Unterricht erfolgt. Erschwerend tritt noch hinzu, dass schulische Diskussionsmöglichkeiten,

wie es in Deutschland z. B. der Gemeinschaftskundeunterricht darstellen kann, längst nicht in allen Mitgliedstaaten existieren. Hier kann die Diskussion z. B. im Fremdsprachen- oder Gesellschaftsunterricht erfolgen. Nahezu alle bisherigen Erfahrungen von virtuellen Lernplanformen mit interkultureller Begegnung von Schulklassen wurden aber von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als große Bereicherung erlebt und bewertet.

(2) »Gib Europa (D)eine Stimme!« – Jungwählerforum zur Europawahl 2009

Die Stärkung der Wahlbeteiligung der Jungwähler bei der kommenden Europawahl ist das Ziel des Projekts »Gib Europa (D)eine Stimme! – Junge Bürgerinnen und Bürger diskutieren mit!«, das die Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sowie den Jungen Europäern in Bayern und Baden-Württemberg durchführt.

Das Projekt startete mit einer Auftaktveranstaltung vom 20. bis zum 22. März 2009 mit 110 Jugendlichen aus Baden-Württemberg und Bayern in Ulm und wird dann anschließend virtuell über ein Internetforum (Abb. 4) sowie ein Weblog in der Lernumgebung der Landeszentrale Baden-Württemberg bis zum Dezember 2009 fortgeführt. Die teilnehmenden Jungwähler stellten bei der Kick-Off-Veranstaltung in Ulm Forderungen zu verschiedenen Themen europäischer Politik wie zum Beispiel »Europa in der Welt«, »Globalisierung«, »Jugend« oder »Europa und die Bürger« auf und werden in den nächsten Wochen und Monaten mit Kandidaten zur Europawahl 2009 darüber diskutieren.

Anschließend wird der Dialog zwischen den Jungwählern und den dann gewählten Europaabgeordneten über das Internetforum und das Weblog unter Anleitung und Betreuung des »Juniorteams Europa« der LpB Baden-Württemberg fortgesetzt.

In einem Forum werden die jungen Bürgerinnen und Bürger sowohl ihre Auseinandersetzung mit den Themen vertiefen, als auch die Arbeit der Abgeordneten begleiten und dabei beobachten, welche Gestalt ihre Forderungen bei der Arbeit der Parlamentarier annehmen. Neben der themenorientierten Arbeit in den Foren werden die Jugendlichen über ein Weblog mit ihren Gedanken und Forderungen an die Öffentlichkeit treten und die Diskussion mit weiteren Jugendlichen suchen.



Abb. 4 Jungwählerforum »Gib Europa (D)eine Stimme!«

© www.jugendforum-europawahl.de

4. Jugendparlamentsbewegungen am Oberrhein und in der Alpenregion

DETLEV HOFFMANN

Wenn über Beteiligungsformen Jugendlicher an politischen Prozessen diskutiert wird, denkt man nicht zuletzt an »Jugendparlamente« (Markus Ottersbach 2001, Burdewick 2003, 27 ff). Sie werden als didaktisch wertvolles Szenario und sinnvolle Alternative zu den gängigen Planspielen geschätzt, weil die Teilnehmer ihre persönlichen Anliegen formulieren und gleichzeitig parlamentarische Abläufe kennen lernen. Allerdings gibt es weder eine gültige Definition für »Jugendparlamente«, noch existiert ein allgemein anerkanntes Jugendparlaments-Konzept. Auch die Bezeichnungen folgen keinem einheitlichen Schema: was hier »Jugendparlament« heißt, wird dort »Jugendrat«, »Jugendbeirat« oder »Jugendgemeinderat« genannt. In der Form sind sie jedoch von sogenannten »Jugendforen« zu unterscheiden, da letzteren in der Regel das formale Design parlamentarischer Debatten fehlt. Der Streit darüber, ob Jugendparlamente eine nicht jugendgerechte Kopie von Erwachsenenstrukturen oder gerade das richtige Instrument sind, um kontinuierlich und ernsthaft zu arbeiten (Burdewick 2003, 177 ff), kann hier im einzelnen nicht erörtert werden. Jugendparlamente sind jedenfalls in großer Zahl auf kommunaler Ebene angesiedelt und dort sehr erfolgreich. In Baden-Württemberg konstituierte sich der erste Jugendgemeinderat in Weingarten im Jahre 1985, seither existieren 89 solcher Einrichtungen in Baden-Württemberg und ca. 300 in der Bundesrepublik Deutschland.

Europäische Politik wird handlungsorientiert oft in Simulationspielen diskutiert. Entsprechende Planspiele bietet z. B. die Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) im Centrum für angewandte Politikforschung an (www.cap-lmu.de/fgje). Solche Aktivitäten finden auch in zahlreichen europäischen Ländern statt, hängen aber sehr stark von der Initiative einzelner Schulen oder der Unterstützung offizieller Institutionen und finanzkräftiger Sponsoren ab. Als europaweiter Organisator von Jugendparlamenten hat sich das European Youth Parliament (EYP) etabliert. Der Ansatz dieser Initiative geht über die Planspielszenarien hinaus, indem die Jugendlichen eigene Gesetzesentwürfe erarbeiten und Reaktionen der offiziellen Organe erwarten können. Nationale Komitees (z. B. Europäisches Jugendparlament in Deutschland e.V.) wählen jeweils die Delegationen aus, die das Land auf den Internationalen Sitzungen des EYP vertreten. Zu der Auswahl Sitzung des deutschen Komitees werden zwölf Schulen der gymnasialen Oberstufe mit jeweils acht Schülerinnen/Schülern aus dem ganzen Bundesgebiet eingeladen, die sich für die Teilnahme über ein Auswahlverfahren qualifiziert haben: Im Team verfassen sie zu einem vorgegebenen Thema eine Resolution. Eine unabhängige Jury bewertet die Beiträge und wählt zwölf Schulen aus, die zur nationalen Auswahl Sitzung eingeladen werden. Gute Fremdsprachenkenntnisse werden selbstverständlich vorausgesetzt. Diese Bedingungen sorgen dafür, dass lediglich eine positive Auslese von bereits politisch interessierten Jugendlichen an solchen Veranstaltungen teilnimmt. Die ganze Struktur des EYP ist daher nicht dafür geeignet, bei Jugendlichen Interesse für europäische Politik zu wecken.

Wer bei Jugendlichen also Neugierde auf die politische Dimension und Interesse an Partizipationsmöglichkeiten wecken will, muss andere Wege gehen als das EYP, muss vor allem Brücken zwischen der unmittelbaren Lebenswelt der Jugendlichen und der vermeintlichen fernen und anonymen Brüsseler Bürokratie su-



Abb. 1 Abstimmung des Jugendparlaments Oberrhein in Breisach, 16. Juli 2006
© Detlev Hoffmann

chen. Als Beispiel für dieses Ziel seien zwei Jugendparlaments-Initiativen vorgestellt, die von ihrem Ansatz her regionale und gleichzeitig grenzüberschreitende Probleme erörtern.

Jugendparlament Oberrhein (Parlement des Jeunes du Rhin supérieur): Das JPO

Das Jugendparlament Oberrhein (www.jpo-eu.org) wurde im Jahre 1999 auf Initiative eines ehemaligen Europaabgeordneten von Schülern und Studenten aus Südbaden, dem Elsass und der Nordwestschweiz gegründet. Es bietet eine permanente Plattform für Diskussionen und Resolutionen zu grenzüberschreitenden Eurothemen in der Region durch jährlich mindestens eine Konferenz. Die Organisation und inhaltliche Vorbereitung der Konferenzen wird federführend von Jugendlichen selbst getragen. Ziel dieser Treffen ist die Stärkung eines grundlegenden Europabewusstseins bei den Jugendlichen, unterstützt durch die Möglichkeit, in parlamentarischen Formen der Debatte und Entscheidungsfindung und durch Diskussion mit Europa-abgeordneten, anderen Volksvertretern und Behörden eigenen Standpunkten mehr Gehör zu verschaffen.

Die Themen dieser Konferenzen (durchschnittlich 60 Teilnehmer) werden von den Jugendlichen, die die Konferenzen vorbereiten, selbst gewählt. Deshalb beziehen sich die Schwerpunkte nicht nur auf regionsspezifische, sondern auf die jeweils für die Organisatoren aktuellen und interessanten Probleme europäischer Politik. Allerdings bemühen sich alle Beteiligten dabei, die regionale Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren; oder sie legen den Fokus auf die grenzüberschreitenden Auswirkungen in der Region. Auf diese Weise versucht diese Initiative den Jugendlichen vermeintlich ferne Europapolitik auch räumlich näherzubringen.

Konferenzen der letzten Jahre

- (1) Drogenpolitik im Dreiland (Drogues et problèmes liés aux drogues dans la région du Rhin supérieur), Freiburg, 21./22. Juni 2003
- (2) Die Europäische Verfassung – Fit für Europa? (La Constitution européenne – Prêt pour l'Europe?), Mulhouse, 6./7. Februar 2004
- (3) EU mit der Türkei – Warum nicht? (L'Union Européenne avec la Turquie – pourquoi pas?), Strasbourg 29./30. Oktober 2004
- (4) Terrorismusbekämpfung – Europa auf dem Weg in einen Polizeistaat? (La lutte contre le terrorisme – l'Europe dans la voie d'un Etat policier?), Breisach, 15./16. Juli 2005
- (5) Hört Europa bei der Bildung auf? Warum keine Europäischen Schüler? (L'Europe se finit-elle par l'éducation? Pourquoi pas des élèves européens?), Mulhouse, 24./25. November 2006
- (6) 2020 – Geht dem Rhein das Wasser aus? – Unser Beitrag zum Klimawandel (2020 – N'aura-t-il plus d'eau dans le Rhin? Notre contribution au changement climatique)

Freiburg, 23./24. November 2007

Wie bei allen diesen Veranstaltungen üben die Kontaktmöglichkeiten und die Begegnungen mit Jugendlichen aus einem anderen Kulturkreis eine hohe Attraktivität aus. Dass man auch noch in einer anderen Sprache sich über eigene Problemlösungsansätze regional- und europapolitisch austauschen kann und muss, wirkt zugleich anziehend wie abstoßend, abhängig davon, wie groß die sprachlichen Barrieren wahrgenommen werden (vgl. Grafik ...). Trotz mehrerer Auszeichnungen für diese Initiative (z. B.: Freiburger Bürgerpreis Juli 2006, Preis des Jugendprojektfonds der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz Mai 2007) verlangt der Anspruch der Kontinuität den Organisatoren große Anstrengungen bei der Werbung für die Veranstaltungen und der Suche nach Sponsoren ab. Um jede neue Veranstaltung muss also erneut gekämpft werden.

Klimakonferenz in Freiburg: Bilanz der Schüler aus Frankreich

Das Jugendparlament am Oberrhein, Freiburg

* Positive und negative Aspekte dieser Konferenz:

| Positiv | Negativ |
|--|---|
| – über interessante Themen debattieren | – zu lange Plenumsitzungen (mit Europaabgeordneten am ersten Tag und das Abstimmungen am zweiten Tag = langweilig, zu wenig Abwechslung. Es war nicht immer gut sich zu konzentrieren |
| – vieles lernen | – die deutschen Schüler haben vertiefte Ideen als die Französischen; die Deutschen waren dynamischer, engagierter |
| – Ideen austauschen | – Klimawandel scheint kein wichtiges Thema zu sein = daher wenige französische Ideen |
| – Deutsch sprechen | – die Franzosen haben sich mehr Mühe gegeben, Deutsch zu sprechen, aber die Deutschen nicht so |
| – gute Organisation | |
| – gute Verpflegung | |
| – die Motivierung, die lebhaften Organisatoren, die Umgebung des Parlamentes, aber auch die Umgebung der Gruppe des Gymnasiums | |
| – direkte Übersetzung ins Französische | |
| – wir konnten auch unsere Kompetenzen auf Deutsch ausüben bei dieser Gelegenheit | |

Abb. 2 Erstes Resümee der Tagung im November 2007 © Detlev Hoffmann



Abb. 3 Ankündigungsplakat Freiburg 24. November 2007 © Detlev Hoffmann

Jugendparlament zur Alpenkonvention (Youth Parliament of the Alpine Convention): Das YPAC

Was kontinuierliche Unterstützung betrifft, so hat das Jugendparlament zur Alpenkonvention (www.jugendparlament.tsn.at) durch die Zusammenarbeit mit dem Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention keine Probleme. Im Jahr 2006 gegründet, will diese Initiative 16–19-jährigen Jugendlichen aus den Mitgliedsstaaten der Alpenkonvention die Möglichkeit zum Meinungsaustausch geben, und ihnen ein Forum bieten an Lösungsansätzen für Probleme der Bergregionen mit zu arbeiten. Den regionalen Fokus teilt diese Initiative mit dem JPO. Das organisatorische Rückgrat bieten allerdings Lehrkräfte an den Schulen der beteiligten Länder: Gymnasien in Innsbruck (Initiator), aus Rosenheim und Sonthofen, Maribor, die Kantonsschule von Trogen und Gymnasien aus Vaduz und Grenoble schicken regelmäßig Delegierte zu den Veranstaltungen. Dadurch ist die Kontinuität und Qualität gesichert, Unterstützung kommt von vielen offiziellen Stellen. Das tut, wie die Berichte der Teilnehmer zeigen, der Spontaneität und dem Erlebniswert keinen Abbruch. Die Problembereiche haben sowohl regionale als auch thematisch. Allen diesen Partizipationsformen ist gemeinsam, dass sie die Teilnehmer sicher für Europapolitik motivieren, aber trotz des ungewöhnlichen großen Aufwand nur eine verschwindend geringe Zahl von Jugendlichen erreichen

Literaturhinweise

- Burdewick, Ingrid (2003): *Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation*, Opladen
- Hafenegger, Benno (2005): *Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren*, Opladen 2005
- Ottersbach, Markus (2001): *Kinder- und Jugendforen als Beispiele neuer Formen der politischen Öffentlichkeit*, APuZ, 44,

Internethinweise

- www.eyp.de (Europäisches Jugendparlament)
- www.juparl.de (Deutsche Jugendparlamentsbewegung)

5. Mit »Bologna« zu einem Europäischen Hochschulraum?

MARTIN GROSSE HÜTTMANN

Der Bologna-Prozess hat europaweit tief greifende Veränderungen und Reformen der Hochschullandschaft angestoßen. Das Ziel dieses im Juni 1999 in der italienischen Stadt Bologna auf den Weg gebrachten Reformprozesses ist die Errichtung eines gemeinsamen »Europäischen Hochschulraumes« bis zum Jahre 2010. Dies führt in Deutschland und in anderen europäischen Staaten zu einer »Europäisierung« der Hochschul- und Bildungspolitik, die die nationalen Reformdebatten aufgebrochen und Innovationen über den Umweg Europa erst möglich gemacht hat. Die angepeilte Errichtung eines gemeinsamen »Europäischen Hochschulraumes« gelingt – trotz mancher Widerstände – deshalb, weil die beteiligten europäischen Staaten die Umsetzung der Zielvorgaben nicht durch Gesetze und rigide Vorgaben zu erreichen suchen, sondern durch politische Ziele, auf die sich die Unterzeichnerstaaten verständigt haben und die sie dann »freiwillig« umsetzen. Der Bologna-Prozess ist keine Initiative der Europäischen Union; die EU-Kommission hat sich erst später und dann aber mit Erfolg als wichtiger Organisator und Ideengeber eingebracht. »Bologna« steht jedoch in der Tradition anderer bildungspolitischer Programme der Europäischen Union, etwa des seit Mitte der 1980er-Jahre laufenden »Erasmus«-Programms zur Förderung des Studentenaustausches. Eine immer konkreter werdende »europäische« Bildungspolitik – beschlossen auf internationalen Konferenzen von nationalen Regierungsvertretern – gibt dabei den Takt vor und liefert die Ideen und Leitbilder für die nationalen, durchaus variierenden Reformprozesse. Die Europäisierung und Internationalisierung einer einstmalig stark national und regional geprägten Bildungspolitik scheint der notwendige Schritt zu sein, um die nationalen Bildungssysteme für einen europäischen und internationalen Arbeitsmarkt »fit« zu machen.

Im Jahre 1119 wurde in Bologna die erste europäische Universität gegründet, was damit gewissermaßen den Grundstein für den europäischen Bildungs- und Wissensraum legte. Mit der italienischen Stadt Bologna verbindet sich aber auch die jüngste Reform der europäischen Hochschullandschaft. Dieser 1999 angestoßene Prozess und die damit verbundene Angleichung und Harmonisierung der historisch ganz unterschiedlich gewachsenen Hochschullandschaften in Europa ist weit reichender und tief greifender als die bislang national ausgerichteten Reformläufe, die häufig an bürokratischen Hürden und politischen Widerständen scheiterten. Durch zahlreiche, bereits seit den 1980er-Jahren laufende bildungspolitische Programme der EU wird die »Europäisierung« und eine Neudefinition der Bildung als Standortfaktor in einem globalen Wettbewerb und in einer »Wissensgesellschaft« vorangetrieben (M 3; vgl. Blanke 2007). Diese Umorientierung steht im Kontext der sogenannten Lissabon-Strategie, auf die sich der EU-Gipfel in Lissabon im März 2000 verständigt hat. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben dort das Ziel formuliert, die EU bis 2010 zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« zu entwickeln.

In der Politikwissenschaft steht »Europäisierung« für Veränderungen und Reformen in den europäischen Staaten, die mittelbar oder unmittelbar auf den Einfluss und die politischen Vorgaben der Europäischen Union zurückgehen. In manchen Politikfeldern, wie etwa der Sozialpolitik oder auch in der Jugend- und Bildungs-



Abb. 1 In den praxisorientierten neuen Bachelorstudiengängen sollen Studenten häufig im Team an Projekten arbeiten. Ob Bachelor und Master auch wirklich ein vollwertiger Ersatz für den bisherigen Diplom- und den Magisterabschluss sind, wird sich noch zeigen müssen. © Jens Schierenbeck, picture alliance, dpa

politik, sind die Kompetenzen der Europäischen Union in der Gesetzgebung noch sehr begrenzt. Hier kann die EU oder die Europäische Kommission als eine Art »Regierung der EU« nicht durch konkrete Gesetze und Vorgaben Einfluss auf die Politik in den Mitgliedstaaten nehmen, sondern nur durch so genannte »weiche Formen« der politischen Steuerung (soft governance). Diese Form der politischen Einflussnahme gründet auf finanziellen Anreizen und der Idee, dass Modelle, Lösungsvorschläge und Erfahrungen, die in anderen europäischen Staaten gemacht worden sind, als »bewährte Praxis« (best practice) europaweit übernommen werden können. Diese Form der »soft governance« ist häufig nicht weniger erfolgreich als der Einsatz von »harten« gesetzlichen Vorgaben, die den EU-Staaten jeglichen eigenständigen Handlungsspielraum nehmen (vgl. Bartsch 2008).

Studieren ohne Grenzen: Ziele und Instrumente des »Bologna-Prozesses«

Seit jeher gibt es Probleme bei der Anerkennung von Studienleistungen, die ein Student oder eine Studentin im europäischen Ausland erbracht hat. Kommt ein Student zum Beispiel von einem Aufenthalt in Paris an seine Heimatuniversität in Stuttgart zurück, muss der dortige Studienberater beurteilen, ob die in Paris besuchte Vorlesung in den Stuttgarter Studienplan »passt«. Wenn eine Zuordnung – aus welchen Gründen auch immer – nicht möglich ist, hat der Studierende trotzdem für sein Fach viel gelernt und darüber hinaus seine Sprachkenntnisse verbessert, der Aufenthalt in der französischen Hauptstadt brachte unter dem Gesichtspunkt eines schnellen Studierens jedoch einen Zeitverlust mit sich. Solche Schwierigkeiten tauchen freilich auch bei einem Universitätswechsel innerhalb Deutschlands immer wieder auf. Der deutsche Bildungsföderalismus, der den einzelnen Bundesländern ein hohes Maß an Eigenständigkeit gibt, und den Universitäten in den Details der Studienprogramme Freiräume bei der Ausgestaltung gibt, führen in den einzelnen Studienfächern zu Unterschieden im Ablauf und in den Einzelheiten des Studienpro-

gramms in Berlin, Dresden oder Konstanz. Der Preis, den die Studierenden mitunter zu zahlen haben, ist, dass beim Wechsel von einer deutschen Universität zu einer anderen die Programme und Studieninhalte nicht perfekt zusammenpassen. Beim internationalen Austausch sind die Schwierigkeiten unter Umständen noch größer. Da immer mehr junge Europäer mobiler sind und nach ihrem Studium ins europäische Ausland gehen, um dort zu arbeiten, musste eine Regelung gefunden werden. Eine vollständige Vereinheitlichung der Studienstrukturen und -inhalte in ganz Europa, die den Austausch letztlich sinnlos machen würde und dem europäischen Motto von der »Vielfalt in der Einheit« entgegenstände, wäre politisch und technisch kaum realisierbar. Die europäischen Bildungspolitiker sind deshalb dem »Prinzip der wechselseitigen Anerkennung« gefolgt.

Ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer gegenseitigen Anerkennung von Studienabschlüssen wurde durch ein völkerrechtliches Abkommen erreicht, welches im April 1997 in Lissabon vom Europarat – dies ist keine Institution der EU, sondern die 1949 gegründete internationale Organisation mit inzwischen 47 europäischen Mitgliedstaaten – und der UNESCO, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, unterzeichnet wurde. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich darauf, die Studienabschlüsse der anderen Staaten prinzipiell anzuerkennen; diese wechselseitige Verpflichtung sollte dadurch erleichtert werden, dass den Abschlusszeugnissen ein englischsprachiges »Diploma Supplement« (dt.: Zeugniszusatz) beigelegt wird, aus dem wichtige Informationen zum nationalen Hochschulsystem und zu den mit dem Abschluss erreichten Qualifikationen hervorgehen. Dadurch können die Studienabschlüsse leichter verglichen werden.

Am 25. Mai 1997 trafen sich die Bildungsminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens in Paris, um eine »Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung« zu unterzeichnen. Das nach dem Ort der Unterzeichnung als »Sorbonne-Erklärung« bekannt gewordene Dokument formulierte drei zentrale Ziele: die unbürokratische Anerkennung von Studienleistungen, die in einem Unterzeichnerland erbracht worden sind; die Förderung des Austausches und der Mobilität von Studierenden sowie die Einführung eines Kreditpunktesystems (»European Credit Transfer System«, ECTS). Dieses ECTS wurde bereits mit dem europäischen Austauschprogramm »Erasmus« Mitte der 1980er-Jahre entwickelt und soll die Anerkennung von Studienleistungen an der Heimatuniversität erleichtern, weil der Zeitaufwand, den ein Student im Rahmen einer Lehrveranstaltung erbringen muss, in »Leistungspunkten« ausgedrückt und dadurch vergleichbar gemacht werden kann. Ein solcher Leistungspunkt entspricht etwa 30 Stunden Arbeit, die der Student oder die Studentin zum Beispiel für die Vorbereitung und Nachbereitung einer Vorlesung aufwenden muss. Für eine einzelne Vorlesung können zum Beispiel sechs Leistungspunkte vergeben werden.

Die Initiative der Sorbonne-Erklärung ging zurück auf den französischen Bildungsminister Claude Allègre. Das Ziel seiner Initiative war es, sich internationale Unterstützung zu organisieren, um die innerstaatliche Reformblockade aufzubrechen. Die später in der



Abb. 2 Bildungsminister aus 45 europäischen Staaten auf einem Bologna-Folgetreffen in Bergen, Norwegen, 2005

© Sture Nebstad, www.bologna-bergen2005.no

Bologna-Erklärung anvisierten Ziele wie Reform der Studienabschlüsse in Richtung eines gestuften Systems (Bachelor, Master, Promotion) waren also politische Ziele der nationalen Hochschulpolitik – nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland und Italien. Großbritannien spielte in diesem Kreis der ersten Unterzeichnerstaaten eine Sonderrolle, weil auf der britischen Insel – so schien es zunächst – kein Reformbedarf in der Hochschulpolitik bestand, da Großbritannien dieses System von gestuften Hochschulabschlüssen seit langem besaß, und die Reformer aus Frankreich, Deutschland und Italien das angelsächsische System als nachahmenswertes und international kompatibles Modell ansahen. In Deutschland gehört die Bildungs- und Hochschulpolitik nach dem Grundgesetz in den Kompetenzbereich der Länder; die Bundesregierung besitzt – von einigen wenigen Bereichen wie etwa dem Hochschulbau abgesehen – in formaler Hinsicht keine echten legislativen Gestaltungsmöglichkeiten (vgl. Münch 2008). Der damalige Bildungs- und Forschungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) und seine Nachfolgerin Edelgard Bulmahn (SPD) sahen jedoch in der Pariser Initiative eine willkommene Möglichkeit, als Bundespolitiker auf einem fremden Terrain wie der Bildungspolitik, dem ureigenen Kompetenzbereich der Länder, durch eine europäische Kooperation politische Handlungsspielräume für den Bund zu gewinnen. Über den Umweg über »Europa« sollte also die nationale Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern neu austariert werden (vgl. Martens/Wolf 2006: 156).

Ein Jahr später war die Sorbonne-Erklärung bereits Geschichte: In der ehrwürdigen italienischen Universitätsstadt Bologna gaben Bildungsminister aus 29 europäischen Staaten den Startschuss für den Bologna-Prozess. Diese am 19. Juni 1999 unterzeichnete Erklärung gilt als »Meilenstein auf dem Weg der Realisierung des gemeinsamen europäischen Hochschulraumes« (Hennecke 2008: 11). Die Bologna-Erklärung (| M z |) fand breite Unterstützung in Europa und wurde auch von Staaten wie Polen oder Estland mitgetragen, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht Mitglied in der Europäischen Union waren. Zu den zentralen Punkten der Erklärung gehört neben der Einführung eines gestuften Systems von Studienabschlüssen das Diploma Supplement, die Umsetzung eines Kreditpunktesystems in allen Unterzeichnerstaaten sowie die Förderung der Mobilität von Studierenden und die Qualitätssicherung an den Universitäten. Die Bildungsminister verabredeten, sich im Zweijahresrhythmus zu treffen und die Umsetzung der Ziele zu überwachen. Dabei erhöhte sich von Treffen zu Treffen die Zahl der beteiligten Staaten und auch die Einbindung anderer Akteure wie der Europäischen Kommission, aber auch der Europäische Gewerkschaftsbund, europäische Arbeitgeber- und Studierendenvereinigungen oder auch die für die technische Umsetzung verantwortlichen Einrichtungen wie die »European

Association of Quality Assurance« erweiterten den Kreis. Auch neue Themen wurden in die Bologna-Agenda aufgenommen: In jüngster Zeit wurde der Begriff »Beschäftigungsfähigkeit« (employability) zu einem neuen Leitbild. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, Universitätsabsolventen seien bislang nicht ausreichend für den Arbeitsmarkt vorbereitet.

Die große Zahl von Erstunterzeichnerstaaten zeigt, dass der Reformbedarf in ganz Europa groß war und das Bewusstsein, dass die europäischen Universitäten dem internationalen Wettbewerb nur durch eine enge Kooperation gewachsen seien, weit verbreitet war. Die Hochschulexpertin Birgit Hennecke beschreibt den »Reformstau« in Deutschland so: »Seit den 60er-Jahren basieren in Deutschland Überlegungen zur Notwendigkeit einer Studienreform auf der Feststellung verschiedener Defizite innerhalb des deutschen Studiensystems. So krankte dieses oft an zu wenig Struktur der Studienangebote und vermittelte zu wenig Orientierung für die Studierenden. Resultat daraus waren häufig sehr lange Studienzeiten und hohe Abbrecherquoten, in manchen Geisteswissenschaften bis zu 70 Prozent. Auch Qualitätssicherung war kein wesentlicher Schwerpunkt in der deutschen Hochschul-Landschaft. Gerade den neuen Herausforderungen durch steigende Studierendenzahlen und immer heterogener werdenden Studienvoraussetzungen schien das alte System nicht adäquat begegnen zu können« (Hennecke 2008: 12). Als eines der Hauptprobleme erschienen den Unterstützern des Bologna-Prozesses, wie etwa den Industrie- und Unternehmerverbänden, dass Universitätsabschlüsse, die »auf einem internationalen Arbeitsmarkt eingesetzt werden sollten, ausschließlich national verliehen, akkreditiert und anerkannt« wurden (ebd.).

Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland

Die hochschulpolitischen Reformen aus der jüngsten Zeit sind nur zum Teil dem Bologna-Prozess zuzuschreiben: Die deutsche Hochschullandschaft aus dem Jahre 2009 hat sich im Vergleich zu 1999 deutlich verändert: Studiengebühren, Exzellenz-Initiative und stärkerer Wettbewerb sind nur einige Stichworte. Die wichtigste Neuerung besteht in der schrittweisen Umstellung der traditionellen Studienabschlüsse Magister, Diplom und teilweise auch Staatsexamen auf das zweistufige System von Bachelor (BA) und Master, dem ein Doktoratsstudium angeschlossen werden kann. Ein Bachelor-Studium dauert in der Regel sechs Semester, also drei Jahre. Inzwischen gibt es Überlegungen, das Studium auf vier Jahre zu erweitern. Es ist meist stärker praxisorientiert und will aber gleichzeitig eine grundlegende Einführung und eine Vermittlung der wissenschaftlichen Methoden und der inhaltlichen Breite des jeweiligen Studienfaches ermöglichen. Die Prüfungen werden studienbegleitend abgelegt, dies soll den Prüfungsdruck auf die Studierenden verringern, weil die Examensnote nicht von den Abschlussprüfungen ganz am Ende eines Studiums abhängt. Bachelor-Studiengänge sind meist so angelegt, dass sie in die gesamte thematische Breite eines Faches wie etwa Geschichte oder Politikwissenschaft einführen. Der sich anschließende, auf vier Semester angelegte Masterstudiengang ermöglicht dann eine inhaltliche Vertiefung: So kann zum Beispiel jemand nach einem allgemeinen politikwissenschaftlichen Bachelor-Studium, in dem die Methoden und Techniken des Faches und die zentralen Themenfelder Politische Systeme, Internationale Politik und Politische Theorie erlernt wurden, in einem Masterstudium ein Teilgebiet wie etwa Europäische Union oder Internationale Beziehungen inhaltlich vertiefen und sich darin spezialisieren.

In Deutschland wurde die Umsetzung des Bologna-Prozesses von Anfang an zum Teil heftig kritisiert (M4, M5). Die in der Öffentlichkeit dominierende Kritik steht oftmals in Kontrast zu den durchaus positiven Erfahrungen, die die Studierenden mit den neuen Strukturen machen (M1, M6). Und nicht immer ist die Kritik an »Bologna« tatsächlich dem Prozess und seinen Zielvorgaben zuzuschreiben. Darauf hat die an der Universität Tübingen



Abb. 3 Besetzung des Rektorats der Dean of Complutense University, einer der größten Universitäten in Madrid, durch Studenten. Der Protest richtete sich gegen den Bologna-Prozess mit kürzeren Studienzeiten und Studiengebühren. Ähnliche Proteste gab es in Valencia und Barcelona. © AP Photo/Victor R. Caivano

für Fragen von Studium und Lehre zuständige Prorektorin, Prof. Stefanie Gropper, hingewiesen: »Ich denke, dass dem Bologna-Prozess für vieles die Schuld zugeschoben wird, wofür er gar nicht verantwortlich ist. Gerade bei der Umstrukturierung wie der Studienreform kommen auch alte Probleme zu Tage, die es schon lange gibt, die man aber immer wieder unter den Teppich gekehrt hat. Beispielsweise die mangelnde Kapazität der kleinen Fächer oder die Tatsache, dass es auch in den Magisterstudiengängen schon feste Regelstudienzeiten gab, für deren Nichteinhaltung aber die Studierenden verantwortlich gemacht wurden – und nicht die fehlende Lehrkapazität oder die Strukturierung der Studiengänge. Jetzt müssen wir aber die Studierfähigkeit der Studiengänge und die dafür notwendige Kapazität nachweisen, und damit holen uns die eigenen alten Probleme ein.«

Auch der Anstoß zu den Reformen in Deutschland geht, wie eingangs angedeutet, nur indirekt auf die Bologna-Erklärung zurück. Die damalige rot-grüne Bundesregierung hatte 1998, also ein Jahr vor der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung, bereits eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) auf den Weg gebracht. Das neue HRG erlaubte die probeweise Einführung von neuen Studiengängen, die neben den traditionellen Abschlüssen wie Magister und Diplom stehen sollten. Die »Erprobung« von BA- und Masterstudiengängen hätte also nur das Studienangebot erweitert und keine Verdrängung der bisherigen Studiengänge mit sich gebracht. Deshalb wurde dieser Schritt zunächst von den meisten Hochschulpolitikern als erwünschte Neuerung und Erweiterung des Angebots begrüßt. Erst durch die »Europäisierung« des Themas kam eine auch von den Befürwortern nicht erwartete Eigendynamik in Gang, die die nachfolgende deutsche Reformdiskussion maßgeblich prägte. Denn die Bologna-Erklärung konnte, obwohl oder gerade weil sie sehr offen und vage in ihrer Zielformulierung war, als »Rahmen« (framing) genutzt werden, und beeinflusste auf diese Weise die weitere Debatte und den Fortgang der Reformen – nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Staaten. Der Text der Bologna-Erklärung wurde genutzt, »um nationale Ausgestaltungen zu legitimieren, die auf europäischer Ebene nicht schriftlich festgelegt sind« (Witte 2006: 22). Vergleicht man die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland mit der Situation in anderen europäischen Ländern, dann zeigen sich einige Besonderheiten, die nicht unmittelbar mit der Bologna-Erklärung zusammenhängen: Das Bachelor-Studium soll zu einem ersten »berufsqualifizierenden« Abschluss führen; dies hat Konsequenzen für die Gestaltung der Studienprogramme in den einzelnen Fächern. Auch in geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern

sollen etwa durch den Besuch von Sprach- und Rhetorikkursen und Praktika sogenannte »überfachliche« Qualifikationen oder »soft skills« erworben werden, die – so die Idee – die Absolventen besser auf einen Berufseinstieg vorbereiten sollen. Dann ist der Übergang von einem Bachelor- in ein Masterstudium nicht automatisch möglich, sondern erfordert eine gute BA-Abschlussnote. Die Aufnahme als Master-Student wird in der Regel im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens organisiert. Im Zuge der Bologna-Diskussion kam es darüber hinaus zu einer Annäherung von Universitäten und Fachhochschulen (FH) in Deutschland. Damit ist die »traditionelle Rollenaufteilung« zwischen Universitäten, deren Studiengänge stärker theorieorientiert und den FHs, die in der Regel eher praxis- und anwendungsorientiert sind, zumindest formal aufgehoben (vgl. Witte 2006: 24). Ein bislang unbekanntes Element sind sogenannte Akkreditierungsagenturen, die die neuen Studiengänge in regelmäßigen Abständen evaluieren. Dieses System ist für Universitäten in Deutschland neu und mit einem erheblichen Kosten- und Verwaltungsaufwand verbunden. Ein Vorteil liegt darin, dass in solchen Akkreditierungsverfahren wichtige Hinweise und Verbesserungsvorschläge für die neu geschaffenen Studiengänge gegeben werden können. Denn in der Anfangsphase bestand häufig das Problem, dass das Programm eines achtsemestrigen Diplom- oder Magisterstudiengangs eins zu eins in den Rahmen eines nur auf drei Jahre angelegten BA-Studiums gedrückt wurde, so dass das neue Programm völlig überladen war. Eine weitere Besonderheit liegt in der größeren Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Studienprogramms für die Studierenden, denn jede Lehrveranstaltung muss heute sehr viel konkreter die Lernziele und Lernschritte formulieren, und auch die »Modularisierung« ermöglicht die Darstellung eines komplexen Lernprogramms in Einzelschritten, die eng miteinander verzahnt sind und die zudem durch Prüfungsleistungen abgeschlossen werden. Diese Modularisierung – Kritiker sehen darin eine »Verschulung« des Studiums – erhöht auf Seiten der Universitäten und Institute die Koordinierung des Studienangebots. Es muss sichergestellt werden, dass im Semester-Rhythmus auch tatsächlich die jeweiligen Module studiert werden können. Bei Einsparungen und Stellenkürzungen, mit denen die Universitäten konfrontiert sind, ist dies gerade für kleinere Institute und sogenannte Orchideenfächer wie zum Beispiel Ägyptologie eine nicht immer leicht zu schaffende Aufgabe.

In der Debatte um »Bologna« bestimmen seit jeher zwei Lager die Diskussion: Auf der einen Seite stehen die Befürworter, die in den Studienreformen die lange vermisste Verbesserung der Studienbedingungen und einen Anschluss an »internationale Standards« sehen, während die Kritiker und Skeptiker das Humboldt'sche Ideal von der Einheit der Forschung und Lehre in Gefahr sehen und von »Humboldts Albtraum« (Schultheis u. a. 2008) sprechen. Was in der öffentlichen Debatte häufig jedoch untergeht, ist die Tatsache, dass »Bologna« für den damit einhergehenden Umbau der traditionellen deutschen Universität nur der Rahmen war, den deutsche Hochschulpolitiker benutzt haben, um die seit langem diskutierten und nicht zu bestreitenden Probleme an deutschen Universitäten unter dem Leitbild einer »Europäisierung« und internationalen Wettbewerbsfähigkeit anzugehen. Dass viele Kritiker »Europa« und »Brüssel« verantwortlich machen für den Umbau und gar nicht so sehr die nationale Hochschulpolitik, dürfte den nationalen Bildungspolitikern dabei gar nicht so unrecht sein. Dass darüber hinaus manche Neuerungen, die unter der Überschrift »Bologna« liefen, inzwischen wieder zurückgenommen werden, zeigt, dass der Reformprozess an den Hochschulen zu einer Daueraufgabe werden könnte – dies ist durchaus im Sinne der neuen hochschulpolitischen Steuerungsinstrumente wie »Zielvereinbarungen«, die sich von einer permanenten Überprüfung des »Output«, also etwa den eingeworbenen Drittmitteln, den Veröffentlichungen der Professoren/innen in renommierten Fachzeitschriften und der Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Prüfungen, den Anschluss an die internationalen Spitzenuniversitäten versprechen.

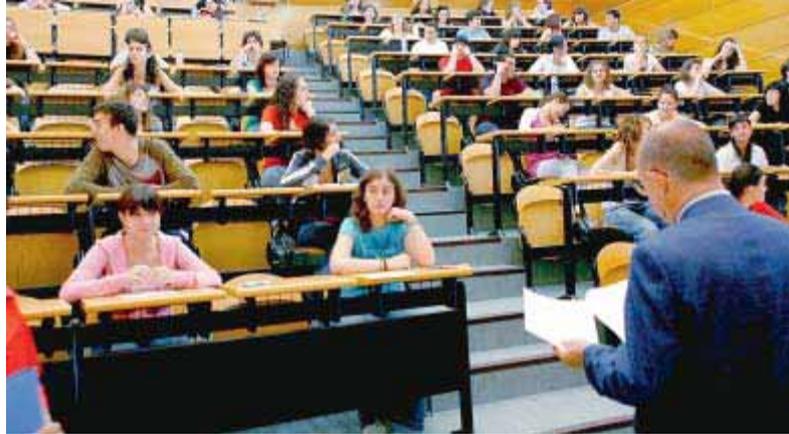


Abb. 4 Schulabgänger bei der Aufnahmeprüfung an der Universität von Madrid in der Fakultät für Zahnmedizin. © J.I. Pino, picture alliance, dpa, 2007

Literaturhinweise

Bartsch, Tim-C. (2008): Europa der Projekte – Bildungspolitik im Rahmen der Lissabon-Strategie und des Bologna-Prozesses; Europa weitergedacht – Tübinger Studienpapiere Nr. 1/2008 (www.eu2015.de).

Bechtold, Gregor/Helferich, Pia Sue (Hrsg.) (2008): Generation Bologna. Neue Herausforderungen am Übergang Schule-Hochschule, Bielefeld.

Blanke, Hermann-Josef (Hrsg.) (2007): Bildung und Wissenschaft als Standortfaktoren, Tübingen.

Crosier, David, et al. (2007): Trends V: Universities Shaping the European Higher Education Area; EUA European University Association, Brüssel.

Frech, Siegfried, u. a. (Hrsg.) (2009): Handbuch Europapolitik, Stuttgart.

Große Hüttmann, Martin/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.) (2009): Das Europa-Lexikon. Begriffe, Namen, Institutionen (Lizenz Ausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg). Bonn/Stuttgart.

Hennecke, Birgit (2008): Der Bologna-Prozess als Herausforderung für die Bildungslandschaft – der besondere Beratungsbedarf an der Schnittstelle Schule-Hochschule, in: Gregor Bechtold und Pia Sue Helferich (Hrsg.): Generation Bologna. Bielefeld, S. 11–23.

Martens, Kerstin/Klaus Dieter Wolf (2006): Paradoxien der Neuen Staatsräson. Die Internationalisierung der Bildungspolitik in der EU und der OECD, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Heft 2, S. 145–176.

Münch, Ursula (2008): Vernachlässigung eines »Hausguts«. Bundesdeutsche Bildungspolitik zwischen Europäisierung und Entstaatlichung, in: Scheller/Schmid (Hrsg.): Föderale Politikgestaltung im deutschen Bundesstaat, Baden-Baden, S. 186–215.

Rehburg, Meike (2007): Berufsperspektiven von Bachelorabsolventen – Ergebnisse empirischer Studien, in: Hermann-Josef Blanke (Hrsg.): Bildung und Wissenschaft als Standortfaktoren, Tübingen, S. 201–220.

Schultheis, Franz, u. a. (Hrsg.) (2008): Humboldts Albtraum. Der Bologna-Prozess und seine Folgen, Konstanz.

Witte, Johanna (2006): Die deutsche Umsetzung des Bologna-Prozesses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 48, S. 21–27.

Internethinweise

www.bmbf.de/de/3336.php (Informationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin)

www.daad.de (Deutscher Akademischer Austauschdienst)

www.hrk-bologna.de (Bologna-Serviceestelle der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz)

MATERIALIEN

M 1 »Wer auf Bachelor studiert, hat es besser«

Christoph Ploss, 23, studiert im fünften Semester Geschichte und Politik auf Bachelor an der Universität Hamburg:

Mein Studium ist ein Fulltimejob – und das ist vollkommen okay so. Schließlich habe ich mich bewusst dafür entschieden, und meine beiden Fächer machen mir Spaß. (...) Dass man neben der Lernerei zu nichts anderem mehr kommt, seit das europäische Studiensystem eingeführt wurde, stimmt nicht. Sicher: Man muss seine Tage schon effektiv planen – aber mit etwas Zeitmanagement gelingt es auch im straff organisierten Bachelorstudium, seinen Interessen und Verpflichtungen nachzugehen. Neben einem Studentenjob bleibt mir jedenfalls immer noch ausreichend Zeit, um ein politisches Mandat auszuüben, nebenbei Sprachen zu lernen und Sport zu treiben. (...) Die Konzeption der neuen Studiengänge gefällt mir auch deshalb so gut, weil sie enge Bezüge zur Arbeitswelt vorsehen. Ein sechswöchiges Praktikum, das ich gerade absolviere, ist in mein Studium schon integriert und bringt mir wertvolle Kreditpunkte ein. Sogenannte ABK-Kurse schulen uns in Projektmanagement und anderen berufsqualifizierenden Fähigkeiten – speziell für Geisteswissenschaftler. Und meine Noten fließen vom ersten Semester an in die Endnote ein. Das erzieht uns Bachelorstudenten zu einer stringenten und zielorientierten Arbeitshaltung – und macht uns meiner Meinung nach vielen Diplom- und Magisterstudenten überlegen. Wenn jemand behauptet, dass wir ein Schmalspurstudium absolvieren, kann ich nur lachen. (...) Meine Kurse und Seminare sind nach wie vor streng wissenschaftlich ausgerichtet. Innerhalb der Pflichtmodule habe ich etliche Wahlmöglichkeiten, die mir eine individuelle Studienausrichtung ermöglichen. Und letzten Endes soll der Bachelor ja auch nur ein erster berufsqualifizierender Abschluss sein. Ich habe mehrere Freunde, die nach drei Jahren froh sind, ein Traineeprogramm in der Wirtschaft zu belegen, schon erstes eigenes Geld zu verdienen. Später wollen sie weiterstudieren. [...] Auch in Sachen Mobilität bin ich zufrieden mit dem neuen System: Wenn ich weiter gute Noten schreibe, kann ich zum Masterstudium nach Berlin wechseln. Und einen dreimonatigen Italienaufenthalt lege ich direkt nach der Bachelor-Thesis ein. Passt doch alles. Mein Fazit? Wer ein Ziel vor Augen hat, muss sich von den aktuellen Debatten über die angeblichen oder tatsächlichen Unzulänglichkeiten des neuen Systems nicht verrückt machen lassen – und sollte einfach selbstbewusst seinen Weg gehen.

Aus: DIE ZEIT, 30.10.2008, Nr. 45.



M 2 Erasmus – Studenten aus 5 verschiedenen Nationen in Groningen, Niederlande. Erasmus ist ein Programm der Europäischen Union, um die Mobilität von Studentinnen und Studenten in Europa zu fördern

© cocoinzen, www.flickr.com

M 3 Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 19. Juni 1999, Bologna

Die Bologna-Erklärung, eine rechtlich unverbindliche Absichtserklärung, wurde am 19.6.1999 von Ministern und Regierungsvertreter aus 29 europäischen Staaten unterzeichnet und gab den Startschuss für den Bologna-Prozess. Neben Mitgliedstaaten der EU haben auch einige Staaten unterzeichnet, die erst im Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind: Wir bekräftigen unsere Unterstützung der in der Sorbonne-Erklärung [vom 25. Mai 1998] dargelegten allgemeinen Grundsätze, und wir werden unsere Maßnahmen koordinieren, um (...) die folgenden Ziele, die wir für die Errichtung des europäischen Hochschulraumes und für die Förderung der europäischen Hochschulen weltweit für vorrangig halten, zu erreichen: (1) Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einführung des Diplomasupplements (Diploma Supplement) mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraumes zu fördern. (2) Einführung eines Systems, das sich im wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt: einen Zyklus bis zum ersten Abschluss (undergraduate) und einen Zyklus nach dem ersten Abschluss (graduate). Regelvoraussetzung für die Zulassung zum zweiten Zyklus ist der erfolgreiche Abschluss des ersten Studienzyklus, der mindestens drei Jahre dauert. Der nach dem ersten Zyklus erworbene Abschluss attestiert eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene. Der zweite Zyklus sollte, wie in vielen europäischen Ländern, mit dem Master und/oder der Promotion abschließen. (3) Einführung eines Leistungspunktesystems – ähnlich dem ECTS [= European Credit Transfer System] – als geeignetes Mittel der Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden. Punkte sollten auch außerhalb der Hochschulen, beispielsweise durch lebenslanges Lernen, erworben werden können, vorausgesetzt, sie werden durch die jeweiligen aufnehmenden Hochschulen anerkannt. (4) Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen, insbesondere für Studierende: Zugang zu Studien- und Ausbildungsangeboten und zu entsprechenden Dienstleistungen sowie für Lehrer, Wissenschaftler und Verwaltungspersonal: Anerkennung und Anrechnung von Auslandsaufenthalten zu Forschungs-, Lehr- und Ausbildungszwecken, unbeschadet der gesetzlichen Rechte dieser Personengruppen.

© Europäische Kommission

M 4 Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.12.2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen

Die Globalisierung stellt die Europäische Union vor immer neue Herausforderungen, so dass alle Bürger eine breite Palette an Schlüsselkompetenzen benötigen, um sich flexibel an ein Umfeld anpassen zu können, das durch raschen Wandel und starke Vernetzung gekennzeichnet ist. Bildung mit ihrer doppelten – sowohl sozialen als auch wirtschaftlichen – Rolle spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung, dass die Bürger Europas die Schlüsselkompetenzen erwerben, die sie benötigen, um sich diesen Veränderungen flexibel anpassen zu können. (...) In diesem Zusammenhang sind die wichtigsten Ziele des Referenzrahmens, (1) die Schlüsselkompetenzen zu ermitteln und zu definieren, die in einer Wissensgesellschaft für persönliche Entfaltung, aktive Bürgerschaft, sozialen Zusammenhalt und Beschäftigungsfähigkeit nötig sind; (2) die Bemühungen der Mitgliedstaaten [der Europäischen Union] zu unterstützen, dass junge Menschen nach der Grundbildung und Ausbildung die Schlüsselkompetenzen erworben haben, die sie für das Erwachsenenleben rüsten und eine Grundlage für das weitere Lernen

sowie das Arbeitsleben bilden, und dass Erwachsene ihre Schlüsselkompetenzen ein Leben lang weiterentwickeln und aktualisieren können; (...). Kompetenzen sind hier definiert als eine Kombination aus Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen, die an das jeweilige Umfeld angepasst sind. Schlüsselkompetenzen sind diejenigen Kompetenzen, die alle Menschen für ihre persönliche Entfaltung, soziale Integration, Bürgersinn und Beschäftigung benötigen. Der Referenzrahmen umfasst acht Schlüsselkompetenzen: (1) Muttersprachliche Kompetenz (2) Fremdsprachliche Kompetenz (3) Mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz (4) Computerkompetenz (5) Lernkompetenz (6) Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz (7) Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz (8) Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit.

Amtsblatt der Europäischen Union, L 394/10, 30.12.2006, Anhang

M 5 Kritik am Bologna-Reformprozess:

Die Bilanz der Bologna-Reform ist ernüchternd: Die deutschen Studiengänge sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht internationaler geworden, sondern provinzieller, die Abbrecherquote ist höher als zuvor (21 Prozent); die Tendenz zur Sesshaftigkeit unter Studenten wie Hochschullehrern ist gestiegen und straft alles Gerede von mehr Mobilität Lügen. Weil viele Universitäten die Verkürzung der Studienzzeit bis zum Bachelor-Abschluss als Sparmodell betrachtet haben, hat sich in vielen Fächern die Betreuungsquote verschlechtert (150 Studenten auf einen Hochschulprofessor soll es noch immer geben). Die Hochschullehrer klagen über ermüdende Kommissionsitzungen und ständige Studienreformen und halten Bologna für überflüssig und studienhinderlich.

Heike Schmoll: »Für die Hochschullehre«, in: FAZ vom 15.09.2008, S. 10

M 6 Kritik aus Sicht von Studierenden

In der Vergangenheit waren die einzelnen Mitglieder der Hochschulen – Studierende, wissenschaftliche und andere Angestellte sowie Professorinnen und Professoren – auf verschiedenen Ebenen an fast allen Entscheidungen beteiligt und haben so die Entwicklung der Hochschulen maßgeblich mitgestaltet. Die Strukturen dieser Mitbestimmung sind ersetzt worden durch eine zentrale Entscheidungsstruktur, in der die Leitung der Hochschule nicht durch die akademische Gemeinschaft, sondern vorwiegend durch externe, in der Regel aus der Industrie und Wirtschaft kommende Aufsichtsratsmitglieder gewählt wird. Damit wird der Situation Rechnung getragen, dass die Aufgaben der Hochschulleitungen sich durch die Änderung der Finanzierungsstrukturen ebenfalls signifikant geändert haben. Bei der Aushandlung von Zielvereinbarungen sind die Hochschulen als Landeseinrichtungen abhängig von ihrem Verhandlungspartner, dem Ministerium. Dabei kommen Aufgaben auf die Hochschulen zu, die noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wären und die über ihre eigentliche Arbeit als wissenschaftliche Arbeit weit hinausgehen. Eine solche Aufgabenänderung rechtfertigt jedoch keinen Demokratieabbau jenseits der reinen Außenvertretungsfunktion. Die hochschulinterne Demokratie wird jedoch gemeinhin als ineffizient und handlungsunfähig angesehen. Für Forschung und Lehre hat das fatale Auswirkungen: Entscheidungen über die Einrichtung und Aufhebung von Studiengängen, die Berufung von freien Professuren oder die Einrichtung von Stellen für wissenschaftliche Angestellte erfolgen nicht mehr nach rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auf Grundlage des scheinbar besten materiellen Nutzens.

Christian Berg und Regina Weber: Hochschulreform aus studentischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 48/2006, S. 15f.



M 7 Proteste spanischer Studentinnen und Studenten gegen die mit dem Namen Bologna-Prozess verbundene Hochschulreform

© gulserendipity, flickr, 12.12.2008

M 8 Erfahrungen einer Bachelor-Studierenden:

Was halten Tübinger Studierende vom Bachelor-Studium? Die attempto!-Redaktion hat nachgefragt. Sarah Witzke, im dritten Semester Soziologiestudentin mit Nebenfach BWL, fühlt sich im Bachelor-Studium weit weg von der Schule: »An der Uni ist man viel mehr auf sich selbst gestellt. Man teilt sich die Arbeit selbständig ein und muss entscheiden, wie viel Zeit man investieren will, um wichtige Dinge wirklich vollständig zu verstehen.« Hilfreich seien in der Soziologie die zahlreichen Tutorien zu den Vorlesungen: »Dadurch kann man wirklich intensiv in die Texte einsteigen und erhält gleichzeitig Orientierungshilfe.« Im Semester ist die Arbeitsbelastung teilweise sehr hoch, wenn es viele Klausuren gibt. »Aber zu schaffen ist es gut, und in den Semesterferien ist Zeit, um interessante Themen selbst zu vertiefen«, meint Witzke. Apropos Prüfungen: Sarah Witzke hat bisher nur Klausuren mit Multiple-Choice-Fragen kennengelernt. Damit ist sie nicht unbedingt glücklich: »Man muss sich zwischen drei vorgegebenen Antworten entscheiden, hätte selbst aber eine Definition ganz anders formuliert. Da muss man versuchen zu erschließen, welche Antwort der Professor erwartet.« Insofern freut sie sich jetzt auf Seminare, in denen es auch Referate und Hausarbeiten geben wird. [...] Und die Perspektiven? Prinzipiell will die Soziologiestudentin auch den Master noch dranhängen, wird sich jedoch nach dem Bachelor auch für Jobs bewerben. »Wenn ein interessantes Angebot dabei ist, kann ich mir gut vorstellen, auch gleich ins Berufsleben einzutreten.«

Aus: attempto! Forum der Universität Tübingen, Oktober 2008, S. 10.

Trauer und Bestürzung über den Amoklauf an der Albertville-Realschule

JÜRGEN KALB

Angesichts der schrecklichen Tat des 17-jährigen Tim K. in seiner ehemaligen Realschule am 11. März 2009 in Winnenden blickt die ganze Weltöffentlichkeit auf die schwäbische Kleinstadt. Wie war das möglich? Noch liegt die Tat, liegen Trauer und Bestürzung zu nahe, um eingehendere Analysen und Hintergründe, gar didaktisch aufgearbeitet, präsentieren zu können. Dennoch hat sich die Redaktion von »Deutschland & Europa« entschlossen, aus diesem aktuellen Anlass erste Pressestimmen dazu zu präsentieren, spiegeln sie doch nicht nur eine große weltweite Anteilnahme, sondern auch eine reflektierte Auseinandersetzung mit der Materie in der seriösen Medienlandschaft wider. Auch schnelle Vorverurteilungen sind eher selten. SPIEGELonline schreibt gar von der Albertville-Realschule: »Die Schule war spitze. Es gibt Streitschlichter, eine Sozialarbeiterin und eine engagierte Direktorin.« (13.3.09) Sicher war der Täter gekränkt, sicher müssen Ursachen in der Psyche des Jungen, bei den Eltern und im schulischen Umfeld gesucht werden. Diese sind dabei ebenso zu untersuchen wie die immer wiederkehrende Frage, welche Rolle Gewalt in unseren Medien und speziell bei Computerspielen, z. B. bei den sogenannten Egoshootern, spielen und wie ihr beizukommen ist. Dabei kommt es vielleicht noch mehr als sonst aufs gegenseitige Zuhören an. Die Bestürzung und Anteilnahme war europa- und weltweit.

M 1 Amoklauf in Winnenden

Beim Amoklauf in seiner ehemaligen Schule hat ein 17-Jähriger gestern 15 Menschen getötet und sich selbst erschossen. Die Tat hat bundesweit und international Entsetzen ausgelöst. »Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Familien«, sagte Bundespräsident Horst Köhler. Die Polizeigewerkschaft forderte, Schulen besser vor Angreifern zu sichern.

Grausige Szenen haben sich gestern in der Albertville-Realschule in Winnenden im Rems-Murr-Kreis abgespielt. Gegen 9.30 Uhr betritt dort ein ehemaliger Schüler bewaffnet das Schulgebäude, er geht offenbar gezielt durch mehrere Klassenräume und schießt auf völlig überraschte Schüler und Lehrer. Neun Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren und drei Lehrerinnen – darunter eine nur für vier Wochen nach Winnenden beorderte Referendarin – liegen tot in den Räumen der Schule, als wenige Minuten später die ersten Polizisten den Ort des Amoklaufs erreichen. Sieben Schüler sind verletzt. Der Täter schießt noch auf die Beamten und flüchtet. Dabei erschießt er im Park nahe dem Winnender Schloss einen Passanten. Der Mitarbeiter des nahe gelegenen Zentrums für Psychiatrie ist wohl ein Zufallsopfer des Amokläufers. Im Ortszentrum von Winnenden zwingt der 17-Jährige einen Autofahrer, ihn in seinem Wagen zunächst in Richtung A 81 zu fahren. Angesichts eines Staus ordnet er an, über Tübingen zurückzufahren. Während in Winnenden Hunderte von Einsatzkräften die Stadt praktisch komplett abriegeln und mit Hubschraubern und zahllosen Einsatzteams bis gegen Mittag nach dem flüchtigen Amokläufer suchen, setzt dieser seine blutigen Taten in Wendlingen (Kreis Esslingen) fort. Beim Stopp auf einem Grünstreifen kann die Geisel flüchten, der 17-Jährige setzt seinen Weg zu Fuß fort. In einem Autohaus erschießt er einen Kunden und einen Mitarbeiter während eines Verkaufsgesprächs. Zwei Polizisten in Zivil werden beim Autohaus sofort angegriffen und schwer verletzt. Sie sind inzwischen außer Lebensgefahr. Bei dem Schusswechsel



M 2 Zwei Tage nach dem verheerenden Amoklauf liegen Blumen und Kerzen vor der Albertville-Realschule in Winnenden © Norbert Försterling, dpa

ist der 17-jährige Täter wohl von einem der Polizisten am Bein verletzt worden. Daraufhin soll sich der Amokläufer selbst erschossen haben.

Der Amokläufer kommt aus Leutenbach, einem Nachbarort von Winnenden. Er hat im vergangenen Jahr an der Albertville-Realschule seinen Abschluss gemacht und galt nach Angaben der Schullektorin Astrid Hahn als völlig unauffällig. Er war ein erfolgreicher Tischtennispieler, einmal sogar baden-württembergischer Vizemeister der Jugend. Laut Polizei hat es für den Amoklauf offenbar keine Anzeichen gegeben. Nichts weist bis jetzt auf mögliche Motive im schulischen Umfeld des Jugendlichen hin, der nach dem erfolgreichen Realschulabschluss eine Ausbildung begonnen hat. Als auffallend bezeichnet die Polizei die Tatsache, dass unter den Opfern in der Schule elf weibliche Personen sind, allerdings nur ein Junge. Die Waffe, die der 17-Jährige benutzt hat, stammt aus dem Schlafzimmer des Vaters, ebenso wie die Munition für weit mehr als 100 Schuss, die der Täter bei sich hat und die laut Polizei darauf hinweist, dass er ohne das schnelle Eingreifen der Beamten »noch viel mehr angerichtet hätte«. Der Vater ist als Schütze legal im Besitz mehrerer Waffen. In Winnenden sind neben den Einsatzkräften sofort Interventionsteams vor Ort, die Mitschüler, Lehrer und Eltern betreuen. Anlaufstellen für besorgte Eltern werden eingerichtet. (...)

Als bei einer Pressekonferenz in Winnenden das gesamte Ausmaß des Geschehens in Winnenden und in Wendlingen klar wird, sind in der Winnender Schulturnhalle auch Ministerpräsident Günther Oettinger und seine Minister Helmut Rau, Ulrich Goll und Heribert Rech am Ort des Amoklaufs angekommen. Völlig unfassbar nennen sie den Tod der insgesamt 16 Menschen und versichern, dass den Betroffenen und Angehörigen alle Hilfe geboten werden soll, die irgend möglich ist. Rech bekundet zudem seine Ratlosigkeit angesichts dieser Tat: »Es zeigt uns, dass manche Jugendliche eine doppelte Identität haben.« Die Schule bleibt während der kommenden Tage geschlossen. Am Mittwoch versammelten sich Dutzende vor der Realschule zu einer Mahnwache.

© Harald Beck, StZ 12.3.09, S. 1

M 3 Die Spuren der Verzweiflung

Am Tag danach schien ein wenig Licht in die dunkle Gedankenwelt des jungen Täters gekommen zu sein, aus der heraus er seine Bluttaten begangen hat. Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech verkündet am Donnerstag Ergebnisse der Ermittlungen. Jetzt steht fest: Tim Kretschmer litt unter Depressionen. Bei der Durchsuchung des Elternhauses wurde in seinem Zimmer der Bescheid für den Wehrdienst gefunden. Daraus geht hervor, dass Tim letztes Jahr über einen längeren Zeitraum wegen einer psychischen Erkrankung in stationärer Behandlung war. Danach sollte er in der psychiatrischen Klinik von Winnenden ambulant betreut werden – also in jenem Krankenhaus neben der Schule, vor dem er auf der Flucht noch einen Mann tötete. Er hat sich nicht mehr gemeldet dort. Tim, das steht nun auch fest, war den Umgang mit Schusswaffen gewohnt: Sein Vater ist Mitglied im Schützenverein in Leutenbach. Daheim im Waffenschrank verwahrte er laut Polizei zehn Gewehre und zwei Revolver unterschiedlicher Kaliber. Die Tatwaffe lag offenbar ungesichert im Schlafzimmer. Es soll sogar einen Schießstand im Keller gegeben haben. Insgesamt 4600 Schuss Munition stellte die Kripo im Elternhaus sicher, möglicherweise sei Tim an die Zahlenkombination für den Tresor herangekommen, sagt Rech. In seinem Zimmer fand man Softair-Pistolen an der Wand. Das Schießen lernte er zusammen mit seinem Vater auch im einen Kilometer entfernten Schützenhaus in Leutenhausen, wo er gelegentlich als sogenannter Gastschütze üben durfte. Die Wirtin des Vereinslokals beschreibt ihn als unauffällig, ruhig und lieb. Und dann sah es noch so aus, als würde ein weiterer Vorgang Einblick in die Seele des 17-jährigen Amokläufers von Winnenden geben. Innenminister Rech berichtet, es habe eine Ankündigung des furchterlichen Plans in einem der Chatrooms für Jugendliche gegeben. Demnach war es genau 2.45 Uhr in der Nacht auf Mittwoch, als Tim Kretschmer das Massaker im Internet ankündigt: »Scheiße Bernd, es reicht mir, ich habe dieses Lotterleben satt, immer dasselbe, alle lachen mich aus, niemand erkennt mein Potential. Ich meine es ernst Bernd – ich habe Waffen hier und ich werde morgen früh an meine frühere Schule gehen und mal so richtig gepflegt grillen.



M 5 Polizisten von Sondereinsatzkommandos eilen kurz nach dem Amoklauf am 11.3.2009 um 9:30 zum Schulzentrum in Winnenden und sichern die Schule © picture alliance, dpa

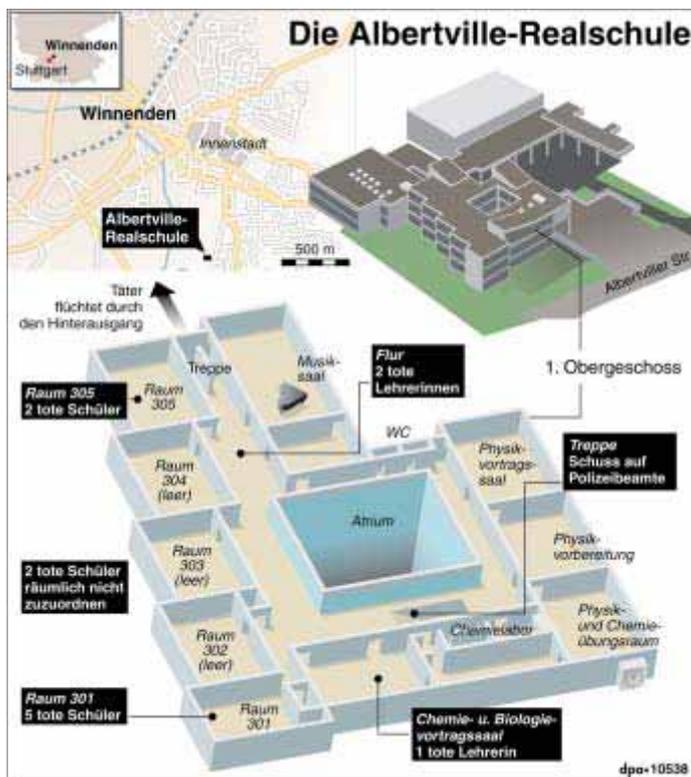
Vielleicht komme ich ja auch davon. Haltet die Ohren offen. Bernd, ihr werdet morgen von mir hören. Merkt euch nur den Namen des Orts: Winnenden. Und jetzt keine Meldung an die Polizei; keine Angst, ich trolle nur.« Man konnte sich vorstellen, dass Tim allein zu Hause in seinem Zimmer saß und dieses schrieb. Sechs Stunden später wird er in den Bus nach Winnenden steigen, mit der Pistole seines Vaters und gut zweihundert Schuss Munition. Er wird zur Albertville-Realschule fahren und auf jeden schießen, der sich ihm in den Weg stellt. Am Mittag werden er und 15 weitere Menschen tot sein. Die Nachricht von seinem Amoklauf wird um die Welt gehen, und überall wird nur die eine Frage gestellt: Warum nur hat er das getan? Es meldete sich aber auch der Betreiber des Internetforums »Krautchat« und teilt mit, bei der Ankündigung handle es sich um eine mit Photoshop gefertigte Fälschung. Bis zum Abend wachsen auch bei der Polizei Zweifel an der Echtheit der Ankündigung, und schließlich teilt ein Sprecher mit, auf dem Computer Tim Kretschmers habe sich definitiv kein entsprechendes Chatprotokoll gefunden. Und Innenminister Rech sagt der SZ dazu:

»Das muss wohl im Nachhinein konstruiert sein.« Ein Mosaikstein im Bild des Täters ist vorläufig herausgebrochen. Dennoch lässt sich erkennen, Tim Kretschmer hat offenbar in zwei getrennten Welten gelebt. Nach außen hin war er ein völlig durchschnittlicher Jugendlicher. Zurückgezogen vielleicht, aber keinesfalls ein erkennbarer Psychopath. Im Verein spielte er Tischtennis, wurde sogar zweimal Bezirksmeister. »Er war nie aggressiv, sondern ruhig«, sagt sein früherer Trainer. Seit drei Jahren betrieb er Kraftsport – wie viele andere in seinem Alter. Im Sommer schloss er die Realschule ab, auch hier war er Mittelmaß, unauffällig. Zuletzt besuchte Tim ein Berufskolleg in Waiblingen als Vorbereitung für einen kaufmännischen Beruf.

Doch nur die wenigsten Menschen wussten, wie es in ihm aussah. Vermutlich litt der Täter an einer gefährlichen Mischung aus Minderwertigkeitsgefühlen und Größenwahn. Zu Hause verbrachte er viele Stunden am Computer. Eine erste Auswertung der Festplatte ergab, dass er Horrorbilder gespeichert hatte, aber in keinem großen Umfang. Auch Gewaltspiele wurden entdeckt, doch selbst das halten Kripo und Staatsanwaltschaft für nichts Ungewöhnliches. Wo doch so viele Jugendliche die Freizeit mit »Counterstrike« und ähnlichen Kriegsspielen verbringen, aber trotzdem nie jemanden töten würden.

Bittere Erkenntnisse sind das und furchtbare Details. Doch viele Fragen bleiben offen, und manche werden vielleicht nie beantwortet werden in dieser Stadt, die von der Schreckenstat so schwer gezeichnet ist.

Sebastian Beck, Bernd Dörries, Süddeutsche Zeitung, 13.3.2009, S. 3



M 4 Tatort: Albertville-Realschule Winnenden

© picture alliance, dpa

M 6 Interview mit dem Psychologen Jens Hoffmann

Jens Hoffmann leitet das Darmstädter Institut für Psychologie und Sicherheit. Im Gespräch mit Susanne Janssen versucht er eine Annäherung an die Hintergründe dieser Tat.

StZ: Was führt einen Täter zu einem Amoklauf?

Hoffmann: Es ist eine Mischung aus kalter Wut, Rache und dem Wunsch nach Berühmtheit. Durch seine Tat wird er überall bekannt und dadurch unsterblich, das ist für ihn ein erstrebenswertes Ziel.

StZ: Warum wählen Amokläufer oft ihre eigene Schule als Tatort, wie es auch in Winnenden der Fall gewesen ist?

Hoffmann: Weil dort meist der Bruch in ihrer Biografie begonnen hat. Die Schule wird als Ort des Scheiterns und der Demütigung empfunden, selbst wenn das objektiv nicht stimmt – auch der 17-Jährige hatte ja offensichtlich den Realschulabschluss geschafft. Aber die Täter fühlen sich fast immer von aller Welt ungerecht behandelt, sie sind als Persönlichkeit meistens sehr leicht kränkbar.

StZ: Was empfindet der Täter dabei, warum wählt er diesen Weg?

Hoffmann: In den meisten Fällen geht der Amokläufer kühl und kontrolliert vor, er ist ruhig, weil das in uns Menschen angelegt ist, wenn wir uns quasi im Jagdmodus befinden. Sicherlich spielen auch Allmachtsfantasien dabei eine Rolle, der Täter ist beim Amoklauf Herr über Leben und Tod.

StZ: Ist eine solche Tat vorher erkennbar?

Hoffmann: Ja, immer – das haben unsere Fallanalysen von Amokläufern aus verschiedenen Ländern ergeben. Wir haben 32 Faktoren identifiziert, die als Warnsignale gelten, wenn sie vorher gehäuft auftreten. Dazu gehören zum Beispiel Suizidäußerungen, Suizidversuche, Gewaltfantasien, die Identifikation mit anderen Amokläufern. Zum Schluss verabschiedet sich der Täter, das steht aber schon am Ende dieser Krise. Oft werden diese Warnsignale aber nur gegenüber Mitschülern und Freunden ausgesendet, es kann sein, dass die Eltern davon am wenigsten mitbekommen.

StZ: Gehören auch bestimmte Computerspiele mit entsprechenden Gewaltszenarien oder aus der Fantasy-Welt dazu?

Hoffmann: Nicht unbedingt, viele Jugendliche nutzen diese Spiele, ohne je selbst gewalttätig zu werden. Bei Amokläufern kommt dazu, dass sie sich mit den Kämpfern übermäßig identifizieren. Auch die Kleidung spielt nur am Rande eine Rolle: Natürlich bevorzugen viele Amokläufer dunkle Sachen, wie in diesem Fall einen Kampfanzug, aber das allein spielt keine Rolle. Entscheidend ist aber, dass potenzielle Täter andere Amokläufer glorifizieren, sie werden im Internet wie Helden verehrt.

StZ: Gibt es aus Ihrer Sicht überhaupt eine Möglichkeit der Prävention?

Hoffmann: Auf jeden Fall. Die Warnsignale sind meistens auch in der Schule erkennbar. Lehrer und Eltern müssen einfach dranbleiben. Wichtig ist auch, dass die Schule vernetzt ist mit professionellen Helfern und der Polizei. Den Eltern allein kann dabei oft kein Vorwurf gemacht werden; ein Amokläufer hat beispielsweise in seinem Tagebuch beschrieben, dass sich seine Mutter immer um ihn bemüht hat. Ein Amoklauf steht immer am Ende einer Lebenskrise, bei der alle individuellen Versuche, sie zu meistern, versagt haben. Deshalb müssen Eltern und Lehrer geschult werden, um diese Warnsignale zu verstehen – sie müssen die richtigen Fragen stellen. Dazu haben wir ein System entwickelt, das gerade an Schulen getestet wird.

StZ: Das heißt, das übliche Schema »männlicher Einzelgänger, Computerfreak, Waffenfan« greift Ihrer Ansicht nach nicht immer?

Hoffmann: Manche Täter sind isoliert, aber nicht alle. Deshalb braucht es eine besondere Aufmerksamkeit – auch, um echte Drohungen von Trittbrettfahrern zu unterscheiden. Die Faktoren fügen sich wie Puzzleteile zusammen.

Stuttgarter Zeitung, 12.3.09, S. 2



M 7 Schüler und Bürger von Winnenden stehen auch noch am Abend des 12.3.09 sowie an den folgenden Tagen fassungslos vor der Schule und gedenken der Toten © picture alliance, dpa

M 8 Interview mit dem baden-württembergischen Kultusminister Helmut Rau am Tag nach der Tat:

StN: Herr Rau, nach dem Amoklauf sind viele Schüler, Lehrer, Eltern voller Furcht und Trauer. Wie können die Schulen dieses Ereignis aufarbeiten?

Rau: Die Schulen können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und den Stundenplan abarbeiten. Die Eindrücke sind so tiefgreifend, dass Lehrer und Schüler darüber sprechen und gemeinsam Antworten suchen müssen. Die Betroffenen erhalten dabei Beratung und Unterstützung. Wir werden die Schulen auch bitten, am Tag der Trauerfeier im Unterricht der Opfer zu gedenken.

StN: Auf 17.000 Schüler kommt ein Schulpsychologe in Baden-Württemberg. Reicht das denn?

Rau: Wir haben 2007 die Zahl auf fast 114 verdoppelt. Die Schulpsychologen sind aber nicht die einzigen geschulten Kräfte für Problemfälle. Wir haben 1600 Beratungslehrkräfte mit einer besonderen Ausbildung, die die Psychologen entlasten. Diese konzentrieren sich auf schwere psychische Probleme, familiäre Schwierigkeiten, schwere Konflikte in den Klassen. Aber ich schließe eine weitere Diskussion nicht aus.

StN: Tim K. soll seine Pläne auch im Internet angekündigt haben. Brauchen wir eine stärkere Überwachung des Netzes?

Rau: Ich wäre sofort für eine Zensur, wenn dieses Medium, das ja auch viele Vorteile hat, zu zensieren wäre. Ich nehme aber an, dass sich das Internet immer wieder missbrauchen lässt, um Botschaften zu platzieren, die die Menschheit nicht braucht. Aus meiner Sicht sollten problematische Seiten oder Netzwerke, die etwa Anleitungen zum Selbstmord oder Gewalttaten geben, aus dem Verkehr gezogen werden.

StN: Wie können Jugendliche vor schädlichen Einflüssen durch das Internet geschützt werden?

Rau: Die Eltern müssen noch viel genauer hinsehen, was ihre Kinder im Internet machen. Die Kinder steigen nicht in den Schulen, sondern zu Hause in die Abgründe des Internets. Da dürfen sich Eltern nicht mit einfachen Erklärungen wie Hausaufgaben oder Lernspiele zufrieden geben, wenn ihre Kinder stundenlang vor dem Computer sitzen. Sie sollten sich dabei von Experten beraten lassen.

StN: Gestern wurde auch die Forderung nach mehr Sicherheitsmaßnahmen wie Metalldetektoren oder Chipkarten laut. Was halten Sie davon?

Rau: Ich bin mir mit dem Innenminister einig, dass wir unsere Schulen nicht zu Hochsicherheitstrakten machen können. Um die Sicherheit in der Schule zu erhöhen, halte ich gezielte Sicherheitsmaßnahmen für denkbar, beispielsweise Videokameras an sensiblen Punkten.

Interview: Maria Wetzell, in Stuttgarter Nachrichten (StN), 12.3.2009

M 9 NRC Handelsblad – Niederlande

Die Tageszeitung NRC Handelsblad fragt sich, wie man einen Amoklauf wie den im süddeutschen Winnenden verhindern könnte:

»Ist dieses Phänomen ein Nebenprodukt der bindungslosen Gesellschaft, in der solche geschädigten jungen Menschen un bemerkt bleiben? Welche Rolle spielen die zahllosen Inspirationsquellen in den neuen Medien? Kann man solche Entgleisungen verhindern? ... Intervention und Therapie können eine Lösung sein. Dabei kann man am besten auf Strategien zur Verhinderung von Selbstmorden unter Jugendlichen zurückgreifen. Und natürlich auf das Zurückdrängen des Waffenbesitzes. Die schlichte Wahrheit ist, dass solche Todesfantasien nicht realisiert werden können, wenn Waffen Mangelware sind. Waffen üben auf Jugendliche eine große Anziehungskraft aus. Nach Schwarzfahren und Vandalismus ist Waffenbesitz das häufigste Delikt in dieser Gruppe. Der Täter von Winnenden nahm die legale Waffe seines Vater aus dem Schlafzimmer mit. Zahlen aus dem Jahre 2005 zeigen, dass in den Niederlanden rund 40.000 illegale Waffen im Umlauf sind. Dieses Übel muss beseitigt werden.«

NRC Handelsblad, Niederlande, 13.03.2009

M 10 Gazet van Antwerpen – Belgien

Der Amoklauf von Winnenden sei kein Einzelfall, bemerkt die flämische Tageszeitung Gazet van Antwerpen:

»Nicht nur die Aktien der Banken sind in einer tiefen Krise, auch ein Menschenleben scheint viel weniger wert zu sein als vor rund einem Vierteljahrhundert. Vor allem Jugendliche tun sich selbst und anderen im Jahr 2009 Dinge an, die damals undenkbar waren. Das Phänomen, das vorgestern Deutschland und den Rest der Welt entsetzte, schockte uns erstmals vor zehn Jahren, als zwei Teenager an der Columbine High School in Littleton, Colorado [in den USA], ein Blutbad mit 13 Toten anrichteten. Das Motiv? Wir wissen es nicht, denn die Täter begingen Selbstmord. ... Es fällt eine Parallele zwischen solchen Fällen exzessiver Gewalt auf: Niemand hat die Anzeichen gesehen. Die Täter sind oft sehr unauffällige Jungen, deren Umgebung sie nicht für so etwas fähig hält. Was können wir daraus lernen? Vielleicht, dass wir alle besser hinschauen müssen, mehr mit den Jugendlichen in unserer Umgebung reden und ihnen vor allem besser zuhören müssen.«

Gazet van Antwerpen, Belgien, 13.03.2009

M 11 El País – Spanien

Nach dem Amoklauf in Winnenden schreibt die spanische Tageszeitung El País:

»Der Gebrauch von Waffen muss natürlich verboten oder sehr streng eingeschränkt werden. Es ist schwer verständlich, warum der Terror des Tötens ohne Ziel oder Sinn, der sich in den USA durch den freien Verkauf von Waffen erklärt, auch europäische Länder angesteckt hat. Aber es ist offensichtlich, dass eine der Erklärungen im Dämon der Waffen liegt. Alles, was die Gesellschaft unternimmt, um deren Gebrauch zu verhindern, erspart sie sich an Verbrechen.«

El País, Spanien, 13.03.2009



M 12 Titelbild der New York Times vom 12.3.2009 – Der Amoklauf von Winnenden als Aufmacher »Teenage Gunman Kills 15 at School in Germany« und zentrales Foto © NYT, 12.3.2009

M 13 Ursachenforschung in den USA

Nun wird es wieder viele Antworten geben, und man kennt sie schon gut: Computerspiele und das Fernsehen sind schuld an den Amokläufen, weil sie Bilder der Gewalt ins Wohnzimmer liefern. Die Gesellschaft ist schuld, weil sie sich an diesen Bildern berauscht. Die Lehrer und Mitschüler sind schuld, weil sie die Alarmsignale nicht bemerkt haben. Die Eltern sind schuld, denn ein Kind guter Eltern bringt keine Menschen um. Die Antworten haben auch einen psychologischen Zweck, sie sollen eine im Kern unerklärbare Tat erklären. Was aber, wenn es gar keine plausible Antwort gäbe?

Genau dies macht ein Buch so beunruhigend, das im Jahr 2006 die Bestsellerlisten eroberte. In »Wir müssen über Kevin reden« erzählt die US-Journalistin Lionel Shriver von der Mutter des Jungen Kevin, der kurz vor seinem 16. Geburtstag sieben Mitschüler, seine Englischlehrerin und eine Cafeteria-Bedienstete in seiner High School mit der Armbrust hinrichtete. Es ist eine fiktive Geschichte, die auf reale Massaker an amerikanischen Schulen wie Columbine oder Red Lake Bezug nimmt. Erzählt wird sie in 28 Briefen der Mutter Eva an ihren Mann – 28 vergebliche Versuche sind das, eine Erklärung zu finden für »Donnerstag«, den Tag der Tat. Der Roman hat in den USA heftige Debatten um Jugendgewalt und die elterliche Verantwortung ausgelöst.

Als die Erzählung einsetzt, hat die Gesellschaft Eva bereits schuldig gesprochen; nun macht sie sich rückblickend selbst auf Spurensuche: Hätte sie nicht bemerken müssen, was sich anbahnte? Ist sie als Mutter für das verantwortlich, was Kevin getan hat? Die Briefe schildern den verzweifelten Versuch der Mutter, mit ihrem Sohn Kontakt aufzunehmen, der ihr eigentlich fremd geblieben ist. Kevin verharrt in seiner Verweigerungshaltung. Er lässt keinen an sich heran, und darum kann auch keiner die Signale lesen, die er aussendet. Das Motiv bleibt in diesem verstörenden Buch ebenso unklar wie die Schuldfrage. An einem zentralen Problem lässt die Autorin jedoch keinen Zweifel: Eltern müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie die Verbindung zu ihren Kindern nicht viel zu früh verloren haben.

© Tanja Rest, Die verlorenen Söhne, Süddeutsche Zeitung, 12. März 2009, S. 2

Die Autorinnen und Autoren



Abb. 1 Von links nach rechts: Nils Bunjes, Europa Zentrum Baden-Württemberg, OStR'in Nicole Reed, Königin-Katharina-Stift-Gymnasium Stuttgart, Wolfgang Berger, LpB, Leiter der Außenstelle Heidelberg, StD Jürgen Kalb, LpB, Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Stuttgart Bad Cannstatt, Florian Setzen, Direktor des Europa Zentrums Baden-Württemberg, Dr. Levent Günes, Europa Zentrum Baden-Württemberg, Dr. Karlheinz Dürr, LpB, Fachreferent für Internationales und Europafragen



Abb. 2 Holger-Michael Arndt, Rechtsanwalt und Mediator, Referent der Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) am CAP, München



Abb. 3 Dr. Martin Große Hüttmann, Akademischer Rat am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Tübingen



Abb. 4 Susanne Meir, Fachreferentin und Onlineredakteurin an der LpB Baden-Württemberg.



Abb. 5 Christian H. Roth, M.A., Freier Referent im pbnet – Netzwerk für Politik und Bildung, www.pbnetz.info



Abb. 6 Thomas Schinkel, Fachreferent bei der LpB Baden-Württemberg und Referent am Pb-Netzwerk für Politik und Bildung



Abb. 7 StD Dr. Georg Weinmann, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim

Weitere Autoren des Hefts:

Daniela Detscheva, Sofia, Dozentin für Deutsch und Landeskunde an der Philosophischen Fakultät der St. Kliment-Ochridski-Universität Sofia.

StD i. R. Detlev Hoffmann, Freiburg, CCIL-Projekt der EU.

Dana Hruskova, Vizepräsidentin von SGUN (Germanisten- und Deutschlehrerverband Tschechien), Pedagogick Centrum Vysocina, Jihlava, Tschechien.

Prof. Dr. Richard Kazmarek, Instytut Historii Uniwersytetu Slaskiego, Katowice, Polen.

StD i. R. Manfred Kaut, Fellbach, Haus der Geschichte Stuttgart.

Manfred Mack, Deutsches Polen-Institut Darmstadt.

Stefan Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) in München.

Milena Zbrankov, Pedagogick Centrum Vysocina, Jihlava, Tschechien.

Die Landeszentrale trauert um Professor Ernst Jung

Die Landeszentrale für politische Bildung trauert um Professor Ernst Jung, der am 11. März 2009 verstorben ist. Er hat über Jahrzehnte als Fachleiter am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien) in Esslingen und in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Didaktik und Methodik seines Faches im Land belebt und weit darüber hinaus prägend beeinflusst. Er gehörte zu den Initiatoren und Gestaltern der Zeitschriften »Politik & Unterricht« sowie »Die deutsche Frage im Unterricht«, die nach der Wiedervereinigung in »Deutschland und Europa« umbenannt wurde. In besonderem Maße widmete sich Ernst Jung - auch nach seiner Pensionierung - den Themen der deutschen Einheit und der europäischen Integration.

Die fächerverbindende Kooperation, wie sie besonders in »Deutschland und Europa« auch heute noch zum Ausdruck kommt, war ihm immer ein Anliegen. Früher als viele andere griff er wirtschaftliche Themen auf, er förderte mit seinem

Wirken Reisen in die frühere DDR und später in das europäische Ausland als Anschauungsunterricht der politischen Bildung.

Die herausragenden Verdienste von Ernst Jung um die politische Bildung wurden 1991 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt. Sein geradezu unerschöpflicher Ideenreichtum, seine Begeisterung für die Sache, sein umfassendes Wissen machten ihn zu einem faszinierenden Lehrer. Sein hoher Anspruch und sein enormes Arbeitspensum waren stets Verpflichtung und Herausforderung für andere zugleich. Seine Inspiration wirkte ansteckend und ist unvergessen. Die politische Bildung und insbesondere der Gemeinschaftskundeunterricht an den Schulen des Landes haben Ernst Jung viel zu verdanken. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Lothar Frick, Direktor, auch im Namen der Redaktion sowie der Beiratsmitglieder von »Deutschland und Europa«

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Susanne Krieg/Thomas Schinkel/Sabina Wilhelm -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Tempel -40

Stabsstelle Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: N. N. -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug* -30
Politische Landeskunde: Dr. Iris Häuser -20
Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement:
Dr. Jeannette Behringer/Dr. Iris Häuser -23
Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
Thomas Schinkel* -26
Frauen und Politik: Beate Dörr -29
Jugend und Politik: Angelika Barth -22
Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
Anke Schütze*/Charlotte Becher* -36/-34
Stefan Paller* -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Tempel -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr 147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Zimmermann -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, -148; Fax -145
Leiter: Rolf Müller -135
Klaus Deyle -134

Projekt Extremismusprävention

Stuttgart: Staffenbergstraße 38
Leiterin: Tina Schmidt-Böhringer -81
Assistentin: Sonja Oder -82

* Paulinenstraße 44–46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-0, Fax -55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
Dienstag, 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Donnerstag 14.00–17.00 Uhr

Newsletter »einblick«
anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter